

MONATSBERICHTE DER DEUTSCHEN BUNDESBANK

AUGUST 1957

INHALT

Das Gesetz über die Deutsche Bundesbank	3
Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Juli/August 1957	10
Geld und Kredit	10
Öffentliche Finanzen	23
Produktion und Märkte	31
Außenhandel und Zahlungsbilanz	41
Statistischer Teil	55
Geldversorgung, Bankkredit, Bankenliquidität	56
Deutsche Bundesbank	61
Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	61
Ausweise	64
Kreditinstitute	68
Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	68
Zwischenbilanzen	80
Zinssätze	93
Kapitalmarkt	97
Öffentliche Finanzen	102
Außenwirtschaft	107
Produktion, Auftragseingang, Arbeitsmarkt, Umsätze und Preise	111
Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	113
Diskontsätze im Ausland	114

Abgeschlossen am 31. August 1957

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

Das Gesetz über die Deutsche Bundesbank

Am 1. August 1957 ist das „Gesetz über die Deutsche Bundesbank“ in Kraft getreten. Damit wurde das bisherige westdeutsche „Zentralbanksystem“ durch die „Deutsche Bundesbank“ abgelöst. Rechtlich geschah das in der Weise, daß uno actu die Landeszentralbanken mit der Bank deutscher Länder verschmolzen wurden und die Bank deutscher Länder zur „Deutschen Bundesbank“ erklärt wurde. Zwischen der Bank deutscher Länder und der Deutschen Bundesbank besteht also, was für den Außenstehenden zunächst wohl das Wichtigste ist, volle Kontinuität, ja Identität.

Organisation

Bundesbank und Landeszentralbanken

Durch das neue Gesetz ist der bisher zweistufig-dezentrale Aufbau des Zentralbanksystems beseitigt worden. An seine Stelle ist eine Einheitsbank getreten. Bestimmte dezentrale Merkmale des alten Systems sind als Organisationselemente trotzdem erhalten geblieben. Zwar haben die bisherigen Landeszentralbanken ihre eigene Rechtspersönlichkeit verloren und sind jetzt zu „Hauptverwaltungen“ der Deutschen Bundesbank geworden; als solche führen sie auch weiterhin die Bezeichnung „Landeszentralbank in (Name des jeweiligen Landes)“. Gleichwohl aber hat der Gesetzgeber die Organeigenschaft der Vorstände der Landeszentralbanken — neben der des Zentralbankrats und des Direktoriums der Bundesbank — ausdrücklich festgelegt (§ 5) und diesen drei Organen je eine eigene Zuständigkeit in den ihnen durch das Gesetz zugewiesenen besonderen Aufgabengebieten (§§ 6—8, 31 Abs. 2 Satz 2) gegeben. Diese Zuständigkeitsregelung des Gesetzes, die zunächst nur bestimmte Aufgabengebiete dem Direktorium bzw. den Vorständen der Landeszentralbanken vorbehält, bedarf noch der Ergänzung durch die Aufstellung allgemeiner Richtlinien für die Geschäftsführung und Verwaltung, eine Aufgabe, die nach § 6 Abs. 1 Satz 2 dem Zentralbankrat obliegt. Mit dieser Konstruktion, die unter weitgehender Wahrung der bisherigen Aufgabenteilung organisatorisch-funktionell ein reibungsloses Arbeiten garantieren soll, wurde es auch möglich, das wil-

lensbildende Organ der Einheitsbank, nämlich den Zentralbankrat, wie unten noch dargelegt werden wird, auf dezentraler Grundlage zu konstituieren und damit den „Pluralismus der Ernennungsinstanzen“ — wenn auch in abgewandelter Form — beizubehalten.

Organe

Die leitenden Organe der Deutschen Bundesbank sind: der Zentralbankrat, das Direktorium und die Vorstände der Landeszentralbanken. Äußerlich gesehen unterscheidet sich der Organ- aufbau der Bundesbank also kaum von dem des bisherigen Zentralbanksystems. In Bezug auf die Zusammensetzung und die Funktionen der Organe sind allerdings, entsprechend der Umwandlung des bisherigen Zentralbanksystems in eine Einheitsbank, teilweise wichtige Änderungen vorgenommen worden.

Der *Zentralbankrat* ist das oberste Organ, das die Währungs- und Kreditpolitik der Bank bestimmt, allgemeine Richtlinien für die Geschäftsführung und Verwaltung aufstellt, die Zuständigkeit des Direktoriums und der Vorstände der Landeszentralbanken im Rahmen der Bestimmungen des neuen Bankgesetzes abgrenzt und, wie schon erwähnt, dem Direktorium und den Vorständen der Landeszentralbanken eventuell im Einzelfall auch Weisungen erteilt (§ 6). Die Befugnisse des neuen Zentralbankrats gehen also wesentlich weiter als die des alten, der — abgesehen von seiner ausschließlichen Zuständigkeit für die Währungs- und Kreditpolitik — nur die *Geschäftspolitik* der Bank deutscher Länder und die *gemeinsame* Bankpolitik in den verschiedenen Ländern der Bundesrepublik bestimmte, aber nicht befugt war, allgemeine Richtlinien für die Verwaltung und Geschäftsführung aufzustellen und dem Direktorium und den Landeszentralbanken im Einzelfall auch Weisungen zu geben. Das *Direktorium* ist das zentrale Exekutivorgan. Es ist für die Durchführung der Beschlüsse des Zentralbankrats verantwortlich und leitet und verwaltet die Bank, soweit nicht die Vorstände der Landeszentralbanken zuständig sind (§ 7). Als Obliegenheiten sind ihm besonders vorbehalten:

- a) Geschäfte mit dem Bund und seinen Sondervermögen;
- b) Geschäfte mit Kreditinstituten, die zentrale Aufgaben im gesamten Bundesgebiet haben;
- c) Devisengeschäfte und Geschäfte im Verkehr mit dem Ausland;
- d) Geschäfte am offenen Markt.

Die *Vorstände der Landeszentralbanken* sind demgegenüber die regional zuständigengeschäftsführenden Organe. Zu den Geschäften, deren Wahrnehmung den Hauptverwaltungen (Landeszentralbanken) obliegt, zählen insbesondere Geschäfte mit dem Land und mit den öffentlichen Verwaltungen im Land sowie Geschäfte mit den in ihrem Bereich tätigen Kreditinstituten.

Noch stärkere *Änderungen gegenüber dem bisherigen Zustand* sind in der *Zusammensetzung, der Ernennung und der personellen Verzahnung der drei Organe: Zentralbankrat, Direktorium und Vorstände der Landeszentralbanken* eingetreten. Von entscheidender Bedeutung sind hier vor allem die Änderungen in der Zusammensetzung des *Zentralbankrats*. Der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder bestand aus den — von den jeweiligen Länderregierungen ernannten — Präsidenten der Landeszentralbanken, einem von diesen gewählten Präsidenten des Zentralbankrats und dem ebenfalls von den Präsidenten der Landeszentralbanken gewählten Präsidenten des Direktoriums der Bank deutscher Länder. Der Zentralbankrat der Deutschen Bundesbank wird dagegen aus den Mitgliedern des Direktoriums der Deutschen Bundesbank (Präsident, Vizepräsident und den — bis zu acht, vorläufig jedoch nur sechs — weiteren Mitgliedern) und aus den Präsidenten der (zur Zeit neun, nach der in Kürze zu erwartenden Verschmelzung der Berliner Zentralbank mit der Deutschen Bundesbank: zehn) Landeszentralbanken gebildet. Der *Präsident der Deutschen Bundesbank* ist gleichzeitig Vorsitzender des Zentralbankrats und des Direktoriums, während es in der Bank deutscher Länder einen Präsidenten des Zentralbankrats und einen Präsidenten des Direktoriums gegeben hatte.

Von großer Bedeutung sind ferner die Änderungen, die das neue Bankgesetz in Bezug auf die *Ernennung* der Personen, die nunmehr den Zentralbankrat bilden, mit sich gebracht hat. Im bis-

herigen Zentralbanksystem wurden die Präsidenten der Landeszentralbanken vom Ministerpräsidenten des jeweiligen Landes auf Vorschlag des Finanzministers ernannt. Nun dagegen werden sie vom Bundespräsidenten auf Vorschlag des Bundesrates bestellt, wobei der Bundesrat seine Vorschläge auf Grund eines Vorschlages der nach Landesrecht zuständigen Stelle und nach Anhörung des Zentralbankrats macht. Ebenso werden die Mitglieder des Direktoriums der Bundesbank (einschließlich des Präsidenten und des Vizepräsidenten) vom Bundespräsidenten bestellt, und zwar auf Vorschlag der Bundesregierung, die vorher den Zentralbankrat anzuhören hat, während die Bestellung der Mitglieder des Direktoriums der Bank deutscher Länder (einschließlich des Präsidenten und des Vizepräsidenten) allein durch den Zentralbankrat erfolgte. Die Ernennung der Mitglieder des leitenden Organs der Bundesbank ist also ausschließlich Sache einer Bundesinstanz; doch ist ein gewisser, die Unabhängigkeit des Organs unterstreichender „Pluralismus“ der Ernennungsinstanzen insofern gewahrt, als die Ernennungen auf Vorschlag verschiedener Instanzen erfolgen und bei den Ernennungen überdies teilweise — nämlich bei der Ernennung der Präsidenten der Landeszentralbanken — die zuständigen Länderinstanzen mitwirken und in allen Fällen vor einer Ernennung der Zentralbankrat anzuhören ist¹⁾.

Wichtige Unterschiede im Vergleich zur bisherigen Regelung für die entsprechenden Organe weisen auch die Bestimmungen über die *innere Verfassung des Direktoriums und über die Ernennung des Vizepräsidenten und der etwaigen weiteren Vorstandsmitglieder der Landeszentralbanken* auf. Das Direktorium der Bundesbank ist im Gegensatz zum Direktorium der Bank deutscher Länder (in dem der Präsident allein die Verantwortung für die Durchführung der Beschlüsse des Zentralbankrats trug) ein kollegiales Gremium. Es faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen, und nur bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Präsi-

¹⁾ Man wird die ziemlich komplizierte Bestimmung des Bundesbankgesetzes über die Ernennung der Präsidenten der Landeszentralbanken wohl dahingehend auslegen dürfen, daß der zuständigen Landesregierung zwar ein maßgeblicher Einfluß eingeräumt werden soll (keine Ernennung ohne Zustimmung der Landesregierung), daß aber der Bundesrat einen Vorschlag der Landesregierung ablehnen kann (kein Vorschlag ohne Zustimmung des Bundesrats), namentlich dann, wenn etwa der Zentralbankrat, der vom Bundesrat anzuhören ist, Bedenken erheben sollte.

ten den Ausschlag, sofern nicht durch die (noch nicht erlassene) Satzung einstimmige Beschlüsse oder Beschlüsse mit qualifizierter Mehrheit gefordert werden. In den Vorständen der Landeszentralbanken ist das Kollegialprinzip an sich weiter gültig. Im Zentralbankrat ist jedoch grundsätzlich nur noch der Präsident der Landeszentralbank stimmberechtigt; anders als bisher kann seine Vertretung in diesem Gremium durch den Vizepräsidenten oder ein anderes Vorstandsmitglied — analog zur eventuellen Vertretung der Mitglieder des Direktoriums im Zentralbankrat — nur bei nachhaltiger Verhinderung durch die Satzung vorgesehen werden. Die Vizepräsidenten und die etwaigen weiteren Mitglieder des Vorstandes der Landeszentralbanken (das Gesetz begrenzt die Zahl der weiteren Mitglieder auf ein oder zwei) werden nach dem Bundesbankgesetz ferner vom Präsidenten der Bundesbank auf Vorschlag des Zentralbankrats ernannt, während im bisherigen System die Vizepräsidenten (ebenso wie der Präsident) vom Ministerpräsidenten des betreffenden Landes auf Vorschlag des Finanzministers und die übrigen Mitglieder auf Vorschlag des Präsidenten der Landeszentralbank vom Verwaltungsrat der Landeszentralbank ernannt wurden. Die Amtszeit, für die die Mitglieder des Direktoriums der Bundesbank und die Mitglieder der Vorstände der Landeszentralbanken (in allen Fällen einschließlich der Präsidenten und der Vizepräsidenten) ernannt werden, beträgt normalerweise acht Jahre; ausnahmsweise ist auch eine Ernennung für kürzere Zeit, jedoch für nicht weniger als zwei Jahre, zugelassen.

Um bei Überleitung des bisherigen Zentralbanksystems zur Bundesbank auch in personeller Hinsicht eine gewisse Kontinuität zu wahren, sieht das Bundesbankgesetz vor, daß mit Ausnahme des Präsidenten und des Vizepräsidenten die weiteren Mitglieder des Direktoriums der Bank deutscher Länder und die Mitglieder der Vorstände der Landeszentralbanken bis zum Ablauf ihrer alten Anstellungsverträge als Mitglieder des Direktoriums der Bundesbank bzw. als Mitglieder der Vorstände der Hauptverwaltungen der Bundesbank in ihren Ämtern bleiben. Dagegen werden der Präsident und der Vizepräsident der Bundesbank bereits nach dem oben geschilderten Modus bestellt. Bis zur Bestellung des ersten Präsidenten der Bundesbank werden seine

Funktionen im Zentralbankrat, seine Ernennungsbefugnisse (bei Mitgliedern der Vorstände von Landeszentralbanken und bei Mitgliedern der Beiräte von Landeszentralbanken) sowie sein Teilnahmerecht an den Beratungen der Bundesregierung interimistisch von dem bisherigen Präsidenten des bisherigen Zentralbankrats der Bank deutscher Länder ausgeübt; alle sonstigen Aufgaben werden von dem bisherigen Präsidenten des Direktoriums der Bank deutscher Länder wahrgenommen. Analog werden bis zur Bestellung des ersten Vizepräsidenten der Bundesbank seine Aufgaben von dem bisherigen Vizepräsidenten des Direktoriums der Bank deutscher Länder wahrgenommen. Mit der Bestellung des Präsidenten und des Vizepräsidenten der Bundesbank scheidet die Präsidenten des Zentralbankrats und des Direktoriums sowie der Vizepräsident des Direktoriums der Bank deutscher Länder dann aus ihren Ämtern aus.

Bundesbank und Bundesregierung

Das Verhältnis der Bundesbank zur Bundesregierung ist im Gesetz über die Deutsche Bundesbank ausdrücklich geregelt. Die *Unabhängigkeit der Bundesbank* ist durch die Bestimmung festgelegt, daß die Bundesbank „bei der Ausübung der Befugnisse, die ihr nach diesem Gesetz zustehen, von Weisungen der Bundesregierung unabhängig“ ist (§ 12). Auf der andern Seite ist die Bundesbank verpflichtet, „die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen“, jedoch nur — wie einschränkend ausdrücklich hinzugefügt ist — „unter Wahrung ihrer Aufgabe“ (§ 12).

Um den laufenden Kontakt zwischen Bank und Bundesregierung zu sichern, räumt das Gesetz in Anlehnung an eine ähnlich schon bei der Bank deutscher Länder bestehende Vorschrift den Mitgliedern der Bundesregierung das Recht ein, an den Beratungen des Zentralbankrats teilzunehmen. Die Mitglieder der Bundesregierung können dabei auch Anträge stellen, haben aber kein Stimmrecht. Auf ihr Verlangen ist lediglich die Beschlußfassung bis zu zwei Wochen auszusetzen; doch steht es dem Zentralbankrat frei, sich alsdann nach dem regulären Abstimmungsmodus zu entscheiden. Der Sinn der Vorschrift dürfte also lediglich darin liegen, im Falle von zunächst etwa abweichenden Meinun-

gen eine hinreichende Frist für einen eingehenden Meinungs­austausch zu sichern. Die Kooperation zwischen Bundesbank und Bundesregierung soll ferner dadurch gefördert werden, daß das Gesetz in § 13 Abs. 3 die Teilnahme des Präsidenten der Bundesbank an ihren Beratungen über Angelegenheiten von währungs­politischer Bedeutung vorsieht.

Geschäftskreis und währungs­politische Befugnisse

Die Bestimmungen über den Geschäftskreis und die währungs­politischen Befugnisse der Bundesbank lehnen sich verhältnismäßig eng an die bisher für die Bank deutscher Länder und die Landes­zentralbanken geltenden sowie an die von diesen entwickelte Praxis an. In einigen Punkten bringt das Gesetz allerdings einige wesentliche Klarstellungen und Neuerungen.

Geschäftskreis

Die Bundesbank ist, ebenso wie bisher das Zentralbanksystem, in erster Linie eine „Bank der Banken“ und eine Bank für öffentliche Verwaltungen. Dahinter steht der unmittelbare geschäftliche Kontakt mit der Wirtschaft und mit dem breiten Publikum zurück. Die Geschäfte mit Kreditinstituten umfassen in großen Zügen

- 1) das Kreditgeschäft; die Bundesbank wird mit ihm für die Kreditinstitute die entscheidende Refinanzierungsquelle und Liquiditätsreserve;
- 2) das Einlagengeschäft, hauptsächlich auf der Basis der Mindestreservehaltung der Kreditinstitute;
- 3) den inländischen Zahlungsverkehr (Überweisungsverkehr und Scheckeinzug);
- 4) die Wertpapiergeschäfte zur Regelung des Geldmarkts;
- 5) den Devisenverkehr und den Zahlungsverkehr mit dem Ausland.

Der Verkehr der Bundesbank mit der öffentlichen Hand beschränkt sich im wesentlichen auf den Bund und seine Sondervermögen sowie auf die Länder und umfaßt zur Hauptsache die Kreditgewährung, das Einlagengeschäft und den Zahlungsverkehr.

Mit der *Wirtschaft* dagegen steht die Bundesbank unmittelbar im wesentlichen nur über den Zahlungsverkehr in einer losen Verbindung.

Ein echtes Wettbewerbsverhältnis zu den Kreditinstituten kann hieraus jedoch schon aus dem Grunde nicht erwachsen, weil die Bundesbank Giroeinlagen nicht verzinsen darf und Depo­siten von Seiten der Wirtschaft und des Publikums bei ihr daher kaum unterhalten werden. Die direkte Kreditgewährung an die Wirtschaft (das sogenannte „*Direktgeschäft*“) ist der Bundesbank dagegen nicht gestattet, während es für die Landes­zentralbankniederlassungen im Bereich der ehemaligen französischen Besatzungszone nach dem bisher geltenden — zum Teil noch aus der Zeit der Militärregierungen stammenden — Recht zugelassen war. Für eine ordnungsgemäße Abwicklung der auf der Grundlage dieser Sonderregelung noch gewährten, schon vorher erheblich eingeschränkten Kredite ist durch die Festsetzung einer angemessenen Auslauf­frist Sorge getragen. Die Abschaffung des Rechtes zur Direktkredit­gewährung erfolgte in voller Übereinstimmung mit den von der Bank deutscher Länder vertretenen Auffassungen.

Wesentlichere Änderungen bringen ferner die Bestimmungen des Bundesbankgesetzes über den *Geschäftsverkehr der Bundesbank mit den öffentlichen Verwaltungen* mit sich. Die Bundesbank darf — ebenso wie das bisherige Zentralbanksystem — dem Bund, den verschiedenen Sondervermögen des Bundes sowie den Ländern Kassenkredite geben, jedoch nur bis zu im einzelnen festgelegten Beträgen, d. h. nur im Rahmen der sogenannten „*Kreditplafonds*“. Die bisherige Plafondregelung ist dabei in mancherlei Hinsicht revidiert und erweitert worden. So sind für die Länder nunmehr feste — sich nach dem Bevölkerungsstand nach der letzten amtlichen Volkszählung richtende — Plafonds festgelegt, während die Grenze, bis zu der die Landes­zentralbanken den Ländern bisher Kassenkredite gewähren durften, bei 20 vH des jeweiligen Einlagenstandes der Landes­zentralbanken gezogen war. Für die Kassenkredite an die Bundesbahn, die Bundespost und das ERP-Sondervermögen wurden neue Plafonds geschaffen, während für den Lastenausgleichsfonds bisher schon auf Grund einer Novelle zum Gesetz über die Bank deutscher Länder ein eigener Plafond bestanden hatte. Die neu festgelegten Plafonds sind zum Teil erheblich höher als die alten. Sie betragen

- a) beim Bund 3 Mrd DM;
- b) bei der Bundesbahn 400 Mio DM;
- c) bei der Bundespost 200 Mio DM;
- d) beim Ausgleichsfonds (Lastenausgleich) 200 Mio DM;
- e) beim ERP-Sondervermögen 50 Mio DM;
- f) bei den Ländern 20 DM je Einwohner, jedoch beim Land Berlin und bei den Freien und Hansestädten Bremen und Hamburg 40 DM (§ 20).

Die Plafonds besagen nicht, daß die betreffenden Verwaltungen einen Anspruch auf Kredite bis zu dieser Höhe haben. Sie ziehen vielmehr für die Kreditgewährung der Bundesbank an jene Stellen eine Grenze. Die Bestimmungen über die Gewährung von Sonderkrediten an den Bund zur Erfüllung seiner Verbindlichkeiten als Mitglied internationaler Einrichtungen sind, was den Internationalen Währungsfonds und die Internationale Bank für Wiederaufbau betrifft, unverändert geblieben; zusätzlich wird der Europäische Fonds mit einer Plafondsumme von 180 Mio DM genannt.

Als logisches Gegenstück zu den Kreditmöglichkeiten, die die aufgeführten öffentlichen Verwaltungen bei der Bundesbank genießen, sieht das Gesetz vor, daß der Bund, der Lastenausgleichsfonds, das ERP-Sondervermögen und die Länder ihre *Kassenmittel* grundsätzlich bei der Bundesbank auf Girokonto einzulegen haben¹⁾. Die Vorschriften des Bundesbankgesetzes sind in dieser Hinsicht eindeutiger als die bisherigen Bestimmungen, die insbesondere für die Länder sehr unklar gehalten waren und infolgedessen eine weitgehende anderweitige Einlegung oder Anlage der Kassenmittel der Länder möglich gemacht hatten. Jetzt dagegen bedarf eine anderweitige Einlegung oder Anlage der flüssigen Mittel aller oben genannten Verwaltungen der Zustimmung der Bundesbank, und zwar auch dann, wenn die betreffenden Mittel nach dem Haushaltsplan bereits zweckgebunden sind. Die Bundesbank hat dabei allerdings „das Interesse der Länder an der Erhaltung ihrer Staats- und Landesbanken zu berücksichtigen“. Der in diesen Be-

stimmungen niedergelegte grundsätzliche Zwang zur Einlegung eines großen Teils der öffentlichen Mittel bei der Bundesbank gibt ihr, zusammen mit ihrer Befugnis zur Genehmigung von anderweitigen Anlagen, die Möglichkeit, die Einlegung und Anlage der öffentlichen Gelder allgemeinen liquiditätspolitischen Gesichtspunkten zu unterwerfen. Das Gesetz bringt die betreffenden Bestimmungen — wie im Hinblick auf die Überschrift dieses Abschnitts ausdrücklich angemerkt sei — daher auch nicht unter den Vorschriften über den Geschäftskreis der Bundesbank, sondern unter dem Rubrum „Einlagenpolitik“ als Teil der Bestimmungen über die währungspolitischen Befugnisse der Bank.

Sonstige währungspolitische Befugnisse

Unter den sonstigen währungspolitischen Befugnissen der Bundesbank nennt das Gesetz einmal das *ausschließliche Recht der Notenausgabe*, das selbstverständlich zu den Grundrechten jeder Notenbank gehört. Materiell hat sich an den bisherigen Bestimmungen über die Notenausgabe lediglich geändert, daß die bisher bestehende quantitative Begrenzung der Notenausgabe — die nach den Vorschriften des von den Militärregierungen 1948 erlassenen Emissionsgesetzes nur im Einvernehmen zwischen einer qualifizierten Mehrheit des Zentralbankrats und sechs Ländern um jeweils bis zu einer Milliarde DM erhöht werden konnte — mit dem Bundesbankgesetz aufgehoben wurde. Die Bank deutscher Länder hat sich in den Beratungen über das Bundesbankgesetz nachdrücklich für diesen Schritt eingesetzt, da eine einseitige Limitierung des Notenumlaufs, der ja nur *einen* Bestandteil des allgemeinen Geldvolumens bildet, währungspolitisch keinen Sinn hat, ja unter Umständen sogar bedenklich sein kann. An der Zuständigkeit des Bundes für die Ausgabe von *Münzen* ist durch das Bundesbankgesetz nichts geändert worden. Mit Rücksicht auf das „Münzregal“ des Bundes sieht das Gesetz jedoch vor, daß die Bundesbank Noten mit einem geringeren Nennbetrag als zehn Deutsche Mark nur im Einvernehmen mit der Bundesregierung ausgeben darf. Auf der anderen Seite bedarf unverändert die Ausprägung von Bundesmünzen über den Betrag von DM 20 auf den Kopf der Bevölkerung hinaus der Zustimmung des Zentralbankrats.

¹⁾ Ausgenommen von diesem „Einlegungszwang“ sind unter den kreditberechtigten Verwaltungen mit Rücksicht auf die hier bestehenden Sonderverhältnisse also nur die Bundesbahn und die Bundespost, die ohnehin in einem sehr engen Kontakt mit der Bundesbank stehen.

Was das eigentliche notenbankpolitische Instrumentarium anbelangt, so statuiert das Bundesbankgesetz für die Bundesbank einmal das Recht, autonom die für ihre Geschäfte anzuwendenden Zins- und Diskontsätze festzusetzen, also *Diskontpolitik* zu treiben. Ausdrücklich ist dem hinzugefügt, daß die Bundesbank darüber hinaus „die Grundsätze für ihr Kredit- und Offenmarktgeschäft bestimmt“. Der Begründung des Gesetzes ist zu entnehmen, daß der Gesetzgeber der Bundesbank damit ausdrücklich die Befugnis erteilen wollte, ihre Kreditgewährung von bestimmten Voraussetzungen abhängig zu machen (z. B. Kreditrichtsätze), sie durch Kontingente zu begrenzen oder auch bestimmte Kredite einer Sonderbehandlung zu unterwerfen (selektive Kreditpolitik).

Des weiteren ist die Bundesbank befugt, „zur Beeinflussung des Geldumlaufs und der Kreditgewährung von den Kreditinstituten die Unterhaltung bestimmter *Mindestreserven* auf Girokonto bei der Bundesbank zu verlangen“. Die Mindestreserve ist als Prozentsatz der Verbindlichkeiten der Kreditinstitute aus Sichteinlagen, befristeten Einlagen und Spareinlagen sowie aus aufgenommenen kurz- und mittelfristigen Geldern mit Ausnahme der Verbindlichkeiten gegenüber anderen mindestreserverpflichtigen Kreditinstituten zu bemessen. Bis auf geringfügige Abweichungen in der Abgrenzung der mindestreserverpflichtigen Verbindlichkeiten gleicht diese Vorschrift im Prinzip den schon bisher bestehenden Mindestreservevorschriften. Eine wesentliche Änderung bedeutet es jedoch, daß das Bundesbankgesetz bei den Mindestreservesätzen auf der einen Seite die bisher bestehenden Untergrenzen fallen gelassen und auf der anderen Seite die bisherigen Obergrenzen für Sichtverbindlichkeiten von 20 auf 30 vH und für befristete Verbindlichkeiten (ohne Spareinlagen) von 10 auf 20 vH erhöht hat, während die Obergrenze für Spareinlagen (die bisher vom Gesetzgeber den befristeten Einlagen subsumiert worden waren) unverändert bei 10 vH belassen wurde. Die Beseitigung der Untergrenze wurde damit motiviert, daß Mindestreserven, wie erwähnt, nur „zur Beeinflussung des Geldumlaufs und der Kreditgewährung“, also nur aus kreditpolitischen Gründen, aber nicht auch zur Sicherung der (durch andere Vorschriften sicherzustellenden) Bankenliquidität,

angefordert werden sollten, und daß die kreditpolitischen Erfordernisse unter Umständen einmal die Anforderung von Mindestreserven entbehrlich machen könnten. Andererseits ist jedoch bestimmt, daß die nach dem Bundesbankgesetz zu unterhaltenden Reserven auf die nach anderen Gesetzen zu haltenden Liquiditätsreserven anzurechnen sind.

Im übrigen bringen die Mindestreservevorschriften des Bundesbankgesetzes keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem bisherigen Zustand. Das Gesetz bestätigt nunmehr ausdrücklich, daß innerhalb der gesetzten Höchstgrenzen die Mindestreservesätze verschieden bemessen werden können, und zwar nicht nur nach Institutsgruppen (also z. B. unterschiedlich für Institute an Bankplätzen und an Nichtbankplätzen oder für größere und kleinere Institute), sondern auch nach der Art der Verbindlichkeiten; so können z. B. für Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland höhere Sätze bestimmt werden als für Inlandsverbindlichkeiten. Unter Umständen darf die Bundesbank bestimmte Verbindlichkeiten bei der Bemessung des Reservesolls auch ausnehmen. In Übereinstimmung mit den bisherigen Vorschriften bestätigt das Bundesbankgesetz ferner das Prinzip der *direkten* Mindestreservehaltung, d. h. die Verpflichtung eines jeden Kreditinstituts, seine Mindestreserve unmittelbar bei der Bundesbank zu halten und nicht indirekt über ein Spitzeninstitut, dem es angeschlossen ist; ausgenommen hiervon sind, wie schon bisher, nur ländliche Kreditgenossenschaften, die kein Girokonto bei der Bundesbank unterhalten. Eine gesetzliche Regelung haben die Bestimmungen über die Erhebung des sogenannten *Strafzinses* bei Unterschreitung des Reserve-Solls erfahren. Die Bank ist ermächtigt, von der Erhebung dieses Sonderzinses abzusehen, wenn die Unterschreitung aus unvorhersehbaren Gründen unvermeidlich war oder das Kreditinstitut in Abwicklung getreten ist. Die Mindestreserveguthaben müssen, wie schon bisher, nur im Durchschnitt des Monats das Reserve-Soll erreichen; sie stehen mithin zur Abwicklung des Zahlungsverkehrs zur Verfügung.

Zu den wichtigsten währungspolitischen Befugnissen, die das Bundesbankgesetz der Bank einräumt, gehört schließlich die *Offenmarktpolitik*. Die praktischen Möglichkeiten der Bank zu

einer wirkungsvollen Offenmarktpolitik werden durch das Gesetz im Vergleich zum bisherigen Zustand wesentlich erweitert. Die Bank deutscher Länder konnte mangels geeigneter Wertpapiere im eigenen Bestand kontraktive Offenmarktoperationen bekanntlich nur in der Weise durchführen, daß sie sich auf Grund einer Vereinbarung mit dem Bundesminister der Finanzen von der Bundesschuldenverwaltung im Austausch gegen einen entsprechenden Betrag aus ihren Ausgleichsforderungen Schatzwechsel oder unverzinsliche Schatzanweisungen aushändigen ließ, die sie dann zu marktgerechten Sätzen am Markt unterbrachte. Das Bundesbankgesetz ersetzt die bisherige, auf befristeten Vereinbarungen mit dem Bundesminister der Finanzen beruhende Grundlage der Offenmarktoperationen der Bank durch einen Anspruch der Bank. Sie kann den Umtausch ihrer Ausgleichsforderungen in Geldmarktpapiere bis zum Höchstbetrage von 4 Mrd DM von sich aus verlangen. Darüber hinaus kann die Bundesregierung auf Antrag der Bank den Betrag der der Bank auszuhändigenden

„Mobilisierungspapiere“ bis zum Nennbetrag der der Bundesbank zustehenden Ausgleichsforderungen erhöhen. Dabei hat der Ausschuß für Geld und Kredit des deutschen Bundestags in seinem schriftlichen Bericht der Erwartung Ausdruck gegeben, „daß die Bundesregierung die Erhöhung beschließt, wenn die währungspolitische Lage es erfordert, und sie vor allem nicht von Bedingungen abhängig macht“. Die Ausgleichsforderungen der bisher selbständigen Landeszentralbanken im Gesamtbetrage von etwa 2,6 Mrd DM sind mit der Verschmelzung zu den schon der Bank deutscher Länder zustehenden Ausgleichsforderungen von 5,5 Mrd DM hinzugekommen, so daß für die Bundesbank nunmehr Ausgleichsforderungen bis zur rechnerischen Obergrenze von rd. 8 Mrd DM zum Umtausch in Mobilisierungspapiere zur Verfügung stehen.

* *

Diese Darstellung beschränkt sich bewußt auf einige wichtige, allgemein interessierende Fragen des neuen Gesetzes. Der volle Gesetzestext ist diesem Bericht beigelegt.

Die Wirtschaftslage des Bundesgebiets im Juli/August 1957

Geld und Kredit

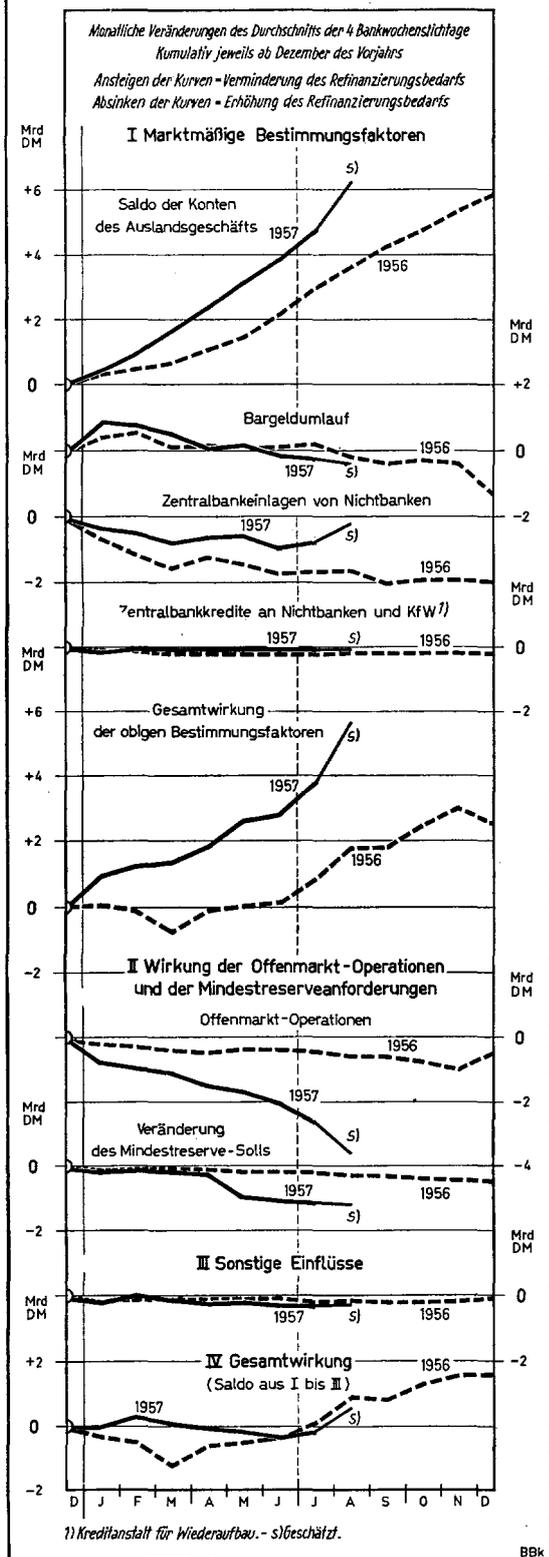
Bankenliquidität und Geldmarkt

Die Entwicklung der Bankenliquidität und des Geldmarkts stand in den letzten Wochen ganz im Zeichen des *Devisenzustroms*, der, wie im Abschnitt „Außenhandel und Zahlungsbilanz“ näher ausgeführt, unter dem Einfluß von *spekulativen* Geldbewegungen namentlich im August weit über die bisherigen Größenordnungen hinausging und damit am Geldmarkt geradezu zu einer Schwemme führte. Allein in den ersten drei August-Wochen sind den Banken aus ihren Netto-Devisenabgaben an die Deutsche Bundesbank liquide Mittel im Betrage von etwa 1,35 Mrd DM zugeflossen, und bis Ende des Monats dürfte sich dieser Betrag noch beträchtlich erhöht haben. Daß die Banken damit wieder mehr erhielten als die Devisenzugänge bei der Bundesbank ausmachten, erklärt sich, ebenso wie in den Vormonaten, daraus, daß der Nettozugang bei der Bundesbank wiederum in gewissem Umfang, wenn auch nicht mehr so stark wie vordem, durch Auslandszahlungen des Bundes herabgedrückt wurde, die den Geschäftsbanken kein Geld entziehen, da der Bund seine Ausgaben praktisch ganz zu Lasten seiner bei der Bundesbank unterhaltenen Guthaben finanziert. Außer durch die Devisenzugänge wurden den Banken aber auch im August wieder erhebliche Mittel dadurch zugeführt, daß die *inländischen Kassentransaktionen der großen öffentlichen Haushalte*, ebenso wie schon im Juli, im ganzen genommen abermals mit einem Defizit abschlossen, zu dessen Deckung, wie üblich, auf die bei der Bundesbank unterhaltenen Reserven zurückgegriffen wurde, so daß dem Bankenapparat also auch auf diesem Wege zusätzliche Mittel zuflossen. Entscheidend hierfür war wiederum die Entwicklung des Bundeshaushalts, dessen „inneres“, durch den Überschuß der inländischen Kassenausgaben über die inländischen Kasseneinnahmen bedingtes Defizit im August 400 bis 450 Mio DM betragen haben dürfte, nachdem es bereits im Juli ungefähr 390 Mio DM ausgemacht hatte. Auch die Länder scheinen im August ihre bei den Landeszentralbanken, den jetzigen Hauptverwaltungen der Bundesbank, unterhaltenen Kassen-

mittel zunächst noch weiter vermindert zu haben, da sie kassenmäßig, wie immer in den Monaten ohne großen Steuertermin, ziemlich angespannt waren und die auf Grund des Bundesbankgesetzes (durch das nunmehr auch für die Länder die Einlegung aller flüssigen Mittel bei der Bundesbank im Prinzip eindeutig vorgeschrieben ist) zu erwartende Übertragung zumindest eines Teils der bisher anderweitig angelegten Mittel vorläufig noch nicht in Gang gekommen zu sein scheint. Trotz gewisser gegenläufiger Entwicklungen, wie z. B. beim Lastenausgleichsfonds, dessen Reserven im August auf Grund des vierteljährlichen Zahlungstermins für die Vermögensabgabe, wie immer bei solchem Anlaß, wieder gewachsen sind, dürften über die Kassenausgaben der großen öffentlichen Haushalte den Banken im August daher Gelder in Höhe von schätzungsweise 300 bis 500 Mio DM zugeflossen sein.

Ein Teil dieser Mittelzugänge ist nun allerdings weiter durch die in den letzten Monaten nicht nur aus konjunkturellen, sondern auch aus saisonalen Gründen ziemlich starken *Bargeldansprüche an die Banken* absorbiert worden. Im Durchschnitt der ersten 25 Tage des Monats (das volle Monatsergebnis steht noch nicht zur Verfügung) war der Gesamtbetrag der von der Bundesbank bzw. (vor dem 1. August d. J.) von der Bank deutscher Länder ausgegebenen Noten und Münzen mit 15,5 Mrd DM um fast 200 Mio DM höher als im gleichen Zeitraum des Vormonats. In dieser Summe sind nun zwar die Kassenbestände der Banken — die ihre Liquidität selbstverständlich nicht belasten, sondern im Gegenteil einen Teil ihrer liquiden Reserven bilden — enthalten, aber da sich diese Bestände von Monat zu Monat nur wenig ändern, kann angenommen werden, daß die den Banken auf Grund der Devisenzugänge und der inneren Kassendefizite der öffentlichen Haushalte zufließenden Mittel etwa im Umfang der angegebenen Erhöhung des gesamten Bargeldumlaufs wieder ausgezahlt werden mußten. Neben der anhaltenden Steigerung der Masseneinkommen, über die in einem der

**BESTIMMUNGSFAKTOREN
DES REFINANZIERUNGSBEDARFS
DER KREDITINSTITUTE
BEI DER DEUTSCHEN BUNDESBANK**



folgenden Abschnitte nähere Angaben gemacht werden, und den höheren Bargeldabforderungen, die sich aus dem lebhaften Reiseverkehr ergaben, scheint in diesem Zusammenhang auch die stärkere Zurückhaltung von DM-Noten durch das Ausland eine Rolle gespielt zu haben.

Per Saldo blieb der Mittelzustrom zu den Banken jedoch so stark, daß die Verflüssigungstendenzen einen bisher nicht zu verzeichnenden Grad erreichten. Da das Obligo der Kreditinstitute gegenüber der Bundesbank schon seit langem nur noch relativ gering ist und die den Banken zufließenden Mittel infolgedessen nur noch in beschränktem Maße zu dessen Abdeckung eingesetzt werden können, machte sich die Verflüssigung vor allem am Geldmarkt bemerkbar. Hier herrschte im August geradezu eine Geldschwemme. Die Bundesbank trat ihr mit *Offenmarktoperationen* entgegen, deren Umfang alle bisherigen Interventionen weit in den Schatten stellte. In den ersten 28 Tagen des Monats wurden für 1 479 Mio DM Geldmarktpapiere abgegeben gegen 648 Mio DM in der gleichen Zeit des Vormonats. Dieser Betrag wurde auch zum Monatsultimo, zu dem sonst nicht selten stärkere Rückflüsse zu verzeichnen waren, nur geringfügig vermindert. Für den ganzen Monat August stellten sich die Abgaben daher auf ebenfalls über 1,4 Mrd DM gegen 907 Mio DM im Juli, 256 Mio DM im Monatsdurchschnitt des zweiten und 433 Mio DM im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals. Die Gesamtabgabe von Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen, die die Bank zum Zwecke der Offenmarktpolitik gegen einen entsprechenden Betrag von Ausgleichsforderungen bei der Bundesschuldenverwaltung eingetauscht hat, ist damit bis Ende August auf 5,63 Mrd DM gestiegen. Sie geht also bereits über den Bestand an Ausgleichsforderungen, über den die Bank deutscher Länder verfügte (5,5 Mrd DM), hinaus und konnte nur deshalb diese Höhe erreichen, weil mit dem Erlaß des Bundesbankgesetzes auch die Ausgleichsforderungen der ehemals rechtlich selbständigen Landeszentralbanken auf die Bundesbank übergegangen sind und die Bundesregierung im Verlauf des August den Betrag, bis zu dem die Bundesbank ihre Ausgleichsforderungen – nunmehr 8,1 Mrd DM – „mobilisieren“ kann, auf Antrag der Bank von bisher 5 Mrd DM auf 6 Mrd DM erhöht hat. In Anpassung an die

Marktlage hat die Bank die enorme Nachfrage nach Geldmarktpapieren allerdings nur zu weiter ermäßigten Abgabesätzen, also nur mit einem geringeren Zinsvorteil für die Erwerber der betreffenden Titel, befriedigt. Die erste Herabsetzung der Abgabesätze wurde am 12. August d. J. vorgenommen, und am 22., am 24. und am 27. d. M., als die Geldschwemme ihren Höhepunkt erreichte, folgten weitere Ermäßigungen. Die Abgabesätze für die Offenmarkttitel der Bank haben damit einen seit Ende 1955 nicht mehr innegehabten Tiefstand erreicht. Im Vergleich zum Diskontsatz sind sie sogar niedriger denn je: unverzinsliche Schatzanweisungen mit einer Laufzeit von einem halben Jahr, deren Abgabesatz früher in der Regel um $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ ‰ über dem Diskontsatz gelegen hatte, wurden nach der Ermäßigung vom 24. August z. B. nur noch zum Diskontsatz von $4\frac{1}{2}$ ‰ und nach ihrer Ermäßigung vom 27. August sogar nur zu $\frac{3}{8}$ ‰ unter dem Diskontsatz abgegeben. Zwischen den Banken wurde Geld allerdings zu teilweise noch viel stärker gesunkenen Sätzen gehandelt. Tagesgeld z. B. kostete in Frankfurt in der dritten August-Dekade vorübergehend bis zu $2\frac{1}{4}$ ‰ gegen etwa $4\frac{1}{2}$ ‰ in der ersten Dekade. Unter diesen Umständen ist es nur natürlich, daß die Inanspruchnahme der Bundesbank weiter zurückging, da es die geldmarktfähigen Institute bei Fälligwerden der von ihnen bei der Bundesbank rediskontierten Wechsel selbstverständlich vorzogen, sich zu den niedrigeren Sätzen am Markte zu refinanzieren, wenn sie durch die Verflüssigungswelle nicht ohnehin schon der Refinanzierungsnotwendigkeit enthoben wurden. Am 23. August, dem letzten Stichtag, für den bei Abschluß des Berichts Angaben vorlagen, waren die Refinanzierungskredite der Bundesbank mit 1,38 Mrd DM daher auf dem tiefsten bisher verzeichneten Stand angelangt. Sie waren damit um rd. 420 Mio DM niedriger als am gleichen Stichtag des Vormonats und um 3,35 Mrd DM geringer als am 23. März 1956, dem Monat der bisher stärksten Inanspruchnahme der Zentralbank durch die Kreditinstitute. Zugleich mit der Erhöhung des Bestandes an Geldmarktpapieren hat sich also der nicht ausgenutzte Spielraum in den Rediskontkontingenten des Bankenapparats beträchtlich erweitert.

In den nächsten Wochen werden die Verflüssigungstendenzen aller Voraussicht nach allerdings

wieder auf stärkere Gegenkräfte treffen. Mit Wirkung vom 1. September d. J. tritt zunächst die vom Zentralbankrat der Bundesbank am 9. August beschlossene *Erhöhung der Mindestreservesätze für die der Mindestreservepflicht unterliegenden Verbindlichkeiten gegenüber Devisenausländern* in Kraft. Nach dem Stande, den diese Verbindlichkeiten im Juli aufwiesen, würde das Reserve-Soll damit um rd. 170 Mio DM wachsen, doch ist es auf Grund der im August erfolgten starken Erhöhung jener Verbindlichkeiten sehr wohl möglich, daß die zusätzlichen Reserveanforderungen eher über diesen Betrag hinausgehen werden, falls im September infolge des eventuellen Abflusses von spekulativen Geldern nicht wieder eine gewisse Rückbildung der Auslandsverbindlichkeiten Platz greifen sollte (die dann freilich auch den Devisenzugang und die damit verbundenen Liquidisierungstendenzen entsprechend beeinträchtigen würde). In der Bindung eines möglichst großen Teils der vom Ausland zugeströmten Mittel liegt auch der eigentliche Sinn der mit der speziellen Erhöhung der Mindestreservesätze für die Auslandsverbindlichkeiten verfolgten Politik. Sie findet ihre Rechtfertigung nicht nur in der derzeitigen allgemeinen liquiditätspolitischen Lage, sondern ist auch deshalb angebracht, weil Auslandsverbindlichkeiten, besonders wenn sie aus spekulativen Geldzuflüssen entstanden sind, erfahrungsgemäß labiler sind als andere Verbindlichkeiten und deshalb einer besonderen Liquiditätsvorsorge bedürfen. Daß die Mindestreserven zinslos sind, kann dabei hier noch weniger als sonst Grund zu einer Einrede bieten, da Auslandsverbindlichkeiten nicht verzinst werden dürfen und die Kreditinstitute mit der ertragbringenden Anlage von wenigstens 70 vH der ihnen zugeflossenen Auslandsgelder wohl allgemein nach wie vor mehr erwirtschaften dürften als ihnen aus der Verwaltung dieser Gelder an Kosten erwächst, auch wenn man berücksichtigt, daß sich die Mittel zum Teil über eine sehr große Zahl von Konten verteilen und der Verwaltungsaufwand infolgedessen relativ hoch ist. Nicht sehr hoch ist dagegen die Möglichkeit zu veranschlagen, mit Hilfe der erhöhten Mindestreserve Auslandsgeld „abzuwehren“, so erwünscht auch eine solche Abwehr im Falle von spekulativen Zuflüssen wäre. Grenzen sind hier in der Regel

Zur Entwicklung der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute
in Mio DM

Vorgänge	Durchschnitt ¹⁾	Stichtage																			
	Juli 1957 gegen Juni 1957	31. Juli 1957 gegen 30. Juni 1957	15. Aug. 1957 gegen 15. Juli 1957																		
	A. Zentralbankgeldzuflüsse und -abflüsse bei den Kreditinstituten auf Grund von Veränderungen in den untenstehenden Positionen	Die Vorzeichen geben an, ob die jeweiligen Veränderungen der in der Vorspalte genannten Positionen Zentralbankgeldzuflüsse (+) oder -abflüsse (-) bewirkt haben *)																			
I. Noten- und Münzumlauf	- 111	- 118	- 111																		
II. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken davon: 1) Bund (ohne Sondervermögen), Länder und Lastenausgleichsbehörden 2) Sonstige	+ 178 (+ 367) (- 189)	+ 533 (+ 688) (- 155)	+ 520 (+ 495) (+ 25)																		
III. Zentralbankkredite an Nichtbanken ²⁾ (ohne Offenmarkt-Käufe und -Verkäufe)	- 8	+ 37	- 12																		
IV. Saldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Deutschen Bundesbank (bzw. Bank deutscher Länder)	+ 918	+ 1 081	+ 1 304																		
V. Sonstige Faktoren darunter: Schwebende Verrechnungen	- 59 (- 14)	+ 23 (- 43)	+ 41 (+ 12)																		
Wirkung der Faktoren A I bis V Zugang = + an Zentralbankgeld Abgang = -	+ 918	+ 1 556	+ 1 742																		
VI. Offenmarkt-Käufe bzw. -Verkäufe davon: 1) im Umtausch gegen Ausgleichsforderungen der Deutschen Bundesbank (bzw. Bank deutscher Länder) ausgegebene Geldmarkttitel des Bundes 2) Sonstige Titel ³⁾	- 631 (- 608) (- 23)	- 907 (- 877) (- 30)	- 632 (- 631) (- 1)																		
Gesamtwirkung der obengenannten Faktoren (Summe A I bis VI) Zugang = + an Zentralbankgeld Abgang = -	+ 287	+ 649	+ 1 110																		
B. Veränderung der Zentralbankeinlagen der Kreditinstitute	(Zunahme = +; Abnahme = -)																				
I. Gesamt (Mindestreserven und Überschufreserven)	- 84	- 325	+ 603																		
II. Veränderung des Mindestreserve-Solls (kann nur monatlich angegeben werden)	+ 64																				
C. Inanspruchnahme des Refinanzierungskredits	(Zunahme = +; Abnahme = -)																				
Veränderung	- 371	- 974	- 507																		
Stand an den nebenstehend genannten Terminen	Durchschnitt ¹⁾ Juli 1957 2 141	Stichtage 31. Juli 1957 1 920	15. Aug. 1957 1 610																		
D. Zum Vergleich: Stand der Guthaben der Kreditinstitute bei der Deutschen Bundesbank (bzw. beim Zentralbanksystem)	5 068	4 773	5 176																		
<p>¹⁾ Errechnet aus den 4 Ausweisstichtagen der betreffenden Monate. — ²⁾ Einschließlich Kassenkredite an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (im Rahmen einer festen Kreditlinie zur Vorfinanzierung von Arbeitsbeschaffungs-, Wohnungsbau- und Investitionsprogrammen), die nicht als Refinanzierungskredite im üblichen Sinne betrachtet werden können. — ³⁾ Am offenen Markt erworbene Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen, soweit diese nicht im Umtausch gegen Ausgleichsforderungen der Deutschen Bundesbank (bzw. Bank deutscher Länder) entstanden sind (s. VI, 1), Vorratsstellenwechsel und Wertpapiere.</p> <p>^{*)} Es bewirken:</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">Zentralbankgeldzufluß</td> <td style="width: 50%;">Zentralbankgeldabfluß</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Abnahme</td> <td>Zunahme</td> <td>des Noten- und Münzumlaufts</td> </tr> <tr> <td>Abnahme</td> <td>Zunahme</td> <td>der Zentralbankeinlagen von Nichtbanken</td> </tr> <tr> <td>Zunahme</td> <td>Abnahme</td> <td>der Zentralbankkredite an Nichtbanken</td> </tr> <tr> <td>Aktivierung</td> <td>Passivierung</td> <td>des Saldos der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Deutschen Bundesbank</td> </tr> <tr> <td>Offenmarkt-Käufe</td> <td>Offenmarkt-Verkäufe</td> <td></td> </tr> </table> <p>Die Veränderungen der unter A in der Vorspalte der Tabelle genannten Vorgänge sind hier nur insoweit berücksichtigt, als sie mit einem Zentralbankgeldzufluß bzw. -abfluß für die Kreditinstitute verounden sind. Sie decken sich also nicht notwendig mit den Veränderungen der entsprechenden Positionen im Ausweis der Deutschen Bundesbank (bzw. des Zentralbanksystems). Nähere Erläuterungen zu diesen Abweichungen enthält der Monatsbericht der Bank deutscher Länder für Januar 1957 auf S. 2.</p>				Zentralbankgeldzufluß	Zentralbankgeldabfluß		Abnahme	Zunahme	des Noten- und Münzumlaufts	Abnahme	Zunahme	der Zentralbankeinlagen von Nichtbanken	Zunahme	Abnahme	der Zentralbankkredite an Nichtbanken	Aktivierung	Passivierung	des Saldos der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Deutschen Bundesbank	Offenmarkt-Käufe	Offenmarkt-Verkäufe	
Zentralbankgeldzufluß	Zentralbankgeldabfluß																				
Abnahme	Zunahme	des Noten- und Münzumlaufts																			
Abnahme	Zunahme	der Zentralbankeinlagen von Nichtbanken																			
Zunahme	Abnahme	der Zentralbankkredite an Nichtbanken																			
Aktivierung	Passivierung	des Saldos der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bei der Deutschen Bundesbank																			
Offenmarkt-Käufe	Offenmarkt-Verkäufe																				

schon deshalb gezogen, weil die Initiative zu der Hereinnahme solcher Gelder in den meisten Fällen nicht von der hereinnehmenden Bank, sondern vom ausländischen Einleger ausgeht dürfte und dessen Dispositionen durch die Erhöhung der

Mindestreserven natürlich in keiner Weise berührt werden. Immerhin ist es nicht ausgeschlossen, daß wenigstens in denjenigen Fällen, in denen sich Banken etwa doch um die Hereinnahme von Auslandsgeldern bemühen und zu

diesem Zweck unter Verletzung oder Umgehung der bestehenden Vorschriften zinsähnliche Vergütungen zahlen sollten, der Zwang zur zinslosen Einlegung von wenigstens 30 vH dieser Gelder bei der Notenbank, doch wie eine leichte Bremse wirkt, zumal der Zinsabstand zwischen Inland und Ausland in der letzten Zeit bedeutend geringer geworden ist.

Eine nicht unbeträchtliche Gegenwirkung gegen die mit den Devisenüberschüssen verbundenen Verflüssigungstendenzen könnte im September ferner von der *Kassenentwicklung der zentralen öffentlichen Haushalte* ausgehen. Im September werden wieder Vierteljahrszahlungen auf die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer fällig, und normalerweise schließen der Bund und die Länder in solchen Monaten mit Überschüssen ab, was zur Folge hat, daß Mittel von den Geschäftsbanken zur Bundesbank fließen. Ob man in dieser Hinsicht noch ganz mit dem bisherigen Rhythmus rechnen kann, ist freilich fraglich, da vor allem der Bund, aber in schwächerem Maße auch die Länder, wie in diesen Berichten wiederholt dargestellt, neuerdings selbst ohne Berücksichtigung der Auslandsausgaben, die den Banken keine Mittel zuführen, zu Defiziten neigen. Immerhin ist die Tendenz zu Defiziten auch bei den inländischen Kassentransaktionen noch nicht so stark, daß selbst in den „einnahmestarken“ Monaten keine Überschüsse mehr zu erwarten wären. Es ist vielmehr anzunehmen, daß die inländischen Einnahmen und Ausgaben von Bund und Ländern im September — ähnlich wie im Juni, in dem allein der Bund infolge des großen Steuertermins einen „inneren“ Überschuß von immerhin noch 282 Mio DM aufwies — wiederum mit einem Einnahmensaldo abschließen werden und daß demgemäß die Kassenentwicklung der öffentlichen Haushalte im ganzen den Geschäftsbanken eher wieder Mittel entziehen wird, während sie ihnen im Juli und August umgekehrt Mittel zuführte. Ob das, zusammen mit der oben erwähnten Erhöhung der Mindestreservesätze, ausreichen wird, um die Liquiditätswirkungen der zu erwartenden weiteren Devisenzugänge zu kompensieren oder gar überzukompensieren, wird allerdings entscheidend von der Stärke dieser Zugänge abhängen. Halten die spekulativen Einflüsse der letzten Wochen an, so wird der Devisenzustrom

wahrscheinlich stark bleiben. Flaut die Spekulation aber ab oder weichen die derzeitigen spekulativen Zugänge gar abfließen, so läge es durchaus im Bereich des Möglichen, daß die Marktlage wesentlich ausgeglichener ist als bisher, ja zunächst vielleicht sogar im Zeichen einer gewissen Versteifung steht, da die auf die Überschüsse der Leistungs- und Kapitalbilanz zurückgehenden Devisenzugänge in den letzten beiden Monaten sicher nur den kleineren Teil der Gesamtzuflüsse ausmachten.

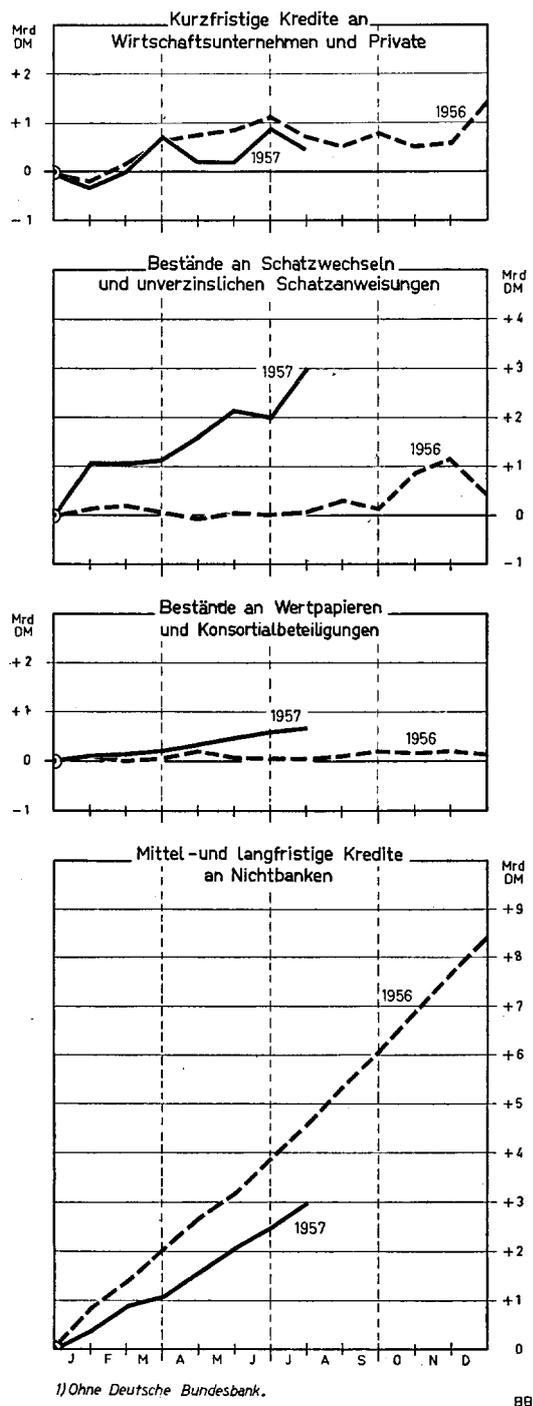
Das Aktivgeschäft der Banken

Das Aktivgeschäft der Banken stand in der Berichtsperiode gleichfalls sehr stark unter dem Einfluß des Geldzustroms aus dem Ausland, aber daneben auch weiter unter der Einwirkung der seit einiger Zeit zu verzeichnenden Abschwächung der konjunkturellen Expansion am Binnenmarkt und einer anhaltenden Liquiditätsvorliebe auf Seiten der meisten Institute. Der im Vorangegangenen geschilderte starke Mittelzustrom zu den Banken hat daher im Aktivgeschäft bisher noch zu keiner Verstärkung der Expansion des Bankkredits geführt, sondern, wie schon oben angedeutet, hauptsächlich in einer erheblichen Ausdehnung der liquiden Anlagen seinen Niederschlag gefunden.

So haben die *Bestände der Banken an Schatzwechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen* im Juli, dem letzten Monat, für den die Angaben der umfassenden monatlichen Bankenstatistik vorliegen, um rd. 1 Mrd DM auf etwa 4,75 Mrd DM zugenommen. Seit Jahresbeginn ist das die dritte Milliarde, die die Banken an solchen Titeln neu hereingenommen haben, und es hat den Anschein, als sei im August eine vierte Milliarde, wenn nicht gar noch mehr, hinzugekommen. Demgegenüber wurden die *kurzfristigen Kredite an Wirtschaftsunternehmen und Private* (die an öffentliche Stellen gewährten kurzfristigen Kredite spielen z. Z. nur eine untergeordnete Rolle) im Juli um rd. 450 Mio DM abgebaut, nachdem sie im Juni — vor allem im Zusammenhang mit dem Hauptsteuertermin — um etwa 700 Mio DM zugenommen hatten. Auch im Juli des vergangenen Jahres hatten sie sich vermindert, jedoch war ihr Rückgang damals (mit nur etwas über 400 Mio DM) nicht ganz so ausgeprägt gewesen wie in diesem Jahr. Faßt man zur Kennzeichnung des

ZUR ENTWICKLUNG DER KREDITE UND WERTPAPIERBESTÄNDE DER BANKEN ¹⁾

Kumulative Veränderungen jeweils ab Ende des Vorjahres



längerfristigen Trends die Veränderungen der kurzfristigen Wirtschaftskredite in den Monaten Januar bis Juli zusammen, so zeigt sich, daß diese Kredite im bisherigen Verlauf des Jahres

nur um rd. 480 Mio DM gewachsen sind, gegenüber rd. 770 Mio DM im gleichen Vorjahrsabschnitt und rd. 1 380 Mio DM in den ersten sieben Monaten 1955. Langfristig gesehen hat sich also die Kreditexpansion in diesem Bereich — wenn auch unter verstärkten monatlichen Schwankungen — ständig weiter abgeschwächt. Im August scheinen die kurzfristigen Wirtschaftskredite allerdings wieder etwas gestiegen zu sein. Bei den 480 halbmonatlich berichtenden Kreditinstituten, auf die etwa zwei Drittel ihres Gesamtvolumens entfallen, nahmen sie in der ersten Monatshälfte um 167 Mio DM zu, nachdem sie im gleichen Vorjahrsabschnitt geringfügig gesunken waren. Da der überwiegende Teil des genannten Zuwachses jedoch auf einige wenige Institute entfiel, ist es nicht ausgeschlossen, daß hierbei, wie schon des öfteren, vorübergehende Sonderfaktoren wieder eine nicht geringe Rolle gespielt haben.

Die mittel- und langfristigen Kredite an Nichtbanken sind im Juli dagegen wieder stärker gewachsen als im Juni, in dem sie — im Vergleich zur Entwicklung in anderen Monaten — ungewöhnlich wenig zugenommen hatten. In ihrer Gesamtheit sind diese Kredite, die zum bei weitem größten Teil von einigen speziellen Bankengruppen auf der Basis eines entsprechenden Aufkommens an echtem langfristigem Sparkapital gewährt werden und deshalb das eigentliche Geldvolumen nicht erweitern, im Juli um 564 Mio DM gestiegen gegen 316 Mio DM im Juni und 410 Mio DM im Monatsdurchschnitt des 1. Halbjahres 1957. Trotz des neuerdings wieder etwas beschleunigten Wachstums blieb ihre Ausdehnung mit den genannten 564 Mio DM — wie schon in den vorangegangenen Monaten — freilich erneut hinter der des entsprechenden Vorjahrsmonats (+ 727 Mio DM) zurück. Der Grund hierfür liegt in der Hauptsache darin, daß das einer echten Kapitalbildung entspringende und daher für das langfristige Beleihungsgeschäft der Banken verfügbare Fremdmittelaufkommen (es sind das im wesentlichen die Zugänge an Spareinlagen, an Erlösen aus dem Absatz von Bankschuldverschreibungen sowie an längerfristig aufgenommenen Geldern und Darlehen, während der Zuwachs an Termineinlagen für diesen Zweck weitgehend ausscheidet) in den zurückliegenden Monaten d. J. insgesamt noch immer geringer

war als im gleichen Vorjahrszeitraum. Erst in letzter Zeit scheint sich, wie im nächsten Abschnitt noch näher dargelegt wird, in dieser Hinsicht eine Besserung angebahnt zu haben, die sich freilich, wegen des natürlichen Zeitintervalls zwischen dem Zugang und dem Einsatz dieser Mittel, erst in späteren Monaten in einer Steigerung der längerfristigen Kreditgewährung auswirken kann. Immerhin waren bereits im Juli die Hypothekenzusagen der Realkreditinstitute, Girozentralen und Sparkassen für den Wohnungsbau, die in gewisser Hinsicht symptomatisch für die zukünftige Entwicklung in diesem Kreditbereich sind, wieder relativ umfangreich. Mit 215 Mio DM lagen sie höher als in jedem der vorangegangenen Monate seit März vorigen Jahres. Gegenüber Juni d. J. betrug das Plus sogar fast 50 Mio DM. Der seit Anfang d. J. zu beobachtende aufwärtsgerichtete Trend hat sich damit deutlich fortgesetzt.

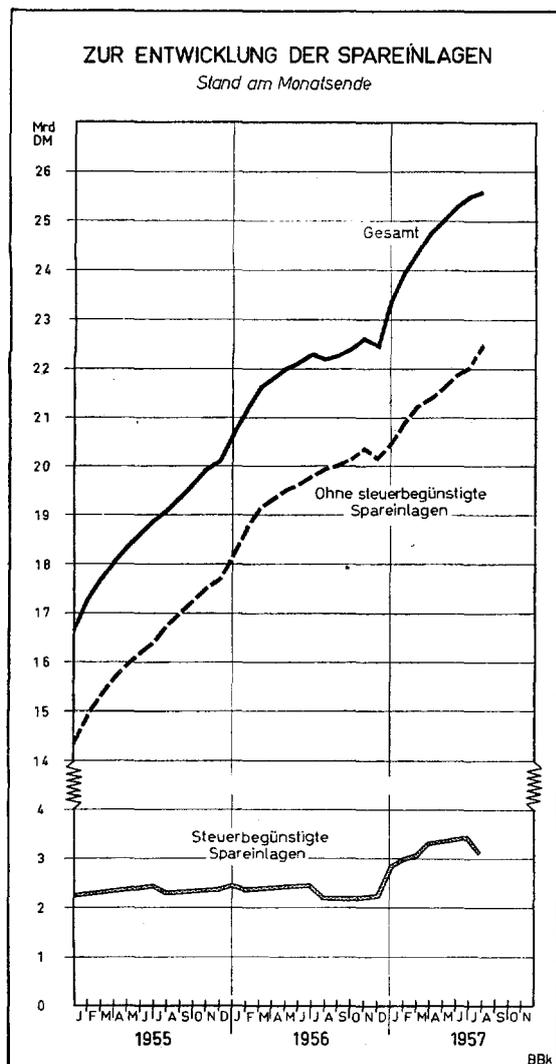
Verhältnismäßig gering war im Juli dagegen wieder der Erwerb von Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen durch die Banken. Er belief sich auf nur 89 Mio DM gegen 128 Mio DM im Juni, 134 Mio DM im Mai und rd. 100 Mio DM im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres 1957. Im einzelnen ist dabei der Wertpapierbestand um 60 Mio DM und der Bestand an Konsortialbeteiligungen um 29 Mio DM gestiegen. Wie schon in den Vormonaten haben die Banken insbesondere ihre Bestände an fremden Bankschuldverschreibungen weiter aufgestockt, nämlich um 67 Mio DM gegenüber 54 Mio DM im Vormonat und 77 Mio DM im Mai. Daneben haben sie im Betrage von 18 Mio DM Länderanleihen übernommen. Rückläufig waren dagegen ihre Bestände an sonstigen Anleihen sowie an Dividendenwerten. Betrachtet man die Entwicklung der Bankbestände an Wertpapieren und Konsortialbeteiligungen über eine längere Frist hinweg, so tritt für die neuere Zeit allerdings eine Verstärkung des Wachstums in Erscheinung. In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres stellte sich die Zunahme nämlich auf rd. 700 Mio DM gegen nur knapp 90 Mio DM im entsprechenden Vorjahrsabschnitt. Den entscheidenden Einfluß dürfte hierbei freilich die „Lex Preusker“ ausgeübt haben, da viele Kreditinstitute, die steuerbegünstigte Spareinlagen unter den Bedingungen der „Lex Preusker“

hereingenommen hatten, die daran geknüpfte Verwendungsaufgabe für diese Spargelder durch den Erwerb bestimmter Bankschuldverschreibungen erfüllten. Die aus eigener Initiative getätigten Wertpapierkäufe der Banken scheinen sich dagegen bisher noch in relativ engen Grenzen gehalten zu haben.

Das Aufkommen längerfristiger Fremdmittel bei den Banken

Der Zugang an längerfristigen Fremdmitteln zu den Banken hat sich im Juli wieder beträchtlich verstärkt, nachdem er im Juni unter dem Einfluß verschiedener, zum Teil saisonbedingter Faktoren vorübergehend etwas nachgelassen hatte. Im ganzen sind den Banken im Juli aus der Zunahme der Spar- und Termineinlagen, dem Absatz von Bankschuldverschreibungen sowie aus der Aufnahme längerfristiger Gelder und Darlehen bei Nichtbanken Mittel im Betrage von rd. 1,04 Mrd DM zugeflossen gegen nur rd. 500 Mio DM im Vormonat; das Ergebnis des entsprechenden Vorjahrsmonats wurde damit um rd. 150 Mio DM übertroffen. In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres belief sich das längerfristige Mittelaufkommen bei den Banken auf rd. 7,06 Mrd DM gegenüber nur etwa 5,30 Mrd DM im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Allerdings war das Mehraufkommen in diesem Jahr, das sich nach den genannten Zahlen auf rd. 1,8 Mrd DM stellt, fast ausschließlich eine Folge des hohen Zuwachses an Termineinlagen (in den ersten sieben Monaten 1957: + 2,2 Mrd DM gegen + 0,3 Mrd DM im Vorjahr), der, wie schon angedeutet, in mancher Hinsicht anders zu beurteilen ist als die Zugänge in den übrigen Bereichen des längerfristigen Fremdmittelaufkommens, da die Termineinlagen erfahrungsgemäß einen sehr labilen Bestandteil dieser Passiva bilden. Neuerdings haben nun aber, wie ebenfalls bereits erwähnt, auch die beständigeren Teile der bankmäßigen Geldkapitalbildung wieder stärker aufzuholen begonnen.

Dies gilt vor allem für die Entwicklung der Spareinlagen. Im Juli hat sich der Gesamtbestand auf den Sparkonten bei den von der monatlichen Bankenstatistik erfaßten Instituten (die Bausparkassen gehören nicht hierzu) zwar nur um 108

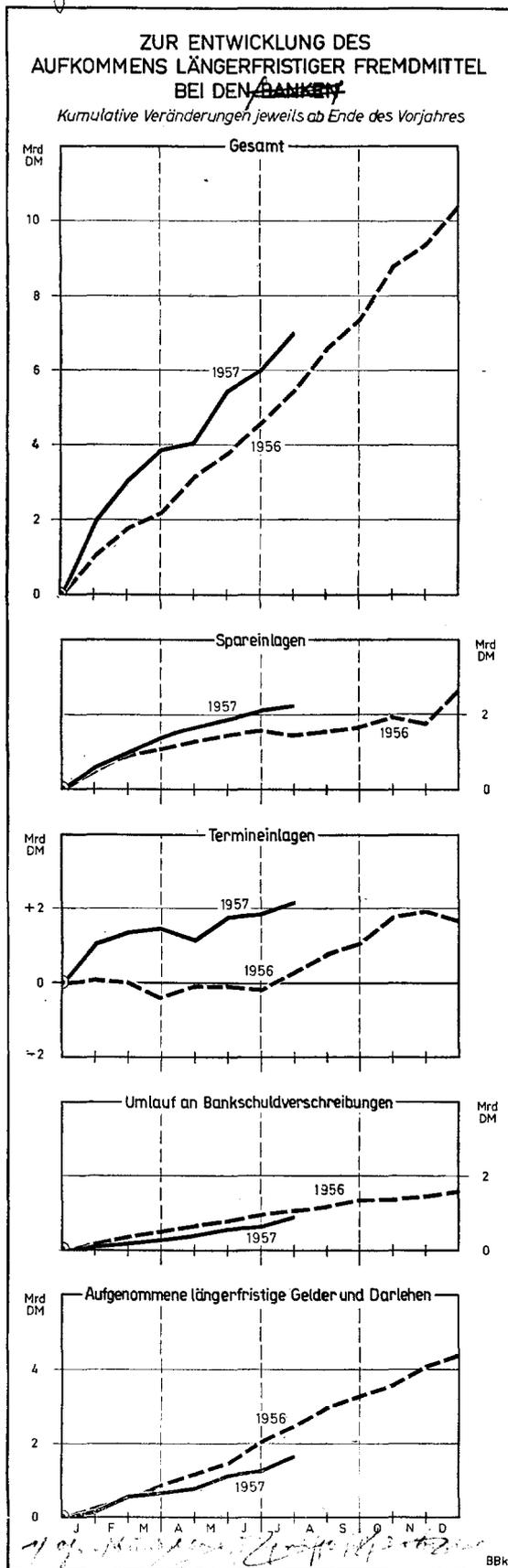


Mio DM und damit wesentlich weniger erhöht als in den vorangegangenen Monaten (im Monatsdurchschnitt des zweiten Quartals um rd. 250 Mio DM), doch ist bei der Beurteilung dieser Ziffern neben der Tatsache, daß der Juli als Haupturlaubsmonat schon aus saisonalen Gründen ein „sparschwacher“ Monat ist, vor allem dem Umstand Rechnung zu tragen, daß mit dem Halbjahresultimo die Sperrfrist für die im zweiten Halbjahr 1956 im Rahmen von „allgemeinen Sparverträgen“ eingezahlten steuerbegünstigten Spareinlagen abgelaufen ist und der Bestand auf diesen Konten sich infolgedessen stark vermindert hat. Wenn der Rückgang auch keineswegs in vollem Umfang mit einem tatsächlichen Abzug der freigewordenen Sparbeträge identisch ist, so wird ein solcher Termin von vielen Sparern er-

fahrungsgemäß doch stets zum Anlaß genommen, um die bis dahin gesperrten Mittel abzuziehen und sie zu verbrauchen oder einer anderen Anlage zuzuführen. In Höhe dieser Abzüge wird das normale Sparergebnis dann beeinträchtigt. In diesem Jahr war nun der Betrag der zum 1. Juli freigewordenen steuerbegünstigten Spareinlagen besonders hoch. Der Rückgang der steuerbegünstigten Spareinlagen belief sich infolgedessen auf nahezu 350 Mio DM und übertraf damit das entsprechende Vorjahresergebnis um rd. 100 Mio DM. Trotzdem ist der gesamte Spareinlagenbestand, wie erwähnt, um 108 Mio DM gestiegen, während er im gleichen Vorjahrszeitraum um über 100 Mio DM zurückgegangen war. Auch im August scheint die günstige Entwicklung der Spartätigkeit weiter angehalten zu haben. Nach den für die erste Monatshälfte vorliegenden Ergebnissen unserer halbmonatlichen Bankenstatistik, zu der 480 Institute mit etwas mehr als der Hälfte des gesamten Spareinlagenbestandes berichten, haben die Spareinlagen allein bei diesen Instituten in der ersten Augusthälfte um 82 Mio DM zugenommen, obwohl die steuerbegünstigten Spareinlagen bei den betreffenden Banken in der gleichen Zeit um weitere 13 Mio DM zurückgegangen sind. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren die Spareinlagen bei den 480 halbmonatlich berichtenden Kreditinstituten dagegen nur um knapp 5 Mio DM gewachsen.

Die Termineinlagen sind im Berichtsmonat mit einer Zunahme um insgesamt 337 Mio DM ebenfalls wieder beträchtlich gestiegen. Die Terminguthaben von Wirtschaftsunternehmen und Privaten haben sich dabei um 481 Mio DM erhöht, während die von öffentlichen Stellen unterhaltenen Terminguthaben im gleichen Zeitraum um 144 Mio DM abgenommen haben. Der Anstieg der privaten Termineinlagen dürfte zu einem Teil mit dem Bestreben der Wirtschaft zusammenhängen, ihre im vorangegangenen Hauptsteuermonat reduzierten Reserveguthaben wieder aufzufüllen. Offenbar ist im Juli jedoch die Aufstockung der in der Form befristeter Guthaben bei den Banken unterhaltenen Betriebsmittelreserven der Wirtschaft über das Maß der periodisch üblichen Reservebildung hinausgegangen. Insoweit dürfte sie ein gewisses Liquiditätsstreben der Wirtschaft widerspiegeln, das sicher

*H Kreditkonditionen des Bankkredit-
gebiets sind weit bestim*



nicht unabhängig gesehen werden kann von der nachlassenden Investitionstätigkeit sowie der allgemein abwartenden Haltung überhaupt, die heute in der Wirtschaft vielfach eingenommen wird. Der Rückgang der öffentlichen Terminguthaben dürfte teilweise aus den gestiegenen Ausgabeverpflichtungen der Länder zu erklären sein, von denen, wie bereits im letzten Bericht erwähnt, u. a. größere Abschlagszahlungen im Zusammenhang mit der rückwirkend zum 1. April d. J. in Kraft getretenen Erhöhung der Gehälter und Versorgungsbezüge im öffentlichen Dienst zu leisten waren. Zu einem Teil scheint die Verminderung der Termineinlagen öffentlicher Körperschaften aber auch auf Wertpapierkäufen der Sozialversicherungsträger beruht zu haben, die neuerdings, nachdem deutlich geworden ist, daß sie auch künftig mit gewissen Überschüssen rechnen können, die Wertpapieranlagen anscheinend nicht mehr in gleichem Maße meiden wie bisher.

Sehr beachtlich war im Juli ferner der Zugang an bei Nichtbanken aufgenommenen längerfristigen Geldern und Darlehen. Er belief sich auf fast 390 Mio DM und lag damit zum Teil bedeutend höher als in jedem der sechs vorangegangenen Monate des laufenden Jahres. Namentlich gegenüber Juni, in dem der Mittelzufluß aus dieser Quelle mit nur noch 163 Mio DM besonders gering gewesen war, hat sich der Zugang wieder beträchtlich verstärkt. Vergleicht man die Entwicklung in den ersten sieben Monaten d. J., während der diese Mittel um insgesamt 1,7 Mrd DM zugenommen haben, mit der des entsprechenden Vorjahrszeitraums, so zeigt sich, daß der Zugang in diesem Jahr um etwa 610 Mio DM hinter dem entsprechenden Vorjahrsergebnis zurückgeblieben ist. Allein die von öffentlichen Stellen aufgenommenen längerfristigen Gelder und Darlehen — nach dem derzeitigen Stande entfallen auf diese fast neun Zehntel der gesamten unter diesem Rubrum aufgenommenen Mittel — sind im bisherigen Verlauf des Jahres um rd. 440 Mio DM weniger gewachsen als in der gleichen Zeit des vergangenen Jahres. Offensichtlich hat sich also der Fluß der über den Bankenapparat geleiteten Investitionsdarlehen der öffentlichen Hand erheblich abgeschwächt. Ein wesentlicher Grund hierfür dürfte darin liegen, daß die laufenden Bereitstellungen von öffentlichen Mitteln — vor allem von Mitteln im Rahmen von

Sonderprogrammen, deren erste Weiterleitung bestimmten Spezialinstituten, wie z. B. der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Lastenausgleichsbank, obliegt — allem Anschein nach geringer geworden ist, während die laufenden Tilgungen derartiger (früher gewährter) Kredite gleichgeblieben sind oder gegenüber dem Vorjahr sogar eher noch an Bedeutung gewonnen haben. Kennzeichnend hierfür ist, daß etwa drei Viertel des erwähnten Betrages von 440 Mio DM, um den die von den Banken bei öffentlichen Stellen aufgenommenen längerfristigen Gelder und Darlehen weniger zugenommen haben als im vergangenen Jahr, auf die beiden erwähnten Spezialinstitute, also die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Lastenausgleichsbank, entfallen, die zusammen etwas über zwei Fünftel des Gesamtvolumens dieser Gelder betreuen. Daneben waren von der Verringerung des Aufkommens an öffentlichen Investitionsmitteln aber auch die Institute des Sparkassensektors (auf die ein weiteres Fünftel dieser Mittel entfällt) betroffen. Bei diesen Instituten, die vor allem die von den Gebietskörperschaften stammenden Darlehen zum Einsatz bringen, können bis zu einem gewissen Grade allerdings rein formale Gründe für die Abschwächung maßgebend gewesen sein. Wie wir in unserem letzten Monatsbericht an dieser Stelle bereits andeuteten, werden seit einiger Zeit nämlich gewisse öffentliche Gelder und Darlehen, die im vergangenen Jahr zum Anstieg der fraglichen Positionen beigetragen haben, wegen Änderung der Vertragsgrundlage als „Verwaltungskredite“ außerhalb der Bilanzen geführt. Soweit diese Darlehen nun aufgestockt oder soweit heute Darlehen in ähnlicher Rechtsform gewährt werden, treten sie daher — im Gegensatz zum Vorjahr — in der Bankenstatistik nicht mehr in Erscheinung.

Günstiger als in den Vormonaten gestaltete sich im Juli, wie schon angedeutet, auch der Absatz von *Bankschuldverschreibungen*. Das Absatzergebnis war — nach der Bankenstatistik, deren Ergebnisse sich aus methodischen Gründen nicht ganz mit denen unserer Wertpapierstatistik decken — mit 211 Mio DM mehr als doppelt so hoch wie im Vormonat und höher als in jedem der vorangegangenen Monate seit Januar 1956. Über die näheren Ursachen, die zu dieser bemerk-

enswerten Absatzsteigerung geführt haben, wird im folgenden Abschnitt eingehend berichtet.

Die Lage an den Wertpapiermärkten

An den Wertpapiermärkten hat die schon seit einiger Zeit zu beobachtende Tendenzbesserung weiter angehalten und nunmehr praktisch alle Marktgebiete erfaßt. Verschiedentlich war sogar — hauptsächlich unter dem Einfluß ausländischer Käufe — eine geradezu stürmische Nachfrage festzustellen. Obwohl diese Nachfrage in vielen Fällen offensichtlich durch Spekulationen auf eine vermeintlich bevorstehende Aufwertung der DM ausgelöst wurde, scheint sich doch auch die Neigung zur längerfristigen Anlage in deutschen Wertpapieren beim ausländischen Publikum ebenso zu verstärken, wie dies während der letzten Monate beim inländischen Publikum zu beobachten war. Dabei dürfte namentlich für die ausländischen Anleger neben der stetigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung der Bundesrepublik vor allem der Umstand eine Rolle gespielt haben, daß das Kapitalzinsniveau in der Bundesrepublik wesentlich höher liegt als in vielen anderen Ländern und überdies eine sinkende Tendenz aufweist, während die Entwicklung an den ausländischen Kapitalmärkten verschiedentlich im Zeichen steigender Zinssätze steht und infolgedessen den Anlegern ein gewisses Abwarten geboten erscheinen läßt. Daß aber auch die Anlageneigung des inländischen Publikums zugenommen hat, zeigt die Kurssteigerung am Markt der steuerfreien Papiere, die wegen ihres naturgemäß auf Inländer beschränkten Steuerprivilegs praktisch nur vom inländischen Publikum gekauft werden. Auch sonst mehrten sich die Anzeichen, daß die großen Beträge der in Wartestellung gehaltenen Gelder, auf die seit etwa einem Jahr an dieser Stelle mehrfach hingewiesen wurde, allmählich in die Wertpapieranlage zu fließen begonnen haben.

Die *Placierung neuer Wertpapiere* war infolgedessen bedeutend leichter als früher. So wurden im Juli — dem letzten Monat, für den vollständige statistische Angaben vorliegen — neue Wertpapiere im Nominalbetrag von rd. $\frac{3}{4}$ Mrd DM untergebracht, ein deutlicher Gegenbeweis gegen die verschiedentlich immer noch anzutreffende These von der angeblich nur geringen Leistungs-

Der Absatz von Wertpapieren
in Mio DM

Zeit	Pfandbriefe	Kommunalobligationen	Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten	Industrieobligationen	Sonstige Schuldverschreibungen	Anleihen der öffentlichen Hand	Festverzinsliche Wertpapiere insgesamt	Aktien	Festverzinsliche Wertpapiere und Aktien insgesamt
1955 MD.	115,1	85,5	21,5	36,0	0,0	48,6	306,7	129,6	436,3
1955 „ 2 ¹⁾	114,5	75,3	7,1	12,2	0,0	48,6	257,7	129,6	387,3
1956 „	86,5	51,3	1,2	47,0	0,0	16,8 2 ²⁾	202,8 2 ²⁾	153,1	355,9 2 ²⁾
1956 1. Vj. MD.	122,1	57,6	0,5	—	0,0	3,7 2 ²⁾	183,9 2 ²⁾	181,6	365,5 2 ²⁾
2. „	86,3	76,3	2,5	0,5	0,0	1,7	167,3	145,8	313,1
3. „	72,5	42,4	0,6	153,1	0,0	14,7	283,3	195,9	479,2
4. „	65,1	29,0	1,1	34,3	0,0	35,8	165,3	89,2	254,5
1957 1. Vj. MD.	79,2	43,9	14,7	76,9	0,0	64,3	279,0	118,4	397,4
2. „	65,5	66,7	12,6	60,0	—	31,5	236,3	116,7	353,0
1957 Mai	75,9	72,2	31,4	67,4	—	21,0	267,9	46,5	314,4
Juni	40,5	60,0	4,4	86,6	—	53,5	245,0	271,8	516,8
Juli	98,3	80,0	40,6	119,1	—	73,4	411,4	347,7	759,1

1) Ohne Investitionshilfpapiere. — 2) Ohne Berücksichtigung der Beträge der 7 (5 1/2 %) / 8 %igen Umschuldungsanleihe des Freistaates Bayern von 1955, die im Tausch gegen gekündigte 8 %ige Schatzanweisungen übernommen wurden.

fähigkeit des Wertpapiermarkts. An diesem Gesamtbetrag — dem höchsten Monatsergebnis der Nachkriegszeit — waren festverzinsliche Wertpapiere mit 411 Mio DM (Juni 245 Mio DM) und neu begebene Aktien mit 348 Mio DM (272 Mio DM) beteiligt. Selbst wenn man in Betracht zieht, daß dieses hohe Monatsergebnis bis zu einem gewissen Grade vielleicht auf einer zufälligen Häufung von Emissionen beruhte — allein ein Nominalbetrag von 284 Mio DM entfiel auf nur vier Großemissionen von Aktien —, so zeigt es doch, wie stark die Aufnahmefähigkeit der Wertpapiermärkte gewachsen ist, zumal die Emissionen ohne nennenswerten Kursdruck, ja zum Teil bei steigenden Kursen, untergebracht werden konnten, und darüber hinaus verschiedene Emittenten noch Wertpapiere neu placieren konnten, die sie in den vorausgegangenen Monaten zur Kursstützung zurückgenommen hatten. Ein Vergleich mit den jeweils in den ersten sieben Monaten der beiden letzten Jahre insgesamt untergebrachten Neuemissionen zeigt ebenfalls, daß der Wertpapierabsatz dieses Jahres mit bisher 3,0 Mrd DM nicht nur größer war als im Vorjahr (2,5 Mrd DM), sondern auch das entsprechende Placierungsergebnis im Jahr 1955 (ohne Zuteilung von Investitionshilfpapieren: 2,7 Mrd DM) übertroffen hat.

Vor allem am Rentenmarkt war eine beachtliche, nun auch am Pfandbriefmarkt deutlich spürbare Belebung der Nachfrage zu verzeichnen. Der Absatz von Pfandbriefen und Kommunalobliga-

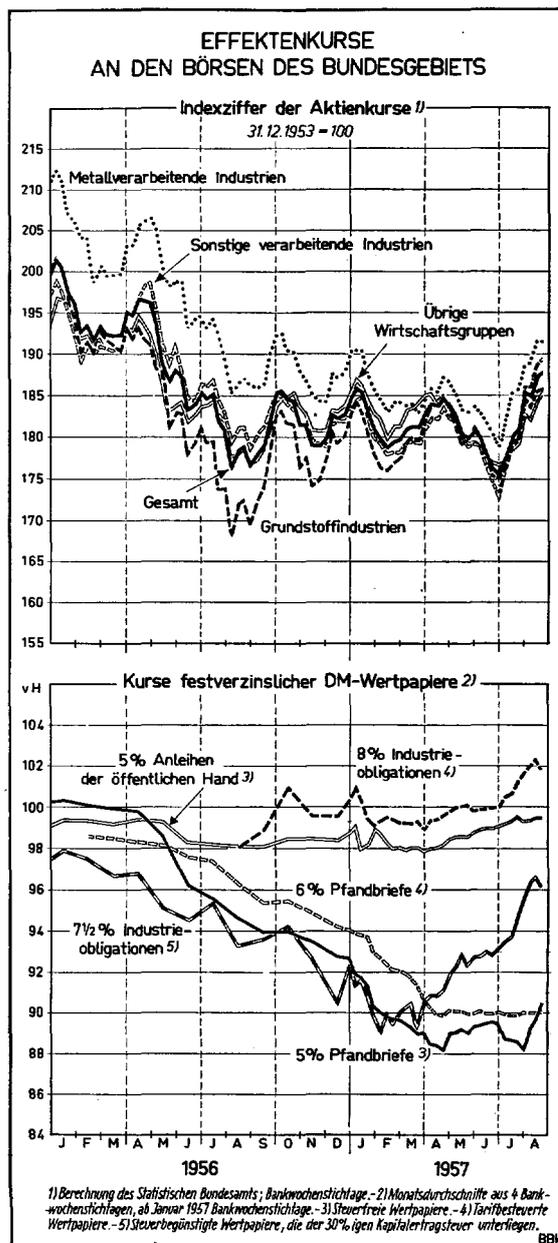
tionen, der von Mitte 1956 bis Mitte 1957 im Monatsdurchschnitt nur 116 Mio DM betragen hatte (im Juni 1957 allein sogar nur etwa 100 Mio DM), stieg im Juli auf 178 Mio DM. Besondere Beachtung verdient dabei die Tatsache, daß erstmalig seit längerer Zeit öffentliche Stellen wieder stärker am Erstabsatz dieser Papiere beteiligt waren, nämlich mit 32 vH oder 58 Mio DM gegen einen Monatsdurchschnitt von nur 24 Mio DM in der ersten Hälfte dieses Jahres und allerdings 104 Mio DM im ersten Halbjahr 1956. Allem Anschein nach sind die Rentenversicherungsanstalten in letzter Zeit dazu übergegangen, wieder größere Teilbeträge ihrer Vermögensreserven als vordem in Wertpapieren anzulegen. Bemerkenswert ist ferner, daß im Vergleich zum Vormonat nicht nur fast der doppelte Betrag von 7 1/2 %igen Pfandbriefen und Kommunalobligationen untergebracht werden konnte, sondern daß sich der Absatz der 6 %igen Emissionen der Realkreditinstitute ebenfalls — auf über 50 Mio DM — verdoppelte. Dies dürfte weitgehend damit zusammenhängen, daß — wie bereits im letzten Bericht erwähnt — einige Emittenten auf Wunsch gewisser Baugesellschaften an dem niedrigen Nominalzins festhalten; dafür müssen die Kreditnehmer allerdings eine geringere Darlehensauszahlung bzw. zusätzliche Aufwendungen (für die Placierung der 6 %igen Titel weit unter ihrem offiziellen Emissionskurs) in Kauf nehmen. Daß dieses Verfahren nicht unproblematisch ist (es wird zur Zeit auch sehr umstrit-

ten), wurde bereits im letzten Monatsbericht angedeutet. Immerhin betrafen von den Emissionsgenehmigungen, die vom 1. bis 24. August d. J. in Höhe von 122 Mio DM (gegen nur 40 Mio DM im Juli) den Realkreditinstituten erteilt wurden, 62 Mio DM wiederum 6 %ige Papiere.

Besonders kennzeichnend für die Verbesserung des Marktklimas war jedoch das relativ starke Interesse für die 5 1/2 %igen und neuerdings auch für die 5 %igen steuerfreien Pfandbriefe und Kommunalobligationen, die noch im Juni völlig im Schatten der Kapitalmarktentwicklung gestanden hatten. Die Realkreditinstitute konnten daher, wie bereits angedeutet, neben ihren neuen Emissionen auch Teile ihrer Bestände zurückgeflüssener älterer Emissionen erneut placieren. Allerdings gingen die Institute, um die Kurs-erholung nicht zu gefährden, bei der Wiedereinschleusung dieser steuerfreien Titel in den Markt sehr vorsichtig vor. Das hat wesentlich dazu beigetragen, daß die an der Börse notierten Kurse der 5 %igen Papiere, die, obwohl sie bis auf 88 zurückgenommen worden waren, noch nicht ganz der effektiven Marktlage entsprochen hatten und deshalb mehr oder weniger fiktiv geblieben waren, verhältnismäßig bald wieder zur Basis tatsächlicher Umsätze wurden und verschiedentlich auf 90 bis 91 angehoben werden konnten. Ähnliche Kursverbesserungen ergaben sich für die 5 1/2 %igen Papiere und die sonstigen steuerfreien Altemissionen des Pfandbriefmarkts.

Bei den Industrieanleihen hat sich in der Berichtszeit die Tendenz zur Zinssenkung bei steigenden Absatzzahlen noch deutlicher als bisher durchgesetzt. Von den im Juli untergebrachten 8 %igen Industriobligationen im Betrag von 119 Mio DM (gegen 87 Mio DM im Vormonat) sind bereits 80 Mio DM zu einem höheren Emissionskurs als 98 aufgelegt worden (Anfang Juli 30 Mio DM zu 98 1/2 und Ende Juli 50 Mio DM zu 99). Trotzdem war das Interesse an diesen Emissionen so stark, daß sie nicht nur überzeichnet, sondern anschließend im Freiverkehr zum Teil merklich über dem Emissionskurs nachgefragt wurden. Auch im August wurden 8 %ige Industrieanleihen zu Emissionskursen von 98 1/2 und 99 mit vollem Erfolg begeben. Gleichzeitig sind die Börsenkurse der umlaufenden 8 %igen Industrieanleihen weiter um 1 bis 1 1/2 Punkte auf 101 bis 104 gestiegen. Noch stärker ausge-

prägt war die Aufwärtsbewegung bei den steuerbegünstigten Industrieobligationen aus den Jahren 1953/54, vor allem bei den Investitionshilfepapieren, deren Kurse meist um 2 bis 3 Punkte anzogen, und zwar auf 98 bis 103 für 8 %ige, auf 95 bis 98 für 7 1/2 %ige und auf 90 bis 93 für 6 1/2- und 7 %ige Emissionen. Angesichts die-



ser Entwicklung wächst die Neigung, von dem bisherigen hohen Nominalzins von 8 % allmählich abzugehen; für den September ist bereits eine Industrieanleihe mit einem Zinssatz von 7 1/2 % und einem Emissionskurs von 96 angekündigt.

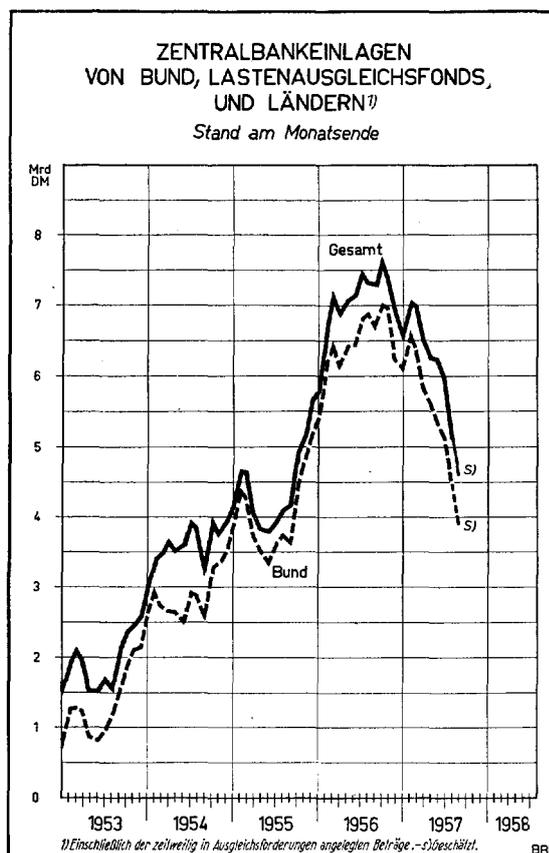
In den übrigen Markt Bereichen hochverzinslicher Rentenpapiere war die Auflockerungstendenz bisher allerdings nicht ganz so ausgeprägt wie bei den Industriefinanzierungen. Immerhin hat sich der Absatz 8 0/0iger öffentlicher Anleihen, die bisher vom Markt nur zögernd aufgenommen worden waren, ebenfalls wesentlich verbessert. So wurden im Juli 69 Mio DM Anleihen dieses Typs untergebracht gegen nur 6 Mio DM im Juni. Auch der Absatz von — gewöhnlich mittelfristigen — Schuldverschreibungen von Spezialkreditinstituten war mit einem Betrag von 41 Mio DM weit höher als in den vorangegangenen Monaten. Dabei entfielen 25 Mio DM auf eine 8 0/0ige Anleihe der Industriefinanzbank und der Rest auf Teilbeträge 7 1/2 0/0iger Emissionen, wie z. B. die zum Kurs von 96 abgegebenen Schuldverschreibungen der Deutschen Genossenschaftskasse.

Die Aktienmärkte standen in der Berichtszeit — wie schon aus den früher erwähnten, außergewöhnlich hohen Emissionsziffern vom Juli zu ersehen ist — ebenfalls im Zeichen der fortschreitenden Auflockerung. Die Aufwärtsbewegung der Kurse, die im Juli besonders stark ausgeprägt war, hat sich im August, wenn auch in wesentlich langsamerem Tempo, fortgesetzt. Nach einer zunächst ruhigeren Entwicklung mit uneinheitlicher Tendenz gaben Mitte August größere Käufe von Seiten des Auslands einen neuen Anstoß zu weiteren Kurssteigerungen, die später allerdings teilweise wieder verloren gingen. Der Index der Aktienkurse des Statistischen Bundesamts (Ende 1953 = 100) lag am 23. August d. J. mit 188 immerhin um 2 Punkte höher als Ende Juli. Gegen Ende des Monats setzte sich die steigende Kurstendenz jedoch erneut durch.

Öffentliche Finanzen

In den öffentlichen Haushalten sind die defizitären Tendenzen, die seit geraumer Zeit zumindest die Grundlinie der Kassenentwicklung der Haushalte bestimmen, in den beiden letzten Monaten — Juli und August — wieder deutlich in Erscheinung getreten. Sowohl der Bundeshaushalt als auch die Länderhaushalte wiesen im Juli und — nach bisher vorliegenden Angaben — auch im August hohe Kassenfehlbeträge auf. Lediglich der Lastenausgleichsfonds, dessen Einnahmen im Juli ebenfalls hinter den Ausgaben zurückgeblieben waren, hat im August infolge der vierteljährlichen Eingänge aus der Vermögensabgabe mit einem Überschuss abgeschlossen, der allerdings erheblich hinter den Fehlbeträgen von Bund und Ländern zurückgeblieben sein dürfte. Zum Teil handelte es sich dabei um die übliche Verschlechterung, die die Kassenposition von Bund und Ländern auch sonst in den „steuer-schwachen“ Monaten des Quartals aufweist; die Fehlbeträge waren jedoch trotz des — großenteils saisonbedingten — weiteren Anstiegs der Steuereinnahmen im Juli und August erheblich größer als im April und Mai d. J., den beiden letzten Monaten mit vergleichbaren Steuerterminen. Die Zentralbankeinlagen von Bund, Lastenausgleichsfonds und Ländern haben infolgedessen im Juli, dem letzten Monat, für den

vollständige Angaben vorliegen, um rd. 900 Mio DM abgenommen. Gleichzeitig sind die von den Ländern bei den Landeszentralbanken aufgenom-



menen Kassenkredite um 85 Mio DM gewachsen, und möglicherweise haben die Länder daneben auch noch auf ihre Guthaben bei den Kreditinstituten zurückgegriffen. Ein erheblicher Teil der aus Einlagen und Kassenkrediten finanzierten Ausgaben ist im Juli allerdings wieder ins Ausland bzw. auf die Zentralbankkonten der NATO-Mächte geflossen. Immerhin hat sich auch bei den inländischen Kassentransaktionen ein Fehlbetrag in der Größenordnung von schätzungsweise 600 Mio DM ergeben. Ebenso dürfte im August ein Defizit entstanden sein, wenn offenbar auch in geringerer Höhe als im Juli. Für den September ist demgegenüber infolge der Vierteljahreszahlungen auf die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer zwar wieder ein Überschuß zu erwarten; gleichwohl muß jedoch nach den Juli- und August-Ergebnissen für das gesamte dritte Vierteljahr mit einem Fehlbetrag der „inneren“ Kassentransaktionen der öffentlichen Haushalte gerechnet werden, während in den beiden Vorvierteljahren die Inlandseinnahmen noch über die Inlandsausgaben hinausgegangen waren.

Die Steuereinnahmen

Die für den Juli vorliegenden Zahlen über das Steueraufkommen von Bund und Ländern bestätigen erneut, daß der — im vergangenen Jahr noch sehr kräftige — Anstieg der Steuereinnahmen in letzter Zeit beträchtlich nachgelassen hat. Mit insgesamt rd. 2,87 Mrd DM lag das Aufkommen im Juli, dem Saisonrhythmus entsprechend, zwar um etwa 200 Mio DM über dem vom April, dem letzten Monat mit denselben Steuerterminen, doch war diese Zunahme erheblich schwächer als in den vergangenen Jahren. Hinter dem Betrag des entsprechenden Vorjahrsmonats blieben die Steuereinnahmen im Juli sogar um 47 Mio DM oder 1,6 vH zurück. Im gesamten Dreimonatsabschnitt Mai bis Juli ist die Zuwachsrate damit auf rd. 6 vH gesunken, während sie in den gleichen Monaten des Vorjahres rd. 14 vH betragen hatte. Zu dieser starken Verlangsamung haben drei Faktoren beigetragen, nämlich erstens die im Herbst v. J. und im Januar d. J. in Kraft getretenen Steuersenkungen, zweitens die auslaufende Veranlagung für 1955 und drittens die in letzter Zeit wieder etwas stärker in Erscheinung tretende Abschwächung der kon-

junkturrellen Expansion. Die Steuersenkungen haben sich, wie aus der nachstehenden Tabelle zu ersehen ist, besonders stark auf das Aufkommen aus dem Notopfer Berlin ausgewirkt, das in den letzten Monaten nur noch einen Bruchteil der im Vorjahr aus dieser Abgabe erzielten Einnänge ausmachte. Die Tatsache, daß die Einnah-

Steuereinnahmen von Bund und Ländern

Steuerarten	1957		Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) gegen 1956			
	Julij ^P	Mai bis Julij ^P	Juli		Mai bis Juli	
	Mio DM	Mio DM	MioDM	vH	MioDM	vH
Steuereinnahmen, gesamt	2 874	10 072	- 47	- 1,6	+ 594	+ 6,3
1) Einkommensteuern	870	3 994	+ 24	+ 2,8	+ 491	+ 14,0
darunter:						
a) Lohnsteuer	432	1 229	- 38	- 8,1	- 80	- 6,1
b) Veranlagte Einkommensteuer	225	1 510	+ 19	+ 9,2	+ 324	+ 27,3
c) Körperschaftsteuer	100	1 025	+ 3	+ 3,4	+ 191	+ 22,9
2) Notopfer Berlin	17	132	- 70	- 80,5	- 228	- 63,3
3) Umsatzsteuer ¹⁾	1 023	3 067	- 48	- 4,5	+ 109	+ 3,7
4) Verbrauchsteuern	562	1 664	+ 21	+ 3,9	+ 131	+ 8,5
5) Zölle	178	488	- 4	- 2,0	- 1	- 0,2
6) Alle übrigen Steuern	224	727	+ 30	+ 15,5	+ 92	+ 14,5

Quelle: Bundesminister der Finanzen. — ¹⁾ Einschließlich Umsatzausgleichsteuer. — ²⁾ Vorläufig.

men aus der Lohnsteuer nun schon im sechsten Monat ihren Vorjahrsstand nicht erreicht haben, hängt ebenfalls weitgehend mit den Steuererleichterungen vom Oktober v. J. und Januar d. J. zusammen, aber daneben auch mit der — vor allem auf Grund der Arbeitszeitverkürzungen — merklich verlangsamten Zunahme der Arbeitseinkommen. Ähnliches gilt für die Umsatzsteuer, deren Zuwachsrate von 10 vH in der Zeit von Mai bis Juli 1956 auf nur 3,7 vH im laufenden Jahr zurückgegangen ist, wenn hier auch der inzwischen eingetretenen Abschwächung des Anstiegs der volkswirtschaftlichen Umsätze eine größere Bedeutung zukommt als den Ausfällen aus den im vergangenen Jahr gewährten Steuerbefreiungen und -ermäßigungen. Bei der Veranlagten Einkommensteuer und der Körperschaftsteuer hat dagegen in erster Linie eine Rolle gespielt, daß die Abschlußzahlungen unter dem Einfluß der zu Ende gehenden Veranlagung für 1955 erheblich niedriger waren als in den vergleichbaren Vormonaten (Januar und April d. J.), wenn sie auch ihr vorjähriges Niveau etwas übertroffen haben.

Alle diese Faktoren dürften sich in der nächsten Zeit eher noch verstärkt auswirken. In der

Berichtsperiode sind bei der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer neue Steuererleichterungen in Kraft getreten bzw. beschlossen worden, und zwar zum größeren Teil rückwirkend vom 1. Januar d. J. an; außerdem sind die Zölle für wichtige gewerbliche Einfuhren weiter gesenkt worden. Hinzu kommt, daß sich die Veranlagung für 1956 zumindest bei der Einkommensteuer im Zusammenhang mit der unlängst getroffenen Übergangsregelung für die Ehegattenbesteuerung verzögern wird, so daß mit einem weiteren Rückgang der Abschlußzahlungen zu rechnen ist. Den hieraus zu erwartenden Ausfällen wirkt zwar die ständige Erweiterung der Steuerbasis infolge der anhaltenden Erhöhung der Einkommen und der Umsätze entgegen. Solange aber die zur Zeit vorherrschenden Tendenzen einer Abschwächung der konjunkturellen Expansion fort dauern und nicht einem neuen stärkeren Anstieg Platz machen, dürfte hierdurch die aus steuerrechtlichen und veranlagungstechnischen Gründen zu erwartende Abnahme des Steuerertrags nicht wesentlich überkompensiert werden. Die Einnahmewicklung wird in der nächsten Zeit den aus den Ausgabesteigerungen resultierenden defizitären Tendenzen im Bundeshaushalt und zum Teil auch in den Länderhaushalten kaum entgegenwirken.

Der Bundeshaushalt

Der Bundeshaushalt schloß im Juli mit einem Kassenfehlbetrag von 617 Mio DM ab, und auch im August dürfte er, soweit sich die Entwicklung bisher übersehen läßt, ein Defizit von einigen hundert Mio DM aufgewiesen haben. Der seit dem Beginn des Rechnungsjahres (1. April) entstandene kumulative Fehlbetrag dürfte infolgedessen bis Ende August auf etwa 2 Mrd DM gestiegen sein, während in der gleichen Zeit des Vorjahres noch ein Überschuß in Höhe von rd. 630 Mio DM zu verzeichnen gewesen war. Die Fehlbeträge des laufenden Rechnungsjahres wurden durchweg aus den bei der Bank deutscher Länder bzw. der Bundesbank unterhaltenen Kassenreserven des Bundes finanziert. Diese sind infolgedessen bis Ende August auf nur noch knapp 3,9 Mrd DM gesunken, d. h. auf einen Betrag, der um rd. 3,2 Mrd DM unter ihrem im September 1956 erreichten Höchststand liegt.

Wie sich die Kasseneinnahmen und -ausgaben im einzelnen entwickelt haben, ist für die Zeit

bis einschließlich Juli, dem letzten Monat, für den vollständige Angaben vorliegen, aus der folgenden Tabelle zu ersehen. Im Juli waren danach die Kassenausgaben um rd. 650 Mio DM oder fast 30 vH höher als im gleichen Monat des Vorjahres, die Kasseneinnahmen dagegen um 78 Mio DM oder rd. 3 vH niedriger. Für den Anstieg der Kassenausgaben scheint in letzter Zeit die Zunahme der *zivilen Ausgaben* die entscheidende Rolle gespielt zu haben. Im Juli waren sie mit schätzungsweise 2,18 Mrd DM um rd. 320 Mio DM höher als im Durchschnitt der Monate April bis Juni. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß nach der Verkündung des diesjährigen Haushaltsgesetzes (28. Juni) bei einzelnen Haushaltsansätzen massierte Zahlungen geleistet wurden, während vorher bei den vom Haushaltsgesetz abhängigen Ausgaben eine größere Zurückhaltung geübt worden war. Einen relativ hohen Betrag erreichten in letzter Zeit z. B. die Zuschüsse an den Lastenausgleichsfonds zur Verstärkung des Härtefonds und die Finanzierungshilfe an die Bundesbahn. Außerdem scheinen auch andere im diesjährigen Haushaltsplan neu bewilligte Mittel (z. B. für Milchpreis- und andere Agrarsubventionen) neuerdings stärker abzufließen.

Demgegenüber haben sich die *Verteidigungsausgaben* nach dem außerordentlich starken Anstieg in der zweiten Hälfte des vergangenen Rechnungsjahres seit dem Beginn des laufenden Rechnungsjahres praktisch nicht mehr erhöht. Im Vierteljahr April bis Juni beliefen sie sich auf 2,27 Mrd DM gegen 2,26 Mrd DM im Vorvierteljahr. Die Beiträge zur Stationierung der fremden Truppen sind dabei von rd. 560 Mio DM auf rd. 740 Mio DM gestiegen, da den rückläufigen Ausgaben aus dem „Überhang“ früherer Jahre vergleichsweise hohe Abschlagszahlungen auf die für das laufende Rechnungsjahr vereinbarte gegenseitige Hilfe an die NATO-Mächte — 400 Mio DM aus einem Gesamtbetrag von 1,2 Mrd DM — gegenüberstanden. Dagegen haben die Ausgaben für die eigenen Streitkräfte mit insgesamt rd. 1,36 Mrd DM ihren in den Monaten Januar bis März erreichten Stand von rd. 1,58 Mrd DM nicht ganz gehalten. Ausschlaggebend hierfür war, daß die Auslandszahlungen im Rahmen des Verteidigungshaushalts um 178 Mio DM hinter den — sehr hohen, durch

*Zur kassenmäßigen Entwicklung der Bundesfinanzen
in Mio DM*

	1956			1957		
	April/Juni	Juli	April/Juli	April/Juni	Juli	April/Juli
I. Kassentransaktionen, gesamt						
1) Einnahmen ¹⁾	7 006	2 339	9 345	7 118	2 261	9 379
2) Ausgaben ²⁾	6 318	2 226	8 544	7 855	2 878	10 733
3) Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (—)	+ 688	+ 113	+ 801	— 737	— 617	— 1 354
II. Kassentransaktionen mit dem Ausland						
1) Einnahmen	—	—	—	—	—	—
2) Ausgaben	218	73	291	873 ^{r)}	231	1 104
a) Effektive Zahlungen ³⁾	(218)	(73)	(291)	(873)	(231)	(1 104)
b) Garantistellungen	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)	(—)
3) Saldo (1./2.)	— 218	— 73	— 291	— 873	— 231	— 1 104
III. Kassentransaktionen mit dem Inland						
1) Einnahmen	7 006	2 339	9 345	7 118	2 261	9 379
2) Ausgaben	6 100	2 153	8 253	6 982 ^{r)}	2 647	9 629
3) Saldo (1./2.)	+ 906	+ 186	+ 1 092	+ 136 ^{r)}	— 386	— 250
IV. Veränderung der Kassenposition						
Zunahme (+) bzw. Abnahme (—)						
1) der Kassenmittel	+ 627	+ 85	+ 712	— 722	— 625	— 1 347
2) der Kreditmarktverschuldung	— 54	— 20	— 74	— 0	— 0	— 0
3) Saldo (1./2.) ⁴⁾	+ 681	+ 105	+ 786	— 722	— 625	— 1 347

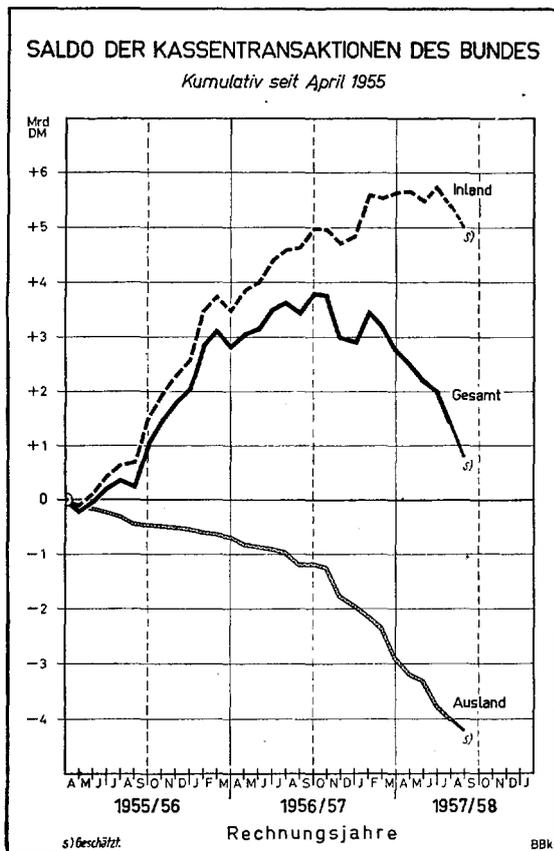
¹⁾ Eingänge auf den bei der Bank deutscher Länder unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten) abzüglich der Eingänge aus Schulaufnahmen. — ²⁾ Ausgänge aus den bei der Bank deutscher Länder unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten) abzüglich der Aufwendungen für Schuldentilgung; einschl. Kreditgewährungen an andere öffentliche Stellen. — ³⁾ Äußerer Schuldendienst, Devisenzahlungen im Rahmen des Israelabkommens, Zahlungen und Anzahlungen für Rüstungseinfuhren, Beiträge an internationale Organisationen, Ausgaben für diplomatische Vertretungen u. dgl. — ⁴⁾ Abweichungen zu Pos. I, 3 bedingt durch Weiterleitung der Lastenausgleichsabgaben über das Konto der Bundeshauptkasse. — ^{r)} Berichtigt.

besonders umfangreiche Auftragserteilungen bedingten—Aufwendungen des Vorvierteljahres zurückgeblieben sind. Aber auch die im Inland verausgabten Mittel waren nicht ganz so hoch wie im letzten Quartal des vergangenen Rechnungsjahres. Nach den bisher vorliegenden Teilangaben sind die gesamten Verteidigungsausgaben im Juli und im August ebenfalls nicht weiter gestiegen, da einige der nicht kontinuierlichen Ausgaben fürs erste wiederum relativ niedrig waren. Dies gilt z. B. für die Anzahlungen für die Einfuhr von Rüstungsgütern, die von Anfang Oktober 1956 bis Ende Juni bereits fast 2 Mrd DM betragen hatten. Außerdem sind an pauschalen Beiträgen für die DM-Ausgaben der in Deutschland stationierten NATO-Truppen im August nur 30 Mio DM gezahlt worden, nachdem diese Ausgaben im Juli 175 Mio DM betragen hatten.

Der Rückgang der Auslandszahlungen für Verteidigungszwecke wurde im Juli und offenbar auch im August allerdings zum Teil dadurch kompensiert, daß andere Zahlungen an ihre Stelle getreten sind. So wurden im Juli erhebliche Mittel für den auswärtigen Schuldendienst, für weitere Darlehen zum Ankauf von Aktien

der Stinnes-Corporation und für Zahlungen im Rahmen des deutsch-österreichischen Vermögensvertrags benötigt. Im August waren die Aufwendungen für den Schuldendienst ebenfalls relativ hoch; daneben spielten Devisenzahlungen im Rahmen des Israelabkommens eine größere Rolle. Die gesamten Auslandszahlungen haben daher im Juli 231 Mio DM betragen, und im August dürften sie sich etwa auf gleicher Höhe bewegt haben. Gleichwohl war der größere Teil des Kassendefizits im Juli durch die hohen Inlandszahlungen bedingt. Diese stellten sich auf rd. 2,65 Mrd DM. Bei — voll aus dem Inland stammenden — Kasseneinnahmen in Höhe von 2,26 Mrd DM ergab sich im inneren Zahlungsverkehr des Bundes ein Defizit von 386 Mio DM, das erheblich höher war als der im ersten Rechnungsvierteljahr erzielte Überschuß (136 Mio DM). Auch im August sind die Inlandsausgaben über die Einnahmen hinausgegangen, und zwar offenbar noch stärker als im Juli.

Bei der Beurteilung der Wirkungen dieser Defizite auf den Wirtschaftsablauf und die Bankenliquidität ist nun freilich zu berücksichtigen, daß ein Teil der Ausgaben aus Übertragungen auf



die Zentralbankkonten der NATO-Mächte bestand, die im gleichen Zeitraum noch nicht in

Saldo der Kasseneinnahmen und -ausgaben des Bundes sowie Zunahme bzw. Abnahme der Zentralbankkonten der NATO-Mächte in Mio DM

Zeit	Kassenüberschuß (+) bzw. Defizit (-) des Bundes, insgesamt	Überschuß (+) bzw. Defizit (-) des Bundes im inländischen Zahlungsverkehr	Zunahme (+) bzw. Abnahme (-) der aus Bundesüberweisungen gespeisten Zentralbankkonten der NATO-Mächte	Gesamtwirkung auf den inneren Einkommenskreislauf ¹⁾ (2+3)
1957 April	- 243	+ 30	+ 43	+ 73
Mai	- 310	- 176	- 33	- 209
Juni	- 184	+ 282 ²⁾	+ 214	+ 496
April/Juni	- 737	+ 136 ²⁾	+ 224	+ 360
Juli	- 617	- 386	+ 113	- 273
April/Juli, gesamt	-1 354	- 250	+ 337	+ 87
Zum Vergleich:				
1956 April/Juni	+ 688	+ 906	-	+ 906
Juli	+ 113	+ 186	-	+ 186
April/Juli, gesamt	+ 801	+1 092	-	+1 092

¹⁾ + = Einkommensentzug, - = Erweiterung des Einkommenskreislaufs. - ²⁾ Berichtigt.

vollem Umfang verausgabt wurden. Im Juli wurden, wie bereits erwähnt, 175 Mio DM auf diese Konten übertragen. Der Abfluß war dagegen mit nur 62 Mio DM erheblich niedriger, so daß die Kontenstände in diesem Monat um 113 Mio DM gewachsen sind. Auch nach Absetzung der auf diesen Konten stillgelegten Mittel hat sich im Juli aber ein „inneres“ Defizit in Höhe von 273 Mio DM ergeben, während im ersten Rechnungsvierteljahr bei den inländischen Transaktionen ein Überschuß von 360 Mio DM entstanden war. Die Entwicklung im August läßt sich noch nicht ganz übersehen; möglicherweise wird es aber in diesem Monat zu einem gewissen Mittelabfluß aus den Konten der NATO-Mächte gekommen sein, der die Wirkungen des bei den inneren Kassentransaktionen des Bundes entstandenen laufenden Defizits entsprechend verstärkt haben dürfte.

Sozialversicherungen und Arbeitslosenversicherung

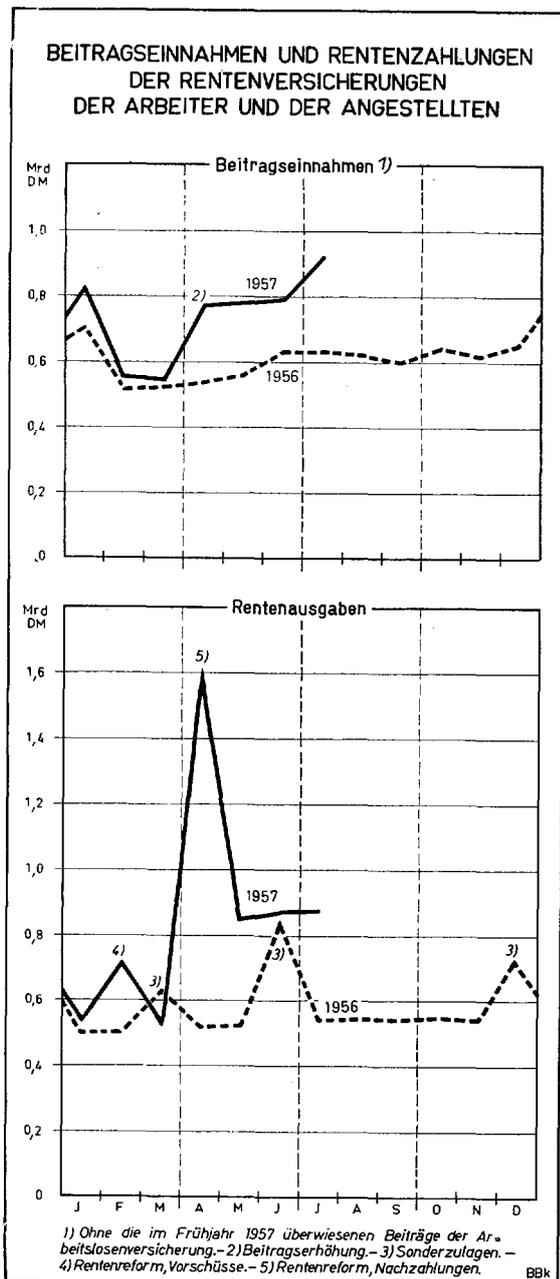
Die Finanzen der Rentenversicherungen der Arbeiter und der Angestellten, auf deren laufende Entwicklung in diesen Berichten zum letzten Male im Mai d. J. eingegangen wurde, standen seitdem im Zeichen einer gewissen Renormalisierung der Ausgaben und der — vor allem durch die neuen Beitragserhöhungen bewirkten — Steigerung der Einnahmen, so daß die Versicherungsträger in den letzten Monaten wieder Überschüsse erzielen konnten, wie es dem nach wie vor aufrechterhaltenen Ziel der Ansammlung eines gewissen Kapitaldeckungsstocks entspricht. Im April waren die Ausgaben unter dem Einfluß der erheblichen Nachzahlungen auf die mit Wirkung vom 1. Januar d. J. erhöhten Renten bekanntlich auf über 1,6 Mrd DM (gegen rd. 600 Mio DM im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals) hinaufgeschwollen. Mit der Erledigung des größten Teils der Nachzahlungen ging das Ausgabenniveau jedoch wieder beträchtlich zurück, und zwar auf rd. 870 Mio DM im Durchschnitt der Monate Mai bis Juli, wenn auch mit leicht steigender Tendenz innerhalb dieses Zeitraums. Auf der anderen Seite waren die Einnahmen in den letzten Monaten beträchtlich höher als vordem. Das gilt vor allem vom Beitragsaufkommen, das — insbesondere auf Grund der im März im Zuge

Zur Entwicklung der öffentlichen Finanzen
in Mio DM

	1955				1956				1957					
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	April ¹⁾	Mai	Juni	Juli ¹⁴⁾
Verschuldung der öffentlichen Haushalte *) (ohne Bundesbahn und Bundespost)														
a) Neuverschuldung seit der Währungsreform ¹⁾	7 120	6 843	7 584	8 006	8 002	8 276	8 583	8 900	9 143	9 453	9 333	9 352	9 453	...
b) Auslandsverschuldung ²⁾	8 182	8 249	8 199	8 258	8 331	8 327	8 229	8 239	8 280
c) Ausgleichsforderungen ³⁾	20 656	20 643	20 670	20 693	20 727	20 600	20 589	20 569	20 629	20 595	20 595	...
d) Deckungsforderungen	1 712	.	.	.	2 087	.	.	.	2 277
Einlagen öffentl.-rechtlicher Körperschaften im Bankensystem *)	13 128	13 062	13 847	14 510	15 050	15 323	15 949	15 886	16 514	16 107	15 315	15 846	16 107	14 763
davon:														
im Zentralbanksystem ⁴⁾	4 511	4 067	5 052	5 900	7 055	7 610	7 778	6 694	6 618	6 110	6 385	6 324	6 110	5 190
bei anderen Kreditinstituten	8 617	8 995	8 795	8 610	7 995	7 713	8 171	9 192	9 896	9 997	8 930	9 522	9 997	9 573
Steuereinnahmen von Bund und Ländern, gesamt	8 222	8 061	8 660	9 233	9 270	9 111	9 752	10 283	10 215	9 868	2 670	2 821	4 377	2 874 ¹⁵⁾
darunter:														
Lohnsteuer	1 043	985	1 138	1 236	1 285	1 212	1 393	1 512	1 417	1 113	316	391	406	432
Veranlagte Einkommensteuer	1 226	1 148	1 006	971	1 047	1 152	1 198	1 330	1 499	1 565	280	231	1 054	225
Körperschaftsteuer	803	707	750	851	890	823	853	1 072	1 133	1 041	116	116	809	100
Umsatzsteuer	2 625	2 644	2 807	3 042	3 004	2 909	3 070	3 201	3 097	3 063	1 019	1 024	1 019	1 023
Verbrauchssteuern und Zölle	1 638	1 713	1 937	2 123	1 959	1 895	2 082	2 198	2 100	2 083	670	692	721	740
Bundeshaushalt														
Kasseneinnahmen	5 979	5 997	6 720	7 008	7 001	7 006	7 165	7 283	7 256	7 118	2 283	2 056	2 779	2 261
Kassenausgaben	6 059	5 747	5 895	6 014	6 211	6 318	6 874	8 184	7 426	7 855	2 526	2 366	2 963	2 878
Kassenüberschuß (+) bzw. Fehlbetrag (-)	- 80	+ 250	+ 825	+ 994	+ 790	+ 688	+ 291	- 901	- 170	- 737	- 243	- 310	- 184	- 617
Bundesschuld *)														
a) Neuverschuldung seit der Währungsreform ⁶⁾	1 037	677	677	677	633	633	608	599	504	503	504	503	503	503
b) Auslandsverschuldung	8 004	8 071	8 022	8 079	8 139	8 125	8 029	8 056	8 076	8 061	.	.	8 061	.
c) Ausgleichsforderungen	8 088	8 089	8 105	8 129	8 130	8 066	8 073	8 082	10 694	10 693	.	.	10 693	.
Länderhaushalte														
Verschuldung *)														
a) Neuverschuldung seit der Währungsreform	1 847	1 889	2 076	2 181	2 089	2 164	2 240	2 379	2 560	2 716	2 697	2 670	2 716	...
b) Auslandsverschuldung	178	178	177	179	192	202	200	184	204
c) Ausgleichsforderungen	12 568	12 554	12 565	12 564	12 597	12 534	12 516	12 487	9 935	9 902	.	.	9 902	.
Guthaben im Zentralbanksystem und über dieses getätigte Geldmarktanlagen *) ⁴⁾	1 077	785	697	376	735	635	566	461	628	730	621	625	730	516
Lastenausgleichsfonds														
Einnahmen	698	743	881	1 154	1 101	906	805	947	953	847	171	535	141	214
Ausgaben	1 024	809	885	1 142	959	947	875	1 000	917	711	203	239	269	272
Verschuldung *) ⁷⁾														
a) Kreditmarktverschuldung	735	562	811	811	811	816	816	816	820	818	820	819	818	758
b) Deckungsforderungen	1 712	.	.	.	2 087	.	.	.	2 277
Kassenmittel *) ⁸⁾	0	40	276	203	438	433	389	314	372	468	336	587	468	385
Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten														
Beitragsaufkommen	1 432	1 476	1 681	1 778	1 760	1 737	1 853	1 924	1 938	2 454	689	955	810	927
Rentenzahlungen ⁹⁾	1 285	1 530	1 482	1 705	1 643	1 902	1 643	1 706	1 811	3 348	1 613	857	878	880
Arbeitslosenversicherung														
Einnahmen	516	434	428	473	471	448	479	489	427	347	130	107	110	159
Ausgaben	656	266	229	242	670	239	210	267	624	260	81	95	84	90
Überschuß (+) bzw. Fehlbetrag (-)	- 140	+ 168	+ 199	+ 231	- 199	+ 209	+ 269	+ 222	- 197	+ 87	+ 49	+ 12	+ 26	+ 69
Bundesbahn														
Betriebeinnahmen	1 304	1 376	1 534	1 546	1 409	1 465	1 646	1 597	1 451	...	510	524
Ausgaben der Eigenmittelrechnung ¹⁰⁾	1 365	1 456	1 601	1 763	1 569	1 691	1 628	2 162	1 651	...	634	594
Verschuldung *) ¹¹⁾	2 690	2 469	2 459	2 601	2 692	2 819	2 900	3 037	3 370	3 535	3 351	3 477	3 535	3 562
Bundespost														
Verschuldung *) ¹²⁾	1 698	1 783	1 919	1 981	2 158	2 173	2 214	2 371	2 479	2 516	2 478	2 490	2 516	2 566

Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabellen Nr. VI, Öffentliche Finanzen, im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes und früherer Hefte. Soweit nicht anders vermerkt, beziehen sich die Angaben auf das Bundesgebiet einschließlich West-Berlin.

*) Stand am Vierteljahres- bzw. Monatsende. — ¹⁾ Nur Inlandsverschuldung seit der Währungsreform und (abgesehen von kleinen Beträgen) ohne Verschuldung der Haushalte aneinander. — ²⁾ Nur Bund und Länder. — ³⁾ Einschließlich der zur vorübergehenden Anlage von flüssigen Mitteln zurückgenommenen und der gegen Geldmarkttitel zum Zwecke der Offenmarktpolitik von der Bank deutscher Länder umgetauschten Ausgleichsforderungen. Die Veränderung des Gesamtbetrages ist einmal durch Berichtigungen der Umstellungsrechnungen und zum anderen durch Tilgungen bedingt. — ⁴⁾ Einschließlich Berliner Zentralbank. — ⁵⁾ Einschließlich zeitweilig zurückgeworbener Ausgleichsforderungen, jedoch ohne die über das Zentralbanksystem getätigten Geldmarktanlagen. Nicht berücksichtigt sind ferner die auf den Namen des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit lautenden Guthaben, die aus Zinsen und Rückflüssen des ERP-Sondervermögens stammen, und die Guthaben der Generalpostkasse. — ⁶⁾ Ohne zinsloses Darlehn der Bank deutscher Länder für die Subskriptionszahlungen der Bundesrepublik an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank. — ⁷⁾ Ohne Verschuldung bei Bund und Ländern. — ⁸⁾ Guthaben im Zentralbanksystem sowie Geldmarktanlagen. — ⁹⁾ Die auf Grund der Renten-aufbesserungsgesetze geleisteten Sonderzahlungen sind dem Zeitraum ihrer kassenmäßigen Verausgabung zugeordnet worden. — ¹⁰⁾ Ohne aus zweckgebundenen Krediten finanzierte Investitionsausgaben. — ¹¹⁾ Ohne Verschuldung beim Bund, rückständige Zahlungsverpflichtungen und Auslandsverschuldung. — ¹²⁾ Ohne Verschuldung beim Bund. — ¹³⁾ Monate mit vergleichbaren Steuerterminen. — ¹⁴⁾ Vorläufig.



der Rentenreform vorgenommenen Erhöhung der Beitragssätze der Arbeitgeber und Arbeitnehmer von (insgesamt) 11 auf 14 vH — im Zeitraum von Mai bis Juli d. J. selbst ohne die zusätzliche Beitragsüberweisung von Seiten der Arbeitslosenversicherung im Monatsdurchschnitt mit rd. 835 Mio DM um etwa 230 Mio DM über seinen vergleichbaren Vorjahrsstand hinausging. Aber auch die Zuschüsse, die der Bund an die Versicherungsträger zu leisten hat, waren nach den Vorschriften der Rentenneuordnungsgesetze seit dem Frühjahr wesentlich höher als im vergangenen

Jahr. Die gesamten Einnahmen haben infolgedessen nach der Erledigung des Nachzahlungsstoßes vom April die Ausgaben wieder übertroffen. Trotz der Rentenerhöhungen dürften daher im ersten Halbjahr 1957 im ganzen noch Überschüsse in Höhe von schätzungsweise 500 bis 600 Mio DM entstanden sein, was im Vergleich zum Vorjahr, in dem im ersten Halbjahr ein Überschuß von fast 1,2 Mrd DM zu verzeichnen war, freilich eine erhebliche Verminderung bedeutet.

Die weitere Entwicklung läßt sich naturgemäß noch nicht klar übersehen. Auf der einen Seite muß damit gerechnet werden, daß sich das Ausgabeniveau der Rentenversicherungen gegenüber den letzten Monaten wieder merklich erhöhen wird. Einmal ist nämlich die Rentenreform insofern noch nicht ganz abgeschlossen, als ein Teil der alten Renten nicht umgestellt werden konnte, da die hierfür erforderlichen Durchführungsbestimmungen bisher fehlten. Außerdem konnten in der letzten Zeit die Neuzugänge bei den Rentenversicherungen nur teilweise bearbeitet werden, weil die Versicherungsanstalten durch die Umstellung der alten Renten überaus stark in Anspruch genommen waren. Mit dem weiteren Fortgang der Umstellung und der Aufarbeitung des aufgelaufenen Bestandes an neuen Rentenanträgen werden die Rentenausgaben in den nächsten Monaten sicher spürbar zunehmen, zumal die meisten der noch festzustellenden Renten rückwirkend vom 1. Januar d. J. ab zu zahlen sind. Ob damit der für das laufende Jahr geschätzte Ausgabebetrag von rd. 11,4 Mrd DM erreicht oder gar überschritten werden wird, ist jedoch nach wie vor fraglich, da sich die Ausgaben für die Zeit von Januar bis Juli (unter Einschluß der im April geleisteten Nachzahlungen) erst auf 6,04 Mrd DM (d. h. etwa 860 Mio DM im Monatsdurchschnitt) stellten, so daß selbst bei einer Erhöhung der Ausgaben auf 1,07 Mrd DM im Durchschnitt der Monate August bis Dezember der ursprünglich angenommene Ausgabebetrag gewahrt bliebe. Im übrigen wird der vermutlichen Ausgabesteigerung auch im Rest des Jahres aller Wahrscheinlichkeit nach noch eine weitere Erhöhung der Einnahmen über den Stand vom ersten Halbjahr hinaus gegenüberstehen, da die oben erwähnte Heraufsetzung der Beitragssätze bekanntlich erst mit Wirkung vom März an in Kraft trat und die Arbeitseinkommen

in der zweiten Hälfte des Jahres schon aus Saisongründen höher sein werden als in der ersten. Die — für den Kapitalmarkt nach wie vor sehr bedeutsamen — Überschüsse der Rentenversicherungen dürften also im zweiten Halbjahr trotz der wahrscheinlich weiter steigenden Ausgaben kaum niedriger sein als im ersten, in dem sie, wie erwähnt, etwa 500 bis 600 Mio DM betragen haben dürften.

Die *Arbeitslosenversicherung* hat in den letzten Monaten, entsprechend dem bei ihr üblichen Saisonrhythmus, ebenfalls wieder gewisse Überschüsse aufzuweisen gehabt, wobei jedoch auch hier festzustellen ist, daß diese wesentlich geringer waren als im Vorjahr. Die Ursache hierfür liegt darin, daß der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung im Zuge der Rentenreform zugunsten der Rentenversicherungen von 3 auf 2 vH gesenkt wurde und das Beitragsaufkommen infolgedessen im Vergleich zum Vorjahr beträchtlich zurückgegangen ist. Allerdings wurden die Wirkungen der Beitragsabzweigung und der gleichzeitig in Kraft getretenen Verbesserung der Unterstützungsleistungen auf den Gesamtstatus der Arbeitslosenversicherung durch den Anstieg des Arbeitseinkommens und die Ausdehnung der Versicherungspflicht wesentlich ge-

mildert. Im Zeitraum von April bis Juli belief sich der — um diese Zeit, wie gesagt, saisonübliche — Überschuß der Einnahmen über die Ausgaben daher immerhin noch auf 156 Mio DM gegen 313 Mio DM in der gleichen Zeit des Vorjahres. Allerdings hat dieser Überschuß nicht ausgereicht, um das in den ersten Monaten des Jahres auf Grund der Winterarbeitslosigkeit entstandene Defizit in Höhe von 197 Mio DM wettzumachen, während im Vorjahr in den ersten sieben Monaten bereits ein Überschuß von 115 Mio DM entstanden war. Im Verlauf des Jahres wird die Reservebildung jedoch weitere Fortschritte machen, so daß die Arbeitslosenversicherung wahrscheinlich auch nach der Beitragssenkung vom März in der Lage sein wird, pro Jahr einen gewissen Beitrag zur volkswirtschaftlichen Kapitalbildung zu liefern, wenn dieser auch bei weitem nicht mehr so hoch sein wird wie vormem.

Was die Anlage der von den Rentenversicherungen und der Arbeitslosenversicherung per Saldo erzielten Überschüsse anbelangt, so liegen für das erste Halbjahr 1957 bisher nur Teilangaben vor. Der nach dem oben Ausgeführten für diesen Zeitraum auf insgesamt etwa eine halbe Mrd DM zu schätzende Reservezuwachs dieser Versicherungen (500 bis 600 Mio DM bei den Rentenversicherungen, kompensiert durch eine vor allem saisonbedingte Reserveabnahme bei der Arbeitslosenversicherung um etwa 100 Mio DM) ist danach überwiegend in Form von Darlehen und Hypotheken angelegt worden. Dagegen haben die Versicherungsträger ihre Wertpapierbestände im ersten Halbjahr nur um rd. 100 Mio DM angereichert. (Wie im Abschnitt über den Kapitalmarkt ausgeführt, hat es jedoch den Anschein, als sei in dieser Hinsicht in der letzten Zeit ein Wandel eingetreten.) Die liquiden Mittel der Versicherungen sind — wenn man von den starken durch den unterschiedlichen Auszahlungsbedarf der einzelnen Monate bedingten Schwankungen absieht — in den ersten sechs Monaten des Jahres praktisch unverändert geblieben, wobei allerdings einer beträchtlichen Verminderung der Einlagen bei der Arbeitslosenversicherung eine entsprechende Zunahme bei den Rentenversicherungen gegenüberstand.

Einnahmen und Ausgaben
der Arbeitslosenversicherung¹⁾
in Mio DM

Zeit	Einnahmen		Ausgaben		Überschuß (+) bzw. Fehlbe- trag (-)
	gesamt	dar. Beitrags- auf- kommen	gesamt	dar. Unter- stützungs- zahlun- gen ²⁾	
1956 1. Vj.	472	398	670	542	- 198
2. Vj.	448	405	239	134	+ 209
April	140	118	77	48	+ 63
Mai	141	134	82	47	+ 59
Juni	167	153	80	39	+ 87
3. Vj.	479	439	210	101	+ 269
Juli	178	148	74	36	+ 104
Aug.	153	148	69	34	+ 84
Sept.	148	143	67	31	+ 81
4. Vj.	489	435	267	150	+ 222
1957 1. Vj. ³⁾	427	340	624	504	- 197
2. Vj.	347	305	260	161	+ 87
April	130	113	81	53	+ 49
Mai	107	98	95	61	+ 12
Juni	110	94	84	47	+ 26
Juli	159	121	90	49	+ 69

¹⁾ Bundesgebiet einschließlich West-Berlin. — ²⁾ Einschließlich Krankenversicherungsbeiträge. — ³⁾ Ohne die Ende März an die gesetzlichen Rentenversicherungen abgeführten Anteile der Beitragseinnahmen von Januar und Februar (97,8 Mio DM).

Produktion und Märkte

Die unterschiedlichen Saisoneinflüsse, die in den Sommermonaten für die Entwicklung von Produktion und Beschäftigung in den einzelnen Wirtschaftssektoren charakteristisch sind, traten in der Berichtszeit noch deutlicher in Erscheinung als schon im Juni. Während in der Landwirtschaft, in gewissen Zweigen der Bauwirtschaft und in den mit dem Reiseverkehr zusammenhängenden Gewerbezeigen die Wirtschaftstätigkeit ihren jahreszeitlichen Höchststand erreichte, waren Produktion und Beschäftigung in der Industrie durch die Häufung von Urlauben und Betriebsferien sowie durch die um diese Jahreszeit teilweise üblichen Produktionsumstellungen sichtlich weiter beeinträchtigt. Daneben dürfte freilich auch die seit einiger Zeit zu beobachtende Abschwächung der konjunkturellen Auftriebskräfte dazu beigetragen haben, daß die Wirtschaft im allgemeinen nach wie vor das Bild einer verhältnismäßig ruhigen, im Vergleich zu den beiden Vorjahren wesentlich ausgewogeneren Entwicklung bietet.

Verringerte Arbeitslosigkeit, aber keine weitere Entspannung des Arbeitsmarkts

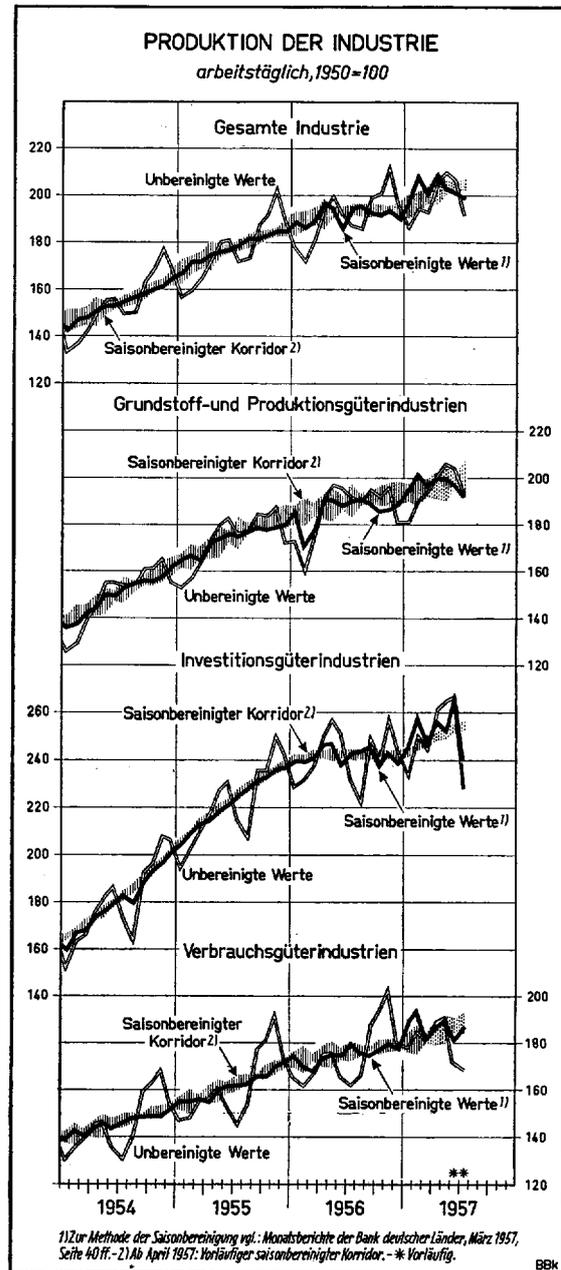
Die saisonalen Auftriebstendenzen fanden in der Berichtsperiode in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit weiter ihren deutlichsten Niederschlag. Die Gesamtzahl der bei den Arbeitsämtern als arbeitslos registrierten Personen ist im Juli, dem letzten Monat, für den bei Abschluß des Berichts Angaben vorlagen, wieder sehr kräftig — nämlich um rd. 63 000, gegen nur 49 000 in der gleichen Zeit des Vorjahres — zurückgegangen. Allerdings wurde damit nur der im Vergleich zu früheren Jahren verhältnismäßig schwache Rückgang im Juni (40 000) kompensiert; in beiden Monaten zusammen war die Abnahme daher mit etwas über 100 000 nicht stärker, sondern sogar um ein Geringes schwächer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Immerhin hat sie die Gesamtzahl der Arbeitslosen, die sich Ende Juli auf nur noch 390 000 (ohne Berlin und das Saarland) stellte, um nahezu 40 000 unter den entsprechenden Vorjahrsstand herabgedrückt und damit zu einem neuen — auch am vorjährigen Höhepunkt der saisonalen Entlastung des Arbeitsmarkts nicht erreichten — Tiefstand der Ar-

beitslosigkeit geführt. Allerdings verdient Beachtung, daß dabei nach wie vor ein erheblicher Unterschied zwischen der Arbeitslosigkeit unter den Männern und der Arbeitslosigkeit unter den Frauen besteht: Während nämlich die Zahl der arbeitslosen Frauen Ende Juli mit 186 000 um rd. 50 000 niedriger war als zur gleichen Zeit des Vorjahres, ging die der Männer mit 204 000 noch um 10 000 über ihren entsprechenden Vorjahrsstand hinaus. Ausschlaggebend hierfür ist, daß der Arbeitskräftebedarf im Baugewerbe und in den Grundstoff- und den Investitionsgüterindustrien, in denen zum bei weitem größten Teil Männer beschäftigt werden, mit der (leichten) Abschwächung der Investitionstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr, trotz der Verkürzung der Arbeitszeit, etwas nachgelassen hat, während der Bedarf an weiblichen Arbeitskräften mit dem Vordringen der Verbrauchsgüterproduktion sich weiter beträchtlich erhöht hat. Wie schon im letzten Monatsbericht dargelegt, kommt diese Bedarfsverschiebung einer Normalisierung der Verhältnisse am Arbeitsmarkt bis zu einem gewissen Grade entgegen, da zusätzliche weibliche Arbeitskräfte noch eher mobilisiert werden können als männliche. Im Vergleich zu den beiden Vorjahren ist die Anspannung des Arbeitsmarkts daher auch trotz der weiter verringerten Gesamtzahl der Arbeitslosen nicht ganz so extrem wie in den beiden Vorjahren, in denen an den damaligen saisonalen Höhepunkten insbesondere im Baugewerbe sehr bedenkliche Methoden der gegenseitigen Abwerbung von Arbeitskräften Platz gegriffen hatten. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit, die im Verlauf der letzten zwölf Monate enorme Fortschritte gemacht hat, so daß in weiten Teilen der Industrie die 45 Stunden-Woche heute auch effektiv durchgeführt sein dürfte, hat zu keinen neuen Auswüchsen im Bemühen um zusätzliche Arbeitskräfte geführt, da die Abschwächung der allgemeinen konjunkturellen Expansion dafür sorgte, daß sich auch die Nachfrage den geringer gewordenen Steigerungsmöglichkeiten der Produktion anpaßte. Teilweise war überdies zu beobachten, daß sich Arbeitskräfte in der längeren Freizeit, die ihnen nunmehr zur Verfügung stand, besonders an den Samstagen, anderweitig als Aushilfskräfte verdingten und da-

mit inoffiziell den Arbeitskräftebedarf decken halfen. Auch die zwischenbetriebliche Ausleihung von Arbeitskräften scheint in der letzten Zeit hie und da entlastend auf den Arbeitsmarkt gewirkt zu haben, da manche Betriebe in Perioden geringeren Arbeitsanfalls, wenn sie schon im Hinblick auf die allgemeine Arbeitsmarktlage nicht entsprechende Entlassungen vorzunehmen wagten, so doch eine gewisse Bereitschaft zeigten, ihre vorübergehend nicht benötigten Arbeitskräfte anderen Betrieben zur Verfügung zu stellen und damit ihre — im allgemeinen viel stärker als früher zu Buch schlagenden — Arbeitskosten zu vermindern.

Sommerflaute in der Industrie

Die saisonalen Abschwächungstendenzen, die sich, wie erwähnt, vor allem in der Industrie bemerkbar machten, kamen namentlich in einem weiteren Rückgang der Produktion zum Ausdruck, während sie die Beschäftigung, wie üblich, nahezu unberührt ließen und daher der eben erwähnten Abnahme der Arbeitslosigkeit kaum entgegenwirkten. Im Juli, dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen, ist der Index der Industrieproduktion (1936 = 100) auf 212 gegen fast 230 im Juni und 233 im Mai, dem Kulminationspunkt der diesjährigen Frühjahrs-Belebung, gesunken. Dieser Rückgang war stärker als sonst um diese Jahreszeit, obwohl die saisonmäßige Abschwächung heuer schon im Juni begonnen hatte und es deshalb dem bisherigen Grade der Saisonschwankungen eher entsprochen hätte, wenn sie im Juli etwas schwächer gewesen wäre. Bündige Schlüsse für den Gang der Konjunktur lassen sich aus dieser Tatsache allerdings kaum ziehen. Abgesehen von der hier schon wiederholt erwähnten Problematik, die der — bekanntlich auf arbeitstäglicher Basis erfolgenden — Berechnung des Index angesichts vor allem des fortschreitenden Übergangs zur Fünf-Tage-Woche anhaftet, ist durchaus die Möglichkeit in Rechnung zu stellen, daß sich die Saisonschwankungen erheblich intensiviert haben, da mit dem steigenden Realeinkommen das Bedürfnis, den Urlaub mit einer Reise zu verbinden und ihn deshalb im Sommer zu nehmen, sichtlich gewachsen ist und geschlossene Betriebsferien infolgedessen häufiger geworden sind als früher. In anderen Ländern war mit aus diesem Grunde die



Einschränkung der Industrieproduktion im Sommer übrigens immer stärker gewesen als in Deutschland. Aber auf der anderen Seite ergibt sich aus der neuesten Entwicklung wiederum der Eindruck, daß, wie schon eingangs erwähnt, nicht nur saisonale, sondern auch konjunkturelle Faktoren wesentlich dazu beigetragen haben, daß sich das wirtschaftliche Wachstum seit einiger Zeit in erheblich ruhigeren Bahnen bewegt als vor ein oder zwei Jahren und daß es deshalb, zumindest vorläufig, bei weitem nicht mehr mit so starken, die finanzielle Stabilität tangierenden Spannungen verbunden ist wie damals.

Investitionstätigkeit

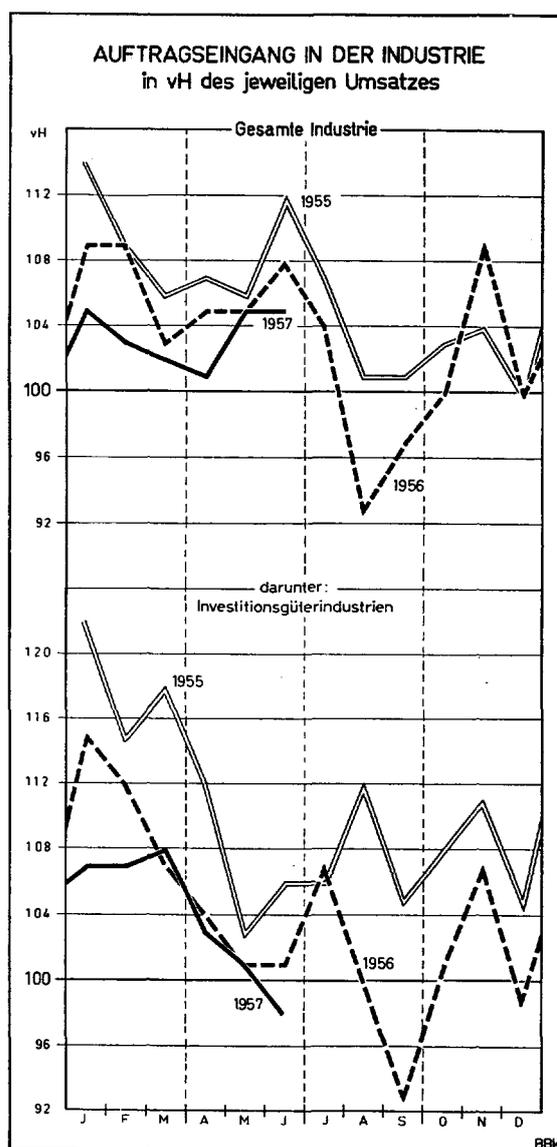
So verdient vor allem Beachtung, daß die Investitionstätigkeit, die in einer modernen Volkswirtschaft für den Gang der Konjunkturentwicklung in der Regel ausschlaggebend ist und in den Jahren 1954 bis 1956 auch offensichtlich den Herd der damaligen Konjunkturüberhitzung bildete, bis in die neueste Zeit hinein im Zeichen einer merklichen Dämpfung steht, wenn auch keinerlei Anzeichen für eine bedenkliche Abschwächung zu erkennen sind. Typisch hierfür ist einmal die Lage der *Bauwirtschaft*. Der Produktionsindex des Bauhauptgewerbes ist im Juli schärfer als saisonüblich gesunken, so daß er für diesen Monat um etwa 14 vH unter seinem entsprechenden Vorjahrsstand liegt, nachdem er bereits im zweiten Quartal das Vorjahrsniveau im Monatsdurchschnitt um beinahe 7 vH unterschritten hatte. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Bautätigkeit im Juli zunächst durch eine ungewöhnliche Hitzewelle und dann durch heftige Regengüsse teilweise stark beeinträchtigt wurde. Bis zu einem gewissen Grade ist ihr verhältnismäßig niedriger Stand in den letzten Monaten auch nur die Konsequenz der übersaisonnäßig hohen Beschäftigung während der ersten Monate des Jahres, in denen es das milde Wetter gestattete, einen großen Teil der für dieses Jahr vorgesehenen Bauprojekte relativ früh in Angriff zu nehmen und voranzutreiben. Immerhin kommt auch diese gleichmäßigere Verteilung der Arbeiten über die einzelnen Abschnitte des Jahres der Entlastung des Marktes zugute. Von entscheidender Bedeutung ist jedoch, daß die Bauaufträge, die insbesondere 1955 und zum Teil auch noch 1956 offensichtlich über die Kapazität des Gewerbes hinausgegangen waren, inzwischen nicht weiter gestiegen, sondern in manchen Bereichen sogar etwas zurückgegangen sind, so daß nunmehr ein weit ausgeglicheneres Verhältnis zwischen ihnen und der in der Zwischenzeit nicht unbeträchtlich erhöhten Kapazität besteht. Auch die in der Berichtszeit bekannt gewordenen Daten bestätigen wieder diese Diagnose. Der veranschlagte Bauaufwand für die im Juni baupolizeilich genehmigten Hochbauprojekte war mit 1 370 Mio DM erneut — und zwar um reichlich 100 DM — geringer als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Auch für das gesamte erste Halbjahr hat damit der Wert der genehmigten Bau-

vorhaben den Stand der entsprechenden Vorjahrszeit nicht ganz erreicht, was in Anbetracht der gestiegenen Baukosten naturgemäß ein noch stärkeres volumenmäßiges Zurückbleiben der Bauplanungen bedeutet. Ausschlaggebend hierfür ist nach wie vor die Entwicklung der Wohnungsbauplanungen, vor allem im Sektor der frei finanzierten Wohnungen, die weiter im Zeichen der durch die bisherige Schrumpfung des Pfandbriefabsatzes und den Anstieg der Zinsen bedingten Finanzierungsschwierigkeiten stehen, während die Auftragserteilungen für sonstige Bauten, gemessen zumindest am Wert der genehmigten Bauprojekte, in den letzten Monaten wieder etwas höher waren als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Von einer bedenklichen Entwicklung der Baukonjunktur kann jedoch keine Rede sein. Eine gewisse Dämpfung der Bauaufträge, und zwar vor allem im Wohnungsbau, war nach den Übersteigerungen, die insbesondere das Jahr 1955 mit sich gebracht hatte, unerlässlich, um Entwicklungen entgegenzutreten, die insbesondere auch für das Baugewerbe selbst erhebliche Gefahren heraufbeschworen hätten, und nichts spricht nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge dafür, daß diese Dämpfung ein ungebührliches Maß annehmen könnte. Die oben erwähnte neuerliche leichte Zunahme der Bauplanungen im Sektor der gewerblichen und öffentlichen Bauten — zu der sich übrigens auch eine gewisse Ausdehnung des Tiefbaus (Straßenarbeiten) gesellt — zeigt vielmehr, daß selbst dort, wo keine speziellen Finanzierungshilfen geleistet wurden, die Bauinvestitionen sich auf einem relativ hohen Stand zu behaupten vermögen. Vor allem aber scheinen sich nun im Wohnungsbau allmählich die Auswirkungen der — bekanntlich relativ teuer erkaufte — Förderungsmaßnahmen bemerkbar zu machen, die die Bundesregierung im Winter zugunsten der Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus getroffen hat. Die Hypothekenzusagen der Kapitalsammelstellen für den Wohnungsbau sind, wie schon an anderer Stelle erwähnt, sehr stark im Steigen begriffen — im Juli z. B. waren sie mit 424 Mio DM (ohne die — noch nicht bekannten — Zusagen der Lebensversicherungsgesellschaften) um über 100 Mio DM höher als im gleichen Monat des Vorjahres —, ebenso wie die von den Ländern erteilten Darlehensbewilligungen für den sozialen Wohnungsbau im Juli wie-

der den entsprechenden Vorjahrsstand erreicht oder gar übertroffen haben dürften, da die Stokungen, die sich zu Beginn d. J. im Einsatz dieser Mittel infolge der Umstellung der öffentlichen Darlehensgewährung auf die Grundsätze des zweiten Wohnungsbaugesetzes ergeben hatten, nunmehr offenbar überwunden sind.

Auch die für die Entwicklung der *Ausrüstungs-investitionen* zur Verfügung stehenden Daten bieten bis in die neueste Zeit hinein das Bild einer wesentlich verlangsamten, durch die Saison-einflüsse in den letzten Wochen zunächst sogar deutlich unterbrochenen Expansion. So ist der Produktionsindex für die Investitionsgüterindustrien im Juli um 14 vH und damit beträchtlich stärker als sonst um diese Jahreszeit zurückgegangen; er fiel damit zum ersten Mal seit Jahren (um etwa 2 vH) unter seinen entsprechenden Vorjahrsstand. Allerdings sind gerade hier die oben gemachten Vorbehalte gegen den konjunkturdiagnostischen Aussagewert der neuesten Entwicklung der Produktionsindexziffern am Platze, da es den Anschein hat, daß die in jenem Zusammenhang für wahrscheinlich erachtete Intensivierung der Saisonschwankungen im Bereich der Investitionsgüterindustrien eher noch ausgeprägter ist als in anderen Industriezweigen, und da Zufallseinflüsse bei der Berechnung der monatlichen Produktionsindizes für die Investitionsgüterindustrien in der letzten Zeit eine besonders große Rolle gespielt haben dürften (im Juni z. B. war der Index im Vergleich zu seinem entsprechenden Vorjahrsstand mit einem Plus von 6 Prozent relativ hoch). Aber auch die Entwicklung des Auftragseingangs in den Investitionsgüterindustrien zeugt weiter von einer ziemlich starken Zurückhaltung der Investoren. Die Inlandsaufträge waren im Juni, dem letzten Monat, für den bei Abschluß des Berichts Angaben vorlagen, dem Werte nach zwar wieder um etwa 5 vH höher als zur gleichen Zeit des Vorjahres, aber da die jährliche Zuwachsrate in den beiden vorangegangenen Monaten im Durchschnitt nur etwa 3 vH betragen hatte, ergibt sich für das gesamte zweite Vierteljahr eine Zunahme von nicht einmal 4 vH. Diese Steigerung aber entfällt zum bei weitem größten Teil auf die Erhöhung der Preise und wird infolgedessen beträchtlich von der inzwischen erfolgten Ausdehnung der Produktionskapazität übertroffen. Das Verhältnis

zwischen den laufenden Lieferungen und dem Neueingang an Bestellungen, das für die jeweilige Marktlage entscheidend ist, hat sich daher auch — wie das nachstehende Schaubild zeigt — im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren im Sinne des Marktausgleichs wesentlich verbessert: Im ersten Halbjahr von 1955 hatte der Auftrags-eingang in den Investitionsgüterindustrien den gleichzeitigen Umsatz um gut 12 vH übertroffen, im ersten Halbjahr von 1956 um rd. 6 vH; in der ersten Hälfte des laufenden Jahres dagegen betrug der Auftragsüberhang nicht einmal mehr 4 vH, im zweiten Quartal allein sogar nur noch knapp 1 vH. Ein Überhang in dieser Höhe aber ist angesichts der derzeit noch bestehenden Wachstumsrate der Produktion als durchaus nor-



mal zu betrachten, da bei der Länge der in den Investitionsgüterindustrien üblichen Produktionsperioden die Auslieferungen vielfach erst Monate, ja in einzelnen Fällen sogar erst Jahre nach Eingang der Bestellungen erfolgen und die Produktionskapazitäten deshalb nicht als überfordert gelten können, wenn die laufenden Auftragseingänge die jeweiligen Auslieferungen nicht stärker übersteigen als der voraussichtlichen Wachstumsrate der Produktion im Durchschnitt der normalen Lieferfristen entsprechen dürfte. Mit der nur noch geringen Zunahme, die der Auftragseingang der Investitionsgüterindustrien seit etwa einem Jahr aufweist — für die letzten Monate kann man vielleicht sogar von einer konjunkturellen Stagnation sprechen — hat sich also das Verhältnis zwischen der laufenden Nachfrage und der Produktionskapazität in diesem Bereich wesentlich gebessert, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß einzelne Industriezweige und Betriebe noch über relativ hohe Auftragsbestände aus der Periode der offensichtlichen Übernachfrage verfügen. Daß in dieser allmählichen Normalisierung die Beschränkung der Unternehmens-Investitionen die entscheidende Rolle spielte, bedarf kaum eines weiteren Hinweises, da es bekannt ist, daß die Nachfrage nach langlebigen Konsumgütern oder „Investitionsgütern für die privaten Haushaltungen“, die in der Produktion mancher Investitionsgüterindustrien einen sehr hohen Anteil haben, in den letzten Jahren im allgemeinen mit kaum verminderter Stärke weiter zugenommen hat.

Verbrauch und Einkommen

Auch in den letzten Wochen hat sich wieder deutlich gezeigt, daß der private Verbrauch — ungeachtet der gelegentlichen, oft durch Zufallseinflüsse, wie namentlich das Wetter, bedingten Schwankungen — in einer ständigen Zunahme begriffen ist, die einen sehr wesentlichen Faktor der gegenwärtigen Konjunktorentwicklung darstellt. Die Grundlage hierfür bildet weiter die starke, zum Teil „konjunkturautonome“ Erhöhung des Einkommens der Konsumenten. Nach den nunmehr vorliegenden Angaben ist das *Masseneinkommen*, d. h. das Einkommen aus unselbständiger Arbeit sowie aus Renten und Pensionen, im zweiten Quartal d. J. auf rd. 26 Mrd DM gestiegen; gegenüber dem gleichen Zeitraum

Entwicklung des Masseneinkommens¹⁾

Zeit	Bruttolöhne und -gehälter ²⁾		Abzüge ³⁾	Nettolöhne und -gehälter (1./3.)	Pensionen ⁴⁾ , Renten und Unterstützungen	Masseneinkommen (4+5)
	insgesamt	je Beschäftigten				
	Mrd DM	DM	Mrd DM			
	1	2	3	4	5	6
1950	39,8	2 879	5,1	34,7	11,6	46,3
1951	48,4	3 318	6,8	41,5	13,0	54,5
1952	53,8	3 586	8,0	45,9	15,3	61,1
1953	59,2	3 796	8,5	50,6	16,8	67,4
1954	64,9	3 992	9,1	55,8	17,8	73,5
1955	73,8	4 294	10,5	63,2	19,9	83,1
1956	82,5	4 574	12,1	70,5	22,3	92,8
1956 1. Vj.	18,5	1 079	2,6	16,0	5,6	21,6
2. "	20,7	1 149	3,0	17,7	5,5	23,2
3. "	21,2	1 148	3,1	18,1	5,3	23,4
4. "	22,0	1 198	3,4	18,7	5,9	24,5
1957 1. Vj.	20,4	1 130	2,5	17,9	6,1	24,0
2. " P)	22,1	1 181	3,1	19,1	7,0	26,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr vH						
1956	+11,9	+ 6,5	+14,7	+11,4	+12,1	+11,6
1957 1. Vj.	+ 9,9	+ 4,7	- 3,8	+12,1	+ 8,8	+11,2
2. " P)	+ 6,7	+ 2,8	+ 1,3	+ 7,6	+26,9	+12,2

¹⁾ Neuberechnung unter Berücksichtigung der revidierten Sozialproduktsberechnung des Statistischen Bundesamts. — Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. — ²⁾ Ohne Arbeitgeberbeiträge zu den Sozialversicherungen und ohne freiwillige Sozialleistungen. — ³⁾ Steuern und Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen einschl. freiwillig gezahlter Beiträge. — ⁴⁾ Nach Abzug direkter Steuern. — P) Vorläufig.

des Vorjahres bedeutet das eine Zunahme um etwa 3 Mrd DM oder 12 vH, während sich das gesamte Volkseinkommen im Vergleich zum Vorjahr nur um schätzungsweise 6 bis 8 vH erhöht hat. Gegenüber den drei vorangegangenen Vierteljahre stellt das eine nicht unbeträchtliche Steigerung der jährlichen Zuwachsrates dar, denn im ersten Quartal d. J. hatte diese nur 11 vH und in den beiden letzten Quartalen von 1956 im Durchschnitt nur 10 vH betragen. Maßgebend hierfür war vor allem die hier bereits mehrfach erwähnte Erhöhung der staatlichen Einkommensübertragungen durch die Rentenreform, besonders im Zusammenhang mit den im April gezahlten Rentennachzahlungen. Das Einkommen aus Renten, Unterstützungen und Pensionen ist infolgedessen im zweiten Quartal d. J. gegenüber dem entsprechenden Vorjahrszeitraum um 1,5 Mrd DM oder 27 vH gestiegen. Das Einkommen aus unselbständiger Arbeit war dagegen mit 22 Mrd DM nur um knapp 7 vH höher als im zweiten Viertel des Vorjahres, während seine Zuwachsrates im ersten Quartal d. J. rd. 10 vH und

im Jahr 1956 rd. 12 vH betragen hatte. Diese Verminderung ist ausschließlich eine Folge der mit der weitgehenden Erschöpfung der Arbeitskraftreserven natürlich unvermeidlich gewordenen Verlangsamung im Anstieg der Beschäftigtenzahlen und vor allem der beträchtlichen Verkürzung der Arbeitszeit, aber nicht etwa das Ergebnis einer Abschwächung der Lohn- und Gehaltserhöhungen. Für die Industrie, in der etwa zwei Fünftel aller Arbeitnehmer beschäftigt sind, läßt sich das deutlich demonstrieren. Im zweiten Vierteljahr beschäftigte die Industrie nur 3,1 vH mehr Arbeitskräfte als im gleichen Vorjahrsabschnitt, während damals der Beschäftigungsanstieg gegenüber dem Vorjahr noch 7,3 vH betragen hatte. Vor allem jedoch war die Gesamtzahl der geleisteten Arbeitsstunden bereits etwas niedriger als im zweiten Quartal von 1956, da die erwähnte leichte Zunahme der Beschäftigtenzahl im Gesamtergebnis der Arbeitsleistung durch die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur kompensiert, sondern sogar schon leicht überkompensiert wurde. Auf der anderen Seite sind die Stundenverdienste im Vergleich zur entsprechenden Vorjahrszeit nach den Schätzungen auf Grund der Industrierichterstattung jedoch noch um etwa 9 vH gewachsen, gegen ebenfalls 9 vH im ersten Quartal von 1957 und ungefähr 10 vH im Jahr 1956. Das hat ausgereicht, um trotz der schon etwas geringeren Zahl der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden die durchschnittlichen Verdienste eines Industriearbeiters im zweiten Vierteljahr um etwa 5 vH über ihren entsprechenden Vorjahrsstand zu heben und das gesamte Bruttoeinkommen aus Lohn und Gehalt auf, wie erwähnt, knapp 107 vH seines Standes im zweiten Quartal von 1956 zu bringen. Das Nettoeinkommen hat sich dabei übrigens annähernd parallel entwickelt, da die zu Beginn dieses Jahres — vor allem mit dem Wegfall des Notopfer Berlin — in Kraft getretenen Steuererleichterungen die Erhöhung der Abzüge, die mit der Heraufsetzung der Arbeitnehmerbeiträge zu den Sozialversicherungen ab März d. J. verbunden war, ungefähr ausglich.

Auch für das dritte Vierteljahr ist anzunehmen, daß sich der starke Aufwärtstrend, den das Einkommen im bisherigen Verlauf des Jahres aufwies, nicht entscheidend ändern wird. Abgesehen von der wahrscheinlich noch immer recht beachtlichen Zunahme der Beschäftigtenzahl und

den anhaltenden, wenn auch offenbar in letzter Zeit nicht gerade massierten, Lohnerhöhungen dürfte in diesem Zusammenhang namentlich die — schon im letzten Monatsbericht erwähnte — im Juli rückwirkend ab 1. April d. J. in Kraft getretene Besoldungsreform für die öffentlichen Bediensteten von Bedeutung sein, die eine durchaus beachtliche Parallele zu den im zweiten Quartal zu beobachtenden Wirkungen der Rentenreform darstellte. Besonders im Juli hat infolge der für das zweite Quartal geleisteten Nachzahlungen mit dieser Maßnahme eine ziemlich beträchtliche neue „autonome“ Einkommenschaffung stattgefunden.

Die Wirkung dieser anhaltenden Einkommenserhöhungen auf den Verbrauch sind nun zwar sicher in den letzten Monaten weiter in beträchtlichem Umfang durch die Ersparnisbildung abgeschwächt worden, da keinerlei Anhaltspunkt dafür vorliegt, daß sich die Sparquote, konjunkturell betrachtet, erneut verringert hat, sondern die im Abschnitt „Geld und Kredit“ geschilderte Entwicklung der Spareinlagen im Gegenteil von einer recht erfreulichen weiteren Zunahme der Sparneigung zeugt. Aber es ist klar, daß bei einer so starken Erhöhung der Einkommen auch der Verbrauch beträchtlich wächst, und das besonders in einer Periode, die wie die Sommermonate infolge der sich in dieser Zeit häufenden Urlaube üblicherweise im Zeichen einer, wenn auch nicht konjunkturell, so doch saisonal etwas stärkeren Verbrauchsneigung steht. Soweit Angaben über die Entwicklung des Verbrauchs vorliegen, deuten diese für die letzte Zeit daher auch auf eine merkliche Steigerung hin. Abgesehen von den — im großen und ganzen — ziemlich spärlichen Daten über den Reiseverkehr sind in diesem Zusammenhang vor allem die Ziffern der *Einzelhandelsumsätze* von Interesse; sie waren im Juli dem Werte nach um ungefähr 12 vH höher als zur gleichen Zeit des Vorjahrs, während sie im ersten Halbjahr ihren entsprechenden Vorjahrsstand um etwa 7 vH übertroffen hatten. Im Vordergrund stand dabei dieses Mal übrigens die Erweiterung des Absatzes von Bekleidung, Wäsche und Schuhen, also von bisher oft „vernachlässigten“ Gütern, was zum Teil mit der in der ersten Hälfte des Monats herrschenden Hitzewelle, teilweise aber wohl auch mit den oben erwähnten Gehaltsnachzahlungen an die öffentlichen Be-

diensteten im Zusammenhang gestanden haben mag.

In der Entwicklung der Industrieproduktion kam die Zunahme des Verbrauchs in der Berichtsperiode, soweit sie sich bisher übersehen läßt, allerdings nur darin zum Ausdruck, daß der *Ausstoß der Verbrauchsgüterindustrien* im Juli schwächer als saisonüblich zurückgegangen ist. Das Produktionsniveau lag jedoch trotzdem nur um etwa 4 vH über dem Stand von Juli 1956. Das mag einmal damit zusammenhängen, daß unbeschadet des oben erwähnten relativ starken Anstiegs der Umsätze an Bekleidung und Schuhen, die in den sogenannten Verbrauchsgüterindustrien hergestellten traditionellen Konsumgüter, wie hier öfters dargelegt, nicht im Zentrum der Verbrauchszunahme stehen, dürfte sich zum Teil aber auch daraus erklären, daß der Handel im zweiten Quartal d. J., und zwar besonders im Juni, nur verhältnismäßig geringe Aufträge erteilt hatte, da die Zunahme der Umsätze in dieser Zeit offenbar nicht ganz seinen Erwartungen entsprochen hatte. Es ist möglich, daß sich das inzwischen wieder geändert hat, und daß die im Herbst übliche Belebung der Verbrauchsgüterproduktion infolgedessen einen entsprechend stärkeren Akzent erhält.

Die Auslandsnachfrage

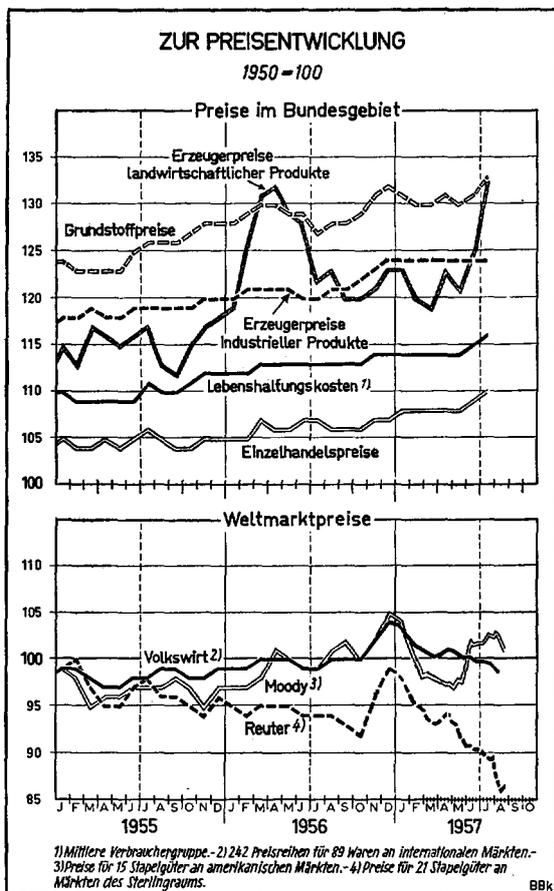
Für die Beurteilung der Entwicklungstendenzen der Auslandsnachfrage haben sich in der Berichtsperiode wenig neue Aspekte ergeben. Der Index der an die Industrie erteilten Aufträge aus dem Ausland war im Juni, dem letzten Monat, für den zur Zeit Angaben vorliegen, wieder um ungefähr 17 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, aber im Vergleich zum Vormonat ist er wieder etwas gesunken, und im Vergleich zu den Wintermonaten weist er weiter keine wesentliche Steigung mehr auf. Der Eindruck einer merklichen Verlangsamung im Anstieg der Auslandsaufträge, wenn nicht sogar einer zumindest vorläufigen Stagnation, besteht also fort. Noch wichtiger aber ist, daß die Auslandsbestellungen in den letzten Monaten, soweit sich die Entwicklung überblicken läßt, kaum mehr über das Niveau der laufenden Auslieferungen hinausgingen. Setzt man nämlich den Wert der jeweiligen neuen Aufträge zu den Exportumsätzen der Industrie in Beziehung, so ergibt sich, daß der

Auftragseingang im zweiten Quartal nur noch etwa ebenso groß war wie der laufende Absatz, während er zur gleichen Zeit des Vorjahres noch um gut 9 vH über diesen hinausgegangen war. Weitere Impulse zur Exportausweitung waren mit den neu hereingenommenen Auslandsaufträgen im zweiten Quartal nicht mehr verbunden, wenn auch in den relativ hohen unerledigten *Auftragsbeständen* noch eine sehr beachtliche Expansionsreserve liegt.

Selbstverständlich kann sich diese Sachlage jederzeit wieder ändern, bevor sich die zeitweilige Abschwächung der Expansion der Auslandsnachfrage in der tendenziell nach wie vor nach oben gerichteten Entwicklung des effektiven Außenhandels bemerkbar macht. Eine Prognose hierüber wäre jedoch außerordentlich gewagt, da sie nicht nur ein Urteil über die Weltkonjunktur, sondern auch über die Auswirkungen involvieren würde, die die von manchen Ländern zum Zwecke der Wiederherstellung ihres Zahlungsbilanzgleichgewichts bereits ergriffenen oder vielleicht noch zu ergreifenden Maßnahmen auf den deutschen Export ausüben werden. Immerhin ist es für die Diagnose der derzeitigen Konjunkturlage nicht ohne Interesse, daß mit der Auslandsnachfrage in der letzten Zeit offenbar nicht mehr ganz die gleiche Expansionsdynamik verbunden war wie vordem, da auch hier die neuen Aufträge zumindest vorläufig den stark erhöhten laufenden Export nicht mehr übertreffen.

Die Preisentwicklung

Die Preisentwicklung war in der letzten Zeit — zumindest jedoch bis Juli — ebenso wie schon im Juni durch ziemlich stark divergierende Bewegungen gekennzeichnet: Während bei den gewerblichen Erzeugnissen, wie nun schon seit mehreren Monaten, weiter nur noch schwache, im wesentlichen auf die Einzelhandelsstufe beschränkte Preiserhöhungen zu verzeichnen waren (die in den Gesamtindizes überdies zu einem großen Teil durch Preissenkungen für andere Waren, besonders eingeführte Rohstoffe und Halbwaren kompensiert wurden), haben sich im Bereich der landwirtschaftlichen Erzeugnisse die schon im letzten Bericht erwähnten Preiserhöhungen zunächst noch fortgesetzt. Der *Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte* (1950 = 100) ist jedenfalls im Juli auf 133 (gegen 125



im Juni und 121 im Mai) gestiegen, der *Gruppenindex Ernährung im Preisindex für die Lebenshaltung* der mittleren Verbrauchergruppe (ebenfalls 1950 = 100) auf 124, gegen 120 im Juni und Mai und 119 im April und März, seinen bisherigen Tiefstand in diesem Jahr. In diesem Umfang bringen die betreffenden Preissteigerungen nun freilich nicht einen längerfristigen Entwicklungstrend zum Ausdruck. Wie eine Einzelanalyse alsbald zeigt, sind sie vielmehr weitgehend durch zufällige, großenteils nur vorübergehende Umstände bedingt, wie sie im Bereich der an die Natur gebundenen landwirtschaftlichen Produktion nicht selten auftreten. Eine große Rolle spielt z. B. die schon im letzten Monatsbericht erwähnte Erhöhung der Kartoffelpreise, die im Juli noch ein weit stärkeres Ausmaß annahm als im Juni. Sie beruht einmal darauf, daß im Juni und Juli die Berechnung der Preisindizes schrittweise von den relativ billigen Kartoffeln aus der alten Ernte auf die — zunächst selbstverständlich wesentlich teureren — Kartoffeln der neuen Ernte umgestellt wird, dann aber auch darauf, daß sich

die Ernte der Frühkartoffeln in diesem Jahr etwas verzögerte und der Marktpreis der neuen Kartoffeln infolgedessen stärker stieg als sonst. Wie das in den Gesamtindizes zu Buche schlug, ist daraus zu ersehen, daß der Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ohne Berücksichtigung der Kartoffeln im Juli nur um knapp 1 vH gestiegen ist, unter Einschluß der Kartoffeln aber um 6,7 vH, und daß auch die Erhöhung der Ernährungskosten für die mittlere Verbrauchergruppe ohne die — großenteils nur vorübergehende — Steigerung der Kartoffelpreise nur 1,1 vH und nicht 3,1 vH ausgemacht hätte. Aber auch für die restliche Preiserhöhung spielt ein zufälliger Einfluß eine große Rolle, nämlich der starke Anstieg der Obstpreise infolge des außergewöhnlich schlechten Ausfalls der diesjährigen Ernte, besonders an Steinobst und an Beerenobst. Hier werden die Preiserhöhungen allerdings auch von längerer Dauer sein. Um ihnen entgegenzutreten, hat die Bundesregierung zwar die in den Sommer- und Herbstmonaten üblicherweise verhängten Einfuhrsperrn in diesem Jahr nicht oder nur zum Teil in Kraft gesetzt, und außerdem sollen im September noch die Obstzölle beträchtlich gesenkt werden. Da aber im Ausland die diesjährigen Obsternten bisher gleichfalls teilweise sehr schlecht waren, dürfen auf eine Entlastung durch höhere und billigere Einfuhren keine sehr großen Erwartungen gesetzt werden. Immerhin hat sich in neuerer Zeit bereits eine gewisse Senkung der Obstpreise angebahnt, ebenso wie die Kartoffelpreise im August schon wieder beträchtlich gesunken sind, so daß die Preisindizes landwirtschaftlicher Produkte für diesen Monat voraussichtlich wieder niedriger als im Juli sein werden, zumal sich bei einigen anderen Erzeugnissen, wie z. B. bei Gemüse, Butter und Speck, die um diese Jahreszeit üblichen Preisermäßigungen trotz der regeren Nachfrage durchgesetzt haben dürften.

Die *Preise industrieller Produkte* sind in der Berichtszeit, wie schon eingangs angedeutet, im großen und ganzen stabil geblieben. Das gilt vor allem für die Erzeugerstufe, auf der die Preise nach dem Juli-Index den Stand der Vormonate im allgemeinen praktisch unverändert behaupteten, wobei eine — an sich nur noch geringfügige — Preiserhöhung bei den Verbrauchsgütern und den Investitionsgütern im Gesamtindex durch erneute — hauptsächlich weltmarktbedingte —

Zur Preisentwicklung ¹⁾

	1956	1957					Veränderung Juli 1957 gegenüber		
	Juli	April	Mai	Juni	Juli	Juli 1955 ⁴⁾	Juli 1956 ⁴⁾	Juni 1957 ⁴⁾	
						1950 = 100			
Binnenmarkt									
Grundstoffe insgesamt	127	131	130	131	133	+ 5,6	+ 4,6	+ 1,8	
davon: industrieller Herkunft	139	145	145	145	144	+ 4,6	+ 3,9	- 0,2	
darunter: Mauerziegel	129	128	128	129	128	+ 8,0	+ 2,5	- 0,4	
Kupfer	133	116	114	109	106	- 32,4	- 20,6	- 2,6	
land-, forst- und plantagen- wirtschaftlicher Herkunft	117	118	117	119	124	+ 6,6	+ 5,4	+ 3,9	
darunter: Baumwolle	90	95	95	95	97	+ 5,6	+ 8,3	+ 2,0	
Rohwolle, ausländ.	74	92	95	91	87	+ 16,7	+ 17,1	- 4,0	
Rohholz (Stamm), inl.	216	223	220	217	217	- 0,7	+ 0,4	± 0	
Rohkautschuk	90	88	87	89	88	- 26,7	- 1,9	- 0,4	
Kartoffeln	142	73	71	86	172	- 19,2	+ 21,3	+ 100,7	
Schweine	104	98	92	96	99	+ 9,2	- 4,6	+ 3,1	
Erzeugerpreise der Industrie insgesamt	120	124	124	124	124	+ 4,3	+ 3,0	± 0	
darunter: Grundstoff- und Produk- tionsgüterindustrien	135	139	139	139	138	+ 1,7	+ 2,3	- 0,2	
darunter: Eisen- und Stahl- industrie	179	191	191	191	191	+ 7,1	+ 6,9	- 0,0	
NE-Metallindustrie	126	116	111	106	104	- 25,6	- 17,9	- 2,1	
Papierherzeugung	136	139	140	140	140	- 2,5	+ 3,1	+ 0,1	
Investitionsgüterindustrien	128	132	132	132	132	+ 6,8	+ 3,7	- 0,1	
darunter: Maschinenbau	134	141	141	141	141	+ 9,8	+ 5,3	± 0	
Fahrzeugbau	106	107	107	108	108	+ 1,1	+ 1,2	± 0	
Verbrauchsgüterindustrien	98	102	102	102	102	+ 6,0	+ 3,8	+ 0,1	
darunter: Textilindustrie	89	93	93	93	93	+ 6,6	+ 5,2	+ 0,1	
Schuhindustrie	103	104	104	104	105	+ 4,4	+ 2,0	+ 0,6	
Holzverarbeitung	125	128	129	129	129	+ 5,3	+ 2,9	- 0,1	
Einzelhandelspreise insgesamt	107	108	108	109	110	+ 4,0	+ 3,1	+ 1,5	
darunter: Lebensmittelgeschäfte	111	109	110	110	114	+ 2,6	+ 2,1	+ 3,5	
darunter: Gemüsegeschäfte	161	121	126	130	166	+ 2,7	+ 3,3	+ 27,6	
Geschäfte für Textilwaren und Schuhwerk	93	96	96	97	97	+ 4,8	+ 4,2	+ 0,2	
Geschäfte für Hausrat und Wohnbedarf	115	120	120	120	121	+ 7,6	+ 4,5	+ 0,1	
darunter: Geschäfte für									
Eisenwaren	133	140	141	141	141	+ 10,0	+ 5,6	- 0,1	
Möbel	116	121	122	122	122	+ 8,5	+ 5,0	- 0,2	
Elektrogeräte (ohne Rund- funkgeräte)	101	103	103	103	103	+ 3,2	+ 2,0	+ 0,1	
Preisindex für die Lebenshaltung insgesamt	113	114	114	115	116	+ 5,3	+ 2,9	+ 1,6	
darunter: Ernährung	120	119	120	120	124	+ 5,2	+ 3,1	+ 3,1	
Bekleidung	97	100	101	101	101	+ 4,9	+ 4,0	+ 0,3	
Preisindex für den Wohnungsbau	134 ⁶⁾		141			+ 9,5 ⁶⁾	+ 5,6 ⁶⁾	+ 4,7 ⁵⁾	
Weltmarkt⁷⁾									
Preisindex des „Volkswirt“ ²⁾ ³⁾									
insgesamt	99	101	100	100	100	+ 1,1	+ 0,7	- 0,4	
davon: Nahrungsmittel ³⁾	101	102	101	101	101	+ 0,4	- 0,3	± 0,0	
Gewerbliche Rohstoffe ³⁾	99	102	102	101	100	+ 1,6	+ 1,3	- 0,5	
Moody's Index ³⁾	99	98	98	102	102	+ 5,7	+ 3,4	+ 0,7	
Reuter's Index ³⁾	94	94	92	91	90	- 8,3	- 4,2	- 1,2	

¹⁾ Angaben für frühere Monate und Erläuterungen: Tabelle VIII, 5 (Preisindexziffern) im Statistischen Teil des vorliegenden Heftes. —
²⁾ Berechnet von R. Schulze. — ³⁾ Veränderungsprozsätze unter Berücksichtigung einer Dezimalstelle des Index. — ⁴⁾ Veränderungsprozsätze unter Berücksichtigung von zwei Dezimalstellen der Indizes. — ⁵⁾ Veränderung Mai 1957 gegenüber Februar 1957. — ⁶⁾ Mai. —
⁷⁾ Veränderung in vH errechnet auf Grund der auf 1950 = 100 umbasierten Werte.

Preissenkungen bei den Grundstoffen kompensiert wurde. Auf der Einzelhandelsstufe scheinen die Preiserhöhungen für industrielle und handwerkliche Erzeugnisse allerdings noch immer nicht ganz abgeschlossen zu sein. Im Juli ergaben

sich nach dem Index der Einzelhandelspreise vor allem in den Geschäften für Hausrat und Wohnbedarf sowie für Bekleidung zum Teil weitere Preissteigerungen. Soweit sich feststellen läßt, waren die Erhöhungen jedoch nur noch gering.

Die — an sich natürlich in erster Linie mit der Entspannung der allgemeinen Konjunkturlage zusammenhängende — relative Stabilität der Preisentwicklung der industriellen Erzeugnisse wurde auch in der Berichtsperiode zum Teil nicht unbeträchtlich durch die von den *internationalen Rohstoff- und Halbwarenmärkten* ausgehenden Tendenzen gefördert. Trotz der Tatsache, daß in fast allen Ländern der Erde auf den heimischen Märkten bei der Preisbildung inflatorische Tendenzen vorherrschen, stehen nämlich die Weltmärkte seit geraumer Zeit eher im Zeichen einer leichten Preisbaisse, die ihrer Preisentwicklung, wenn man sie längerfristig betrachtet, nunmehr für die letzten Jahre wieder den Charakter einer relativen Stabilität verleiht. So ist z. B. der Weltmarktpreis-Index des „Volkswirt“, der ein verhältnismäßig gutes Bild der Preisentwicklung der wichtigsten an den internationalen Märkten gehandelten Rohstoffe und Halbwaren bietet, im Juli und in der ersten August-Hälfte erneut um insgesamt 1,5 vH zurückgegangen, nachdem er in der ersten Jahreshälfte unter Schwankungen bereits um nahezu 4 vH gesunken war. Der Index liegt damit wieder ungefähr auf dem Stand, den er vor einem Jahr innegehabt hatte, und der nur wenig höher gewesen war als im August 1955 oder im August 1954. Im Gegensatz zu den nationalen Preisindizes kann man hier also für die letzten Jahre eine bemerkenswerte Preisstabilität feststellen.

In letzter Zeit standen vor allem die Preise der NE-Metalle im Zeichen einer neuen Baisse. So war am Londoner Kupfermarkt in der ersten

Hälfte des August ein neuer Tiefstand zu verzeichnen; gleichzeitig neigten aber auch die Zinn-, Zink- und Bleipreise zur Schwäche. Ebenso machte der Abbau der Mineralölpreise, die im Zusammenhang mit der Suez-Krise ziemlich kräftig gestiegen waren, weitere Fortschritte. Auf den Märkten der wichtigsten Textilrohstoffe herrschte die übliche Sommerruhe; bei schwacher Nachfrage gaben die Preise für Wolle und — in Erwartung hoher Ernteergebnisse — auch die Baumwollpreise in letzter Zeit etwas nach. Die Wirkung dieses Rückgangs der Warenpreise wurde noch durch den gleichzeitigen, ungewöhnlich starken Abfall der *Frachtraten* in der Tanker- und Trampfahrt unterstützt. Die Trampfrachten waren — dem Deutschen Seefrachtenindex zufolge — im Juli um fast die Hälfte niedriger als im Dezember vorigen Jahres; im Kohlentransport über den Nordatlantik war der Ratenverfall noch wesentlich stärker, und die Tankerfrachten fielen sogar auf etwa ein Sechstel ihres Dezember-Höchststandes zurück. Allerdings kommt diese Ermäßigung der Seefrachten bisher nur einem relativ kleinen Teil der über See importierten Gütermengen zugute — z. B. nur etwa 10 bis 20 vH der aus den Vereinigten Staaten von Amerika bezogenen Kohle —, da der Transport des größeren Teiles der seewärtigen Einfuhren, namentlich der Massengüter, auf Grund längerfristiger Charterverträge erfolgt und hier zur Zeit deshalb noch vielfach Vereinbarungen auf der Basis früherer Frachten gelten. Mit Ablauf der geltenden Verträge wird sich das niedrigere Niveau jedoch auch hier zumindest teilweise durchsetzen.

Außenhandel und Zahlungsbilanz

Verstärkte spekulative Einflüsse

Die Entwicklung des auswärtigen Zahlungsverkehrs stand in der Berichtsperiode weiter — ja zunächst sogar noch in verstärktem Maße — unter dem Einfluß spekulativ bedingter Geldzuflüsse, die den Devisenzugang bei der Bank deutscher Länder bzw. bei der Bundesbank auf eine bisher nicht erreichte Höhe steigen ließen. Besonders in den ersten ein bis zwei Wochen nach der de facto-Abwertung des französischen Franken war dieser Einfluß stark, da vielfach angenommen wurde, daß die französischen Maßnah-

men nur den Auftakt zu einer Reihe weiterer Wechselkurskorrekturen bilden würden. Als die Bundesregierung im Einvernehmen mit der Bundesbank am 20. August d. J. alle Gerüchte über eine beabsichtigte Aufwertung der DM kategorisch als gegenstandslos bezeichnete, ließen die spekulativen Geldzuflüsse in die Bundesrepublik zwar etwas nach, waren aber im Vergleich zu den vorangegangenen Monaten nach wie vor beträchtlich. Vom 1. bis zum 30. August hat daher der Gold- und Devisenbestand der Deutschen Bundesbank um 1 403 Mio DM zugenommen

Daten zur Entwicklung der Devisenposition und der Zahlungsbilanz
in Mio DM

Zeit	I. Devisenbilanz						II. Leistungs- und Kapitalbilanz										III. Saldo der nicht erfaßbaren Posten und der statistischen Ermittlungsfehler (I./II)
	Veränderung der Devisenposition der Geschäftsbanken				Saldo der Devisenbilanz (Überschüsse im Zahlungsverkehr mit dem Ausland)	Saldo des Waren- und Dienstleistungsverkehrs *)				Saldo der unentgeltlichen Leistungen und des Kapitalverkehrs							
	Ins-gesamt		Veränderung der Guthaben bei ausländischen Banken	Veränderung der DM-Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland		Ins-gesamt	Handelsbilanz	Dienstleistungen		Ins-gesamt	Unentgeltliche Leistungen (hauptsächlich Wiedergutmachungsleistungen)	Kapitalverkehr			Saldo der Leistungs- und Kapitalbilanz		
								Kapitalerträge	Ins-gesamt			Kapitalerträge	Inanspruchnahme von Rembours- und Barkrediten	Kapitalerträge			
1955	+1 861	+ 60	+ 40	+ 20	+1 921	+2 945	+1 244	+2 309	- 608	-1 249	- 814	- 511	+ 76	+1 696	+ 225		
1956	+5 095	- 425	+ 40	- 465	+4 670	+5 499	+2 897	+3 040	- 438	-1 462	-1 104	- 743	+ 385	+4 097	+ 633		
1956																	
2. Vj.	+1 547	- 272	+ 0	- 272	+1 275	+1 447	+ 992	+ 575	- 120	- 259	- 261	- 173	+ 175	+1 188	+ 87		
3. "	+1 709	- 159	+ 39	- 198	+1 550	+1 231	+ 532	+ 846	- 147	- 285	- 297	- 70	+ 82	+ 946	+ 604		
4. "	+1 233	- 74	+ 0	- 74	+1 159	+1 863	+ 960	+ 972	- 69	- 537	- 318	- 326	+ 107	+1 326	- 167		
1957																	
1. Vj.	+ 829	+ 84	- 68	+ 152	+ 913	+1 581	+ 732	+ 949	- 100	-1 051	- 344	- 850	+ 143	+ 530	+ 383		
2. "	+1 459	+ 11	+ 34	- 23	+1 470	+2 051	+1 202	+ 960	- 111	-1 273	- 417	- 758	- 98	+ 778	+ 692		
1956																	
Juli	+ 726	- 164	- 30	- 134	+ 562	+ 381	+ 177	+ 264	- 60	+ 84	- 102	+ 128	+ 58	+ 465	+ 97		
Aug.	+ 386	+ 47	+ 45	+ 2	+ 433	+ 375	+ 121	+ 302	- 48	- 286	- 116	- 169	- 1	+ 89	+ 344		
Sept.	+ 597	- 42	+ 24	- 66	+ 555	+ 475	+ 234	+ 280	- 39	- 83	- 79	- 29	+ 25	+ 392	+ 163		
Okt.	+ 508	+ 59	- 17	+ 76	+ 567	+ 491	+ 252	+ 265	- 26	- 67	- 114	+ 3	+ 44	+ 424	+ 143		
Nov.	+ 332	- 61	- 10	- 51	+ 271	+ 484	+ 206	+ 302	- 24	- 329	- 104	- 237	+ 12	+ 155	+ 116		
Dez.	+ 393	- 72	+ 27	- 99	+ 321	+ 888	+ 502	+ 405	- 19	- 141	- 100	- 92	+ 51	+ 747	- 426		
1957																	
Jan.	+ 258	+ 117	+ 22	+ 95	+ 375	+ 123	- 99	+ 276	- 54	- 135	- 113	- 70	+ 48	- 12	+ 387		
Febr.	+ 460	- 92	- 90	- 2	+ 368	+ 592	+ 296	+ 296	+ 0	- 313	- 107	- 233	+ 27	+ 279	+ 89		
März	+ 111	+ 59	+ 0	+ 59	+ 170	+ 866	+ 535	+ 377	- 46	- 603	- 124	- 547	+ 68	+ 263	- 93		
April	+ 553	- 10	+ 29	- 39	+ 543	+ 539	+ 285	+ 294	- 40	- 326	- 199	- 144	+ 17	+ 213	+ 330		
Mai	+ 640	+ 37	+ 20	+ 17	+ 677	+ 827	+ 540	+ 326	- 39	- 306	- 124	- 141	- 41	+ 521	+ 156		
Juni	+ 266	- 16	- 15	- 1	+ 250	+ 685	+ 377	+ 340	- 32	- 641	- 94	- 473	- 74	+ 44	+ 206		
Juli ⁷⁾	+ 858	- 269	- 29	- 240	+ 589	+ 590	+ 349	+ 328	- 87	- 290	- 140	- 150	+ 0	+ 300	+ 289		

¹⁾ Bis 31. 7. 1957: Bank deutscher Länder. — ²⁾ Zunahme der Verbindlichkeiten -, Abnahme +. — ³⁾ Im Gegensatz zu unseren sonstigen Zahlungsbilanzveröffentlichungen wird hier die Ausfuhr von Schiffs- und Flugzeugbedarf nicht den Dienstleistungen zugerechnet, während die Transithandelspitze und sonstige den Warenverkehr betreffende Ergänzungen zusammen mit den Dienstleistungen erfaßt sind. — ⁴⁾ Spezialhandel nach der amtlichen Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob (vgl. auch Anm. ⁵⁾). — ⁵⁾ Saldo. — ⁶⁾ Einschl. der Einnahmen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen für ausländische Streitkräfte. — ⁷⁾ Teilweise geschätzt.

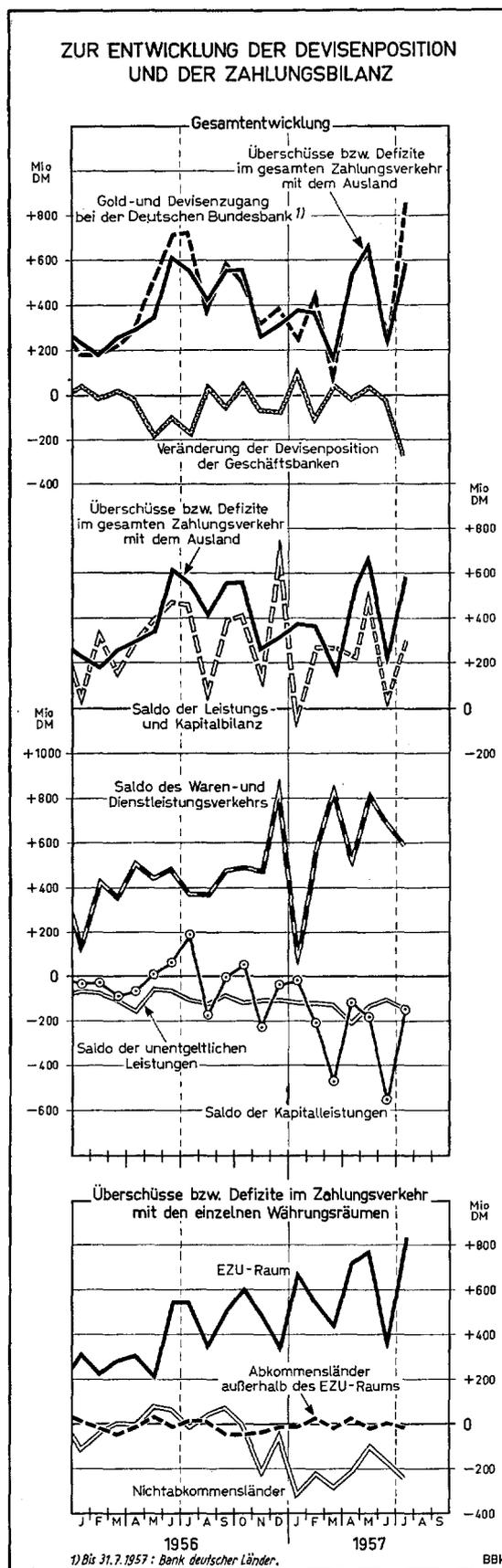
gegen 858 Mio DM im Juli und 381 Mio DM im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres. Bis Ende August sind die Währungsreserven der Bundesbank damit auf nahezu 22,5 Mrd DM gestiegen, wovon 9,5 Mrd DM aus Gold, 6,9 Mrd DM aus US- und kanadischen Dollar sowie freien Schweizer Franken, 3,8 Mrd DM aus dem Guthaben bei der EZU und 2,3 Mrd DM aus sonstigen — zum Teil in die EZU-Abrechnung für August eingehenden — Forderungen an das Ausland bestanden.

Welchen Anteil die spekulativen Faktoren am gesamten Gold- und Devisenzugang im Juli und August hatten, läßt sich zwar nicht genau ermit-

teln; nach den vorhandenen Anhaltspunkten dürfte auf sie aber mindestens die Hälfte jenes Zugangs entfallen sein. Dabei ist es bemerkenswert, daß die Währungsspekulation in letzter Zeit wieder zu recht massiven Zuflüssen von kurzfristigen Auslandsgeldern auf die bei den deutschen Geschäftsbanken gehaltenen DM-Konten geführt hat, nachdem der Zustrom solcher Gelder im ersten Halbjahr 1957 nicht nur vollständig aufgehört hatte, sondern per Saldo sogar von leichten Abflüssen abgelöst worden war. Im Juli betrug der Zustrom von Auslandsgeldern 240 Mio DM, und im August dürfte er nach den bisher vorliegenden Angaben im ganzen einen

noch wesentlich höheren Betrag erreicht haben, zumal die ausländischen Banken, die in den letzten Wochen auf Wunsch ihrer Kundschaft in wachsendem Maße Termingeschäfte zur Ausschaltung des Wechselkursrisikos abschließen mußten, sich vielfach entsprechende DM-Guthaben beschafften, um ihre Position zu sichern. Ein Anreiz zu derartigen Transaktionen bestand um so mehr, als die Terminkurse der DM in der letzten Zeit auf Grund der starken Nachfrage beträchtliche Reportsätze gegenüber dem Kassakurs aufwiesen, so daß für die ausländischen Banken mit dem Kurssicherungsgeschäft trotz der Unverzinslichkeit ihrer DM-Guthaben eine Art Zinsgewinn verbunden war.

In Höhe des Zuflusses von derartigen Geldern steht nun aber im Rahmen der gesamten Devisenbilanz dem Anstieg der Devisenguthaben der Bundesbank eine Erhöhung der kurzfristigen Auslandsverbindlichkeiten der Geschäftsbanken gegenüber, die jederzeit zu entsprechenden Abzügen von der zentralen Devisenreserve führen kann. Die Devisendeckung, die die deutschen Geschäftsbanken selbst für diese Verbindlichkeiten unterhalten, ist nämlich zur Zeit minimal, da die Auslandsguthaben der deutschen Banken im Verlauf der letzten Monate nicht nur nicht erhöht, sondern im Gegenteil eher verringert wurden. Auch im Juli, dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen, sind diese Guthaben gesunken, wenn auch nur um 29 Mio DM. Die Devisenposition der Geschäftsbanken hat sich also von zwei Seiten her verschlechtert: einmal sind ihre Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland mit dem Zustrom der kurzfristigen Auslandsgelder gewachsen, und zum anderen haben sich ihre Guthaben verringert. Saldiert man diese Verschlechterung mit der Verbesserung der Devisenposition der Zentralbank, auf die sich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zumeist einseitig konzentriert, so ergibt sich für Juli ein Überschuß der gesamten Devisenbilanz von nur 589 Mio DM, obwohl sich der Netto-Devisenzugang bei der Deutschen Bundesbank auf 858 Mio DM stellte. Im August dürfte diese Kompensation sogar noch größer gewesen sein, da die Auslandsverbindlichkeiten der Geschäftsbanken allen vorhandenen Anzeichen nach, wie erwähnt, noch stärker als im Juli gewachsen sind, während sich die Auslandsguthaben der



Banken kaum erhöht haben dürften. Die Devisenzugänge bei der Bundesbank sind also keineswegs identisch mit dem Zahlungsbilanzüberschuß; dieser ist vielmehr, sofern sich die Devisenposition der Geschäftsbanken, wie in den letzten Monaten, verschlechtert, jeweils um den entsprechenden Betrag geringer.

Aber auch die Zahlungsbilanzüberschüsse waren in der letzten Zeit in erheblichem Umfang durch temporäre Zuflüsse, die hauptsächlich auf Währungsspekulation beruhen, beeinflußt. Wie schon öfters erwähnt, geht nämlich ein großer Teil der Überschüsse der Devisenbilanz nicht auf einen Überschuß im tatsächlichen Leistungs- und Kapitalverkehr mit dem Ausland, sondern auf Verschiebungen in den Zahlungsbedingungen zurück. Dabei spielt sowohl die schnellere Bezahlung deutscher Exporte — vielfach sogar in der Form ausländischer Vorauszahlungen — als auch die Gewährung längerer Zahlungsziele an deutsche Importeure eine Rolle, wobei in beiden Fällen das Bestreben des Auslands ausschlaggebend sein dürfte, sich nach Möglichkeit ein Guthaben in der als „härter“ empfundenen DM zu sichern. Zum Teil sind also künftige Lieferungen an das Ausland schon jetzt bezahlt worden, während umgekehrt die Bezahlung von laufenden Bezügen aus dem Ausland hinausgeschoben wurde; mit anderen Worten: die Höhe der jetzigen Zahlungsbilanzüberschüsse involviert eine beträchtliche Vorbelastung der künftigen Zahlungsbilanz. Genaue statistische Angaben hierüber stehen freilich nicht zur Verfügung. Einen Anhaltspunkt bietet jedoch das Maß, in dem die Zahlungsbilanzüberschüsse über die jeweiligen Aktivsaldo der Leistungs- und Kapitalbilanz hinausgehen, obwohl diese Differenzen zum Teil auch auf statistischen Erfassungslücken oder -fehlern beruhen können. Im Juli, dem letzten Monat, für den entsprechende Angaben verfügbar sind, war der Überschuß der Zahlungsbilanz wieder um 289 Mio DM höher als der Aktivsaldo der Leistungs- und Kapitalbilanz, der sich auf 300 Mio DM stellte. Für die ersten sieben Monate des Jahres ergibt sich damit, wie die folgende Tabelle zeigt, bei einem Zahlungsbilanzüberschuß von 3 Mrd DM und einem Überschuß der Leistungs- und Kapitalbilanz von 1,6 Mrd DM, eine — sicher zum größten Teil auf einer Verschiebung der terms of payment beruhende — Differenz von

1,4 Mrd DM; das ist fast die Hälfte der gesamten Zahlungsbilanzüberschüsse. Dabei ist es durchaus möglich, daß auch der Aktivsaldo der Leistungsbilanz in seiner jetzigen Höhe bis zu einem gewissen Grade durch spekulative Momente beeinflußt ist: während nämlich die deutschen Importeure in der letzten Zeit eher zurückhaltender disponiert haben dürften, scheint die Ausfuhr verschiedentlich ausgesprochen forciert worden zu sein, und zwar insbesondere durch Voreindeckungen von Seiten der Importeure in denjenigen Ländern, in denen mit einer Änderung der Währungsrelation gegenüber der Bundesrepublik gerechnet wurde.

Zur Beurteilung der nicht mit dem Leistungsbilanzüberschuß zusammenhängenden Einflüsse auf den Gold- und Devisenzugang bei der Deutschen Bundesbank¹⁾
in Mio DM

Zeit	Gold- und Devisenzugang bei der Deutschen Bundesbank ¹⁾	Überschuß der Zahlungsbilanz ²⁾	Überschuß der Leistungs- u. Kapitalbilanz
1955	+ 1 861	+ 1 921	+ 1 696
1956	+ 5 095	+ 4 670	+ 4 037
1957 1. Halbj.	+ 2 288	+ 2 383	+ 1 308
Juli	+ 858	+ 589	+ 300 ³⁾

Die Differenzen zwischen diesen beiden Zahlenreihen spiegeln die Verbesserung bzw. Verschlechterung der Devisenposition der Geschäftsbanken wider.

Die Differenzen zwischen diesen beiden Zahlenreihen beruhen (abgesehen von möglichen Lücken und Fehlern in der statistischen Erfassung des Saldos der Leistungs- und Kapitalbilanz) vor allem auf einer Verbesserung der Zahlungsbedingungen (terms of payment).

¹⁾ Bis 31. 7. 1957: Bank deutscher Länder. — ²⁾ Gold- und Devisenzugang bei der Deutschen Bundesbank und Veränderung der Devisenposition der Geschäftsbanken. — ³⁾ Vorläufig.

Aus all dem folgt, daß die Höhe der derzeitigen Devisenzuflüsse zu einem erheblichen Teil auf rein spekulativen Einflüssen beruht, die erfahrungsgemäß relativ kurzfristiger Natur sind. Um diesen Spekulationen zumindest insoweit den Wind aus den Segeln zu nehmen, als sie auf der Erwartung einer etwaigen „Aufwertung“ der DM — also auf einer Änderung der gegenüber dem Internationalen Währungsfonds deklarierten Parität der DM zum Gold bzw. zum US-Dollar — beruhen, hat die Bundesregierung, wie schon eingangs erwähnt, am 20. August d. J. im Einvernehmen mit der Bundesbank erneut erklärt,

daß die Gerüchte über eine beabsichtigte Aufwertung der DM der Grundlage entbehren, zumal auf Grund aller wirtschaftlichen Tatbestände zu einer Änderung des Verhältnisses der DM zum US-Dollar kein Anlaß bestünde. Die Bundesbank hat sich außerdem bemüht, den spekulativen Tendenzen dadurch entgegenzuwirken, daß sie, sofern der Wunsch dazu bestand, ausländischen Notenbanken DM-Beträge zur Verfügung stellte, um ihnen Interventionen am Devisenterminmarkt zu ermöglichen. Auch die bereits im letzten Monatsbericht erwähnte Vorfinanzierung der in den nächsten zehn Jahren fälligen Tilgungszahlungen der Bundesrepublik auf die britische Nachkriegswirtschaftshilfe in Höhe von insgesamt 75 Mio £ durch alsbaldige Überweisungen der Bank deutscher Länder bzw. der Deutschen Bundesbank auf ein Sonderkonto bei der Bank von England hat in dieser Richtung gewirkt. Die britische EZU-Position ist durch diese Operation, die praktisch auf eine vorzeitige Schuldentilgung hinausläuft und im September vereinbarungsgemäß abgewickelt sein wird, bereits im August erheblich entlastet worden, wenn auch die starken spekulativen Einflüsse diese Wirkung im Endergebnis weitgehend überdeckt haben.

Die Entwicklung der Leistungs- und Kapitalbilanz

Ungeachtet ihrer beträchtlichen Verstärkung durch spekulative Momente ging ein großer Teil der Devisenzugänge aber auch in der letzten Zeit auf echte Überschüsse in der kombinierten Leistungs- und Kapitalbilanz zurück. Im Juli, dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen, betrug der Aktivsaldo der Leistungs- und Kapitalbilanz jedenfalls wiederum 300 Mio DM gegen rd. 260 Mio DM im Monatsdurchschnitt des zweiten und rd. 180 Mio DM im Monatsdurchschnitt des ersten Quartals. Die Steigerung, die in diesen Ziffern zum Ausdruck kommt, ist allerdings zumindest teilweise saisonbedingt. Sie sollte auch nicht übersehen lassen, daß, längerfristig betrachtet, die Überschüsse der Leistungs- und Kapitalbilanz im Gegensatz zu den Überschüssen der gesamten Zahlungsbilanz — die, wie erwähnt, unter dem Einfluß der Verbesserung der terms of payment gewachsen sind — im bisherigen Verlauf des Jahres nicht mehr die Höhe des Vorjahres erreichten. In den ersten sieben Mona-

ten des Jahres stellte sich der Aktivsaldo der Leistungs- und Kapitalbilanz im Monatsdurchschnitt nämlich auf nur noch 230 Mio DM gegen 319 Mio DM in der gleichen Zeit des Vorjahres, wobei sich der Abstand zu den Überschüssen des Vorjahres im Laufe der Zeit mehr und mehr vergrößerte. Ausschlaggebend hierfür war, daß sich

Leistungs- und Kapitalbilanz
in Mio DM

Zeit	Insgesamt	Waren- und Dienstleistungsbilanz ¹⁾		Kapitalbilanz ²⁾
		Insgesamt	darunter: Handelsbilanz ³⁾	
1955	+ 1 696	+ 2 945	+ 1 244	— 1 249
1956	+ 4 037	+ 5 499	+ 2 897	— 1 462
1957 1. Halbj.	+ 1 308	+ 3 632	+ 1 934	— 2 324
Juli ⁴⁾	+ 300	+ 590	+ 349	— 290

¹⁾ Einschließlich der laufenden Kapitalerträge. — ²⁾ Kapitalverkehr und unentgeltliche Leistungen. — ³⁾ Spezialhandel nach der amtl. Außenhandelsstatistik: Einfuhr cif, Ausfuhr fob. — ⁴⁾ Teilweise geschätzt.

der Passivsaldo der Kapitalbilanz (einschließlich der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen) auf Grund von Entwicklungstendenzen, die in einem der nächsten Abschnitte noch näher dargestellt werden, beträchtlich erhöht hat und damit einen wachsenden Teil des Überschusses der Waren- und Dienstleistungsbilanz absorbierte.

Außenhandel

Die Überschüsse des Waren- und Dienstleistungsverkehrs sind dabei allerdings bis in die letzte Zeit hinein tendenziell gewachsen, und zwar vor allem auf Grund der Entwicklung der Handelsbilanz, die, wie die Übersicht auf S. 42 zeigt, längerfristig betrachtet einen ständigen Aktivsaldo aufwies. So war im Juli, dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen, der Aktivsaldo der Handelsbilanz — wenn auch, wie oben erwähnt, möglicherweise beeinflusst durch spekulative Verzögerungen bei der Einfuhr und entgegengerichtete Impulse bei der Ausfuhr — mit 349 Mio DM um rd. 30 Mio DM höher als im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres und fast doppelt so groß wie in der gleichen Zeit des Vorjahres.

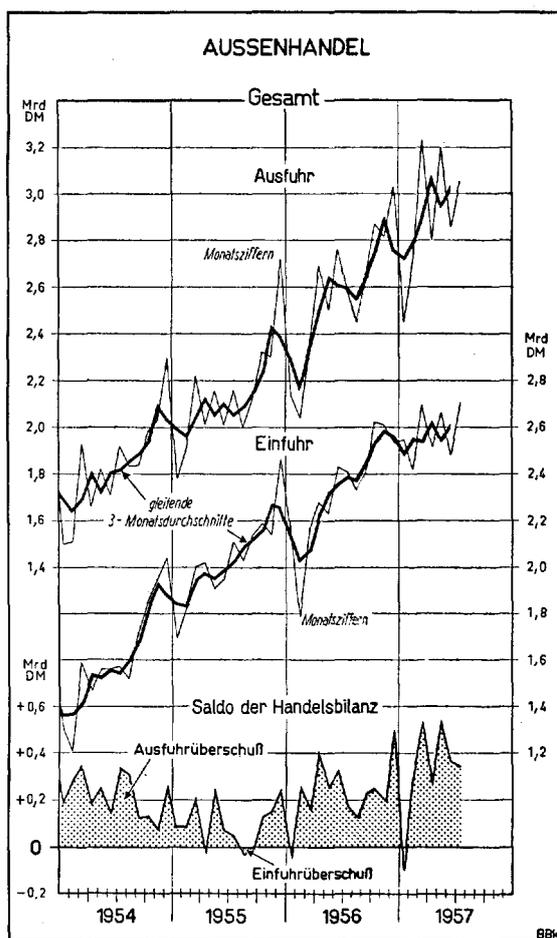
Maßgebend hierfür ist, daß die Expansion des Exports bis in die neueste Zeit hinein so gut wie unvermindert angehalten hat. Im Juli war die *Ausfuhr* mit 3 058 Mio DM um rd. 180 Mio DM höher als im Monatsdurchschnitt des ersten Halbjahres. Über ihren entsprechenden Vorjahrs-

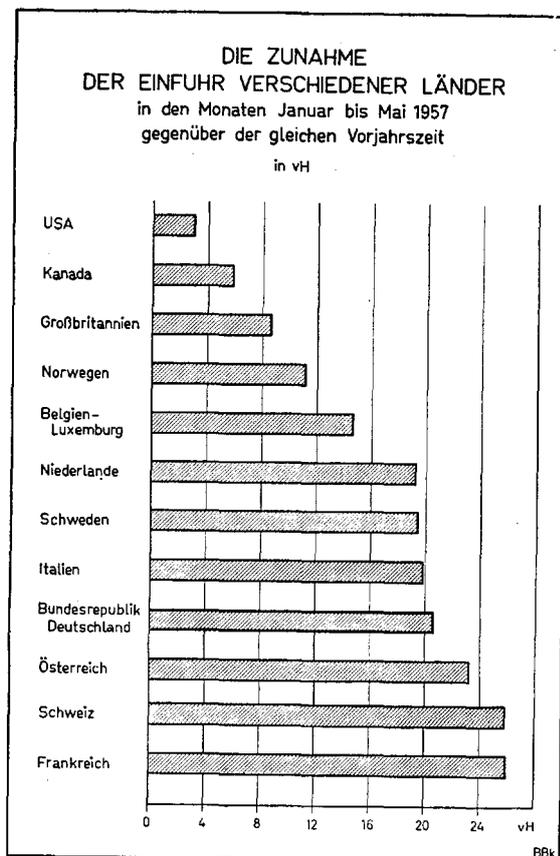
stand ging sie damit — ebenso wie schon in den ersten sechs Monaten des Jahres — um ungefähr 19 vH hinaus, wenn ihre Zuwachsrate auch nicht mehr ganz so stark war wie in den ersten drei Monaten des Jahres, in denen sie sich auf fast 29 vH gestellt hatte. Allerdings verdient Beachtung, daß der Auftragseingang aus dem Ausland in den letzten Monaten konjunkturell nur noch wenig, wenn überhaupt noch zugenommen hat, und daß im Juni, dem letzten Monat, für den Angaben vorliegen, der Betrag der neuen Aufträge zum ersten Male seit 1953 (um etwa 5 vH) niedriger war als die gleichzeitigen Auslieferungen an das Ausland. Aus der Tatsache, daß die tatsächlichen Exportziffern bis in die neueste Zeit hinein gestiegen sind, kann also nicht ohne weiteres geschlossen werden, daß der starke Nachfragesog aus dem Ausland, der sicher zu einem erheblichen Teil auf den in vielen Ländern vorherrschenden inflatorischen Tendenzen beruhte, nicht doch allmählich nachläßt, zumal die

währungs- und handelspolitischen Maßnahmen, die einige Länder zur Behebung ihrer Zahlungsbilanzschwierigkeiten in letzter Zeit getroffen haben, den dahin gehenden Zug eher noch verstärken dürften.

Die *Einfuhr* hat sich in den letzten Monaten tendenziell ebenfalls beträchtlich weiter erhöht, wenn auch — schon aus Saisongründen — nicht ganz so stark wie die *Ausfuhr*. Im Juli erreichte sie mit 2 709 Mio DM (gegen reichlich 2 500 Mio DM im Monatsdurchschnitt des ersten und des zweiten Quartals von 1957) sogar ihren bisherigen monatlichen Höchststand, was um so bemerkenswerter ist, als ihre Zunahme, wie schon mehrfach erwähnt, in letzter Zeit durch spekulative Einflüsse möglicherweise etwas retardiert wurde und sich vor allem die innere Expansion der Wirtschaft merklich verlangsamt hat. Zweifellos ist das weitgehend darauf zurückzuführen, daß sich das Schwergewicht der inneren Expansion im Verlauf des letzten Jahres mehr und mehr auf den importintensiveren Verbrauchsgütersektor verlagert hat und daß der Import durch die von der Bundesregierung seit Jahr und Tag verfolgte Politik der Einfuhr liberalisierung und Zollsenkung wesentlich gefördert wurde. In den ersten sieben Monaten war die Einfuhr jedenfalls mit rd. 18 Mrd DM um reichlich 16 vH höher als in der gleichen Zeit des Vorjahres, während das Sozialprodukt im gleichen Zeitraum seinen entsprechenden Vorjahrsstand nur um 7 bis 8 vH übertroffen haben dürfte. Die „Importquote“, d. h. die Relation zwischen Einfuhr und Brutto-sozialprodukt, die von 1953 bis 1956 bereits von 10,7 auf 14,0 vH gestiegen war, ist damit noch erheblich stärker als in den Vorjahren gewachsen. Auch im Vergleich zur Einfuhrzunahme anderer wichtiger Welthandelsländer ist die Expansion des deutschen Imports sehr beachtlich: Unter den in dem folgenden Schaubild angeführten zwölf Ländern z. B. steht die Bundesrepublik in Bezug auf die Importzunahme eindeutig in der Spitzengruppe, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Zunahme der Einfuhr Frankreichs, das in dieser Gruppe führt, zweifellos weitgehend auf spekulative Voreindeckungen zurückzuführen ist.

Um den Import weiter zu fördern und damit auf einen Abbau der Handelsbilanzüberschüsse hinzuwirken, hat die Bundesregierung in Aus-





nutzung der ihr eingeräumten besonderen Vollmacht kürzlich eine neue konjunkturpolitische Zollsenkung beschlossen, die die erste große konjunkturpolitische Zollsenkung vom Sommer 1956, die für einen großen Teil der gewerblichen Zölle eine Herabsetzung um 25 vH mit sich brachte, in der Erfassungsbreite noch übertreffen dürfte. Mit der neuen Senkung, die am 20. August d. J. in Kraft getreten ist, wurde der größte Teil der gewerblichen Einfuhrzölle (soweit es sich nicht um reine Finanz- oder Montanzölle handelt) — insgesamt etwa 3 000 Zollpositionen — erneut um durchschnittlich 25 vH gesenkt, die Ausnahmen, die vor allem bestimmte Leder- und Textilimporte betreffen, blieben in engen Grenzen. Nach einem Beschluß des Bundestags sollen außerdem ab 1. September d. J. die Zölle für Obst bis zum Jahresende wesentlich gesenkt und zum Teil völlig ausgesetzt werden. Die durchschnittliche Zollbelastung der gewerblichen Einfuhr dürfte nach dieser autonomen Zollsenkungsaktion in der Bundesrepublik kaum mehr höher sein als in einem Teil der Länder des sog. „low-tariff-club“, zu dem die Beneluxlän-

der, die skandinavischen Länder und die Schweiz gerechnet werden. Freilich konnte trotzdem keineswegs in allen Fällen ein genügender Importanreiz geschaffen werden, da die ausländischen Preise, vor allem in verschiedenen europäischen Partnerländern der Bundesrepublik, zum Teil weiter gestiegen sind und vielfach über den entsprechenden deutschen Preisen liegen.

Parallel zu der weiteren Erleichterung des Imports ist in der Berichtsperiode eine der wenigen Förderungsmaßnahmen, auf die sich der Export bisher noch stützen konnte, nämlich der Ankauf von Exporttratten durch die Bundesbank, abgebaut worden. Das Finanzierungsinstrument der Exporttratte war 1951, also während der damaligen Zahlungsbilanzkrise, in der es galt, den deutschen Export unter allen Umständen zu fördern, geschaffen worden, um der Wirtschaft einen gewissen Anreiz zum Export zu geben und die Auswirkungen der damaligen Kreditrestriktionen für den Export weniger schwerwiegend zu machen. Technisch handelte es sich dabei um eine einfache, nicht mit dem Akzept des Bezogenen versehene Wechselziehung eines deutschen Exporteurs auf seinen ausländischen Abnehmer, die von der Notenbank ohne Rücksicht auf das Fehlen der dritten Unterschrift angekauft wurde. Ihr Vorteil für den Exporteur bestand vor allem darin, daß er eine Exportforderung durch den Verkauf der auf ihr basierenden Tratte nicht nur sofort „monetisieren“ konnte, sondern daß er durch ihren Verkauf an die Zentralbank auch des mit ihr eventuell verbundenen Kursrisikos ledig wurde. Anfänglich genoß der Exporteur überdies das Privileg, daß seine Hausbank derartige Tratten zu dem im Lande des jeweils Bezogenen geltenden Diskontsatz rediskontieren konnte, falls dieser niedriger war als der deutsche Diskontsatz, und daß der Ankauf derartiger Papiere durch das Zentralbanksystem nicht auf die Rediskontkontingente der rediskontierenden Bank angerechnet wurde; der Exporteur konnte deshalb mit Hilfe der Exporttratten seinen Export zunächst wesentlich billiger finanzieren als es ihm sonst in der Regel möglich gewesen wäre. Die wichtigsten dieser Privilegien sind nun allerdings schon im Verlauf der letzten anderthalb Jahre schrittweise beseitigt worden. So wurde insbesondere bereits im Mai 1956 im Rahmen der damals getroffenen kreditpolitischen

Restriktionsmaßnahmen das Vorrecht der Exporttratten, eventuell zu einem niedrigeren Diskontsatz als dem für die übrigen Wechsel geltenden rediskontiert zu werden, ebenso wie die Nichtanrechnung dieser Rediskonte auf die Rediskontkontingente der einreichenden Banken beseitigt. Ab April d. J. wurden ferner Exporttratten vom Zentralbanksystem nur dann angekauft, wenn die Ware bereits versandt war, so daß der Exporteur mit Hilfe von Exporttratten also nur noch die Periode des eigentlichen Warenumschlags, aber nicht eventuell auch noch einen Teil der Produktionsperiode finanzieren konnte. Nach einem Beschluß des Zentralbankrats der Deutschen Bundesbank vom 22. August d. J. wird darüber hinaus nun der Ankauf von Exporttratten durch die Bundesbank zunächst auf einen Betrag von DM 300 000,— für den einzelnen Aussteller beschränkt und vom 1. Dezember d. J. ab — mit einer gewissen Auslaufzeit für Prolongationsabschnitte, die bis zum 28. Februar 1958 fällig werden — gänzlich eingestellt. Der deutsche Exporteur wird sich also in Zukunft dieses besonderen Finanzierungsinstruments bei der Kreditbeschaffung nicht mehr bedienen können, sondern, wenn die Substituierung durch einen eigentlichen Wechsel nicht möglich ist, unter Umständen einen Kontokorrentkredit aufnehmen müssen, was normalerweise mit einer gewissen Erhöhung der Zinskosten verbunden sein dürfte.

Überschätzt werden dürfen die Auswirkungen dieser Maßnahme unter den heutigen Umständen allerdings nicht. Das Kurssicherungsbedürfnis spielte für die Exporteure angesichts des in den letzten Jahren erfolgten weitgehenden Übergangs zur DM-Fakturierung bei der Ausstellung von Exporttratten kaum mehr eine wesentliche Rolle, und der Zinsvorteil war im Vergleich zu früher ebenfalls bereits stark in den Hintergrund getreten bzw. für das Zustandekommen eines Exportgeschäfts kaum mehr entscheidend. Das Volumen der rediskontierten Exporttratten war demgemäß im Verhältnis zum Gesamtexport in der letzten Zeit nur noch verschwindend gering.

Gleichzeitig mit dem Beschluß über den Abbau des Exporttrattenverfahrens hat die Bundesbank auch noch den Abrechnungsmodus, der bei der Hereinnahme von auf Auslandswährung lautenden Wechseln zur Anwendung kommt, ganz all-

gemein revidiert. Die auf Fremdwährungen lautenden Auslandsakzepte (einschließlich Solawechsel sowie Exporttratten, soweit solche künftig noch hereingenommen werden) werden danach in Zukunft nicht mehr unter allen Umständen zu Kassakursen angekauft, sondern nur noch zu Kursen, bei denen die Entwicklung des Angebots sowie die im Devisenterminhandel geltenden Kurse berücksichtigt werden sollen. Anlaß zu dieser Änderung gab die Erwägung, daß bei der bisherigen Gepflogenheit, Valutawechsel stets zu denselben Kursen wie Kassadevisen abzurechnen, die Exporteure — soweit sie in der Lage sind, sich Auslandsakzepte zu verschaffen, um diese zu Kassakursen bei der Bundesbank rediskontieren zu lassen — auch nach Wegfall des Exporttrattenverfahrens immer noch die Möglichkeit haben würden, das Kursrisiko kostenlos auf die Bundesbank zu übertragen, während sonst bekanntlich derartige Kursrisiken im allgemeinen nur um den Preis jener Prämien abgedeckt werden können, die in den jeweiligen Kursabschlägen der Termindevisen gegenüber Kassadevisen zum Ausdruck kommen. Zwar wurde auch von dieser Möglichkeit der Kurssicherung — ähnlich wie vom Exporttrattenverfahren — in letzter Zeit nur in verhältnismäßig geringem Umfang Gebrauch gemacht. Gleichwohl hätte bei einem Anhalten der derzeitigen beträchtlichen Kursabschläge von Termindevisen damit gerechnet werden müssen, daß das Angebot von Valutawechseln gerade in jenen Währungen stark zunimmt, für die am Devisenterminmarkt besonders große Kursabschläge zu verzeichnen sind. Um dem zu begegnen, werden daher seit dem 28. August die Kurse, zu denen die Bundesbank Valutawechsel hereinnimmt, für jeden Ankaufstag unabhängig von den Kassakursen festgesetzt. Wie schon die ersten auf Grund der neuen Regelung bekanntgegebenen Kurse zeigen — die Abschläge, die bei einigen EZU-Währungen gegenüber den Kassakursen vorgenommen wurden, hielten sich im allgemeinen in der Größenordnung von $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ ‰, während am Markt die entsprechenden Deportsätze weit höher lagen —, ist dabei keineswegs daran gedacht, Valutawechsel stets nur zu den am Markt herrschenden Terminkursen hereinzunehmen. Vielmehr wird die Bundesbank bei Festlegung ihrer Ankaufskurse neben den im Devisenhandel der Geschäftsbanken zur Anwen-

dung kommenden Kursen entsprechend der genannten Zielsetzung, wie schon erwähnt, auch die Entwicklung des jeweiligen Wechselangebots berücksichtigen.

Kapitalverkehr und unentgeltliche Leistungen

Was die neuere Entwicklung der Kapitalbilanz (einschließlich der Bilanz der unentgeltlichen Leistungen) anbelangt, so ist bereits oben erwähnt worden, daß sie nach wie vor durch eine wachsende Passivierung gekennzeichnet ist. Besonders stark fällt dabei die anhaltende Zunahme der Wiedergutmachungsleistungen ins Gewicht. Die Entschädigungsleistungen an die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (die sog. individuelle Wiedergutmachung) waren in den ersten sieben Monaten von 1957 mit 643 Mio DM bereits nahezu ebenso hoch wie im gesamten Vorjahr. Auch der private Kapitalexport weist eine beträchtliche Steigerung auf. In der Zeit von Januar bis Juli 1957 gingen die Nettoausgaben für die deutschen Auslandsinvestitionen mit 494 Mio DM um mehr als 100 Mio DM über den Gesamtbetrag des vergangenen Jahres hinaus, wobei allerdings der im letzten Monatsbericht erwähnte Rückerwerb der Anteile an der Stinnes Corp. eine besondere Rolle spielt. Um den privaten Kapitalexport weiter zu fördern, hat die Bundesrepublik Ende August d. J. die bisher noch bestehende formale Genehmigungspflicht für Auslandsinvestitionen im Werte von über 3 Mio DM aufgehoben und damit auch die letzten evtl. noch vorhandenen administrativen Hemmnisse für diese Form des Kapitalexports beseitigt. Dem zunehmenden Kapitalexport steht auf der andern Seite freilich auch ein wachsender Kapitalzstrom in der Form von ausländischen Investitionen über liberalisierte Kapitalkonten gegenüber. Dabei haben in jüngster Zeit zwar spekulative Motive eine nicht geringe Rolle gespielt, doch dürfte die ständige Zunahme der ausländischen Vermögensanlagen auch damit zusammenhängen, daß der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik und der Stabilität der deutschen Währung großes Vertrauen entgegengebracht wird.

Im Gegensatz hierzu sind im Bereich des kurzfristigen Kapitalverkehrs in den letzten Monaten, wie schon in den vorangegangenen Berichten erwähnt, an die Stelle des bisherigen Zu-

stroms ausländischer Rembourskredite und Barkredite nicht unbeträchtliche Kreditrückzahlungen getreten. Von Ende April bis zum 15. August d. J. — neuere Zahlen liegen noch nicht vor — hat sich die Inanspruchnahme solcher Kredite über deutsche Banken um rd. 150 Mio DM verringert. Dieser Umschwung dürfte einmal darauf zurückzuführen sein, daß nach den beiden Diskontsenkungen in der Bundesrepublik von September 1956 und Januar 1957 und den folgenden Diskonterhöhungen in zahlreichen Ländern, zuletzt auch in den Vereinigten Staaten von Amerika, das Zinsgefälle, das 1955 und 1956 zwischen der Bundesrepublik und dem größten Teil des Auslands bestanden hatte, weitgehend beseitigt ist. Außerdem sind aber auch, wie sich jetzt feststellen läßt, die speziellen Maßnahmen der Bank deutscher Länder vom 10. April und 3. Mai d. J., die eine Anrechnung der nicht im Zusammenhang mit Import- und Transithandelsgeschäften aufgenommenen kurzfristigen Auslandskredite auf die Rediskontkontingente der Banken beinhalteten, nicht ohne Einfluß gewesen. Die im laufenden Jahr erfolgte Passivierung der Bilanz des kurzfristigen Kapitalverkehrs war freilich in viel stärkerem Maße durch die hohen deutschen Vorauszahlungen auf künftige Verteidigungseinfuhren verursacht; diese Zahlungen stellten sich von Januar bis Juli 1957 auf reichlich 1,4 Mrd DM gegenüber erst 240 Mio DM im gesamten Jahr 1956.

Außenhandel und Zahlungsverkehr mit den EZU-Ländern

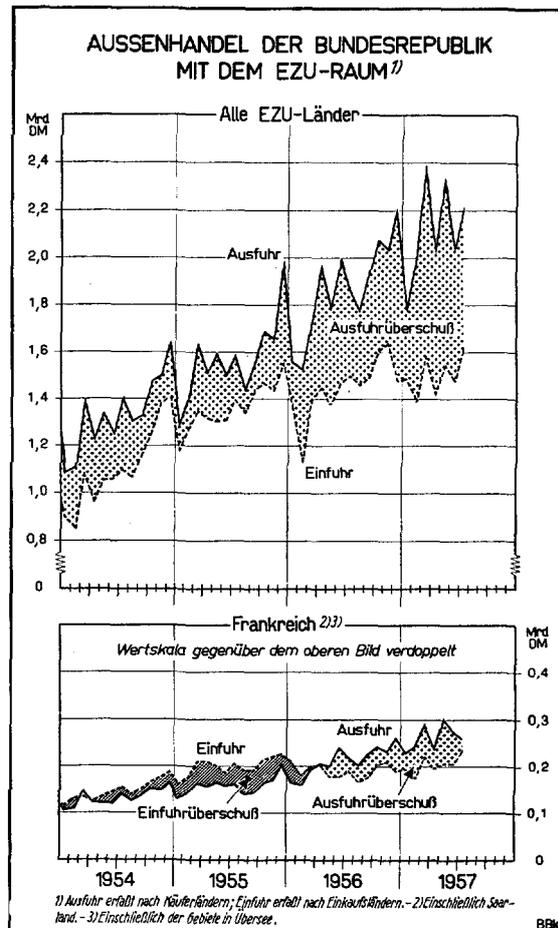
Die regionale Entwicklung der Zahlungsbilanz stand auch in der Berichtsperiode im Zeichen der seit Ende 1956 zu beobachtenden starken Diskrepanzen zwischen den Überschüssen gegenüber den EZU-Ländern einerseits und den Defiziten gegenüber den Nichtabkommensländern andererseits bei annähernd ausgeglichener Bilanz im Verkehr mit den Abkommensländern außerhalb des EZU-Raums. Der Überschuß gegenüber dem EZU-Bereich ging weiterhin erheblich über den Gesamtüberschuß der Zahlungsbilanz hinaus, während er bis Mitte 1956 diesen nur in einzelnen Monaten übertroffen hatte. Im Juli — dem letzten Monat, für den Angaben über die regionale Zahlungsbilanzentwicklung vorliegen — stellte sich der Überschuß im *Zahlungsverkehr*

mit dem EZU-Raum auf 836 Mio DM bei einem Gesamtüberschuß im Zahlungsverkehr von, wie erwähnt, 589 Mio DM. Bei der EZU war gleichzeitig mit 757 Mio DM (180 Mio RE) der bisher mit Abstand höchste monatliche Rechnungsüberschuß für die Bundesrepublik zu verzeichnen.

Ausschlaggebend für die Zunahme der Zahlungsüberschüsse gegenüber dem EZU-Raum¹⁾ war — wenn man von der Entwicklung in der jüngsten Zeit (etwa seit dem Juli d. J.) absieht, in der spekulative Geldbewegungen das Bild entscheidend beeinflussten — die weitere Steigerung der Überschüsse im Außenhandel. Der Aktiva-saldo im Handelsverkehr stellte sich im ersten Halbjahr 1957 auf 3,7 Mrd DM gegen 2,4 Mrd DM im ersten und 2,7 Mrd DM im zweiten Halbjahr 1956. Die Zunahme konzentrierte sich nicht auf einige wenige Länder, die Handelsbilanz wies vielmehr gegenüber nahezu allen EZU-Ländern höhere Überschüsse und im Falle Großbritanniens — dem einzigen EZU-Land, demgegenüber die deutsche Handelsbilanz in diesem Zeitraum passiv war — ein geringeres Defizit als in den vorangegangenen Halbjahren auf. Im Handelsverkehr mit dem gesamten Sterling-Raum, der bis 1955 durch hohe Einfuhrüberschüsse (jährlich 500 bis 600 Mio DM) gekennzeichnet war und noch 1956 mit einem Passivsaldo von 130 Mio DM abgeschlossen hatte, lag die Ausfuhr erstmals etwas über der Einfuhr, da das nach wie vor hohe Defizit gegenüber Großbritannien durch Überschüsse im Verkehr mit den Sterlingländern in Übersee mehr als ausgeglichen wurde.

Die weitere starke Zunahme der Außenhandelsüberschüsse gegenüber dem EZU-Raum hat ihre Ursache vor allem darin, daß sich mit der zunehmenden Dollar-Liberalisierung die Einfuhr aus dem Dollar-Raum zu Lasten der Einfuhr aus dem EZU-Raum weiter in den Vordergrund schob. Zwar ist die *Einfuhr* aus den EZU-Ländern im ersten Halbjahr 1957 mit einer Zuwachsrate von 9 vH gegenüber der entsprechenden Vorjahrszeit stärker gestiegen als im ersten Halbjahr 1956, doch blieb diese Zunahme hinter dem Anstieg der Einfuhr aus den Nichtabkommenslän-

¹⁾ Die Entwicklung des Zahlungsverkehrs mit den Nichtabkommensländern wurde zuletzt im Monatsbericht für Juni 1957 (S. 38 ff.) behandelt, die des Zahlungsverkehrs mit den Abkommensländern außerhalb des EZU-Raums im Monatsbericht für Juli 1957 (S. 39 ff.). Auf die Entwicklung des Zahlungsverkehrs mit dem EZU-Raum wurde näher zum letzten Mal im Bericht für Mai 1957 (S. 39/40) eingegangen.



dern, der von Januar bis Juni 1957 nicht weniger als 44 vH betrug, weit zurück. Absolut genommen war die Zunahme der „Dollareinfuhr“ im ersten Halbjahr 1957 mit 1,5 Mrd DM mehr als doppelt so hoch wie die Mehreinfuhr aus EZU-Ländern. Dementsprechend hat sich der Anteil der EZU-Länder an der Gesamteinfuhr der Bundesrepublik, der im Vorjahr im Zusammenhang mit den erwähnten Einfuhrverlagerungen in den Dollar-Raum erstmals merklich zurückgegangen war, weiter verringert. Er belief sich auf 58 vH gegenüber 63 vH im ersten Halbjahr 1956 und 68 vH im entsprechenden Zeitraum der Jahre 1955 und 1954. Dabei ist im ersten Halbjahr 1957 der Anteil der EZU-Länder an der Deckung des Einfuhrbedarfs der Bundesrepublik bei allen Warengruppen etwa gleichmäßig zurückgegangen, während sich im Jahr 1956 der EZU-Raum zumindest bei einem großen Teil der Fertigwaren noch als voll wettbewerbsfähig erwiesen hatte und von dem Verlagerungsprozeß vor allem die Einfuhr von Nahrungsgütern und Rohstoffen

betroffen worden war (vgl. Tabelle). Bei einzelnen Waren wie z. B. Baumwolle, Kohle, Erdöl und Getreide war die Einfuhr aus dem EZU-Raum in den ersten fünf Monaten von 1957 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres sogar, absolut gerechnet, rückläufig — eine Entwicklung, die allerdings zum Teil auf die Auswirkungen des Nahost-Konflikts und nicht auf marktmäßige Faktoren zurückging.

Anteil der Einfuhr aus dem EZU-Raum
an der Gesamteinfuhr nach Warengruppen¹⁾
in vH

Warengruppen	1954	1955	1956	1957
	Januar/Juni			
Ernährungswirtschaft	62	64	56	51
Gewerbliche Wirtschaft	72	70	66	62
davon:				
Rohstoffe	64	67	59	54
Halbwaren	72	63	62	58
Fertigwaren-Vorserzeugnisse	87	86	83	79
Fertigwaren-Enderzeugnisse	84	78	79	75
Insgesamt ²⁾	68	68	63	58

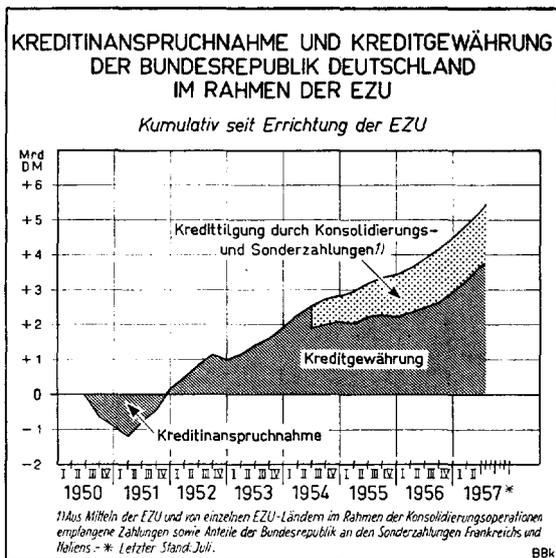
¹⁾ Einfuhr erfaßt nach Einkaufsländern. — ²⁾ Einschl. Rückwaren und Ersatzlieferungen.

Die *Ausfuhr* in den EZU-Raum ist dagegen anhaltend stark gewachsen. Im ersten Halbjahr 1957 war sie um rd. 2 Mrd DM oder 19 vH höher als im ersten Halbjahr 1956. Sie hat damit, im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren, schneller zugenommen als der Export in die Nichtabkommensländer, dessen Wachstumtempo sich im laufenden Jahr etwas verlangsamte.

Betrachtet man die Entwicklung des Außenhandels mit den einzelnen EZU-Ländern, so ist auf der Ausfuhrseite die Steigerung der Lieferungen an Frankreich, die Schweiz, Italien, Österreich, Indien und Südafrika besonders ausgeprägt. Mit Ausnahme Frankreichs hat sich auch die deutsche Einfuhr aus diesen Ländern überproportional erhöht, wobei insbesondere Nahrungsmittel (Italien) und Rohstoffe (im Falle der überseeischen Länder) ins Gewicht fielen. Die starke Ausweitung des deutschen Exports nach Frankreich (um 35 vH), der nur eine sehr schwache Steigerung der französischen Lieferungen in die Bundesrepublik (um 4 vH) gegenüberstand, hing vermutlich weitgehend damit zusammen, daß sich die französischen Importeure vor dem Inkrafttreten der erwarteten Einfuhrerschwerungen nach Möglichkeit einzudecken suchten. Neben Kohle und Koks (22 vH der

deutschen Ausfuhr nach Frankreich) hat Frankreich im ersten Halbjahr 1957 vor allem industrielle Fertigwaren aus der Bundesrepublik bezogen, und zwar insbesondere Maschinen (27 vH), Chemische Produkte (7 vH), Elektrotechnische Erzeugnisse (5 vH) und Fahrzeuge (4 vH). Trotz der beträchtlichen Zunahme der deutschen Lieferungen hat sich aber deren Anteil an der Gesamteinfuhr Frankreichs nicht sehr stark erhöht. Er belief sich im ersten Quartal von 1957 auf 10,6 vH gegen 10,1 vH im Jahr 1956. Das läßt erkennen, daß sich der französische Importsog auch auf andere Länder erstreckte. In welchem Ausmaß die jüngsten französischen Maßnahmen, die praktisch eine Abwertung des Franc darstellen, den deutschen Warenhandel mit Frankreich beeinflussen und zu einem Abbau der Handelsbilanzüberschüsse der Bundesrepublik beitragen werden, ist im Augenblick noch nicht zu übersehen. Im Jahr 1956 betrug der deutsche Handelsbilanzüberschuß gegenüber Frankreich 263 Mio DM; das waren rd. 5 vH der gesamten Außenhandelsüberschüsse der Bundesrepublik gegenüber dem EZU-Raum. Würde sich die deutsche Handelsbilanz gegenüber Frankreich erneut passivieren — im Jahr 1955 war sie mit nahezu 500 Mio DM passiv —, so wäre selbstverständlich der Einfluß auf die Gesamthandelsbilanz der Bundesrepublik u. U. wesentlich größer, als es in diesem Prozentsatz zum Ausdruck kommt.

Der starke Anstieg der deutschen Überschüsse gegenüber dem EZU-Raum hat im ersten Halbjahr 1957 zu einer beträchtlichen Ausweitung der deutschen *Kreditgewährung an die EZU* geführt. Obwohl die monatlichen Rechnungsüberschüsse nach den seit August 1955 geltenden Abrechnungsmodalitäten nur zu 25 vH durch Kreditgewährung an die EZU und zu 75 vH durch Gold- bzw. Dollarzählung der EZU abgedeckt werden, hat sich das deutsche EZU-Guthaben von Ende 1956 bis Ende Juni 1957 um 722 Mio DM erhöht. Die Kreditgewährung war damit in den ersten sechs Monaten von 1957 fast ebenso hoch wie im gesamten Jahr 1956 und mehr als fünfmal so hoch wie im Jahr 1955, in dem die Rechnungsüberschüsse bis zum Juli noch zu 50 vH durch Kreditgewährung abzudecken waren. Ohne die Rückzahlungen auf Grund bilateraler Konsolidierungsvereinbarungen — die allerdings im ersten Halbjahr 1957 niedriger wa-



ren als in den vorausgegangenen Halbjahren, da in diesen Zeitraum keine Sonderrückzahlungen (wie die früheren Zahlungen Frankreichs und Italiens) und keine Sofortzahlungen aus neu abgeschlossenen Konsolidierungsabkommen fielen

— hätte sich der deutsche Kredit an die EZU noch um rd. 80 Mio DM mehr erhöht.

Im Juli d. J. ist der Anstieg des Guthabens durch Kreditrückzahlungen verhältnismäßig stark gebremst worden. Dem Kreditanteil des Rechnungüberschusses in Höhe von 189 Mio DM standen nämlich Rückzahlungen in Höhe von 127 Mio DM gegenüber. Maßgebend hierfür war vor allem, daß in diesem Monat die britische Jahresrate aus dem Konsolidierungsabkommen von 1954 (88 Mio DM) fällig war. Außerdem ist im Juli mit Italien ein neues, die bisherige Konsolidierung mit umfassendes Konsolidierungsabkommen über einen Gesamtbetrag von 315 Mio DM (75 Mio RE) abgeschlossen worden, auf das Italien eine Sofortzahlung von 31,5 Mio DM geleistet hat. Das deutsche Guthaben bei der EZU stellte sich nach der Juli-Abrechnung auf 3,8 Mrd DM (894 Mio RE). Das waren rd. drei Viertel der zu diesem Zeitpunkt von allen Gläubigerländern an die EZU gewährten Kredite.

Statistischer Teil

I. Geldversorgung, Bankkredit, Bankenliquidität	
1. Zusammengefaßte statistische Bilanz der Kreditinstitute einschließlich des Zentralbanksystems	56
2. Zur Entwicklung der Inanspruchnahme des Zentralbankkredits durch die Kreditinstitute	58
3. Bargeldumlauf und Bankeinlagen	60
II. Deutsche Bundesbank	
A. Bargeldumlauf, Kredite, Einlagen	
1. Bargeldumlauf im Bundesgebiet und in West-Berlin	61
2. Zentralbankkredite an Nichtbanken	61
3. Zentralbankkredite an die Kreditinstitute des Bundesgebiets und an die Berliner Zentralbank	62
4. Zentralbankeinlagen von Nichtbanken und von Kreditinstituten des Bundesgebiets sowie Einlagen der Berliner Zentralbank bei der Deutschen Bundesbank	62
5. Mindestreservenstatistik	63
B. Ausweise	
1. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	64
2. Ausweis der Bank deutscher Länder	66
3. Ausweis der Deutschen Bundesbank	67
III. Kreditinstitute	
A. Kredite, Wertpapierbestände, Einlagen	
1. Kurz-, mittel- und langfristige Kredite	68
2. Teilzahlungskredite	74
3. Wertpapierbestände und Konsortialbeteiligungen	74
4. Kredite und Einlagen der Ländlichen Kreditgenossenschaften	75
5. Girale Verfügungen von Nichtbanken	75
6. Kredite an Nichtbanken nach Verwendungszwecken	75
7. Einlagen von Nichtbanken	76
8. Umsätze im Sparverkehr	78
9. Kurzfristige Kredite und Einlagen nach der halbmonatlichen Bankenstatistik	79
B. Zwischenbilanzen	
1. Zwischenbilanzen der Kreditinstitute des Bundesgebiets	80
2. Zwischenbilanzen der Kreditinstitute in West-Berlin	92
IV. Zinssätze	
1. Zinssätze der Deutschen Bundesbank	93
2. Die in den einzelnen Ländern des Bundesgebiets und in West-Berlin geltenden Soll- und Habenzinsen	94
3. Entwicklung der Soll- und Habenzinsen seit der Währungsreform	96
4. Geldmarktsätze in Frankfurt (Main) nach Monaten	96
5. Tagesgeldsätze in Frankfurt (Main) nach Bankwochen	96
V. Kapitalmarkt	
1. Auflegung, Absatz, Tilgung und Umlauf von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien	97
2. Wertpapier-Absatz: Nominalwerte, Kurswerte und Durchschnitts-Emissionskurse	98
3. Wertpapier-Absatz nach Papieren mit steuerfreien und steuerpflichtigen Zinserträgen	98
4. Zinssätze und Emissionskurse	98
5. Absatz von Industrie-Obligationen und Aktien	99
6. Unmittelbarer Erstabsatz von festverzinslichen Wertpapieren	99
7. Durchschnittskurse und -Renditen festverzinslicher DM-Wertpapiere	100
8. Index der Aktienkurse	100
9. Index der Börsenumsätze	100
10. Bausparkassen im Bundesgebiet und in West-Berlin	101
VI. Öffentliche Finanzen	
1. Die Ausgleichsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen	102
2. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts	103
3. Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Lastenausgleichsfonds	104
4. Umlauf an verzinslichen Schatzanweisungen und öffentlichen Anleihen im Bundesgebiet	104
5. Umlauf an unverzinslichen Schatzanweisungen und Schatzwechseln im Bundesgebiet	105
6. Die Verschuldung des Bundes	106
7. Die Verschuldung der Länder	106
VII. Außenwirtschaft	
1. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern	107
2. Zahlungsbilanzen der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins	109
3. Gold- und Devisenbestände der Deutschen Bundesbank	109
4. DM-Verpflichtungen der Geschäftsbanken	110
5. Die Entwicklung der Position der EZU-Mitgliedsländer	110
VIII. Produktion, Auftragseingang, Arbeitsmarkt, Umsätze und Preise	
1. Index der industriellen Produktion	111
2. Auftragseingang und Umsatz bei der Industrie	111
3. Arbeitsmarkt	112
4. Einzelhandelsumsätze	112
5. Preisindexziffern	112
IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse	113
X. Diskontsätze im Ausland	114

3. Ausweis der Deutschen Bundesbank *)

Mio DM

Aktiva

Ausweis- stichtag	Gold	Guthaben bei aus- ländischen Banken und Geldmarkt- anlagen im Ausland ¹⁾	Sorten, Aus- lands- wechsel und -schecks ²⁾	Sonstige Förde- rungen an das Aus- land ²⁾	Deutsche Scheide- münzen	Post- scheck- gut- haben	Inlands- wechsel	Schatz- wechsel und unver- zinsliche Schatzan- weisungen	Lom- bard- förde- rungen	Kassen- kredite	Wert- papiere	Ausgleichsforderungen und unverzinsliche Schuldverschreibung			Kredit an Bund wegen Wäh- rungs- fonds und Welt- bank	
												Bestand	nachrichtlich:		Wäh- rungs- fonds und Welt- bank	Sonstige Aktiva
													angekaufte Ausgleichs- forderungen	im Tausch gegen Geldmarkt- titel zurück- gegebene Ausgleichs- forderungen		
1957 7. Aug.	8 964.4	7 485.1	204,0	5 035,9	75,6	113,7	1 924,4	50,7	34,5	92,8	155,7	4 360,4	9,6	4 387,3	390,8	196,8
15. "	9 544,4	7 020,7	199,4	5 269,0	89,1	91,9	1 495,3	—	41,7	40,8	158,6	4 100,4	9,6	4 647,3	390,8	201,8
23. "	9 449,7	7 732,3	209,1	5 326,2	104,6	81,4	1 253,1	—	46,1	47,8	164,4	3 415,2	9,6	5 332,5	390,8	208,1

*) Bis 31. Juli 1957 vgl. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken. — ¹⁾ Die bisher unter „Auslandswechsel“ ausgewiesenen ausländischen Bankkassette sind nunmehr unter „Geldmarktanlagen im Ausland“ erfaßt. — ²⁾ Enthält insbesondere die Guthaben bei der Europäischen Zahlungsunion, die Forderungen der Bank aus Konsolidierungen, zweckgebundene Auslandsguthaben sowie ausländische Wertpapiere, die nicht Geldmarktanlagen darstellen.

Passiva

Ausweis- stichtag	Bank- noten- umlauf	Einlagen								Ver- bind- lichkeiten aus dem Aus- lands- geschäft	Rück- stel- lungen	Grund- kapital	Rück- lagen	Sonstige Passiva	Bilanz- summe
		insgesamt	Kredit- institute (einschl. Postscheck- u. Postspar- kassen- ämter)	Berliner Zentral- bank	öffentliche Einleger			andere inlän- dische Einleger	auslän- dische Einleger ²⁾						
					Bund und Sonder- vermögen des Bundes ¹⁾	Länder	andere öffentliche Einleger								
1957 7. Aug.	14 664,3	11 927,2	6 067,1	109,2	4 917,6	168,1	26,6	169,0	469,6	884,8	592,9	285,0	434,7	295,9	29 084,8
15. "	14 281,7	11 926,1	5 175,6	110,5	5 562,0	357,4	39,5	175,0	506,1	826,9	592,9	285,0	434,7	296,6	28 643,9
23. "	13 758,4	12 141,8	5 453,7	118,8	5 592,6	311,8	23,8	153,6	487,5	892,9	592,9	285,0	434,7	323,1	28 428,8

*) Bis 31. Juli 1957 vgl. Zusammengefaßter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken. — ¹⁾ Enthält gegenüber den bisher unter „Bund und Bundesverwaltungen“ ausgewiesenen Konten das ERP-Sondervermögen sowie die Einlagen der Bundesbahn, der Bundespost, des Bundesausgleichsamts, die unter „sonstige öffentliche Körperschaften“ erfaßt waren. — ²⁾ Einschließlich der bisher gesondert ausgewiesenen Einlagen alliierter Dienststellen.

4. Kredite und Einlagen der Ländlichen Kreditgenossenschaften 1)

5. Girale Verfügungen von Nichtbanken 1)

Mio DM

Mio DM

Table with columns: Monatsende, Zahl der Institute, and sub-columns for Kredite (insgesamt, Debitoren, Wechselkredite, langfristige Kredite) and Einlagen (insgesamt, Sicht- und Termineinlagen, Spareinlagen).

Table with columns: Zeit, Girale Verfügungen, Zeit, Girale Verfügungen, showing monthly data from 1953 to 1957.

1) Quelle: Deutscher Raiffeisenverband e. V., Bonn. Die Zahlen umfassen das Geschäft aller Spar- und Darlehnskassen, während in den bankstatistischen Erhebungen der Deutschen Bundesbank nur rd. 1 450 Institute erfaßt sind.

2) Ohne die drei dem Deutschen Raiffeisenverband angeschlossenen Kreditbanken (Hannoversche Landwirtschaftsbank AG, Hannover, Landkreditbank Schleswig-Holstein AG, Kiel, Südwestdeutsche Landwirtschaftsbank GmbH, Stuttgart), die in den bankstatistischen Erhebungen der Deutschen Bundesbank in der Gruppe Staats-, Regional- und Lokalbanken enthalten sind.

1) Bei allen Bankengruppen außer den ländlichen Kreditgenossenschaften und den Teilzahlungskreditinstituten. — Veränderungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf nachträglich eingegangene Korrekturmeldungen zurückzuführen.

6. Kredite an Nichtbanken nach Verwendungszwecken 1)

Mio DM

Table with columns: Jahres- bzw. Vierteljahresende, Kredite an Nichtbanken insgesamt, and various usage categories like Industrie und Handwerk, Bergbau, Eisen- und metall-schaffende Industrie, etc.

Kurzfristige Kredite (ohne Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen)

Table showing data for Kurzfristige Kredite across years 1949-1957, categorized by usage types.

Mittel- und langfristige Kredite

Table showing data for Mittel- und langfristige Kredite across years 1949-1957, categorized by usage types.

1) Die Aufgliederung der kurzfristigen Kredite nach Wirtschaftszweigen ist geschätzt aufgrund der Ergebnisse einer Teilerhebung bei rd. 750 Instituten. Die mittel- und langfristigen Kredite werden von allen im Rahmen der bankstatistischen Erhebungen berichtenden Kreditinstituten aufgeführt. — 2) Steine und Erden, Flachglas, Sägeret und Holzbearbeitung, Baugewerbe, Baunebengewerbe. — 3) Auch die Kredite derjenigen ländlichen Kreditgenossenschaften, die in den bankstatistischen Erhebungen nicht erfaßt sind (Ende März 1957 etwa 1,3 Mrd DM), dürften zu einem relativ großen Teil Kredite an die Landwirtschaft darstellen. — 4) Hierunter fallen alle Kredite an öffentlich-rechtliche Körperschaften, soweit sie nicht unter den einzelnen Wirtschafts- bzw. Industriezweigen ausgewiesen sind, sowie die Kredite für Bau und Unterhaltung von Straßen, Straßenbrücken, Häfen, Wasserstraßen. — 5) Kredite an Betriebe des Verkehrs- und Nachrichtenwesens, des Fremdenverkehrs und an „Sonstige private Kreditnehmer“ sowie Frachtstundungskredite. — 6) Einschließlich Einkaufskredite an Händlerfirmen und geringe Beträge „Sonstige Kredite“. — 7) Kurzfristige Kredite: Nichtaufgliederbare Kredite von Hypothekenbanken und öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten, Kreditinstituten mit Sonderaufgaben und (bis Ende 1954) der früheren Gruppe „Sonstige Kreditinstitute“, außerdem nichtaufgegliederte umgestellte RM-Kredite. Mittel- und langfristige Kredite: Ausleihungen der Kreditinstitute vor der Währungsreform. — 8) Abnahme durch Auflösung der Gruppe „Sonstige Kreditinstitute“ infolge Neuordnung der Gliederung nach Bankengruppen im Januar 1955. — 9) Statistisch bedingte Zunahme, die durch die Einbeziehung des Berliner Geschäfts einiger Institute im April 1956 verursacht wurde (Kredite an Nichtbanken rd. 106 Mio DM, Industrie und Handwerk rd. 68 Mio DM, Handel rd. 25 Mio DM, sonstige öffentliche Kreditnehmer rd. 6 Mio DM, übrige Wirtschaftszweige und Kreditnehmer rd. 6 Mio DM). — 10) Statistisch bedingte Zunahme, die durch die Einbeziehung des Berliner Geschäfts einiger Institute im April 1956 verursacht wurde (Kredite an Nichtbanken rd. 120 Mio DM, Industrie und Handwerk rd. 5 Mio DM, Wohnungsbau rd. 94 Mio DM, sonstige öffentliche Kreditnehmer rd. 6 Mio DM, übrige Wirtschaftszweige und Kreditnehmer rd. 10 Mio DM, nicht aufgliederbare Kredite rd. 5 Mio DM). — 11) Statistisch bedingte Verschiebung in Höhe von rd. 500 Mio DM von „Sonstige öffentliche Kreditnehmer“ auf „Übrige Wirtschaftszweige und Kreditnehmer“; vgl. Anmerkung 10). — 12) Statistisch bedingte Verschiebung in Höhe von rd. 500 Mio DM; vgl. Anmerkung 11). — 13) Enthält statistisch bedingte Abnahme durch Ausgliederung von durchlaufenden Krediten in Höhe von rd. 560 Mio DM. — 14) Enthält statistisch bedingte Abnahme durch Ausgliederung von durchlaufenden Krediten in Höhe von rd. 254 Mio DM.

IV. Zinssätze

1. Zinssätze der Deutschen Bundesbank*)

a) Diskont- und Lombardsätze
sowie Sonderzins bei Unterschreitung des Mindestreservesolls

Gültig ab	Diskont ¹⁾	Lombard	Sonderzins für Kreditinstitute bei Unterschreitung des Mindestreservesolls
	% p. a.	% p. a.	% p. a. über Lombardsatz
1948 1. Juli 1. Dez.	5	6	1 3
1949 27. Mai 14. Juli	4 1/2 4	5 1/2 5	
1950 27. Okt. 1. Nov.	6 ^{2) 3)}	7	1 3
1951 1. Jan. 1. Juli			
1952 29. Mai 21. Aug.	5 ⁴⁾ 4 1/2	6 5 1/2	
1953 8. Jan. 11. Juni	4 3 1/2	5 4 1/2	
1954 20. Mai	3	4	
1955 4. Aug.	3 1/2	4 1/2	
1956 8. März 19. Mai 6. Sept.	4 1/2 ⁵⁾ 5 5	5 1/2 6 1/2 6	
1957 11. Jan.	4 1/2	5 1/2	

*) Bis 31. 7. 1957 Sätze der Bank deutscher Länder bzw. der Landeszentralbanken.
1) Zugleich Zinssatz für Kassenkredite an die öffentliche Hand und an die Kreditanstalt für Wiederaufbau (s. auch Anm. 3) und 4)). Der Diskontsatz für Wechsel, die auf fremde Valuta lauten, wurde gemäß ZBR-Beschluß vom 3. August 1948 zunächst einheitlich auf 3 % festgesetzt. Mit Beschluß vom 9./10. November 1949 ermächtigte der Zentralbankrat das Direktorium, für solche Wechsel unterschiedliche Sätze in Anlehnung an die Diskontsätze der ausländischen Notenbanken festzusetzen. Das gleiche gilt für DM-Wechsel, die im Ausland akzeptiert worden sind (ZBR-Beschluß vom 22./23. März 1950), und für Exporttratten (ZBR-Beschluß vom 15./16. November 1950 und vom 23./24. Mai 1951) vgl. auch Fußnote 5). — 2) Solawechsel aus der Exportförderungsaktion der Kreditanstalt für Wiederaufbau wurden nach der Diskonterhöhung vom 27. Oktober 1950 weiterhin zum Vorzugssatz von 4 % diskontiert (ZBR-Beschluß vom 29./30. November 1950); diese Zinsvergünstigung wurde durch ZBR-Beschluß vom 7./8. November 1951 aufgehoben und konnte nur noch für Solawechsel aus Krediten in Anspruch genommen werden, die bis einschließlich 7. November 1951 gewährt oder zugesagt waren. — 3) Lt. ZBR-Beschluß vom 20. Dezember 1950 wurde der Zinssatz für Kassenkredite an die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit Wirkung vom 27. Oktober 1950, soweit es sich um Kredite an die Landwirtschaft, an die Seeschifffahrt und für den Wohnungsbau handelte, auf 4 %, soweit es sich um Kredite für sonstige Verwendungszwecke handelte, auf 5 1/2 % festgesetzt. — 4) Seit 29. Mai 1952 besteht nur noch die in Anmerkung 3) erwähnte Sonderregelung für die zur Finanzierung der Landwirtschaft, der Seeschifffahrt und des Wohnungsbaues bestimmten Kredite, die weiterhin mit 4 % abgerechnet werden. — 5) Ab 19. Mai 1956 auch Diskontsatz für Auslandswechsel, Auslandschecks, DM-Akzente von Ausländern und Exporttratten.

b) Sätze für den Verkauf von Geldmarktpapieren am offenen Markt
% p. a.

Gültig ab	Schatzwechsel des Bundes und der Bundesbahn mit Laufzeit von		Unverzinsliche Schatzanweisungen des Bundes, der Bundesbahn und der Bundespost mit Laufzeit von				Vorratsstellen-Wechsel mit Laufzeit von	
	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen	1/2 Jahr	1 Jahr	1 1/2 Jahren	2 Jahren	30 bis 59 Tagen	60 bis 90 Tagen
	1954 8. Jan. 18. Jan. 8. März 7. April 21. April 22. Mai 12. Juli 13. Aug. 23. Aug. 29. Nov. 2. Dez. 13. Dez.	2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2	2 7/8 2 1/2 3 2 7/8 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2	3 1/4 3 1/4 3 1/4 3 1/4 3 1/2 3 3 2 7/8 2 7/8 2 7/8 3 3 1/2	3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4	4 1/4 4 1/4 4 1/4 4 1/4 4 1/2 4 3 3/4 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2	4 3/4 4 3/4 4 3/4 4 3/4 4 3/4 4 4 1/4 4 4 4 4 4	2 7/8 2 1/2 3 2 7/8 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2
1955 4. Jan. 12. Jan. 24. Febr. 4. März 7. März 25. April 3. Juni 14. Juli 20. Juli 4. Aug. 2. Sept. 7. Sept. 10. Okt. 4. Nov.	2 1/4 2 1/4 2 1/4 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 3 3 1/2 3 1/2 3 1/2	2 3/8 2 1/2 2 3/8 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2	3 2 7/8 3 3 1/2 3 1/2 3 3 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2	3 1/4 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2	3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 4 4 1/4 4 1/4 4 1/4	3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4 3 3/4 4 1/4 4 1/4 4 1/4 4 1/4	2 3/8 2 1/2 2 3/8 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 3 1/4 3 1/4 3 1/4 3 1/4	2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 2 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2 3 1/2
1956 20. Jan. 24. Jan. 8. März 26. März 27. April 22. Mai 5. Juni 6. Sept. 23. Nov. 28. Nov. 4. Dez.	3 1/4 3 1/4 4 3 7/8 4 1/8 5 1/4 5 1/4 4 1/4 4 1/2 4 1/2 4 1/2	3 3/8 3 1/2 4 1/8 4 1/4 4 1/4 5 1/4 5 1/4 4 7/8 4 1/2 4 1/2 4 1/2	4 1/2 4 3/4 5 1/4 5 5 1/4 5 1/4 6 6 1/4 6 6 6	4 3/4 5 5 1/4 5 1/4 5 1/4 6 6 6 6 6 6	5 5 1/4 5 1/4 5 1/2 5 1/2 6 1/4 6 1/4 6 1/4 6 1/4 6 1/4 6 1/4	5 1/4 5 1/2 6 5 3/4 5 3/4 6 1/2 6 1/2 6 1/2 6 1/2 6 1/2 6 1/2	3 1/2 3 1/2 4 1/8 4 1/2 4 1/2 5 1/8 5 1/8 4 7/8 4 7/8 4 7/8 4 7/8	3 5/8 3 5/8 4 3/8 4 1/2 4 1/2 5 1/8 5 1/8 4 7/8 4 7/8 4 7/8 4 7/8
1957 3. Jan. 4. Jan. 11. Jan. 30. Jan. 4. März 7. März 18. März 15. April 5. Juli 12. Aug. 22. Aug. 24. Aug. 27. Aug.	4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 3 7/8 3 3/4 3 3/4	4 3/8 4 1/2 4 1/4 4 1/4 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 4 3 7/8 3 7/8	5 1/2 5 1/2 5 1/2 5 1/2 5 1/4 5 1/4 5 1/4 5 1/4 5 1/4 4 3/4 4 1/2 4 1/2 4 1/2	5 3/4 5 3/8 5 3/8 5 3/8 5 1/2 5 1/2 5 1/2 5 1/2 5 1/2 5 4 3/4 4 3/8	6 5 7/8 5 3/8 5 3/8 5 1/2 5 1/2 5 1/2 5 1/2 5 1/2 5 1/4 5 4 7/8 4 3/8	6 1/4 6 1/4 6 1/4 6 1/4 6 1/2 6 1/2 6 1/2 6 1/2 6 1/2 5 3/4 5 1/4 5 1/4 5 1/4	4 3/8 4 1/2 4 1/4 4 1/4 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 3 7/8 3 7/8	4 3/4 4 3/8 4 3/8 4 3/8 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 1/2 4 4 4 7/8

2. Die in den einzelnen Ländern des Bundesgebiets und

Sollzinsen der Kreditinstitute seit 11. Januar 1957

	Baden-Württemberg ²⁾		Bayern ²⁾		Bremen ²⁾		Hamburg ³⁾	
Sollzinsen in % p. a.								
D = Diskontsatz, z. Z. 4 1/2 % L = Lombardsatz, z. Z. 5 1/2 %								
Kreditkosten	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung ⁴⁾								
a) zugesagte Kredite	L + 1/2 %		L + 1/2 %		L + 1/2 %		L + 1/2 %	
Zinsen	1/4 % p. M.	9	1/4 % p. M.	9	1/4 % p. M.	9	1/4 % p. M.	9
Kreditprovision								
b) Kontoüberziehungen	L + 1/2 %		L + 1 1/2 %		L + 1/2 %		L + 1/2 %	
Zinsen	1/8 % p. T.	10 1/2	1/8 % p. T.	11 1/2	1/8 % p. T.	10 1/2	1/8 % p. T.	10 1/2
Überziehungsprovision								
2. Akzeptkredite (Normalkonditionen)								
Zinsen	D + 1/2 %	8	D + 1/2 %	8	D + 1/2 %	8	D + 1/2 %	8
Akzeptprovision	1/4 % p. M.		1/4 % p. M.		1/4 % p. M.		1/4 % p. M.	
3. Kosten für Wechselkredite								
a) Abschnitte von 20 000.— DM und höher	D + 1/2 %	6 1/2	D + 1 1/2 %	7 1/8	D + 1/2 % - 1 %	6 1/2 - 7	D + 1 %	7
Zinsen	1/8 % p. M.		1 % p. M.		1/6 % p. M.		1/8 % p. M.	
Diskontprovision								
b) Abschnitte von 5 000.— DM bis unter 20 000.— DM	D + 1/2 %	6 1/2	D + 1 1/2 %	7 1/8	D + 1/2 % - 1 %	6 1/2 - 7	D + 1 %	7
Zinsen	1/8 % p. M.		1 % p. M.		1/6 % p. M.		1/8 % p. M.	
Diskontprovision								
c) Abschnitte von 1 000.— DM bis unter 5 000.— DM	D + 1 %	7	D + 1 1/2 %	7 1/2	D + 1/2 % - 1 %	7 - 7 1/2	D + 1 %	7 1/2
Zinsen	1/8 % p. M.		1/6 % p. M.		1/6 % p. M.		1/6 % p. M.	
Diskontprovision								
d) Abschnitte unter 1 000.— DM	D + 1 %	7 1/2	D + 1 1/2 %	8	D + 1/2 % - 1 %	8 - 8 1/2	D + 1 %	8 1/2
Zinsen	1/8 % p. M.		1/6 % p. M.		1/4 % p. M.		1/4 % p. M.	
Diskontprovision								
4. Ziehungen auf Kundschaft	keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung		keine Festsetzung	
Zinsen								
Kreditprovision								
5. Umsatzprovision	keine Angabe		1/2 % pro Semester, mindest. vom 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1/2 % p. d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, mindestens 1/2 % pro Semester a. Kreditbetrag		Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien d. Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942	
6. Mindestdiskontspesen	2.— DM		2.— DM		2.— DM		2.— DM	
7. Domizilprovision	1/2 % p. M. mind. — 50 DM		nicht festgesetzt		1/2 % p. M.		nicht festgesetzt	
Habenzinsen ⁷⁾, in % p. a.								
Einlagenzinssätze								
1. für täglich fällige Gelder								
a) in provisionsfreier Rechnung	1		1		1		1 ⁸⁾	
b) in provisionspflichtiger Rechnung	1 1/2		1 1/2		1 1/2		1 1/2	
2. Spareinlagen								
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	3 1/2		3 1/2		3 1/2		3 1/2	
b) mit vereinbarter Kündigungsfrist								
1) von 6 Monaten bis weniger als 12 Monaten	4 1/2		4 1/2		4 1/2		4 1/2	
2) von 12 Monaten und darüber	5 1/2		5 1/2		5 1/2		5 1/2	
3. für Kündigungsgelder mit einer Kündigungsfrist von 50 000.— DM Einlagebetrag	unter	ab	unter	ab	unter	ab	unter	ab
a) 1 bis weniger als 3 Monaten	3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4
b) 3 bis weniger als 6 Monaten	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2
c) 6 bis weniger als 12 Monaten	4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5
d) 12 Monaten und darüber ⁹⁾	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2
4. Festgelder mit einer Laufzeit von								
a) 30 bis 89 Tagen	3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4	3 3/4	4
b) 90 bis 179 Tagen	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2	4 1/4	4 1/2
c) 180 bis 359 Tagen	4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5	4 3/4	5
d) 360 Tagen und darüber ⁹⁾	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2	5 1/4	5 1/2
5. Zinsvoraus ¹⁰⁾	1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2		1/8 — 1/2	

¹⁾ Zusammengestellt auf Grund der Bekanntmachungen der Bankaufsichtsbehörden der einzelnen Länder über die Festsetzung von Zins- und Provisionsätzen. Sondersätze oder Verschreitungen in begründeten Fällen mit Genehmigung der zuständigen Bankaufsichtsbehörde zulässig. — ²⁾ Höchstsätze. — ³⁾ Gemäß § 2 des Sollzinsabkommens dürfen die Zinsen Kredite vom Höchstsaldo berechnet werden. Die Kreditkosten insgesamt können daher im Einzelfall von den hier aufgeführten Gesamtkosten abweichen. — ⁴⁾ Bei Abschnitten unter Wechsel auf Nebenplätze. — ⁵⁾ Diese Höchstsätze gelten gegenüber der Nichtbankierkundschaft. Als Nichtbankierkundschaft im Sinne des § 3 des Mantelvertrages vom 22. 12. 1936 ⁶⁾ Für Kündigungsgelder und Festgelder der Gruppen 3 d und 4 d ab 1 000 000.— DM Einlagebetrag beträgt der Einlagenzinssatz 5 3/4 %. — ⁷⁾ Gemäß Beschluß des Sonderaus-Bilanzsumme bis zu 40 Mio DM, Kapitalgesellschaften, Privatbankiers und Personalgesellschaften mit einer Bilanzsumme bis zu 60 Mio DM ab April 1954 die festgesetzten Höchst-Länder, September 1955, S. 84.

in West-Berlin geltenden Soll- und Habenzinsen ¹⁾

Habenzinsen der Kreditinstitute seit 1. Februar 1957

Hessen ²⁾		Niedersachsen ²⁾		Nordrhein-Westfalen ²⁾		Rheinland-Pfalz ²⁾		Schleswig-Holstein ²⁾		West-Berlin ²⁾					
Sollzinsen in % p. a.															
D = Diskontsatz, z. Z. 4 1/2 % L = Lombardsatz, z. Z. 5 1/2 %															
im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt	im einzelnen	insgesamt				
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9				
L + 1/2 % 1/8 % p. T.	10 1/2	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	10 1/2	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	10 1/2	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	10 1/2	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	10 1/2	L + 1/2 % 1/8 % p. T.	10 1/2				
D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8	D + 1/2 % 1/4 % p. M.	8				
D + 1/2 % 1/8 % p. M.	6 1/2	L + 1/2 % 1/4 % p. M.	6 1/2	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	6 1/2	D + 1 1/2 % 1/24 % p. M.	6 1/2	D + 1 % 1/8 % p. M.	7	D + 1 % 1/8 % p. M.	7				
D + 1/2 % 1/8 % p. M.	7	L + 1/2 % 1/12 % p. M.	7	D + 1 1/2 % 1/12 % p. M.	7	D + 1 1/2 % 1/24 - 1/12 % p. M.	6 1/2 - 7	D + 1 % 1/8 % p. M.	7	D + 1 % 1/8 % p. M.	7				
D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/8 % p. M.	7 1/2	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	7 1/2	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	7 1/2	D + 1 % 1/8 % p. M.	7 1/2	D + 1 % 1/8 % p. M.	7 1/2				
D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	7 1/2	L + 1/2 % 1/8 % p. M.	8 ⁶⁾	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	7 1/2 ⁵⁾	D + 1 1/2 % 1/8 % p. M.	7 1/2 ⁵⁾	D + 1 % 1/4 % p. M.	8 1/2 ⁶⁾	D + 1 % 1/4 % p. M.	8 1/2				
L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9	keine Festsetzung		keine Festsetzung		L + 1/2 % 1/4 % p. M.	9	keine Festsetzung		keine Festsetzung					
Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942				1 % pro Semester				Berechnung nach Maßgabe des § 5 des Sollzinsabkommens in Verbindung mit den Richtlinien des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 3. 1942				1/2 - 1 % vom Umsatz der größeren Seite oder mindestens 1 % p. a. vom Kreditbetrag.			
2.— DM		2.— DM		2.— DM		2.— DM		2.— DM		2.— DM					
1/2 %/oo mind. —,50 DM		1/2 %/oo mind. —,50 DM		1/2 %/oo mind. —,50 DM		1/2 %/oo mind. —,50 DM		nicht festgesetzt		nicht festgesetzt					

Habenzinsen ²⁾, in % p. a.

Hessen ²⁾		Niedersachsen ²⁾		Nordrhein-Westfalen ²⁾		Rheinland-Pfalz ²⁾		Schleswig-Holstein ²⁾		West-Berlin ²⁾	
1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2	1 1/2
3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2	3 1/2
4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2	4 1/2
5 1/2	5 1/2	5 1/2	5 1/2	5 1/2	5 1/2	5 1/2	5 1/2	5 1/2	5 1/2	5 1/2	5 1/2
unter ab	unter ab	unter ab	unter ab	unter ab	unter ab	unter ab	unter ab	unter ab	unter ab	unter ab	unter ab
50 000.— DM Einlagebetrag	50 000.— DM Einlagebetrag	50 000.— DM Einlagebetrag	50 000.— DM Einlagebetrag	50 000.— DM Einlagebetrag	50 000.— DM Einlagebetrag	50 000.— DM Einlagebetrag	50 000.— DM Einlagebetrag	50 000.— DM Einlagebetrag	50 000.— DM Einlagebetrag	50 000.— DM Einlagebetrag	50 000.— DM Einlagebetrag
3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4
4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2
4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5
5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2
3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4	3 3/4 4
4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2	4 1/4 4 1/2
4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5	4 3/4 5
5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2	5 1/4 5 1/2
1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2	1/8 — 1/2

gunstigungen, die in einzelnen Ländern bei verschiedenen Kreditarten vorgesehen und vereinbart sind, sind in der Tabelle nicht berücksichtigt worden. — ²⁾ Normalsätze, Über-
 für den tatsächlich in Anspruch genommenen Kredit erhoben werden. Die Kreditprovision kann dagegen vom fest zugesagten Kredit im voraus oder bei stillschweigend gewährtem
 1 000.— DM ist unabhängig von den Diskontspesen je nach Lage des Falles noch eine Bearbeitungsgebühr von 1.— DM bis 2.— DM in Ansatz zu bringen. — ³⁾ Auch für
 gelten z. B. auch öffentliche Kassen und Versicherungsunternehmen. — ⁴⁾ Girokonten bis zum Betrage von 10 000.— DM bei den Hamburger Abrechnungsbanken bleiben zinsfrei. —
 schusses Bankenaufsicht und den in den Bekanntmachungen der einzelnen Bankaufsichtsbehörden enthaltenen Voraussetzungen dürfen von den Kreditgenossenschaften mit einer
 sätze für Habenzinsen höchstens um die aufgeführten Sätze überschritten werden; ausführliche Bekanntgabe der Sätze siehe Sondertabelle in: Monatsberichte der Bank deutscher

VI. Öffentliche Finanzen

1. Die Ausgleichsforderungen der Geldinstitute, Versicherungsunternehmen und Bausparkassen¹⁾

Mio DM

Arten der Ausgleichsforderungen	Zinssatz %	Gesamtsumme der Ausgleichsforderungen	Gläubiger der Ausgleichsforderungen																				
			Deutsche Bundesbank ²⁰⁾	Postscheck- u. Postsparkassenämter		Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen, Bausparkassen																	
				Bundesgebiet	West-Berlin	insgesamt	Kreditinstitute		Versicherungsunternehmen		Bausparkassen												
							Bundesgebiet	West-Berlin	Bundesgebiet	West-Berlin	Bundesgebiet	West-Berlin											
1) Ausgleichsforderungen lt. Vorschriften zur Neuordnung des Geldwesens im Bundesgebiet																							
a) Normaltyp für Geldinstitute ²⁾	3	14 126	8 102 ¹⁶⁾	302 ¹⁷⁾	—	5 722	5 722	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b) Zur Deckung von Schuldverschreibungen u. ä. der Emissionsinstitute ³⁾	4 1/2	439	—	—	—	439	439	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
c) Unverzinsliche Ausgleichsforderungen ⁴⁾	—	76	—	—	—	76	76	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
d) Normaltyp für Versicherungsunternehmen und Bausparkassen ⁵⁾	3 1/2	2 856	—	—	—	2 856	—	—	2 795 ¹⁸⁾	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
e) Sonderausgleichsforderungen für Umstellungskosten ⁶⁾	3	214	—	—	—	214	132	—	81	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwischensumme 1		17 711	8 102	302	—	9 307	6 369	—	2 876	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
2) Ausgleichsforderungen lt. Vorschriften zur Neuordnung des Geldwesens in West-Berlin																							
a) Normaltyp für Geldinstitute lt. Umstellungs-Ergänzungs-Verordnung vom 20. 3. 1949 ⁷⁾	3	102	—	—	—	102	—	—	102	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b) Wegen Umwandlung von Uraltguthaben lt. DB 19 zur Umstellungs-Verordnung vom 4. 7. 1948 ⁸⁾	3	409	—	—	27	382	—	—	382	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
c) Normaltyp für Versicherungsunternehmen und Bausparkassen ⁹⁾	3 1/2	112	—	—	—	112	—	—	—	—	—	—	—	107	—	—	—	—	—	—	—	—	5
d) Sonderausgleichsforderungen für Umstellungskosten ¹⁰⁾	3	10	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwischensumme 2		633	—	—	27	606	—	—	484	—	—	—	—	117	—	—	—	—	—	—	—	—	5
3) Ausgleichsforderungen lt. Umstellungs-Ergänzungs-Gesetz vom 21. 9. 1953																							
a) Wegen Umwandlung von Uraltguthaben lt. § 33 UEG ¹¹⁾	3	84 ¹²⁾	13	1	0	70	45	25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
b) Für Berliner Altbanken lt. § 45 UEG ¹²⁾	3, 4 1/2	185 ¹³⁾	—	—	—	185	—	—	185	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zwischensumme 3		269	13	1	0	255	45	210	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4) Renten-Ausgleichsforderungen ¹⁴⁾	3 1/2	1 514	—	—	—	1 514	—	—	1 370	—	—	—	—	144	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5) Ausgleichsforderungen aus der Regelung von Vorkriegs-Rembours-Verbindlichkeiten ¹⁴⁾	3, 3 1/2	3	—	—	—	3	3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
6) Unverzinsliche Schuldverschreibungen ¹⁵⁾	—	622	622	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Insgesamt		20 752	8 737	303	27	11 685	6 417	694	4 246	261	—	—	—	62	—	—	—	—	—	—	—	—	5

¹⁾ Die Tabelle umfaßt nur „Ausgleichsforderungen“. Ähnliche Ansprüche der Geldinstitute wie z. B. Deckungsforderungen gem. Währungsausgleichsgesetz für Sparguthaben Vertriebenen und gem. Altspargergesetz, Erstattungsansprüche gem. § 32 des Gesetzes über die Ausführung des Abkommens vom 27. 2. 1953 über deutsche Auslandsschulden vom 24. 8. 1953 oder Deckungsposten der Berliner Altbanken gem. § 12 Abs. 4 Z. 2 des Altbankengesetzes vom 10. 12. 1953 in Verbindung mit § 54 des UEG vom 21. 9. 1953 sind in der Tabelle nicht enthalten.

Die Ausgleichsforderungen wurden — soweit nicht andere Unterlagen zur Verfügung standen — nach den bestätigten (meist vorläufigen) Abschlüssen der Umstellungsrechnungen (Stand Ende April 1953) oder — falls solche noch nicht vorlagen — nach den Übersichten zusammengestellt, die von den Instituten zum Zwecke der Zinsberechnung für den Stichtag vom 30. 4. 1953 einzureichen waren. Es handelt sich demnach um die ursprünglich zugeteilten Beträge. Verkäufe, Ankäufe und Tilgungen von Ausgleichsforderungen wurden nicht berücksichtigt. Die Tilgung der Ausgleichsforderungen gem. § 2 des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 14. 6. 1956 hat am 30. 6. 1956 begonnen.

²⁾ § 11 UG. — ³⁾ § 22 UG in Verbindung mit der 30. DVO/UG. — ⁴⁾ Für aufgestockte Schuldverschreibungszinsen (§ 2 der 27. DVO/UG). — ⁵⁾ § 11 der 23. DVO/UG und § 3 der 33. DVO/UG. — ⁶⁾ § 2 der 45. DVO/UG. Inzwischen getilgt 195 Mio DM; Restbetrag demgemäß 19 Mio DM. — ⁷⁾ Art. I (3 b) der Berliner Umstellungs-Ergänzungs-VO — ⁸⁾ Z. 5 der Durchführungsbestimmung Nr. 19 zur Berliner Umstellungs-VO. — ⁹⁾ Art. 7 Abs. 2 in Verbindung mit Art. 10 und 11 der DB Nr. 3 und Art. 5 der DB Nr. 7 zur Berliner Umstellungs-Ergänzungs-VO. — ¹⁰⁾ Art. 2 Ziff. 1 der DB Nr. 10 zur Berliner Umstellungs-Ergänzungs-VO. — ¹¹⁾ §§ 33 bis 36 Umstellungs-Ergänzungsgesetz. — ¹²⁾ §§ 45, 47 Umstellungs-Ergänzungsgesetz. — ¹³⁾ § 5 Rentenaufbesserungsgesetz (Betrag lt. Angaben der Bundesschuldenverwaltung auf den 30. 6. 1957). — ¹⁴⁾ § 3 Abs. 3 bis 5, § 9 des Gesetzes über die innerdeutsche Regelung von Vorkriegs-Rembours-Verbindlichkeiten. — ¹⁵⁾ Unverzinsliche Schuldverschreibungen des Bundes, betr. Geldausstattung der Gebietskörperschaft Berlin gem. Mil. Reg. Ges. Nr. 67. Der Bund erhält gem. Art. 4 des Mil. Reg. Ges. Nr. 67 eine Schuldverschreibung der Gebietskörperschaft Berlin über denselben Betrag. — ¹⁶⁾ Stand 15. 8. 1957. — ¹⁷⁾ Lt. Angaben des Bundespostministeriums. Stand 31. 7. 1957. — ¹⁸⁾ Die Ausgleichsforderungen einer größeren Zahl von Kleinversicherungsunternehmen (im Einzelfall kaum mehr als 1 000 DM) konnten wegen fehlender Meldungen nicht erfaßt werden. Die Gesamtsumme wird dadurch nicht wesentlich beeinflußt. — ¹⁹⁾ Stand lt. Bundesschuldenverwaltung zum 30. 6. 1957. — ²⁰⁾ Bis 31. 7. 1957 Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken.

2. Kassenmäßige Entwicklung des Bundeshaushalts

Mio DM

Zeit	Kassen- einnahmen 1)	Kassen- ausgaben 2)	Kassen- überschuß (+) bzw. -fehl- betrag (-) 3)	Kumulativer Überschuß (+) bzw. Fehl- betrag (-) jeweils vom Beginn des Rechnungs- jahres	Zunahme (+) bzw. Abnahme (-)		Nachrichtlich:	
					der Kassen- mittel 4)	der Kredit- marktver- schuldung	Einnahmen aus Münz- gutschriften	Überschuß (+) bzw. Fehl- betrag (-) nach Abzug der Münz- gutschriften
Rechnungsjahre								
1950/51	-	-	- 619	- 619	+ 178	+ 921 ⁴⁾	-	-
1951/52	16 322	16 757	- 435	- 435	- 198	+ 132 ⁵⁾	234	- 669
1952/53	20 734	19 696	+ 1 038	+ 1 038	+ 1 237	+ 200	312	+ 726
1953/54	22 042	20 283	+ 1 759	+ 1 759	+ 1 454	- 304	84	+ 1 675
1954/55	23 566	22 374	+ 1 192	+ 1 192	+ 1 045	- 147	35	+ 1 157
1955/56	26 726	23 867	+ 2 859	+ 2 859	+ 2 441	- 418	36	+ 2 823
1956/57	28 710	28 802	- 92	- 92	- 320	- 217	86	- 178
1951/52 1. RvJ.	3 218	3 655	- 437	- 437	- 204	+ 187	114	- 551
2. "	3 901	4 005	- 104	- 541	+ 1	+ 72	69	- 173
3. "	4 587	4 303	+ 284	- 257	+ 335	+ 26	8	+ 276
4. "	4 616	4 794	- 178	- 435	+ 330	- 152	43	- 221
1952/53 1. RvJ.	4 670	4 532	+ 138	+ 138	+ 237	+ 99	105	+ 33
2. "	5 293	4 684	+ 609	+ 747	+ 476	- 133	98	+ 511
3. "	5 584	5 313	+ 271	+ 1 018	+ 61	+ 210	67	+ 204
4. "	5 187	5 167	+ 20	+ 1 038	+ 462	+ 442	42	- 22
1953/54 1. RvJ.	5 204	5 462	- 258	- 258	- 254	+ 4	36	- 294
2. "	5 671 ⁷⁾	4 664 ⁸⁾	+ 1 007	+ 749	+ 930	- 77	26	+ 981
3. "	5 679 ⁷⁾	4 810	+ 869	+ 1 618	+ 743	- 124	12	+ 857
4. "	5 488 ⁷⁾	5 347	+ 141	+ 1 759	+ 34	- 107	10	+ 131
1954/55 1. RvJ.	5 375	4 908	+ 467	+ 467	+ 434	- 33	12	+ 455
2. "	5 900	5 729	+ 171	+ 638	+ 166	- 5	9	+ 162
3. "	6 313	5 678	+ 635	+ 1 273	+ 634	- 1	8	+ 627
4. "	5 979	6 059	- 80	+ 1 193	- 188	- 108	6	- 86
1955/56 1. RvJ.	5 997	5 747	+ 250	+ 250	- 111	- 361	4	+ 246
2. "	6 720	5 895	+ 825	+ 1 075	+ 825	-	10	+ 815
3. "	7 008	6 014	+ 994	+ 2 069	+ 988	- 6	8	+ 986
4. "	7 001	6 211	+ 790	+ 2 859	+ 739	- 51	14	+ 776
1956/57 1. RvJ.	7 006	6 318	+ 688	+ 688	+ 627	- 54	16	+ 672
2. "	7 165	6 874	+ 291	+ 979	+ 221	- 56	20	+ 271
3. "	7 283	8 184	- 901	+ 78	- 904	- 11	35	+ 936
4. "	7 256	7 426	- 170	- 92	- 264	- 96	14	- 184
1957/58 1. RvJ.	7 118	7 855	- 737	- 737	- 722	- 0	16	- 753
1954/55 April	1 721	1 718	+ 3	+ 3	+ 9	- 12	3	+ 0
 Mai	1 580	1 522 ⁹⁾	+ 58	+ 61	+ 40	- 18	3	+ 55
 Juni	2 074	1 668	+ 406	+ 467	+ 403	- 3	6	+ 400
 Juli	1 900	1 938	- 38	+ 429	- 41	- 3	3	+ 41
 Aug.	1 819	2 074 ⁹⁾	+ 255	+ 174	+ 258	- 3	4	+ 259
 Sept.	2 181	1 717	+ 464	+ 638	+ 465	+ 1	3	+ 461
 Okt.	1 884	1 810	+ 74	+ 712	+ 74	-	2	+ 72
 Nov.	1 837	1 671 ⁹⁾	+ 166	+ 878	+ 165	- 1	2	+ 164
 Dez.	2 591	2 196	+ 395	+ 1 273	+ 395	-	4	+ 391
 Jan.	2 232	1 728	+ 504	+ 1 777	+ 484	- 20	2	+ 502
 Febr.	1 696	1 750	- 54	+ 1 723	- 119	- 65	1	- 55
 März	2 051	2 581	- 530	+ 1 193	- 553	- 23	2	- 532
1955/56 April	1 919	2 093	- 174	- 174	- 216	- 42	1	- 175
 Mai	1 870	1 699	+ 171	- 3	- 148	- 319	1	- 170
 Juni	2 208	1 955	+ 253	+ 250	+ 253	-	2	+ 251
 Juli	2 147	2 008	+ 139	+ 389	+ 139	-	3	+ 136
 Aug.	1 956	2 055	- 99	+ 290	- 99	-	4	- 103
 Sept.	2 617	1 832	+ 785	+ 1 075	+ 785	-	4	+ 782
 Okt.	2 231	1 823	+ 408	+ 1 483	+ 408	-	2	+ 406
 Nov.	2 072	1 737	+ 335	+ 1 818	+ 329	- 6	3	+ 332
 Dez.	2 705	2 454	+ 251	+ 2 069	+ 251	-	3	+ 248
 Jan.	2 612	1 808	+ 804	+ 2 873	+ 754	- 50	4	+ 800
 Febr.	1 990	1 713	+ 277	+ 3 150	+ 277	-	4	+ 273
 März	2 399	2 690	- 291	+ 2 859	- 292	- 1	6	- 297
1956/57 April	2 236	2 020	+ 215	+ 215	+ 251	- 5	5	+ 209
 Mai	2 115	2 007	+ 108	+ 323	+ 22	- 43	5	+ 103
 Juni	2 655	2 291	+ 365	+ 688	+ 354	- 6	4	+ 361
 Juli	2 339	2 226	+ 113	+ 801	+ 85	- 20	5	+ 108
 Aug.	2 169	2 341	- 172	+ 629	- 164	- 10	5	- 177
 Sept.	2 657	2 307	+ 350	+ 979	+ 300	- 26	10	+ 340
 Okt.	2 212	2 269	- 57	+ 922	- 55	- 5	13	- 70
 Nov.	2 109	2 884	- 775	+ 147	- 726	- 2	11	- 786
 Dez.	2 962	3 030	- 68	+ 78	- 123	- 4	11	- 79
 Jan.	2 577	2 011	+ 566	+ 644	+ 487	- 95	2	+ 564
 Febr.	2 052	2 335	- 283	+ 361	- 239	- 0	8	- 291
 März	2 628	3 081	- 453	- 92	- 511	- 0	4	- 457
1957/58 April	2 283	2 526	- 243	- 243	- 233	- 0	5	- 248
 Mai	2 056	2 366	- 310	- 553	- 281	- 0	5	- 315
 Juni	2 779	2 963	- 184	- 737	- 208	- 0	6	- 190
 Juli	2 261	2 878	- 617	- 1 354	- 625	- 0	9	- 626

1) Eingänge auf den bei der Deutschen Bundesbank (bis 31. 7. 1957: Bank deutscher Länder) unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten) abzüglich der Eingänge aus Schuldauflagen mit Ausnahme der in Anm. 7) genannten Beträge. — 2) Ausgänge aus den bei der Deutschen Bundesbank (bis 31. 7. 1957: Bank deutscher Länder) unterhaltenen Konten des Bundes (ohne Gegenwert- und Steg-Konten) abzüglich der Aufwendungen für Schuldentilgung (einschl. Rückkauf von Schuldtiteln) mit Ausnahme des in Anm. 8) genannten Betrages. — 3) Die seit April 1956 zu beobachtenden Unterschiede zwischen der Veränderung der Kassenmittel und den Kassenüberschüssen bzw. -fehlbeträgen ergeben sich aus der Weiterleitung der Lastenausgleichsabgaben über das Konto der Bundeshauptkasse. — 4) Von dem Gesamtbetrag der Kreditaufnahme wurden 124 Mio DM nicht zur Finanzierung des Kassendefizits, sondern für die Abdeckung von Defiziten auf den Gegenwertkonten verwendet. — 5) Zur Finanzierung des Kassenfehlbetrags standen außer dem Rückgriff auf Kassenmittel und der Zunahme der Kreditmarktverschuldung 106 Mio DM aus der Rückzahlung des Betrages zu 4) zur Verfügung. — 6) Ohne Zahlungen an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank in Höhe von 183 Mio DM (August 1952), 18 Mio DM (August 1953), 175 Mio DM (Mai 1954) und 14 Mio DM (Nov. 1954). — 7) Einschl. der beim ERP-Sondervermögen aufgenommenen Kredite: August 50 Mio DM; Oktober 41 Mio DM; Dezember 125 Mio DM; März 35 Mio DM. — 8) Darunter 255 Mio DM für den Rückkauf der im Vorjahr beim ERP-Sondervermögen aufgenommenen Anleihe. — 9) Veränderungen gegenüber den früher veröffentlichten Zahlen ergeben sich durch Ausschaltung der Aufwendungen für den Rückkauf von Schuldtiteln aus den Kassenausgaben. — Differenzen in den Summen durch Runden.

3. Steuereinnahmen von Bund, Ländern

Bundesgebiet
Mio

Zeit	Steuereinnahmen von Bund und Ländern gesamt	Bundeseinnahmen			Ländereinnahmen			Einzelne Steuern						
		Gesamt	Bundes-eigene Steuern ¹⁾	Bundes-anteil am Einkommen-steuer-ertrag ²⁾	Gesamt	Länder-anteil am Einkommen-steuer-ertrag	Sonstige Länder-steuern	Einkommensteuern					Notopfer Berlin	Vermögen steuer
								Gesamt	Lohn-steuer	Veranlagte Einkommen-steuer	Körperschaft-steuer	Kapital-ertrag-steuer		
1950	16 104,2	9 593,7	9 593,7	—	6 510,5	5 374,7	1 135,8	5 374,7	1 806,5	2 087,4	1 449,0	31,8	358,1	129,6
1951	21 670,4	14 616,4	13 015,7	1 600,7	7 053,9	5 855,2	1 198,7	7 455,9	2 796,5	2 302,7	2 272,6	84,0	579,4	142,4
1952	26 999,3	18 737,4	15 112,6	3 624,8	8 261,8	6 850,2	1 411,6	10 475,0	3 658,1	3 925,4	3 780,3	111,2	767,1	177,6
1953	29 556,3	20 444,0	16 007,5	4 436,5	9 112,3	7 316,3	1 796,0	11 752,8	3 740,4	4 870,4	2 990,2	151,8	975,7	405,4
1954	30 792,0	21 297,0	16 815,8	4 481,2	9 495,0	7 311,5	2 183,5	11 792,7	3 874,5	4 587,9	3 070,6	259,7	1 082,0	620,1
1955	34 175,1	23 795,8	19 530,3	4 215,5	10 379,3	7 990,4	2 388,9	12 205,9	4 402,1	4 351,7	3 110,9	341,3	1 268,4	534,3
1956	38 416,0	26 103,4	21 375,1	4 728,3	12 312,6	9 457,0	2 855,6	14 185,3	5 402,1	4 728,0	3 637,4	417,8	1 289,8	758,0
1954 1. Vi.	7 349,3	5 042,2	3 990,8	1 051,4	2 307,1	1 715,7	591,4	2 767,1	914,2	1 062,4	762,7	27,9	257,5	210,0
2. "	7 226,8	5 021,2	3 986,6	1 034,6	2 205,6	1 688,0	517,6	2 722,6	833,6	1 127,0	695,3	66,7	266,7	138,1
3. "	7 854,3	5 452,4	4 288,9	1 163,5	2 401,9	1 898,1	503,8	3 061,6	1 013,6	1 201,4	741,2	105,5	270,5	116,3
4. "	8 361,6	5 781,2	4 549,5	1 231,7	2 580,4	2 009,7	570,7	3 241,4	1 113,2	1 197,2	871,4	59,7	287,3	155,8
1955 1. Vi.	8 221,5	5 722,9	4 527,1	1 195,8	2 498,6	1 951,1	547,5	3 146,9	1 049,0	1 226,3	803,0	74,7	311,5	112,7
2. "	8 061,1	5 576,5	4 605,3	971,2	2 484,6	1 942,3	542,3	2 913,5	985,4	1 148,1	707,0	73,0	300,1	99,7
3. "	8 660,0	6 015,0	5 002,6	1 012,4	2 645,0	2 024,7	620,3	3 037,1	1 137,5	1 006,1	750,0	143,5	316,6	128,9
4. "	9 232,5	6 481,4	5 445,3	1 036,1	2 751,1	2 072,3	678,8	3 108,4	1 236,1	1 128,2	850,8	50,1	340,2	193,0
1956 1. Vi.	9 269,7	6 364,0	5 262,6	1 101,4	2 905,7	2 202,9	702,8	3 304,3	1 283,3	1 047,2	889,5	82,3	352,9	191,9
2. "	9 111,3	6 212,9	5 101,9	1 111,0	2 898,4	2 222,1	676,3	3 333,1	1 211,6	1 152,3	822,7	146,5	346,0	159,5
3. "	9 752,2	6 645,3	5 454,5	1 190,8	3 106,9	2 381,7	725,2	3 572,5	1 393,2	1 198,2	853,1	127,9	368,8	197,3
4. "	10 282,8	6 881,2	5 556,1	1 325,1	3 401,6	2 650,3	751,3	3 975,4	1 512,0	1 330,2	1 072,0	61,1	422,1	209,4
1957 1. Vi.	10 214,5	6 675,6	5 289,9	1 385,7	3 538,9	2 771,4	767,5	4 157,1	1 417,3	1 499,4	1 132,5	107,9	448,1	196,3
2. "	9 868,1	6 518,7	5 226,2	1 292,5	3 349,4	2 585,1	764,3	3 776,6	1 112,9	1 565,3	1 041,1	158,2	443,3	189,4
1955 Juli	2 556,4	1 890,8	1 647,4	243,4	665,6	486,9	178,7	730,3	384,7	174,1	89,5	82,0	73,8	14,2
Aug.	2 504,5	1 836,4	1 631,4	205,0	668,1	409,9	258,2	614,9	378,9	127,3	62,7	49,0	70,1	92,0
Sept.	3 599,1	2 287,7	1 733,7	554,0	1 311,4	1 127,8	183,6	1 691,8	377,0	704,6	597,7	12,5	172,7	22,7
Okt.	2 670,2	2 055,6	1 843,4	212,2	614,6	424,5	190,1	636,7	414,9	128,6	71,0	22,2	74,4	27,3
Nov.	2 563,8	1 916,7	1 730,3	186,4	647,1	372,7	274,4	559,1	391,3	100,3	58,3	9,2	67,4	116,7
Dez.	3 998,5	2 509,1	1 871,6	637,5	1 489,4	1 275,0	214,4	1 912,5	429,9	742,3	721,5	18,8	198,4	48,9
1956 Jan.	3 155,2	2 350,6	2 055,9	294,7	804,6	589,5	215,1	884,2	547,7	129,4	129,4	38,0	97,1	39,5
Febr.	2 415,1	1 732,3	1 529,6	202,7	682,8	405,4	277,4	608,1	395,5	114,6	71,5	26,5	70,9	112,9
März	3 699,4	2 281,1	1 604,0	677,1	1 418,3	1 208,0	210,3	1 812,0	342,1	763,5	688,6	17,8	184,9	39,5
April	2 554,5	1 905,2	1 679,7	225,5	649,3	451,0	198,3	676,5	372,7	172,1	85,2	46,5	73,6	22,0
Mai	2 553,3	1 812,2	1 583,8	228,4	741,1	456,9	284,2	613,7	413,7	165,7	78,5	27,4	73,5	113,6
Juni	4 003,5	2 495,5	1 838,4	657,1	1 508,0	1 314,2	193,8	1 971,3	425,2	814,6	659,0	72,6	198,9	23,8
Juli	2 921,3	2 142,1	1 860,1	282,0	779,2	564,0	215,2	846,0	470,0	205,9	96,7	73,4	87,4	31,7
Aug.	2 742,7	1 947,0	1 701,8	245,2	795,7	490,4	305,3	735,6	450,8	161,6	82,6	40,5	77,2	135,2
Sept.	4 088,2	2 556,2	1 892,6	663,6	1 532,0	1 327,3	204,7	1 990,9	472,4	830,6	673,9	14,0	204,2	30,4
Okt.	2 883,7	2 145,9	1 892,3	253,6	737,8	507,1	230,7	760,7	496,8	167,7	74,6	21,5	79,5	40,5
Nov.	2 855,6	2 043,9	1 792,7	251,2	811,7	502,5	309,2	753,7	474,4	151,3	114,0	14,0	32,6	132,5
Dez.	4 543,5	2 691,4	1 871,1	820,3	1 852,1	1 640,7	211,4	2 461,0	540,7	1 011,2	883,4	25,7	110,0	36,5
1957 Jan.	3 518,2	2 470,9	2 063,6	407,3	1 047,3	814,6	232,7	1 221,9	705,3	274,8	199,3	42,6	33,2	33,5
Febr.	2 508,3	1 700,6	1 451,9	248,7	807,7	409,3	398,3	734,1	390,3	139,6	113,8	30,4	21,5	134,9
März	4 187,9	2 504,1	1 770,4	733,7	1 683,8	1 467,3	216,5	2 201,0	321,7	1 025,0	819,4	34,9	93,4	27,9
April	2 670,0	1 952,3	1 701,1	251,2	717,7	502,5	215,2	753,7	316,0	280,2	116,1	41,4	28,9	19,8
Mai	2 820,7	1 975,7	1 718,5	257,2	845,0	514,3	330,7	771,5	391,4	230,3	116,3	33,0	26,3	138,4
Juni	4 377,4	2 590,7	1 806,6	784,1	1 786,7	1 568,3	218,4	2 352,4	405,6	1 054,3	808,7	83,7	89,0	31,2
Juli ³⁾	2 874,0	2 051,0	1 760,9	290,1	823,0	580,2	242,8	870,3	432,4	224,8	100,1	113,0	17,0	...

¹⁾ Ohne die der Bundesbahn kreditierten Einnahmen aus der Beförderungsteuer. — ²⁾ Errechnet nach den für die einzelnen Rechnungsjahre gesetzlich festgelegten Anteilssätzen: Soforthilfebefugnis und Soforthilfsonderabgabe ohne West-Berlin. — ³⁾ Bis einschl. August 1952: Einnahmen aus Umstellungsgrundschulden ohne West-Berlin. — ⁴⁾ Nach den

4. Umlauf an verzinslichen Schatzanweisungen und öffentlichen Anleihen im Bundesgebiet *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Bund		Länder		Gemeinden	Deutsche Bundesbahn		Deutsche Bundespost		Lastenausgleichsfonds	Insgesamt
	Prämien-Schatzanweisungen	Anleihen	Verzinsl. Schatzanweisungen	Anleihen	Anleihen	Verzinsl. Schatzanweisungen	Anleihen	Verzinsl. Schatzanweisungen	Anleihen	Anleihen	
1950 Dez.	—	—	—	—	—	77,1	500,4	60,0	—	—	637,5
1951 -	33,8	—	15,0	—	—	100,1	451,5	60,0	—	—	660,4
1952 -	37,2	146,0 ^{b)}	229,3	5,8	—	114,8	165,4	60,0	—	—	758,5
1953 März	37,4	500,2	240,3	72,3	—	117,8	165,4	60,0	—	—	1 193,4
Juni	37,5	500,2	239,1	225,0	—	114,7	239,9	60,0	—	—	1 416,4
Sept.	37,6	500,2	241,6	283,0	20,0	119,5	311,1	60,0	—	—	1 573,0
Dez.	37,8	500,2	255,0	313,0	20,4	104,7	402,4	60,0	—	—	1 693,5
1954 März	38,0	500,2	256,6	566,0	26,4	85,9	402,4	60,0	—	200,0	2 135,5
Juni	38,1	500,2	255,4	622,0	70,2	90,1	528,3	60,0	—	200,0	2 364,3
Sept.	38,2	500,2	251,3	619,0	70,2	95,8	552,4	60,0	—	200,0	2 387,1
Dez.	38,3	500,2	250,1	619,0	70,2	97,0	552,4	60,0	—	200,0	2 387,2
1955 März	38,3	500,2	238,2	619,0	70,2	133,7	552,4	60,0	—	200,0	2 412,1
Juni	38,3	500,2	237,0	619,0	70,2	139,5	552,4	60,0	—	200,0	2 416,7
Sept.	38,3	500,2	237,0	750,0	70,2	139,9	552,4	60,0	125,0	450,0	2 923,0
Dez.	38,3	500,2	237,4	750,0	70,2	154,9	552,4	60,0	125,0	450,0	2 938,4
1956 März	38,3	500,2	49,2	900,0	70,2	179,5	552,4	60,0	125,0	450,0	2 924,9
April	38,3	500,2	48,0	900,0	70,2	180,8	552,4	60,0	125,0	450,0	2 924,9
Mai	38,3	500,2	48,0	891,7	70,2	182,1	552,4	60,0	125,0	450,0	2 917,9
Juni	38,3	500,2	47,0	881,7	70,2	183,3	552,4	60,0	125,0	450,0	2 908,1
Juli	38,3	500,2	47,0	881,7	70,2	183,3	552,4	51,4	125,0	450,0	2 899,5
Aug.	38,3	500,2	47,0	881,7	70,2	183,2	552,4	51,4	125,0	450,0	2 899,4
Sept.	13,9	500,2	45,0	902,2	70,2	183,2	552,4	51,4	125,0	450,0	2 893,5
Okt.	9,1	500,2	44,3	956,3	70,2	218,1	552,4	51,4	125,0	450,0	2 977,0
Nov.	7,1	500,2	44,3	966,1	70,2	218,1	552,4	51,4	125,0	450,0	2 984,8
Dez.	5,0	500,2	29,3	966,9	73,0	218,0	552,4	51,4	125,0	450,0	2 971,3
1957 Jan.	4,3	500,2	29,3	1 090,3	86,2	223,0	552,4	51,4	125,0	450,0	3 112,1
Febr.	3,9	500,2	29,3	1 093,3	100,2	237,9	552,4	51,4	125,0	450,0	3 143,6
März	3,6	500,2	29,3	1 086,0	110,5	238,8	552,4	51,4	125,0	450,0	3 147,2
April	3,4	500,2	28,1	1 089,9	124,5	238,8	552,4	51,4	125,0	450,0	3 163,7
Mai	3,2	500,2	28,1	1 085,3	141,5	238,8	552,4	51,4	125,0	450,0	3 175,9
Juni	3,1	500,2	56,1	1 083,5	147,4	253,9	552,4	51,4	125,0	450,0	3 223,0
Juli	3,0	500,2	56,1	1 132,8	168,3	255,4	552,4	51,4	125,0	450,0	3 286,0

*) Einschließlich West-Berlin. — Abweichungen gegenüber den in der Tabelle V, Nr. 1 „Auflegung, Absatz, Tilgung und Umlauf von festschuldigen Wertpapieren und Aktien“ mitgeteilten Zahlen ergeben sich daraus,

und Lastenausgleichsfonds

einschl. West-Berlin
DM

Einzelne Steuern										Einnahmen des Lastenausgleichsfonds				Zeit
Umsatzsteuer ¹⁾	Kraftfahrzeugsteuer	Verbrauchssteuern und Zölle								Gesamt	Vermögensabgabe ²⁾	Hypothekengewinnabgabe ³⁾	Kreditgewinnabgabe	
		Gesamt	darunter											
			Zölle	Tabaksteuer	Kaffeesteuer	Zuckersteuer	Biersteuer	A.-d.-Spiritus-monopol	Mineralölsteuer					
4 745.8	349.4	4 606.9	617.3	2 159.8	340.1	383.2	348.6	496.3	72.7	-	-	-	-	1950
6 820.6	409.5	5 564.7	828.5	2 404.1	431.7	425.2	276.1	537.5	462.5	1 623.5	1 374.6	-	-	1951
9 380.6	469.8	5 939.8	1 054.4	2 334.0	535.3	379.6	331.2	528.9	589.9	1 807.9	1 488.4	431.9	1.4	1952
8 865.3	530.7	6 290.7	1 271.8	2 326.2	513.5	350.1	362.1	542.8	733.8	2 010.1	1 488.4	452.8	68.9	1953
9 593.0	598.6	6 362.5	1 486.1	2 303.9	301.5	374.7	386.0	554.2	780.9	2 188.3	1 598.3	535.4	54.6	1954
11 117.7	728.1	7 410.7	1 792.5	2 559.7	345.3	378.2	440.5	577.7	1 135.9	2 401.0	1 699.5	615.0	86.5	1955
12 183.5	836.9	8 132.7	1 982.7	2 781.0	405.2	222.6	483.5	683.6	1 415.2	2 438.0	1 769.1	558.0	110.9	1956
2 258.6	149.5	1 525.9	355.7	545.2	75.8	83.0	82.6	170.2	159.9	512.6	387.5	118.8	6.3	1954 1. Vi.
2 301.4	151.4	1 468.3	338.5	535.8	72.7	76.7	87.8	124.9	175.0	545.2	400.5	130.8	13.9	2. "
2 436.9	145.5	1 642.3	382.0	590.9	72.1	110.5	109.2	116.1	219.8	499.8	355.4	127.8	16.6	3. "
2 596.1	152.1	1 726.0	409.9	612.1	80.9	104.5	106.4	143.0	226.1	630.7	454.8	158.0	17.9	4. "
2 624.7	165.7	1 637.7	420.8	587.2	78.9	87.7	92.4	131.6	189.1	557.1	398.3	140.4	18.4	1955 1. Vi.
2 643.5	186.9	1 712.7	440.9	608.0	82.4	80.9	96.6	139.5	220.2	533.6	346.2	152.2	25.2	2. "
2 807.1	184.9	1 937.4	439.5	671.9	87.7	109.1	127.2	124.8	335.5	509.3	357.6	124.2	27.5	3. "
3 042.5	190.6	2 123.0	491.3	692.6	96.4	100.4	124.3	181.8	391.1	811.0	597.4	198.2	15.3	4. "
3 003.9	203.6	1 958.9	477.7	652.0	101.1	89.6	106.7	164.9	309.1	809.1	556.0	221.7	31.4	1956 1. Vi.
2 908.9	220.2	1 894.5	465.2	665.2	95.3	45.5	105.9	171.9	593.7	809.1	416.4	148.7	28.7	2. "
3 070.0	204.3	2 081.6	496.7	721.9	98.5	44.8	139.0	149.7	398.7	480.3	378.6	78.4	23.3	3. "
3 200.7	208.8	2 197.7	543.1	741.9	110.2	42.7	131.9	197.2	393.5	554.8	418.1	109.1	27.5	4. "
3 096.5	237.8	2 100.3	508.8	686.7	107.7	36.7	119.1	191.6	404.0	550.7	433.2	89.5	28.0	1957 1. Vi.
3 063.0	247.0	2 082.5	500.2	704.0	106.7	31.4	131.0	211.5	357.0	533.8	409.7	95.4	28.7	2. "
960.1	64.3	629.1	153.1	234.8	29.6	27.1	38.0	39.3	103.7	100.9	24.6	55.4	20.9	1955 Juli
922.3	59.0	658.3	144.1	239.5	28.9	42.1	42.6	40.4	116.6	333.2	298.9	36.6	2.7	Aug.
924.7	61.7	650.0	142.3	217.6	29.2	39.9	46.6	44.6	115.3	70.3	34.1	32.3	3.9	Sept.
1 060.7	59.9	732.1	167.6	240.5	31.4	38.0	47.8	46.6	144.3	143.3	50.8	70.2	22.3	Okt.
1 006.2	59.8	677.8	161.6	221.3	30.6	31.9	40.6	52.7	124.7	447.6	397.4	47.3	2.9	Nov.
975.6	71.0	713.1	162.0	230.7	34.4	30.5	35.8	82.5	122.1	220.1	149.3	80.8	- 9.9	Dez.
1 271.4	75.3	699.8	178.7	229.2	31.1	35.1	33.2	52.7	118.7	253.2	106.4	121.5	25.3	1956 Jan.
883.6	54.7	598.7	139.7	197.3	32.8	26.9	41.2	52.9	89.5	405.7	366.7	36.9	2.1	Febr.
848.9	73.6	660.4	159.3	225.5	37.2	27.6	32.3	59.3	100.9	150.2	82.9	63.3	4.0	März
1 021.8	78.4	594.6	157.8	212.9	29.3	20.6	28.6	54.1	82.3	164.7	52.6	87.9	24.2	April
920.6	68.2	613.5	138.7	212.9	33.0	15.0	42.0	54.0	109.0	360.1	325.7	31.9	2.5	Mai
966.4	73.5	686.4	168.7	239.3	33.0	9.9	35.3	63.7	122.6	69.0	38.1	28.9	2.0	Juni
1 070.8	72.8	722.6	181.7	255.7	32.5	14.4	45.5	49.2	132.4	90.1	29.0	38.5	22.6	Juli
985.5	64.0	656.7	154.9	220.0	33.4	15.9	42.3	49.2	129.9	340.1	317.9	20.5	1.7	Aug.
1 013.8	67.6	702.3	160.1	246.2	32.6	14.5	51.2	51.3	136.4	50.1	31.8	19.4	- 1.1	Sept.
1 075.5	72.0	760.4	188.6	249.4	36.9	15.5	47.4	58.1	152.2	107.8	26.6	56.3	24.9	Okt.
1 062.4	65.6	717.5	186.0	233.4	35.7	13.9	43.2	60.2	133.3	378.5	352.2	24.8	1.5	Nov.
1 062.7	71.1	719.8	168.5	259.2	37.7	13.3	41.3	78.8	107.9	68.5	39.2	28.1	1.2	Dez.
1 246.3	89.7	796.4	188.9	266.7	35.3	14.5	36.0	62.6	176.3	108.6	38.5	45.5	24.6	1957 Jan.
920.6	65.0	540.8	150.6	165.2	35.3	9.8	47.0	55.3	62.7	362.5	343.2	17.7	1.6	Febr.
929.7	83.0	763.1	169.3	254.8	36.9	12.4	36.1	73.6	165.1	79.6	51.5	26.4	1.8	März
1 019.5	88.6	670.2	190.3	208.8	37.9	8.6	39.4	63.7	109.4	99.1	28.6	45.7	24.8	April
1 024.2	81.0	691.6	149.0	247.3	33.3	12.0	46.0	73.4	120.0	369.3	341.2	23.1	5.0	Mai
1 019.4	77.5	720.7	160.9	247.9	35.6	10.8	45.7	74.4	127.6	65.4	39.9	26.5	- 1.0	Juni
1 023.2	...	740.0	178.0	255.0	39.0	14.0	45.0	52.0	147.0	87.0	Juli ⁴⁾

1951/52: 27 vH; 1952/53: 37 vH; 1953/54 und 1954/55: 38 vH; ab 1955/56: 33 1/3 vH. — *) Einschließlich Umsatzausgleichsteuer. — 4) Bis einschl. August 1952: Allgemeine Ergebnissen der Vorausmeldung. — Differenzen in den Summen durch Runden.

5. Umlauf an unverzinslichen Schatzanweisungen und Schatzwecheln im Bundesgebiet

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Bund				Länder		Deutsche Bundesbahn		Deutsche Bundespost	Ins- gesamt ¹⁾	darunter aus der Umwand- lung von Ausglei- chsfor- derungen	
	Unverzinsliche Schatzanweisungen		Schatzwechsel		Unverzinsl. Schatzan- weisungen	Schatz- wechsel	Unverzinsl. Schatzan- weisungen	Unverzinsl. Schatzan- weisungen Sonder- reihe S	Schatz- wechsel			
	gesamt	darunter aus der Um- wandlung von Aus- glei- chsfor- derungen	gesamt	darunter aus der Um- wandlung von Aus- glei- chsfor- derungen								
1950 Dez.	—	—	498.7	—	2.8	250.2	147.1	—	571.5	—	1 470.3	—
1951 -	697.8	—	608.2	—	44.9	132.8	155.6	48.9	642.1	—	2 330.4	—
1952 -	751.0	—	110.6	—	102.4	66.3	265.4	335.0	528.3	150.0	2 309.0	—
1953 März	863.9	—	86.7	—	129.2	67.2	297.7	335.0	424.7	150.0	2 354.5	—
Juni	885.0	—	69.8	—	132.9	35.7	405.4	260.5	387.5	199.9	2 376.7	—
Sept.	749.0	—	129.2	—	128.4	27.8	438.4	189.3	424.4	236.6	2 323.0	—
Dez.	674.9	—	78.7	—	128.3	24.3	490.0	150.0	519.6	295.8	2 361.4	—
1954 März	575.8	—	70.8	—	120.4	23.8	527.2	150.0	426.9	316.3	2 211.2	—
Juni	542.0	—	71.8	—	134.7	19.9	518.6	24.1	418.0	381.1	2 110.2	—
Sept.	542.0	—	66.6	—	131.3	16.9	493.5	—	512.1	381.1	2 143.5	—
Dez.	542.0	—	65.0	—	89.2	16.8	519.4	—	551.8	381.1	2 165.2	—
1955 März	491.5	—	7.4	—	93.6	15.1	458.7	—	559.7	451.1	2 077.1	—
Juni	1 115.5	977.5	457.0	457.0	129.3	12.5	470.3	—	346.4	457.7	2 989.3	1 434.5
Sept.	1 160.5	1 022.5	303.0	303.0	149.5	10.6	413.0	—	396.1	404.7	2 837.4	1 325.5
Dez.	923.3	784.3	264.0	264.0	149.5	30.6	352.1	—	472.1	405.3	2 595.9	1 048.3
1956 März	1 387.6	1 293.6	282.0	282.0	319.4	6.5	192.4	—	431.4	452.5	3 071.8	1 575.6
April	1 433.3	1 339.3	220.0	220.0	317.3	6.5	199.3	—	464.8	450.6	3 091.8	1 559.3
Mai	1 398.4	1 304.4	312.0	312.0	374.3	6.3	194.1	—	439.0	461.1	3 185.4	1 616.4
Juni	1 331.6	1 237.6	211.0	211.0	374.3	6.4	197.1	—	432.0	485.9	3 038.3	1 448.6
Juli	1 261.7	1 167.7	307.0	307.0	382.2	6.3	201.6	—	467.7	475.2	3 101.7	1 474.7
Aug.	1 188.7	1 094.7	427.3	427.3	382.1	6.3	208.0	—	468.5	487.0	3 167.9	1 522.0
Sept.	1 233.2	1 139.2	382.0	382.0	381.0	6.3	219.4	—	460.5	481.1	3 163.5	1 521.2
Okt.	1 157.0	1 063.0	775.6	775.6	378.8	0.3	232.6	—	461.1	524.2	3 529.6	1 838.6
Nov.	984.8	890.8	1 045.4	1 045.4	383.8	—	277.4	—	430.6	563.7	3 685.7	1 936.2
Dez.	1 156.9	1 062.9	366.2	366.2	409.7	—	285.1	—	432.9	500.0	3 150.8	1 429.1
1957 Jan.	2 004.5	2 004.5	481.9	481.9	416.7	25.0	295.5	—	483.2	500.0	4 206.8	2 486.4
Febr.	2 057.9	2 057.9	379.7	379.7	433.2	25.0	303.3	—	453.0	497.9	4 150.0	2 437.6
März	2 309.3	2 309.3	328.3	328.3	445.7	25.0	394.8	—	435.9	499.7	4 438.7	2 637.6
April	2 584.3	2 584.3	425.0	425.0	506.6	5.0	480.2	—	368.6	499.1	4 868.8	3 009.3
Mai	2 925.1	2 925.1	518.0	518.0	523.6	—	540.2	—	345.2	500.0	5 357.0	3 443.1
Juni	3 135.1	3 135.1	313.8	313.8	552.9	—	570.8	—	339.3	499.9	5 411.8	3 448.9
Juli	3 846.7	3 846.7	479.0	479.0	588.1	—	627.2	—	326.8	500.0	6 367.8	4 325.7

1) Differenzen durch Runden.

6. Die Verschuldung des Bundes

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Inlandsverschuldung										Auslandsverschuldung ⁵⁾	Gesamte Verschuldung (einschl. Auslandsverschuldung)	
	Gesamte Inlandsverschuldung	Verpflichtungen aus Ausgleichsforderungen ¹⁾				Neuverschuldung seit der Währungsreform ²⁾							
		Gesamt	davon für Zwecke der Offenmarktpolitik umgewandelt in		Gesamt	Kassenkredite der Bank deutscher Länder	Schatzwechsel	Unverzinsliche Schatzanweisungen ³⁾	Prämien-Schatzanweisungen	Anleihe von 1952 ⁴⁾			
	Schatzwechsel	Unverzinsliche Schatzanweisungen											
1950 Dez.	7 289,8	6 212,7	—	—	1 077,1	578,4	498,7	—	—	—	—	—	—
1951 Dez.	8 220,2	6 880,4	—	—	1 339,8	—	608,2	697,8	33,8	—	—	—	—
1952 Dez.	8 866,7	7 821,5	—	—	1 045,2	—	110,6	751,0	37,2	146,4	—	—	—
1953 Dez.	9 159,4	7 867,8	—	—	1 291,6	—	78,7	674,9	37,8	500,2	—	—	—
1954 März	9 057,0	7 872,2	—	—	1 184,8	—	70,8	575,8	38,0	500,2	—	—	—
1954 Juni	9 053,4	7 901,3	—	—	1 152,1	—	71,8	542,0	38,1	500,2	—	—	—
1954 Sept.	9 112,8	7 965,8	—	—	1 147,0	—	66,6	542,0	38,2	500,2	7 431,7	16 544,5	—
1954 Dez.	9 150,6	8 005,1	—	—	1 145,5	—	65,0	542,0	38,3	500,2	7 745,6	16 896,2	—
1955 März	9 125,1	8 087,7	—	—	1 037,4	—	7,4	491,5	38,3	500,2	8 004,4	17 129,5	—
1955 Juni	8 765,8	8 089,3	457,0	977,5	676,5	—	—	138,0	38,3	500,2	8 071,4	16 837,2	—
1955 Sept.	8 781,6	8 105,1	303,0	1 022,5	676,5	—	—	138,0	38,3	500,2	8 022,2	16 803,8	—
1955 Dez.	8 805,8	8 129,3	264,0	784,3	676,5	—	—	138,0	38,3	500,2	8 078,9	16 884,7	—
1956 März	8 762,2	8 129,7	282,0	1 293,6	632,5	—	—	94,0	38,3	500,2	8 138,7	16 900,9	—
1956 April	—	—	220,0	1 339,3	632,5	—	—	94,0	38,3	500,2	—	—	—
1956 Mai	—	—	312,0	1 304,4	632,5	—	—	94,0	38,3	500,2	—	—	—
1956 Juni	8 698,3	8 065,8	211,0	1 237,6	632,5	—	—	94,0	38,3	500,2	8 124,6	16 822,9	—
1956 Juli	—	—	307,0	1 167,7	632,5	—	—	94,0	38,3	500,2	—	—	—
1956 Aug.	—	—	427,3	1 094,7	632,5	—	—	94,0	38,3	500,2	—	—	—
1956 Sept.	8 681,3	8 073,2	382,0	1 139,2	608,1	—	—	94,0	13,9	500,2	8 028,7	16 710,0	—
1956 Okt.	—	—	775,6	1 063,0	603,3	—	—	94,0	9,1	500,2	—	—	—
1956 Nov.	—	—	1 045,4	890,8	601,3	—	—	94,0	7,1	500,2	—	—	—
1956 Dez.	8 681,1	8 081,9	366,2	1 062,9	599,2	—	—	94,0	5,0	500,2	8 055,8	16 736,9	—
1957 Jan.	—	—	481,9	2 004,5	504,5	—	—	—	4,3	500,2	—	—	—
1957 Febr.	—	—	379,7	2 057,9	504,1	—	—	—	3,9	500,2	—	—	—
1957 März	11 197,6	10 693,8	425,0	2 309,3	503,8	—	—	—	3,6	500,2	8 075,6	19 273,2	—
1957 April	—	—	425,0	2 584,3	503,6	—	—	—	3,4	500,2	—	—	—
1957 Mai	—	—	518,0	2 925,1	503,4	—	—	—	3,2	500,2	—	—	—
1957 Juni	11 196,7	10 693,4	313,8	3 135,1	503,3	—	—	—	3,1	500,2	8 060,5	19 257,2	—
1957 Juli	—	—	479,0	3 846,7	503,2	—	—	—	3,0	500,2	—	—	—

¹⁾ Als Quelle dienten die fortlaufenden Ausweise der Geldinstitute und — für die Rentenausgleichsforderungen und die Ausgleichsforderungen nach dem Umstellungsergänzungsgesetz — die Veröffentlichungen der Bundesschuldenverwaltung. Im Gegensatz zu Tab. VI/1 wurden dabei die Tilgungsbeträge abgesetzt. — Die Veränderungen des Gesamtbetrages sind hauptsächlich durch Berichtigungen der Umstellungsrechnungen sowie — ab Januar 1957 — durch den Übergang der Verpflichtungen aus den Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken auf den Bund gemäß § 38 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank bedingt. — ²⁾ Ohne Verschuldung bei öffentlichen Stellen sowie ohne zinsloses Darlehn der Bank deutscher Länder für die Subskriptionszahlungen der Bundesrepublik an den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank. — ³⁾ Einschließlich der an die Länder für Finanzausgleichszahlungen weitergegebenen unverzinslichen Schatzanweisungen. — ⁴⁾ Ohne Berücksichtigung der seit November 1955 vorgenommenen Rückkäufe (Betrag bis zum 31. 7. 1957: 101,8 Mio DM). — ⁵⁾ Gemäß Angaben der Bundesschuldenverwaltung.

7. Die Verschuldung der Länder *)

Mio DM

Stand am Jahres- bzw. Monatsende	Inlandsverschuldung								Auslandsverschuldung	Gesamte Verschuldung (einschl. Auslandsverschuldung)
	Gesamte Inlandsverschuldung	Verpflichtungen aus Ausgleichsforderungen ¹⁾	Neuverschuldung seit der Währungsreform							
			Gesamt ²⁾	Kassenkredite der Landeszentralbanken ³⁾	Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	Steuer-gutscheine ⁴⁾	Anleihen und verzinsliche Schatzanweisungen	Direktaus-leihungen der Kredit-institute außerhalb des Zentral-banksystems		
1950 Dez.	12 717,5	12 107,2	610,3	161,1	263,0	50,0	—	121,2	—	—
1951 Dez.	13 152,1	12 375,0	777,1	168,0	182,7	163,6	15,0	212,8	—	—
1952 Dez.	13 537,8	12 481,0	1 056,8	50,3	168,7	162,0	235,1	380,7	—	—
1953 Dez.	13 992,0	12 563,2	1 428,8	41,6	152,6	147,6	568,0	429,0	—	—
1954 März	14 341,3	12 554,9	1 786,4	0,1	144,2	233,3	822,6	491,2	—	—
1954 Juni	14 372,8	12 525,1	1 847,7	—	154,6	190,5	877,4	525,2	—	—
1954 Sept.	14 314,8	12 547,4	1 767,4	1,3	148,2	201,3	870,3	441,3	183,9	14 498,7
1954 Dez.	14 299,2	12 540,1	1 759,1	60,8	106,0	193,5	869,1	414,7	178,8	14 478,0
1955 März	14 415,0	12 568,3	1 846,7	29,0	108,7	227,9	857,2	497,8	178,0	14 593,0
1955 Juni	14 442,6	12 554,1	1 888,5	14,0	142,4	182,7	856,0	567,1	178,1	14 620,7
1955 Sept.	14 640,8	12 564,8	2 076,0	80,6	160,1	169,4	987,0	556,2	177,4	14 818,2
1955 Dez.	14 745,3	12 564,3	2 181,0	205,8	180,1	141,1	987,4	543,6	179,2	14 924,5
1956 März	14 686,4	12 597,5	2 088,9	—	325,9	136,2	949,2	539,5	192,1	14 878,5
1956 April	—	—	2 135,3	14,2	323,8	146,5	948,0	564,7	—	—
1956 Mai	—	—	2 244,4	36,2	380,8	149,4	939,7	600,2	—	—
1956 Juni	14 697,8	12 534,1	2 163,7	11,3	380,7	123,0	928,7	582,4	202,4	14 900,2
1956 Juli	—	—	2 190,9	12,0	388,5	120,0	928,7	604,1	—	—
1956 Aug.	—	—	2 316,8	139,3	388,4	117,4	928,7	605,4	—	—
1956 Sept.	14 756,0	12 515,9	2 240,1	44,1	387,3	114,2	947,2	610,8	199,8	14 955,8
1956 Okt.	—	—	2 374,0	124,7	379,1	121,4	1 000,6	611,7	—	—
1956 Nov.	—	—	2 355,2	97,8	383,8	129,4	1 010,4	597,3	—	—
1956 Dez.	14 866,3	12 486,9	2 379,4	101,8	409,7	138,0	996,2	594,1	183,6	15 049,9
1957 Jan.	—	—	2 458,7	13,1	441,7	134,3	1 119,6	610,4	—	—
1957 Febr.	—	—	2 548,5	68,8	458,2	149,4	1 122,6	609,9	—	—
1957 März	12 494,3	9 934,8	2 559,5	24,7	470,7	160,7	1 115,3	622,7	204,5	12 698,8
1957 April	—	—	2 697,4	94,2	511,6	171,0	1 118,0	637,2	—	—
1957 Mai	—	—	2 670,2	72,7	523,6	181,5	1 113,4	613,6	—	—
1957 Juni	12 618,5	9 902,2	2 716,3	34,5	552,9	198,1	1 139,6	622,0	—	—
1957 Juli	—	—	—	119,7	588,1	206,9	1 188,9	—	—	—

*) Einschließlich West-Berlin. — ¹⁾ Als Quelle dienten die fortlaufenden Ausweise der Geldinstitute sowie (im Gegensatz zu den bis einschl. Juli 1957 an dieser Stelle veröffentlichten Angaben) die Nachweisungen der Länder über ihre Verpflichtungen aus Ausgleichsforderungen der Versicherungen und Bausparkassen. Hieraus sowie aus der Absetzung der Tilgungsbeträge erklären sich die Abweichungen zu Tab. VI/1. Die Veränderungen des Gesamtbetrages sind durch Tilgungen und Berichtigungen der Umstellungsrechnungen und — ab Januar 1957 — durch den Übergang der Verpflichtungen aus den Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken auf den Bund gemäß § 38 des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank bedingt. — ²⁾ Soweit statistisch erfaßt. Ohne Verschuldung bei anderen öffentlichen Stellen. — ³⁾ Einschließlich der Berliner Zentralbank. — ⁴⁾ Einschließlich Berliner Schuldverschreibungen.

VII. Außenwirtschaft

1. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets *) nach Ländergruppen bzw. Ländern *)

Mio DM

Länder		1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957		
		insgesamt							Mai	Juni	Juli
Alle Länder	Einfuhr	11 373,9	14 725,5	16 202,9	16 010,4	19 337,1	24 472,4	27 963,9	2 664,3	2 478,3	2 709,0
	Ausfuhr	8 362,2	14 576,8	16 908,8	18 525,6	22 035,2	25 716,8	30 861,0	3 204,4	2 855,6	3 058,3
	Saldo	- 3 011,7	- 148,7	+ 705,9	+ 2 515,2	+ 2 698,1	+ 1 244,4	+ 2 897,1	+ 540,1	+ 377,3	+ 349,3
I. EZU-Raum *)	Einfuhr	7 868,4	8 871,9	10 150,4	10 616,5	12 297,9	15 490,3	16 823,3	1 483,6	1 414,9	1 566,0
	Ausfuhr	6 316,0	10 627,3	12 186,5	13 240,7	15 775,8	18 531,8	21 959,6	2 276,4	2 019,0	2 154,4
	Saldo	- 1 552,4	+ 1 755,4	+ 2 036,1	+ 2 624,2	+ 3 477,9	+ 3 041,5	+ 5 136,3	+ 792,8	+ 604,1	+ 588,4
davon:											
A. Kontinentale EZU-Länder	Einfuhr	5 538,9	5 915,3	7 199,4	7 521,8	8 698,2	11 219,9	12 195,6	1 063,6	1 032,6	1 149,8
	Ausfuhr	5 376,7	8 251,8	9 763,5	10 709,4	12 826,5	14 858,8	17 550,2	1 797,1	1 567,7	1 703,2
	Saldo	- 162,2	+ 2 336,5	+ 2 564,1	+ 3 187,6	+ 4 128,3	+ 3 638,9	+ 5 354,6	+ 733,5	+ 535,1	+ 553,4
davon:											
Belgien-Luxemburg *)	Einfuhr	503,3	764,4	1 155,6	1 036,1	1 028,4	1 530,9	1 500,7	134,9	111,2	110,7
	Ausfuhr	691,2	1 020,6	1 250,1	1 364,0	1 665,9	1 821,1	2 211,3	219,7	205,0	210,3
	Saldo	+ 187,9	+ 256,2	+ 94,5	+ 327,9	+ 637,5	+ 290,2	+ 710,6	+ 84,8	+ 93,8	+ 99,6
Dänemark	Einfuhr	490,7	426,2	480,9	436,8	498,9	723,0	844,1	65,5	64,2	71,0
	Ausfuhr	353,4	535,0	630,3	760,5	923,0	887,3	1 021,5	81,6	70,7	88,9
	Saldo	- 137,3	+ 108,8	+ 149,4	+ 323,7	+ 424,1	+ 164,3	+ 177,4	+ 16,1	+ 6,5	+ 17,9
Frankreich *) mit Saarland	Einfuhr	1 046,3	939,6	1 056,6	1 331,4	1 652,6	2 375,4	2 254,1	205,2	199,8	229,7
	Ausfuhr	785,0	1 255,1	1 362,3	1 387,3	1 558,8	1 910,2	2 561,0	305,3	275,0	264,2
	Saldo	- 261,3	+ 315,5	+ 305,7	+ 55,9	- 93,8	- 465,2	+ 306,9	+ 100,1	+ 75,2	+ 34,5
darunter:											
Saarland	Einfuhr	(181,2)	(185,4)	(323,0)	(401,4)	(523,8)	(673,4)	(676,4)	(61,9)	(53,9)	(67,1)
	Ausfuhr	(152,8)	(237,4)	(231,6)	(238,2)	(259,4)	(362,9)	(510,0)	(56,8)	(55,0)	(50,9)
	Saldo	(- 28,4)	(+ 52,0)	(- 91,4)	(- 163,2)	(- 264,4)	(- 310,5)	(- 166,4)	(- 5,1)	(+ 1,1)	(- 16,2)
Griechenland	Einfuhr	58,3	78,2	121,5	136,9	150,2	189,4	215,7	17,9	15,4	17,1
	Ausfuhr	135,6	139,1	156,5	155,5	239,9	251,2	335,9	31,0	37,8	29,0
	Saldo	+ 77,3	+ 60,9	+ 35,0	+ 18,6	+ 89,7	+ 61,8	+ 120,2	+ 13,1	+ 22,4	+ 11,9
Italien	Einfuhr	507,4	549,0	643,1	743,8	843,1	1 043,5	1 222,9	113,8	120,1	138,9
	Ausfuhr	494,0	673,1	933,1	1 240,4	1 340,5	1 433,8	1 656,1	179,8	150,4	165,8
	Saldo	- 13,4	+ 124,1	+ 290,0	+ 496,6	+ 497,4	+ 390,3	+ 433,2	+ 66,0	+ 30,3	+ 26,9
Niederlande *)	Einfuhr	1 256,7	1 030,1	1 181,2	1 275,4	1 569,1	1 872,3	2 195,4	182,5	185,2	212,2
	Ausfuhr	1 168,7	1 463,9	1 356,5	1 670,1	2 076,1	2 443,7	2 906,7	282,5	243,7	283,3
	Saldo	- 88,0	+ 433,8	+ 175,3	+ 394,7	+ 507,0	+ 571,4	+ 711,3	+ 100,0	+ 58,5	+ 71,1
Norwegen	Einfuhr	217,4	245,3	278,2	247,4	313,1	347,7	437,7	27,2	46,3	35,0
	Ausfuhr	119,1	246,5	396,0	572,6	636,2	598,5	827,9	99,8	60,8	71,7
	Saldo	- 98,3	+ 1,2	+ 117,8	+ 325,2	+ 323,1	+ 250,8	+ 390,2	+ 72,6	+ 14,5	+ 36,7
Österreich	Einfuhr	178,3	237,1	369,3	407,3	565,3	696,8	780,5	75,3	64,0	78,1
	Ausfuhr	311,6	499,7	627,4	667,9	1 034,2	1 359,1	1 416,5	149,6	134,5	156,6
	Saldo	+ 133,3	+ 262,6	+ 258,1	+ 260,6	+ 468,9	+ 662,3	+ 636,0	+ 74,3	+ 70,5	+ 78,5
Portugal *)	Einfuhr	74,6	112,1	130,9	183,6	178,5	208,5	228,5	17,5	13,0	16,4
	Ausfuhr	57,7	106,6	152,1	208,6	294,3	335,8	393,9	39,5	32,2	39,9
	Saldo	- 16,9	- 5,5	+ 21,2	+ 25,0	+ 115,8	+ 127,3	+ 165,4	+ 22,0	+ 19,2	+ 23,5
Schweden	Einfuhr	637,0	803,3	926,7	810,8	903,6	1 103,4	1 275,5	116,4	118,7	137,1
	Ausfuhr	531,2	973,8	1 239,1	1 172,8	1 475,6	1 779,3	1 956,4	192,6	170,4	174,7
	Saldo	- 105,8	+ 170,5	+ 312,4	+ 362,0	+ 572,0	+ 675,9	+ 680,9	+ 76,2	+ 51,7	+ 37,6
Schweiz	Einfuhr	350,3	378,3	462,3	584,9	694,2	846,3	958,6	89,9	74,0	87,5
	Ausfuhr	492,3	898,9	1 089,4	1 082,3	1 250,7	1 525,5	1 871,6	191,9	168,8	197,1
	Saldo	+ 142,0	+ 520,6	+ 627,1	+ 497,4	+ 556,5	+ 679,2	+ 913,0	+ 102,0	+ 94,8	+ 109,6
Türkei	Einfuhr	218,6	351,7	393,1	327,4	301,2	282,7	281,9	17,5	20,7	16,1
	Ausfuhr	236,9	439,5	570,7	427,4	331,3	513,3	391,4	23,8	18,4	21,7
	Saldo	+ 18,3	+ 87,8	+ 177,6	+ 100,0	+ 30,1	+ 230,6	+ 109,5	+ 6,3	- 2,3	+ 5,6
B. Sterling-Länder	Einfuhr	1 846,1	2 506,8	2 426,0	2 563,3	3 044,7	3 684,2	4 071,3	384,0	351,1	379,4
	Ausfuhr	865,6	2 132,4	2 125,4	2 236,1	2 662,1	3 316,2	3 956,6	423,6	399,9	405,9
	Saldo	- 980,5	- 374,4	- 300,6	- 327,2	- 382,6	- 368,0	- 114,7	+ 39,6	+ 48,8	+ 26,5
davon:											
Großbritannien *)	Einfuhr	868,0	1 142,6	1 192,4	1 166,5	1 546,8	1 752,5	2 079,8	184,4	163,8	189,6
	Ausfuhr	494,6	1 257,2	1 262,9	1 153,6	1 271,3	1 500,9	1 837,6	183,6	164,2	163,7
	Saldo	- 373,4	+ 114,6	+ 70,5	- 12,9	- 275,5	- 251,6	- 242,2	- 0,8	+ 0,4	- 25,9
Sonst. Sterling-Mitgliedsländer *)	Einfuhr	25,3	20,1	20,8	20,9	33,6	30,0	54,8	5,4	6,0	6,7
	Ausfuhr	25,2	60,3	67,1	87,0	110,2	143,4	117,9	8,8	8,6	10,2
	Saldo	- 0,1	+ 40,2	+ 46,3	+ 66,1	+ 76,6	+ 113,4	+ 63,1	+ 3,4	+ 2,6	+ 3,5
Sterling-Nichtmitgliedsländer *)	Einfuhr	952,8	1 344,1	1 212,8	1 375,9	1 464,3	1 901,7	1 936,7	194,2	181,3	183,1
	Ausfuhr	345,8	814,9	795,4	995,5	1 280,6	1 671,9	2 001,1	231,2	227,1	232,0
	Saldo	- 607,0	- 529,2	- 417,4	- 380,4	- 183,7	- 229,8	+ 64,4	+ 37,0	+ 45,8	+ 48,9
darunter:											
Südafrikanische Union	Einfuhr	128,6	160,5	249,3	286,1	237,7	266,9	299,8	30,3	22,1	42,3
	Ausfuhr	83,8	178,2	183,2	303,7	258,7	317,0	350,1	42,6	38,1	46,3
	Saldo	- 44,8	+ 17,7	- 66,1	+ 17,6	+ 21,0	+ 50,1	+ 50,3	+ 12,3	+ 16,0	+ 4,0
Indien	Einfuhr	104,3	120,4	124,9	166,3	152,7	268,2	189,2	23,3	19,2	21,6
	Ausfuhr	73,9	213,9	227,3	277,0	374,8	589,8	819,0	99,2	110,6	98,5
	Saldo	- 30,4	+ 93,5	+ 102,4	+ 110,7	+ 222,1	+ 321,6	+ 629,8	+ 75,9	+ 91,4	+ 76,9
Australischer Bund	Einfuhr	268,2	354,3	199,2	275,1	350,6	411,2	508,0	59,4	54,5	39,1
	Ausfuhr	114,5	248,2	162,8	150,6	251,4	290,3	296,1	29,3	29,3	30,4
	Saldo	- 153,7	- 106,1	- 36,4	- 124,5	- 99,2	- 120,9	- 211,9	- 30,1	- 25,2	- 8,7
C. Sonstige EZU-Länder	Einfuhr	483,4	449,8	525,0	531,4	555,0	586,2	556,4	36,0	31,2	36,8
	Ausfuhr	73,7	243,1	297,6	295,2	287,2	356,8	452,8	55,7	51,4	45,3
	Saldo	- 409,7	- 206,7	- 227,4	- 236,2	- 267,8	- 229,4	- 103,6	+ 19,7	+ 20,2	+ 8,5

noch: 1. Warenhandelsbilanz des Bundesgebiets nach Ländergruppen bzw. Ländern

Mio DM

Länder	1950	1951	1952	1953	1954	1955	1956	1957			
	insgesamt							Mai	Juni	Juli	
II. Abkommensländer außerhalb des EZU-Raums¹⁾	Einfuhr	1 133,1	1 871,7	2 012,1	1 966,7	2 662,1	2 682,7	3 310,2	284,4	269,3	286,5
	Ausfuhr	1 091,1	2 015,8	2 613,1	2 477,4	2 637,8	2 690,8	3 301,6	362,0	325,8	344,7
	Saldo	− 42,0	+ 144,1	+ 601,0	+ 510,7	− 24,3	+ 8,1	− 8,6	+ 77,6	+ 56,5	+ 58,2
davon:											
A. Beko-Mark-Abkommensländer	Einfuhr	858,2	1 451,7	1 738,0	1 758,3	2 074,9	2 232,1	2 696,1	239,4	228,3	234,7
	Ausfuhr	986,6	1 669,0	2 281,5	2 070,7	2 317,0	2 307,4	2 886,4	323,5	281,5	302,7
	Saldo	+ 128,4	+ 217,3	+ 543,5	+ 312,4	+ 242,1	+ 75,3	+ 190,3	+ 84,1	+ 53,2	+ 68,0
davon:											
Bulgarien	Einfuhr	5,6	10,1	14,3	20,8	35,4	17,4	33,0	2,2	4,0	6,7
	Ausfuhr	16,5	2,9	6,2	11,7	17,9	20,6	28,3	5,3	5,9	4,8
	Saldo	+ 10,9	− 7,2	− 8,1	− 9,1	− 17,5	+ 3,2	− 4,7	+ 3,1	+ 1,9	− 1,8
Finnland	Einfuhr	91,1	255,4	314,2	196,5	238,6	363,0	327,1	22,4	32,1	36,9
	Ausfuhr	71,4	274,2	397,2	155,9	186,7	311,2	426,5	38,0	30,1	31,4
	Saldo	− 19,7	+ 18,8	+ 83,0	− 40,6	− 51,9	− 51,8	+ 99,4	+ 15,6	− 2,0	− 5,5
Jugoslawien	Einfuhr	96,1	160,6	260,1	146,2	189,1	157,6	210,0	22,9	19,4	20,2
	Ausfuhr	156,4	183,7	319,9	290,1	258,2	233,0	196,7	25,8	24,4	29,7
	Saldo	+ 60,3	+ 23,1	+ 59,8	+ 143,9	+ 69,1	+ 75,4	− 13,3	+ 2,9	+ 5,0	+ 9,5
Polen	Einfuhr	67,9	57,4	58,3	74,4	58,0	117,6	240,6	13,7	11,0	10,7
	Ausfuhr	66,4	83,6	64,7	64,5	78,0	115,7	298,7	29,7	22,2	25,2
	Saldo	− 1,5	+ 26,2	+ 6,4	− 9,9	+ 20,0	− 1,9	+ 58,1	+ 16,0	+ 11,2	+ 14,5
Rumänien	Einfuhr	9,5	1,5	12,8	7,2	44,7	44,7	59,5	8,0	8,9	11,0
	Ausfuhr	22,1	20,1	40,9	41,4	49,3	55,7	50,4	4,8	4,4	7,1
	Saldo	+ 12,6	+ 18,6	+ 28,1	+ 34,2	+ 4,6	+ 11,0	− 9,1	− 3,2	− 4,5	− 3,9
Spanien ²⁾	Einfuhr	56,4	168,2	253,9	352,5	322,6	444,6	504,7	50,3	39,0	39,1
	Ausfuhr	80,2	96,7	295,0	342,5	328,0	401,6	484,5	43,9	27,0	31,1
	Saldo	+ 23,8	− 71,5	+ 41,1	− 10,0	+ 5,4	− 43,0	− 20,2	− 6,4	− 12,0	− 8,0
Tschechoslowakei	Einfuhr	105,3	71,4	76,3	65,7	61,6	118,4	193,9	16,6	16,0	15,9
	Ausfuhr	75,9	87,4	33,7	32,6	42,6	63,3	160,0	21,1	19,3	18,5
	Saldo	− 29,4	+ 16,0	− 42,6	− 33,1	− 19,0	− 55,1	− 33,9	+ 4,5	+ 3,3	+ 2,6
Ungarn	Einfuhr	101,6	82,1	61,1	45,2	66,2	86,8	143,4	5,7	4,2	8,8
	Ausfuhr	132,0	73,0	64,9	68,0	98,7	145,7	98,4	8,8	8,5	9,7
	Saldo	+ 30,4	− 9,1	+ 3,8	+ 22,8	+ 32,5	+ 58,9	− 45,0	+ 3,1	+ 4,3	+ 0,9
Ägypten	Einfuhr	99,0	103,1	127,9	106,5	141,2	134,4	108,5	27,1	10,2	6,7
	Ausfuhr	80,7	124,7	160,6	227,5	195,9	227,5	265,1	23,0	21,1	20,7
	Saldo	− 18,3	+ 21,6	+ 32,7	+ 121,0	+ 54,7	+ 93,1	+ 156,6	− 4,1	+ 10,9	+ 14,0
Brasilien	Einfuhr	86,9	315,1	312,7	400,4	668,2	469,9	483,4	38,2	37,5	34,7
	Ausfuhr	147,4	470,9	646,6	460,5	588,2	306,0	326,8	44,2	41,1	44,1
	Saldo	+ 60,5	+ 155,8	+ 333,9	+ 60,1	− 80,0	− 163,9	− 156,6	+ 6,0	+ 3,6	+ 9,4
Paraguay	Einfuhr	4,5	14,6	5,4	8,1	5,0	8,4	12,1	0,4	0,3	0,4
	Ausfuhr	6,0	10,4	15,0	13,7	13,3	10,1	8,2	1,5	1,1	1,2
	Saldo	+ 1,5	− 4,2	+ 9,6	+ 5,6	+ 8,3	+ 1,7	− 3,9	+ 1,1	+ 0,8	+ 0,8
Uruguay	Einfuhr	57,3	39,9	97,5	109,9	79,8	67,6	142,0	6,7	5,7	6,8
	Ausfuhr	59,6	101,9	56,7	92,8	101,4	70,6	62,8	7,9	7,6	8,3
	Saldo	+ 2,3	+ 62,0	− 40,8	− 17,1	+ 21,6	+ 3,0	− 79,2	+ 1,2	+ 1,9	+ 1,5
Iran	Einfuhr	39,2	106,7	69,0	102,9	79,9	111,0	118,1	10,4	23,2	16,2
	Ausfuhr	39,1	83,4	87,5	110,9	183,4	176,6	220,6	30,0	27,3	25,9
	Saldo	− 0,1	− 23,3	+ 18,5	+ 8,0	+ 103,5	+ 65,6	+ 102,5	+ 19,6	+ 4,1	+ 9,7
Japan	Einfuhr	37,8	65,6	74,5	122,0	84,6	90,7	119,8	14,8	16,8	20,6
	Ausfuhr	32,9	56,1	92,6	158,6	175,4	169,8	259,4	39,5	41,5	44,9
	Saldo	− 4,9	− 9,5	+ 18,1	+ 36,6	+ 90,8	+ 79,1	+ 139,6	+ 24,7	+ 24,7	+ 24,3
B. Sonstige Abkommensländer (Argentinien)	Einfuhr	274,9	420,0	274,1	208,4	587,2	450,6	614,1	45,0	41,0	51,8
	Ausfuhr	104,5	346,8	331,6	406,7	320,8	383,4	415,2	38,5	44,3	42,0
	Saldo	− 170,4	− 73,2	+ 57,5	+ 198,3	− 266,4	− 67,2	− 198,9	− 6,5	+ 3,3	− 9,8
III. Nichtabkommensländer³⁾	Einfuhr	2 357,1	3 981,8	4 040,4	3 406,7	4 356,1	6 274,8	7 791,2	893,5	792,1	853,9
	Ausfuhr	930,3	1 903,2	2 072,4	2 731,4	3 488,2	4 311,4	5 369,1	548,5	489,9	539,1
	Saldo	− 1 426,8	− 2 078,6	− 1 968,0	− 675,3	− 867,9	− 1 963,4	− 2 422,1	− 345,0	− 302,2	− 314,8
davon:											
A. Dollarländer	Einfuhr	2 216,3	3 592,4	3 766,2	2 929,7	3 737,3	5 556,9	6 876,9	824,5	721,3	755,8
	Ausfuhr	821,6	1 736,5	1 829,7	2 309,0	2 772,8	3 420,6	4 166,7	432,1	390,0	428,6
	Saldo	− 1 394,7	− 1 855,9	− 1 936,5	− 620,7	− 964,5	− 2 136,3	− 2 710,2	− 392,4	− 331,3	− 327,2
davon:											
Ver. Staaten von Amerika (einschl. abhäng. Gebiete)	Einfuhr	1 811,2	2 721,8	2 506,8	1 658,0	2 236,8	3 209,6	3 997,9	515,7	417,5	461,1
	Ausfuhr	433,0	991,9	1 049,0	1 248,9	1 236,8	1 625,7	2 090,7	214,5	196,7	194,1
	Saldo	− 1 378,2	− 1 729,9	− 1 457,8	− 409,1	− 1 000,0	− 1 583,9	− 1 907,2	− 301,2	− 220,8	− 267,0
Kanada	Einfuhr	42,5	216,1	539,2	466,9	395,4	492,7	670,4	59,7	58,4	66,3
	Ausfuhr	41,4	104,3	93,5	126,4	173,2	229,6	361,0	42,2	31,5	29,6
	Saldo	− 1,1	− 111,8	− 445,7	− 340,5	− 222,2	− 263,1	− 309,4	− 17,5	− 26,9	− 36,7
Sonstige Dollarländer	Einfuhr	362,6	654,5	720,2	804,8	1 105,1	1 854,6	2 208,6	249,1	245,4	228,4
	Ausfuhr	347,2	640,3	687,2	933,7	1 362,8	1 565,3	1 715,0	175,4	161,8	204,9
	Saldo	− 15,4	− 14,2	− 33,0	+ 128,9	+ 257,7	− 289,3	− 493,6	− 73,7	− 83,6	− 23,5
B. Sonstige Nichtabkommensländer	Einfuhr	140,8	389,4	274,2	477,0	618,8	717,9	914,3	69,0	70,8	98,1
	Ausfuhr	108,7	166,7	242,7	422,4	715,4	890,8	1 202,4	116,4	99,9	110,5
	Saldo	− 32,1	− 222,7	− 31,5	− 54,6	+ 96,6	+ 172,9	+ 288,1	+ 47,4	+ 29,1	+ 12,4
IV. Schiffsbedarf und nicht ermittelte Länder	Einfuhr	15,3	0,1	—	20,5	21,0	24,6	39,2	2,8	2,0	2,6
	Ausfuhr	24,8	30,5	36,8	76,1	133,4	182,8	230,7	17,5	20,9	20,1
	Saldo	+ 9,5	+ 30,4	+ 36,8	+ 55,6	+ 112,4	+ 158,2	+ 191,5	+ 14,7	+ 18,9	+ 17,5

+) Einschließlich West-Berlin. — *) Spezialhandel: Einfuhr aus Herstellungsländern, Ausfuhr nach Verbrauchsländern. — ³⁾ Zugehörigkeit der Länder zu den Währungsräumen bzw. Ländergruppen nach dem neuesten Stand. — ⁴⁾ Einchl. der Gebiete in Übersee. — ⁵⁾ Mitglieds- bzw. Nichtmitgliedsländer der OEEC. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

2. Zahlungssalden der Bundesrepublik Deutschland und West-Berlins¹⁾
 Monatsdurchschnitte bzw. Monate in Mio DM

Zeit	Alle Länder				EZU-Raum				Abkommensländer außerhalb des EZU-Raums				Nichtabkommensländer			
	Insgesamt	Kapitalverkehr und Kapitalerträge ^{2) 3)}	Unentgeltliche Leistungen ²⁾	Übrige Zahlungen	Insgesamt	Kapitalverkehr und Kapitalerträge ^{2) 3)}	Unentgeltliche Leistungen ²⁾	Übrige Zahlungen	Insgesamt	Kapitalverkehr und Kapitalerträge ^{2) 3)}	Unentgeltliche Leistungen ²⁾	Übrige Zahlungen	Insgesamt	Kapitalverkehr und Kapitalerträge ^{2) 3)}	Unentgeltliche Leistungen ²⁾	Übrige Zahlungen
1950	— 25	+ 38	+ 6	— 69	— 102	+ 38	+ 4	— 144	+ 5	— 0	—	+ 5	+ 72	+ 0	+ 2	+ 70
1951	+ 168	— 14	— 1	+ 183	+ 139	— 14	+ 0	+ 153	+ 12	— 0	—	+ 12	+ 41	—	—	+ 42
1952	+ 203	— 66	— 1	+ 270	+ 100	— 36	+ 0	+ 136	— 71	— 1	—	+ 72	+ 32	— 29	— 1	+ 62
1953	+ 299	— 17	— 18	+ 334	+ 168	— 7	— 4	+ 179	+ 1	+ 0	—	+ 32	+ 99	— 10	— 14	+ 123
1954	+ 227	— 97	— 29	+ 353	+ 164	— 49	— 12	+ 225	— 19	— 4	—	+ 14	+ 82	— 44	— 16	+ 142
1955	+ 160	— 89	— 48	+ 297	+ 148	— 46	— 17	+ 211	+ 10	— 6	—	+ 19	+ 2	— 37	— 28	+ 67
1956	+ 389	— 85	— 77	+ 551	+ 401	— 39	— 28	+ 468	— 8	— 8	—	+ 4	— 4	— 38	— 45	+ 79
1952 3. Vj.	+ 285	— 90	+ 4	+ 371	+ 193	+ 3	+ 0	+ 190	+ 87	— 1	—	+ 88	+ 5	— 27	+ 4	+ 93
4. Vj.	+ 91	— 51	+ 0	+ 142	— 110	— 24	— 0	— 86	+ 65	— 0	—	+ 65	+ 136	— 92	+ 0	+ 163
1953 1. Vj.	+ 211	— 9	— 21	+ 241	+ 119	— 5	+ 0	+ 124	+ 25	+ 1	—	+ 24	+ 67	— 5	— 21	+ 93
2. Vj.	+ 298	+ 9	— 26	+ 315	+ 179	+ 15	+ 1	+ 165	+ 47	— 0	—	+ 47	+ 72	— 6	— 25	+ 103
3. Vj.	+ 347	— 62	— 8	+ 417	+ 165	— 36	— 5	+ 206	+ 61	— 0	—	+ 61	+ 121	— 26	— 3	+ 150
4. Vj.	+ 343	— 7	— 14	+ 364	+ 209	— 5	— 8	+ 222	— 6	— 1	—	+ 4	+ 139	— 1	— 6	+ 146
1954 1. Vj.	+ 309	— 68	— 19	+ 396	+ 213	— 36	— 10	+ 259	— 1	— 1	—	+ 1	+ 97	— 31	— 8	+ 136
2. Vj.	+ 186	— 168	— 33	+ 387	+ 175	— 68	— 12	+ 255	+ 2	— 4	—	+ 6	+ 9	— 96	— 21	+ 126
3. Vj.	+ 247	— 106	— 27	+ 380	+ 131	— 75	— 16	+ 222	— 25	— 6	—	+ 17	+ 141	— 25	— 9	+ 175
4. Vj.	+ 166	— 44	— 39	+ 249	+ 136	— 15	— 12	+ 163	— 50	— 3	—	+ 46	+ 80	— 26	— 26	+ 132
1955 1. Vj.	+ 177	— 78	— 36	+ 291	+ 154	— 25	— 15	+ 194	— 26	— 12	—	+ 12	+ 49	— 41	— 19	+ 109
2. Vj.	+ 197	— 99	— 50	+ 346	+ 215	— 55	— 14	+ 284	+ 25	— 3	—	+ 30	+ 43	— 41	— 34	+ 32
3. Vj.	+ 100	— 95	— 54	+ 249	+ 87	— 52	— 17	+ 156	+ 15	— 5	—	+ 22	+ 2	— 38	— 35	+ 71
4. Vj.	+ 166	— 86	— 50	+ 302	+ 136	— 53	— 22	+ 211	+ 28	— 5	—	+ 36	+ 2	— 28	— 25	+ 55
1956 1. Vj.	+ 229	— 73	— 55	+ 357	+ 281	— 30	— 21	+ 332	— 13	— 8	—	+ 2	+ 39	— 35	— 32	+ 28
2. Vj.	+ 425	— 82	— 72	+ 579	+ 360	— 50	— 25	+ 435	+ 10	— 8	—	+ 3	+ 55	— 24	— 43	+ 122
3. Vj.	+ 517	— 58	— 95	+ 670	+ 477	— 31	— 28	+ 536	— 1	— 8	—	+ 13	+ 41	— 19	— 61	+ 121
4. Vj.	+ 386	— 125	— 86	+ 597	+ 487	— 45	— 35	+ 567	— 27	— 7	—	+ 5	+ 15	— 74	— 73	+ 45
1957 1. Vj.	+ 305	— 293	— 100	+ 698	+ 558	— 89	— 40	+ 687	+ 5	— 17	—	+ 6	+ 28	— 258	— 187	+ 54
2. Vj.	+ 490	— 270	— 122	+ 882	+ 636	— 102	— 45	+ 783	+ 9	— 15	—	+ 7	+ 31	— 155	— 153	+ 70
1956 Juli	+ 562	+ 62	— 101	+ 601	+ 549	+ 75	— 33	+ 507	+ 17	+ 1	—	+ 6	+ 22	— 4	— 62	+ 72
Aug.	+ 493	— 191	— 113	+ 737	+ 368	— 141	— 27	+ 536	+ 18	— 13	—	+ 6	+ 37	+ 47	— 80	+ 164
Sept.	+ 595	— 45	— 70	+ 670	+ 514	— 27	— 24	+ 565	+ 39	— 12	—	+ 5	+ 27	+ 80	— 6	+ 127
Okt.	+ 567	— 40	— 100	+ 707	+ 606	— 7	— 44	+ 657	+ 41	— 7	—	+ 5	+ 29	+ 2	— 51	+ 79
Nov.	+ 271	— 266	— 83	+ 620	+ 498	— 59	— 30	+ 587	+ 28	— 7	—	+ 5	+ 16	— 200	— 48	+ 49
Dez.	+ 321	— 68	— 76	+ 465	+ 359	— 68	— 32	+ 459	+ 12	— 7	—	+ 5	+ 0	— 26	— 39	+ 6
1957 Jan.	+ 375	— 144	— 92	+ 611	+ 680	— 17	— 37	+ 734	— 9	— 5	—	+ 7	+ 3	— 296	— 122	— 48
Febr.	+ 368	— 217	— 95	+ 680	+ 547	+ 21	— 42	+ 568	+ 33	— 20	—	+ 5	+ 58	— 212	— 48	+ 54
März	+ 170	— 519	— 113	+ 802	+ 448	— 271	— 40	+ 759	+ 10	— 27	—	+ 6	+ 23	— 268	— 67	+ 20
April	+ 543	— 180	— 152	+ 875	+ 730	+ 24	— 47	+ 753	+ 28	— 8	—	+ 8	+ 45	— 215	— 97	+ 77
Mai	+ 677	— 169	— 123	+ 969	+ 782	— 52	— 52	+ 886	+ 11	— 15	—	+ 8	+ 12	— 94	— 63	+ 71
Juni	+ 250	— 460	— 90	+ 700	+ 396	— 279	— 34	+ 709	+ 9	— 20	—	+ 6	+ 35	— 155	— 50	+ 56
Juli	+ 589	— 210	— 135	+ 934	+ 836	+ 7	— 59	+ 888	— 13	— 24	—	+ 7	+ 18	— 234	— 193	+ 28

¹⁾ Salden aller einen Wirtschaftsraum betreffenden Zahlungen für Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sowie für unentgeltliche Leistungen ohne Rücksicht auf die gezahlte Währung. Bis Ende 1953 wurden nur Fremdwährungs- und DM-Abkommenskonten, ab 1954 außerdem frei und beschränkt konvertierbare DM-Konten sowie DM-Sperrkonten und liberalisierte Kapitalkonten berücksichtigt. — ²⁾ Ohne Berücksichtigung der Leistungen, die die Devisenposition der Deutschen Bundesbank und der Geschäftsbanken nicht unmittelbar berühren. — ³⁾ Ohne die im einzelnen nicht erfassbaren Kreditbewegungen im Zusammenhang mit dem Warenverkehr.

3. Gold- und Devisenbestande der Deutschen Bundesbank (netto^{*)})
 Mio DM

Jahres- bzw. Monats-ende	Gold- und Devisenbestande insgesamt (netto)	Goldbestand	Guthaben und Verbindlichkeiten auf Fremdwährungs- und DM-Abkommenskonten, frei und beschränkt konvertierbaren DM-Konten sowie auf liberalisierten Kapitalkonten								
			Insgesamt	gegenüber Nichtabkommensländern ¹⁾	gegenüber dem EZU-Raum			gegenüber Abkommensländern außerhalb des EZU-Raums			
					Insgesamt	Euro-päische Zahlungsunion (EZU-Konto) ²⁾	Kontinentale EZU-Länder	Sterling-Länder	Insgesamt	Beko-Mark-Abkommensländer	Sonstige Abkommensländer
1950	— 664	—	— 664	+ 623	— 1 298	— 806	— 362	— 130	+ 11	—	+ 11
1951	+ 1 523	+ 116	+ 1 407	+ 1 418	+ 100	+ 1	+ 38	+ 61	— 111	—	— 111
1952	+ 4 637	+ 587	+ 4 050	+ 2 087	+ 1 177	+ 1 061	+ 207	+ 91	+ 786	—	+ 786
1953	+ 8 174	+ 1 367	+ 6 807	+ 3 543	+ 2 369	+ 1 782	+ 458	+ 129	+ 895	—	+ 895
1954	+ 10 945	+ 2 628	+ 8 317	+ 5 451	+ 2 330	+ 2 054	+ 179	+ 97	+ 536	— 8	+ 544
1955	+ 12 806	+ 3 862	+ 8 944	+ 5 788	+ 2 605	+ 2 187	+ 349	+ 69	+ 551	+ 157	+ 394
1956	+ 17 901	+ 6 275	+ 11 626	+ 7 426	+ 3 888	+ 2 187	+ 704	+ 294	+ 312	+ 245	+ 67
1952 Sept.	+ 4 252	+ 497	+ 3 755	+ 1 776	+ 1 396	+ 1 063	+ 362	+ 29	+ 583	—	+ 583
Dez.	+ 4 637	+ 587	+ 4 050	+ 2 087	+ 1 177	+ 1 061	+ 207	+ 91	+ 786	—	+ 786
1953 Marz	+ 5 236	+ 775	+ 4 461	+ 2 245	+ 1 389	+ 1 114	+ 316	+ 41	+ 827	—	+ 827
Juni	+ 6 115	+ 880	+ 5 235	+ 2 602	+ 1 751	+ 1 312	+ 396	+ 43	+ 882	—	+ 882
Sept.	+ 7 108	+ 1 087	+ 6 021	+ 3 081	+ 1 974	+ 1 541	+ 354	+ 79	+ 966	—	+ 966
Dez.	+ 8 174	+ 1 367	+ 6 807	+ 3 543	+ 2 369	+ 1 782	+ 458	+ 129	+ 895	—	+ 895
1954 März	+ 9 123	+ 1 642	+ 7 481	+ 3 987	+ 2 693	+ 2 137	+ 468	+ 88	+ 801	—	+ 801
Juni	+ 9 658	+ 1 754	+ 7 904	+ 4 332	+ 2 845	+ 2 460	+ 297	+ 88	+ 727	—	+ 727
Sept.	+ 10 406	+ 2 412	+ 7 994	+ 5 061	+ 2 292	+ 1 983	+ 207	+ 102	+ 641	—	+ 641
Dez.	+ 10 945	+ 2 628	+ 8 317	+ 5 451	+ 2 330	+ 2 054	+ 179	+ 97	+ 536	— 8	+ 544
1955 März	+ 11 288	+ 3 000	+ 8 288	+ 5 566	+ 2 237	+ 2 036	+ 156	+ 45	+ 485	— 19	+ 504
Juni	+ 11 794	+ 3 197	+ 8 597	+ 5 538	+ 2 539	+ 2 123	+ 330	+ 86	+ 520	+ 32	+ 488
Sept.	+ 12 248	+ 3 464	+ 8 784	+ 5 637	+ 2 584	+ 2 255	+ 246	+ 83	+ 563	+ 116	+ 447
Dez.	+ 12 806	+ 3 862	+ 8 944	+ 5 788	+ 2 605	+ 2 187	+ 349	+ 69	+ 551	+ 157	+ 394
1956 März	+ 13 412	+ 4 212	+ 9 200	+ 5 880	+ 2 791	+ 2 315	+ 435	+ 41	+ 529	+ 172	+ 357
Juni	+ 14 959	+ 4 635	+ 10 324	+ 6 638	+ 3 234	+ 2 502	+ 653	+ 79	+ 452	+ 153	+ 299
Juli	+ 15 685	+ 4 993	+ 10 692	+ 6 840	+ 3 419	+ 2 514	+ 727	+ 178	+ 433	+ 210	+ 223
Aug.	+ 16 071	+ 5 351	+ 10 720	+ 7 140	+ 3 156	+ 2 531	+ 534	+ 91	+ 424	+ 208	+ 216
Sept.	+ 16 668	+ 5 436	+ 11 232	+ 7 322	+ 3 523	+ 2 579	+ 661	+ 283	+ 387	+ 200	+ 187
Okt.	+ 17 176	+ 5 581	+ 11 595	+ 7 572	+ 3 676	+ 2 657	+ 712	+ 307	+ 347	+ 246	+ 101
Nov.	+ 17 508	+ 5 778	+ 11 730	+ 7 497	+ 3 887	+ 2 757	+ 764	+ 366	+ 346	+ 254	+ 92
Dez.	+ 17 901	+ 6 275	+ 11 626	+ 7 426	+ 3 888	+ 2 890	+ 704	+ 294	+ 312	+ 245	+ 67
1957 Jan.	+ 18 159	+ 6 575	+ 11 584	+ 7 207	+ 4 095	+ 2 971	+ 853	+ 271	+ 282	+ 263	+ 19
Febr.	+ 18 619	+ 6 975	+ 11 644	+ 7 395	+ 4 271	+ 3 083	+ 906	+ 282	+ 278	+ 266	+ 12
März	+ 18 730	+ 7 379	+ 11 351	+ 6 915	+ 4 208	+ 3 218	+ 816	+ 174	+ 228	+ 229	+ 1
April	+ 19 283	+ 7 705	+ 11 578	+ 6 873	+ 4 474	+ 3 311	+ 971	+ 192	+ 231	+ 247	+ 16
Mai	+ 19 923	+ 8 079	+ 11 844	+ 6 866	+ 4 747	+ 3 433	+ 922	+ 392	+ 231	+ 244	+ 13
Juni	+ 20 189	+ 8 523	+ 11 666	+ 6 731	+ 4 679	+ 3 571	+ 604	+ 504	+ 256	+ 261	+ 5
Juli	+ 21 047	+ 8 920	+ 12 127	+ 6 634	+ 5 240	+ 3 693	+ 848	+ 699	+ 253	+ 268	+ 15

^{*)} Bis 31. 7. 1957: Bank deutscher Länder. — ¹⁾ Einschl. US \$-Guthaben in anderen Ländern. — ²⁾ Ohne Berücksichtigung der jeweils letzten EZU-Abrechnung.

4. DM-Verpflichtungen der Geschäftsbanken

Mio DM

Kontengruppen	1953	1954	1955		1956				1957			
			Juni	Dezember	März	Juni	September	Dezember	März	Mai	Juni	Juli
			Stand am Jahres- bzw. Monatsende									
DM-Abkommenskonten	252	361	292	376	286	373	482	531	382	368	365	551
Frei konvertierbare DM-Konten ¹⁾	3	22	38	50	47	121	91	74	92	166	190	272
Beschränkt konvertierbare DM-Konten ¹⁾	52	219	235	294	337	380	493	506	467	430	422	371
Liberalisierte Kapitalkonten	—	480	411	402	375	443	450	479	497	496	484	507
DM-Sperrkonten ²⁾	774	65	29	5	3	3	2	2	2	2	2	2
Insgesamt	1 081	1 147	1 005	1 127	1 048	1 320	1 518	1 592	1 440	1 462	1 463	1 703

¹⁾ Bis 31. 3. 1954 DM-Agenten- und DM-Vertreterkonten. — ²⁾ Ab 30. 9. 1954 nur Sperrmark-Termineinlagen und Sperrmark-Kündigungsgelder, die bis zum Ablauf der vorgesehenen Fristen als Sperrkonten weitergeführt werden.

5. Die Entwicklung der Position der EZU-Mitgliedsländer

vom 1. Juli 1950 bis Juli 1957 in Mio Rechnungseinheiten (\$)

Mitgliedsländer	Veränderung der kumulativen Nettoposition ¹⁾										Kumulative Nettoposition ²⁾ Stand Ende Juli 1957	Quoten ³⁾	Rallongen ⁴⁾	Gewährte Kredite ⁵⁾ (an die EZU +, von der EZU —) Stand Ende Juli 1957	Kreditfazilitäten ⁶⁾ (Ungenutzte Fazilitäten der Schuldner: D; noch offene Kreditverpflichtung der Gläubiger: C)
	Juli 1950 bis Juni 1951	Juli 1951 bis Juni 1952 ⁷⁾	Juli 1952 bis Juni 1953	Juli 1953 bis Juni 1954	Juli 1954 bis Juni 1955	Juli 1955 bis Juni 1956	Juli 1956 bis Juni 1957	1957							
								Mai	Juni	Juli					
Bundesrepublik Deutschland	- 284,6	+ 583,9	+ 266,2	+ 530,2	+ 310,2	+ 599,8	+ 1 356,8	+ 138,6	+ 134,5	+ 180,3	+ 3 542,8	1 200,0	— ⁸⁾	+ 894,1	—
Belgien-Luxemburg ⁸⁾	+ 236,4	+ 515,9	- 25,8	- 47,9	+ 84,4	+ 226,9	+ 19,2	- 11,5	- 4,9	- 21,8	+ 987,3	805,3	100,0 C	+ 146,6	79,7 C
Dänemark	+ 68,6	+ 44,7	- 17,8	- 94,0	- 97,2	+ 1,0	- 46,3	- 8,2	- 2,5	+ 4,7	- 273,5	468,0	36,4 D	- 91,0	35,1 D
Frankreich	+ 196,4	- 604,9	- 424,5	- 158,2	+ 108,7	- 183,2	- 975,2	- 78,9	- 106,6	- 132,6	- 2 173,5	1 248,0	291,0 D	- 384,8	—
Griechenland	- 140,4	- 83,2	- 27,7	- 40,2	- 37,3	+ 40,0	+ 4,7	- 5,6	- 0,8	- 0,2	- 274,3	108,0	—	- 0,1	26,9 D
Großbritannien	+ 607,6	- 1 483,6	+ 355,3	+ 89,8	+ 125,7	- 336,9	- 235,8	- 20,9	- 28,6	- 51,0	- 928,9	2 544,0	155,0 D	- 312,8	361,9 D
Island	- 7,0	- 5,8	- 4,3	- 5,3	- 1,8	- 4,2	- 3,6	- 0,4	- 0,1	- 0,1	- 32,1	36,0	3,2 D	- 5,3	4,5 D
Italien	- 30,4	+ 196,7	- 220,8	- 211,3	- 228,0	- 130,3	- 99,2	- 4,4	+ 5,6	+ 36,5	- 686,8	492,0	328,0 D	- 141,1	63,9 D
Niederlande	- 270,9	+ 476,2	+ 142,9	- 35,7	+ 88,2	- 57,7	- 33,0	- 0,6	- 10,5	- 7,9	+ 302,1	852,0	—	+ 89,8	123,2 C
Norwegen	- 80,0	+ 20,1	- 60,1	- 62,9	- 72,7	- 30,2	+ 37,8	+ 0,5	+ 0,4	- 21,1	- 269,1	480,0	29,6 D	- 81,9	45,5 D
Österreich	- 104,1	- 38,4	+ 42,1	+ 106,9	- 101,7	- 5,9	+ 23,2	+ 3,1	+ 14,5	+ 16,5	- 61,4	168,0	—	+ 9,2	32,8 C
Portugal	+ 59,1	+ 28,9	- 22,0	- 17,7	- 58,6	- 32,7	- 38,5	- 8,1	- 7,5	- 3,2	- 84,7	168,0	—	—	42,0 C/D
Schweden	- 59,6	+ 285,5	- 40,9	- 33,3	- 103,4	+ 6,3	+ 110,8	+ 13,3	+ 4,6	+ 10,7	+ 176,1	624,0	—	+ 22,4	133,6 C
Schweiz (ab 1.11.50)	+ 11,1	+ 159,5	+ 87,6	+ 77,4	+ 14,6	- 62,8	- 81,0	- 10,1	+ 6,8	- 7,9	+ 198,5	600,0	250,0 C	+ 37,8	174,7 C
Türkei	- 64,0	- 96,9	- 51,4	- 95,3	- 39,8	- 28,9	- 38,2	- 6,8	- 4,3	- 2,9	- 417,4	120,0	—	- 30,0	—
Insgesamt	+ 1 110,6	+ 2 311,4	+ 894,1	+ 804,3	+ 731,8	+ 874,0	+ 1 552,5	+ 155,5	+ 166,5	+ 248,7	+ 5 206,8				
	- 1 109,6	- 2 312,8	- 895,3	- 801,8	- 730,5	- 872,8	- 1 550,8	- 155,5	- 165,8	- 248,7	- 5 201,7				

¹⁾ Saldo zwischen sämtlichen Überschüssen und Defiziten eines Landes (einschl. EZU-Zinsen, ohne Verwendung von „Existing Resources“) im Berichtszeitraum. — ²⁾ Saldo zwischen sämtlichen Überschüssen und Defiziten eines Landes (einschl. EZU-Zinsen, ohne Verwendung von „Existing Resources“) seit Beginn der EZU-Abrechnung. — ³⁾ Am Ende der letzten aufgeführten Abrechnungsperiode gültige Quoten. Die Quote der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion als Schuldner beträgt 864,0 Mio RE. — ⁴⁾ Fazilitäten, die den Schuldner (D) zur Deckung von Defiziten auf der Basis 75 vH Gold und 25 vH Kredit auch über die Quoten hinaus zur Verfügung gestellt werden, bzw. Fazilitäten, die die Gläubiger (C) auf der gleichen Basis über die Quoten hinaus gewähren. — ⁵⁾ Von den Gläubigerländern an die EZU (+) bzw. von der EZU an die Schuldnerländer (-) gewährte Kredite. Die kumulative Rechnungsposition beträgt seit der EZU-Neuregelung vom 1. 8. 1955 (vgl.: Monatsberichte der Bank deutscher Länder, August 1955, S. 39 ff.) in der Regel das Vierfache des gewährten bzw. in Anspruch genommenen Kreditbetrages. — ⁶⁾ Die Kreditfazilitäten entsprechen der Differenz zwischen dem Viertel der Summe von Quote und Rallongen einerseits und den gewährten Krediten andererseits. — ⁷⁾ Einschl. der im Anschluß an die Abrechnung für Juni 1952 durchgeführten Berichtigung (betr. Belgien, Frankreich und Großbritannien). — ⁸⁾ Die Rallonge ist durch Verlängerung der seit November 1956 geltenden Regelung bis zum 30. 6. 1958 unbegrenzt.

VIII. Produktion, Auftragseingang, Arbeitsmarkt, Umsätze und Preise

1. Index der industriellen Produktion

Bundesgebiet; arbeitstäglich, Originalbasis 1950 = 100 umbasiert auf 1936 = 100

Zeit	Gesamt			Bergbau		Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien			Investitionsgüterindustrien					Verbrauchsgüterindustrien ohne Nahrungs- und Genußmittel			Energie	Bauhauptgewerbe	
	einschl. Bauhauptgewerbe und Energie	ohne Bauhauptgewerbe und Energie		Gesamt	darunter Kohlenbergbau ¹⁾	Gesamt	Steine und Erden	Eisen-schaffende Industrie	Gesamt	Stahlbau einschl. Wagonbau	Ma-schinenbau	Fahrzeugbau	Elektro-technik	Fein-mechanik und Optik einschl. Uhren	Gesamt	Schuh-industrie			Textil-industrie
		Bauhauptgewerbe	Bauhauptgewerbe																
1948	89	60	58	78	77	55	53	38	56	33	52	48	108	55	52	43	50	137	85
1949	89	89	87	95	91	81	82	61	86	51	89	93	155	90	86	70	90	162	85
1950	111	111	109	104	98	103	100	80	113	58	116	144	200	123	113	79	121	182	111
1951	131	131	129	116	107	122	114	94	147	64	155	183	274	161	129	82	136	213	122
1952	140	140	137	115	111	127	123	110	164	70	180	215	291	184	130	89	132	232	129
1953	154	154	151	128	113	137	137	101	173	81	177	231	319	205	152	95	157	244	153
1954	172	172	169	133	115	156	148	113	205	84	198	301	396	235	166	97	168	275	169
1955	198	198	195	141	119	181	168	142	252	96	243	396	493	275	184	109	182	310	191
1956	213	213	210	148	123	194	177	155	274	107	265	430	543	293	199	117	193	344	200
1954 Okt.	188	188	184	135	116	167	173	133	222	88	208	320	442	268	185	109	183	292	202
1954 Nov.	198	197	194	142	123	172	165	136	236	99	220	337	478	192	110	189	309	213	209
1954 Dez.	188	189	185	136	116	161	134	126	234	95	232	330	467	263	175	98	175	315	168
1955 Jan.	175	177	172	137	117	159	88	131	221	82	206	351	451	237	167	101	174	313	97
1955 Febr.	178	180	176	142	120	163	92	136	230	82	221	368	463	247	168	107	171	310	94
1955 März	183	185	182	143	122	169	113	140	238	83	228	391	458	268	176	115	176	305	109
1955 April	192	191	188	141	120	179	169	139	245	89	232	401	484	276	177	107	172	291	203
1955 Mai	200	199	197	141	119	186	192	142	257	97	250	425	494	273	183	116	178	290	233
1955 Juni	202	201	198	141	118	190	204	146	261	95	253	431	512	285	174	79	172	281	239
1955 Juli	192	191	188	139	116	183	202	140	243	94	241	364	478	269	166	84	167	275	227
1955 Aug.	192	191	189	138	113	183	207	140	236	95	230	357	457	247	174	113	173	285	228
1955 Sept.	208	208	205	140	115	191	209	144	267	104	256	429	511	292	202	119	199	314	229
1955 Okt.	214	213	210	144	120	191	200	148	267	103	252	419	522	290	206	123	198	337	223
1955 Nov.	226	226	222	149	126	195	188	156	284	111	272	422	564	312	219	130	209	356	228
1955 Dez.	211	212	207	145	121	179	149	144	275	113	283	394	517	298	198	112	191	359	180
1956 Jan.	197	199	194	148	124	179	126	151	259	99	242	426	522	257	188	120	192	356	145
1956 Febr.	192	195	190	146	123	167	75	147	262	97	250	431	529	264	184	118	185	374	60
1956 März	202	203	199	147	124	181	129	152	269	98	264	435	537	285	190	120	186	345	150
1956 April	215	215	212	149	125	199	191	155	282	104	275	466	553	299	199	119	194	339	220
1956 Mai	222	221	218	148	125	204	209	157	291	106	290	478	568	305	200	122	190	327	260
1956 Juni	214	213	210	147	122	203	222	155	284	106	282	462	556	289	188	86	186	311	235
1956 Juli	208	207	204	145	120	199	216	154	263	105	263	391	521	293	185	97	182	312	236
1956 Aug.	207	206	203	144	119	197	218	154	253	109	245	375	493	269	189	118	183	308	233
1956 Sept.	222	221	218	146	120	202	208	155	283	112	276	435	557	306	213	126	204	337	234
1956 Okt.	224	223	219	147	120	199	202	158	273	108	250	436	540	310	221	131	210	359	224
1956 Nov.	237	237	233	158	132	204	180	165	293	119	275	444	587	334	232	136	218	379	221
1956 Dez.	218	219	214	149	125	187	141	155	278	117	278	390	563	315	205	111	193	386	184
1957 Jan.	208	210	205	154	127	188	107	162	265	103	247	444	537	254	203	127	208	395	113
1957 Febr.	216	218	213	155	126	197	134	163	284	108	275	449	577	284	210	133	211	381	146
1957 März	215	215	211	152	124	201	173	161	277	103	269	461	545	287	206	130	200	355	181
1957 April	229	229	226	154	128	209	199	158	295	109	284	494	583	311	215	139	203	350	217
1957 Mai	233	233	230	157	128	214	208	163	300	111	289	505	593	304	217	144	207	354	220
1957 Juni ^{p)}	230	230	227	154	125	212	196	161	301	115	299	483	603	308	195	102	181	337	229
1957 Juli ^{p)}	212	213	209	148	119	200	197	153	258	98	255	377	514	292	96	184	331	204	

Quelle: Statistisches Bundesamt. — ¹⁾ Ohne Kohlenwertstoffindustrie. — ^{p)} Vorläufig.

2. Auftragseingang und Umsatz bei der Industrie

Bundesgebiet; Indexziffern der Werte (Umsatz 1951 = 100, arbeitstäglich)

Zeit	Gesamte Industrie ¹⁾			Grundstoffindustrien			Investitionsgüterindustrien					Verbrauchsgüterindustrien						
	Auftragseingang	Umsatz	Auftragseingang in vH vom Umsatz	Auftragseingang	Umsatz	Auftragseingang in vH vom Umsatz	Auftragseingang	Umsatz	Auftragseingang in vH vom Umsatz	darunter: Maschinenbau			Auftragseingang	Umsatz	Auftragseingang in vH vom Umsatz	darunter: Textilindustrie		
										Auftragseingang	Umsatz	Auftragseingang in vH vom Umsatz				Auftragseingang	Umsatz	Auftragseingang in vH vom Umsatz
1952	107	109	98	107	111	97	119	119	100	126	126	100	93	92	101	83	87	95
1953	110	113	98	108	113	95	125	126	100	125	133	94	98	99	99	91	93	98
1954	136	127	107	143	129	111	162	145	111	172	150	115	104	105	99	93	94	99
1955	161	153	106	164	158	104	199	181	110	220	186	118	119	116	103	107	103	104
1956	175	170	103	179	175	102	211	203	104	227	210	108	133	128	104	118	109	108
1954 Aug.	124	123	101	140	132	106	141	135	105	141	141	100	89	100	89	79	91	87
1954 Sept.	136	135	100	145	137	106	152	151	101	153	156	98	109	116	93	102	106	96
1954 Okt.	149	138	109	160	140	115	174	151	115	185	154	120	114	121	94	100	109	92
1954 Nov.	158	145	109	166	146	114	190	165	115	214	165	130	120	124	97	104	109	95
1954 Dez.	161	136	118	159	135	118	239	165	145	305	176	173	99	109	91	85	94	90
1955 Jan.	153	133	114	153	136	112	189	156	122	206	149	138	117	106	110	106	100	106
1955 Febr.	151	138	109	156	142	110	188	164	115	206	169	122	109	107	102	107	97	110
1955 März	153	145	106	154	147	105	203	172	118	222	178	125	107	113	95	97	99	98
1955 April	161	151	107	165	158	104	202	180	112	218	183	119	117	113	103	104	96	108
1955 Mai	166	156	106	168	162	104	196	189	103	213	194	110	127	114	112	116	96	121
1955 Juni	173	155	112	175	165	106	199	188	106	215	195	110	131	105	125	110	92	119
1955 Juli	157	147	107	172	160	108	192	175	106	207	186	111	108	102	106	90	92	97
1955 Aug.	147	145	101	161	158	102	185	165	112	205	171	120	96	107	90	86	95	91
1955 Sept.	166	164	101	168	167	100	202	192	105	221	197	112	127	129	99	116	115	101
1955 Okt.	169	164	103	169	167	101	205	189	108	221	194	114	134	134	100	120	118	102
1955 Nov.	180	173	104	176	173	102	225	202	111	242	200	121	142	142	100	124	122	102
1955 Dez.	161	161	100	158	157	101	214	203	105	257	222	116	116	122	95	105	106	99
1956 Jan.	167	153	109	167	160	105	204	178	115	225	174	129	127	117	109	120	106	113
1956 Febr.	162	149	109	163	147	110	204	183	112	225	184	122	119	115	103	121	103	118
1956 März	169	164	103	171	165	103	218	203	107	237	208	114	120	122	98	105	104	101
1956 April	182	174	105	18														

3. Arbeitsmarkt
Bundesgebiet, in Tsd

Zeit	Beschäftigte Arbeiter, Angestellte und Beamte				Arbeitslose			Unselbständige Erwerbspersonen	Arbeitslose in vH der unselbst. Erwerbs- personen	Haupt- betrags- empfänger 1) 2)	Offene Stellen
	Gesamt	davon:		darunter: Beschäftigte in der Industrie	Gesamt	davon:					
		Männer	Frauen			Männer	Frauen				
1950 D.	13 827,0	9 658,9	4 168,1	4 796,9	1 579,8	1 126,1	453,7	15 406,8	.	1 271,7	115,8
1951	14 556,2	10 083,3	4 472,9	5 332,1	1 432,3	980,3	452,0	15 988,5	.	1 193,2	116,5
1952	14 994,7	10 336,9	4 657,8	5 517,8	1 379,2	916,3	462,9	16 373,9	.	1 157,0	114,7
1953	15 582,7	10 669,7	4 913,0	5 751,1	1 258,6	845,8	412,8	16 841,3	.	1 067,4	123,0
1954	16 286,0 ^{a)}	11 072,0 ^{a)}	5 214,0 ^{a)}	6 061,6	1 220,6	806,5	414,1	17 507,0 ^{a)}	.	1 040,9	137,1
1955	17 175,0 ^{a)}	11 590,0 ^{a)}	5 585,0 ^{a)}	6 576,2	928,3	570,6	357,7	18 103,3 ^{a)}	.	786,7	200,0
1956	18 056,4	12 074,4	5 982,0	6 991,0	761,4	469,8	291,6	18 817,8	.	629,6	218,5
1956 April	.	.	.	6 963,7	634,9	317,9	317,0	.	.	602,8	258,2
1956 Mai	.	.	.	7 005,4	538,8	253,0	285,8	.	.	475,3	256,1
1956 Juni	18 391,5	12 351,9	6 039,6	7 020,5	478,8	215,0	263,8	18 870,3	2,5	415,6	260,1
1956 Juli	.	.	.	7 057,8	429,5	194,4	235,1	.	.	364,8	251,7
1956 Aug.	.	.	.	7 097,9	409,4	182,6	226,8	.	.	336,4	251,9
1956 Sept.	18 609,4	12 453,8	6 155,6	7 101,3	411,1	179,7	231,4	19 020,5	2,2	329,2	236,1
1956 Okt.	.	.	.	7 125,6	426,4	192,0	234,4	.	.	318,3	210,4
1956 Nov.	.	.	.	7 116,5	641,4	379,7	261,7	.	.	378,2	152,9
1956 Dez.	18 002,5	11 897,8	6 104,7	7 037,7	1 088,6	769,5	319,1	19 091,1	5,7	647,3	126,2
1957 Jan.	.	.	.	6 993,2 ^{b)}	1 476,4	1 128,9	347,5	.	.	1 168,1	159,3
1957 Febr.	.	.	.	7 018,1	1 112,3	770,6	341,7	.	.	1 082,8	208,8
1957 März	18 464,6	12 298,4	6 166,2	7 065,0	702,2	402,5	299,7	19 166,8	3,7	758,4	249,4
1957 April	.	.	.	7 171,1	588,5	313,3	275,2	.	.	506,7	235,6
1957 Mai	.	.	.	7 217,3	493,6	252,8	240,8	.	.	430,3	231,9
1957 Juni	18 920,4	12 568,7	6 351,7	7 232,4	453,7	216,4	216,4	19 374,1	2,3	384,4	237,4
1957 Juli	.	.	.	390,3	204,4	185,9	.	.	.	327,6	252,2

Quelle: Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. — 1) In der Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe. — 2) Ab Januar 1955 treten an die Stelle der Monatsendzahlen (Personen) die Zahlen der Fälle, für die in der Zeitperiode, in die der 15. des Berichtmonats fällt, Unterstützung gezahlt wurde. — 3) Ab Januar 1957 ohne Wäschereien und Färbereien, die ca. 1,5 % betragen. — 4) Geschätzt.

4. Einzelhandelsumsätze
Bundesgebiet

Zeit	Gesamt		Nahrungs- und Genussmittel				Bekleidung, Wäsche und Schuhe				Hausrat, Wohnbedarf				Sonstiges					
	zu jeweiligen Preisen		preisbereinigt		zu jeweiligen Preisen		preisbereinigt		zu jeweiligen Preisen		preisbereinigt		zu jeweiligen Preisen		preisbereinigt		zu jeweiligen Preisen		preisbereinigt	
	1954 = 100	vH ¹⁾	1954 = 100	vH ¹⁾	1954 = 100	vH ¹⁾	1954 = 100	vH ¹⁾	1954 = 100	vH ¹⁾	1954 = 100	vH ¹⁾	1954 = 100	vH ¹⁾	1954 = 100	vH ¹⁾	1954 = 100	vH ¹⁾	1954 = 100	vH ¹⁾
1954	100	.	100	.	100	.	100	.	100	.	100	.	100	.	100	.	100	.	100	.
1955	111	111	110	110	109	109	107	107	110	110	110	110	115	113	113	114	114	113	113	113
1956	123	112	121	110	120	110	115	108	123	112	123	111	133	116	128	113	127	111	124	110
1955 Dez.	177	111	174	109	152	108	149	107	202	109	203	109	200	117	195	115	180	115	177	114
1956 Jan.	101	113	99	113	101	110	99	109	93	116	94	118	108	121	105	119	106	114	104	113
1956 Febr.	103	111	101	110	108	114	106	113	91	100	92	100	100	114	96	110	110	117	108	115
1956 März	129	124	126	122	131	122	124	118	127	137	128	138	122	120	117	117	135	116	132	115
1956 April	108	97	105	95	107	96	103	94	100	88	100	87	112	112	107	109	120	105	117	104
1956 Mai	119	112	115	108	113	108	109	105	128	114	128	114	120	117	115	114	117	110	115	110
1956 Juni	118	120	115	119	120	116	115	113	108	121	108	120	129	133	123	129	125	121	122	120
1956 Juli	118	104	114	104	115	104	109	103	114	97	114	97	126	117	120	113	125	111	122	109
1956 Aug.	118	117	115	115	119	112	116	110	105	131	105 ²⁾	131	131	119	125	116	124	112	121	111
1956 Sept.	110	108	107	105	115	107	112	106	90	106	90	106	127	109	121	107	117	107	113	104
1956 Okt.	126	108	123	106	120	108	116	105	131	106	130	104	145	112	137	109	123	108	119	106
1956 Nov.	139	118	135	115	123	114	119	112	164	128	163	126	159	117	150	113	129	110	124	108
1956 Dez.	193	109	186	107	162	107	155	104	229	113	227	112	220	110	206	106	196	109	188	106
1957 Jan.	112	111	108	109	110	109	105	106	110	118	108	115	120	111	111	106	116	109	112	108
1957 Febr.	107	104	103	102	109	101	105	99	96	105	94	102	116	116	107	111	113	103	108	100
1957 März	122	95	117	93	124	95	120	97	113	89	110	86	130	107	120	103	128	95	123	93
1957 April	136	126	131	125	130	121	126	122	148	148	143	143	136	121	125	117	136	113	130	111
1957 Mai	126	106	121	105	124	110	119	109	125	98	120	94	131	109	120	103	135	115	128	111
1957 Juni	121	103	115	100	123	103	117	102	119	111	115	106	116	106	86	124	199	117	96	
1957 Juli ^{p)}	132	112	124	109	128	111	119	109	132	116	126	111	137	109	125	104	141	113	133	109

Quelle: Statistisches Bundesamt. — 1) Der entsprechenden Zeit des Vorjahres. — 2) Vorläufig.

5. Preisindexziffern
1950 = 100

Zeit	Bundesgebiet												Weltmarkt							
	Preisindex ausgewählter Grundstoffe			Indizes der Erzeugnisse industrieller Produkte								Preisindex für die Lebenshaltung, mittlere Verbrauchergruppe			Index der Weltmarktpreise ¹⁾					
	Gesamt	davon		Gesamt	davon							Gesamt	darunter		Gesamt	davon				
		land-, forst- u. plan-tagen-wirtschaftlicher Herkunft	industrieller Herkunft		Bergbau einschließlich Erdöl	Grundstoff- und Produktions-güter	Investitions-güter	Verbrauchs-güter	Nahrungs- und Genuss-mittel	Energie-erzeugung	Index der Einkaufs-preise für Aus-lands-güter		Index-ziffer der Einzel-handels-preise	Ernäh-rung		Bekleid-ung	Haus-rat	Nahrungs-mittel	Gewerb-liche Roh-stoffe	
1950	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
1951	119	117	122	119	112	127	117	122	108	106	128	109	108	109	111	111	120	108	125	125
1952	124	117	133	121	130	138	127	105	108	125	112	109	110	114	103	110	98	105	97	97
1953	122	110	135	118	150	132	125	97	104	139	103	104	108	112	98	104	95	103	93	93
1954	123	113	133	116	150	129	122	96	103	140	103	104	108	114	97	102	97	107	94	94
1955	125	115	137	119	151	136	124	96	104	139	103	105	110	116	97	103	98	102	98	98
1956	129	119	140	121	159	137	128	98	105	140	107	106	113	119	97	105	100	103	100	100
1956 Mai	129	120	139	121	156	137	127	98	105	139	108	106	113	120	97	105	100	104	100	100
1956 Juni	129	119	139	120	156	136	127	98	104	139	107	107	113	120	97	105	99	103	99	99
1956 Juli	127	117	139	120	156	135	128	98	104	139	106	107	113	120	97	105	99	101	99	99
1956 Aug.	128	119	139	121	156	136	127	98	104	139	107	106	113	118	98	106	100	102	100	100
1956 Sept.	128	118	139	121	157	136	128	99	105	139	107	106	113	119	98	106	100	102	100	100
1956 Okt.	129	117	142	122	168	137	128	99	105	140	107	106	113	119	98	106	100	102	100	100
1956 Nov.	131	120	144	123	168	139	130	100	106	142	110	107	114	120	98	106	102	105	103	103
1956 Dez.	132	119	145	124	169	139	131	100	106	142	110	107	114	120	98	107	104	107	104	104
1957 Jan.	131	118	145	124	169	140	132	101	107	142	111	108	114	120	99	108	103	107	103	103
1957 Febr.	130	116	145	124	168	140	132	101	106	143	108	108	114	120	99	108	101	105	101	101
1957 März	130	115	145	124	168	139	132	101	106	143	107	108	114	119	100	109	101	102	101	101
1957 April	131	118	145	124	168	139	132	102	105	144	107	108	114	119	100	109	101	102	101	102
1957 Mai	130	117	145	124	168	139	132	102	105	143	108	108	114	120	101	109	100	101	102	102
1957 Juni	131 ^{p)}	119	145	124	166	139	132	102	105	144	106	109	115	120	101	110	100	101	101	101
1957 Juli	133 ^{p)}	124	144	124	166	138	132	102	105	144	110	110	116	124	101	110	100	101	101	100

1) Index der Weltmarktpreise lt. „Volkswirt“ (Schulze). — 2) Vorläufig. — Quelle: Statistisches Bundesamt.

IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse

Kassa-Kurse in DM

Zeit	Frei konvertierbare Devisen									An Abkommen gebundene Devisen		
	Montreal			New York			Zürich			Amsterdam		
	1 kan \$			1 US-\$			100 sfr			100 hfl		
	Parität —			Parität 4,20 DM			Parität 96,0479 DM			Parität 110,526 DM		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1957												
Juli 1.	4,41	4,405	4,415	4,2010	4,1960	4,2060	98,025	97,925	98,125	109,76	109,65	109,87
2.	4,405	4,40	4,41	4,2010	4,1960	4,2060	98,03	97,93	98,13	109,73	109,62	109,84
3.	4,41	4,405	4,415	4,2010	4,1960	4,2060	98,03	97,93	98,13	109,71	109,60	109,82
4.	4,408	4,403	4,413	4,2010	4,1960	4,2060	98,005	97,905	98,105	109,72	109,61	109,83
5.	4,409	4,404	4,414	4,2010	4,1960	4,2060	98,00	97,90	98,10	109,715	109,605	109,825
6.	4,4125	4,4075	4,4175	4,2010	4,1960	4,2060	98,00	97,90	98,10	109,73	109,62	109,84
8.	4,412	4,407	4,417	4,2010	4,1960	4,2060	98,01	97,91	98,11	109,71	109,60	109,82
9.	4,4125	4,4075	4,4175	4,2010	4,1960	4,2060	98,015	97,915	98,115	109,715	109,605	109,825
10.	4,411	4,406	4,416	4,2010	4,1960	4,2060	98,015	97,915	98,115	109,77	109,66	109,88
11.	4,411	4,406	4,416	4,2010	4,1960	4,2060	98,02	97,92	98,12	109,76	109,65	109,87
12.	4,4132	4,4082	4,4182	4,2010	4,1960	4,2060	98,02	97,92	98,12	109,805	109,695	109,915
13.	4,412	4,407	4,417	4,2010	4,1960	4,2060	98,02	97,92	98,12	109,86	109,75	109,97
15.	4,4135	4,4085	4,4185	4,2010	4,1960	4,2060	98,02	97,92	98,12	109,885	109,775	109,995
16.	4,4135	4,4085	4,4185	4,2010	4,1960	4,2060	98,015	97,915	98,115	109,91	109,80	110,02
17.	4,4215	4,4165	4,4265	4,2010	4,1960	4,2060	98,02	97,92	98,12	109,91	109,80	110,02
18.	4,4210	4,4160	4,4260	4,2010	4,1960	4,2060	98,02	97,92	98,12	109,86	109,75	109,97
19.	4,422	4,417	4,427	4,2010	4,1960	4,2060	98,015	97,915	98,115	109,775	109,665	109,885
20.	4,4235	4,4185	4,4285	4,2010	4,1960	4,2060	98,02	97,92	98,12	109,77	109,66	109,88
22.	4,4233	4,4183	4,4283	4,2010	4,1960	4,2060	98,02	97,92	98,12	109,78	109,67	109,89
23.	4,423	4,418	4,428	4,2009	4,1959	4,2059	98,00	97,90	98,10	109,775	109,665	109,885
24.	4,4225	4,4175	4,4275	4,2009	4,1959	4,2059	98,01	97,91	98,11	109,805	109,695	109,915
25.	4,428	4,423	4,433	4,2009	4,1959	4,2059	98,01	97,91	98,11	109,78	109,67	109,89
26.	4,4285	4,4235	4,4335	4,2009	4,1959	4,2059	98,01	97,91	98,11	109,815	109,705	109,925
27.	4,426	4,421	4,431	4,2010	4,1960	4,2060	98,01	97,91	98,11	109,82	109,71	109,93
29.	4,425	4,42	4,43	4,2010	4,1960	4,2060	98,015	97,915	98,115	109,83	109,72	109,94
30.	4,431	4,426	4,436	4,2010	4,1960	4,2060	98,03	97,93	98,13	109,82	109,71	109,93
31.	4,4315	4,4265	4,4365	4,2010	4,1960	4,2060	98,015	97,915	98,115	109,80	109,69	109,91
Aug. 1.	4,431	4,426	4,436	4,2009	4,1959	4,2059	98,025	97,925	98,125	109,76	109,65	109,87
2.	4,428	4,423	4,433	4,2009	4,1959	4,2059	98,03	97,93	98,13	109,72	109,61	109,83
3.	4,425	4,42	4,43	4,2009	4,1959	4,2059	98,025	97,925	98,125	109,71	109,60	109,82
5.	4,425	4,42	4,43	4,2009	4,1959	4,2059	98,03	97,93	98,13	109,705	109,595	109,815
6.	4,429	4,424	4,434	4,2009	4,1959	4,2059	98,03	97,93	98,13	109,705	109,595	109,815
7.	4,432	4,427	4,437	4,2009	4,1959	4,2059	98,035	97,935	98,135	109,71	109,60	109,82
8.	4,43	4,425	4,435	4,2008	4,1958	4,2058	98,03	97,93	98,13	109,72	109,61	109,83
9.	4,43	4,425	4,435	4,2008	4,1958	4,2058	98,03	97,93	98,13	109,715	109,605	109,825
10.	4,43	4,425	4,435	4,2008	4,1958	4,2058	98,025	97,925	98,125	109,705	109,595	109,815
12.	4,43	4,425	4,435	4,2008	4,1958	4,2058	98,025	97,925	98,125	109,70	109,59	109,81
13.	4,431	4,426	4,436	4,2008	4,1958	4,2058	98,025	97,925	98,125	109,715	109,605	109,825
14.	4,429	4,424	4,434	4,2008	4,1958	4,2058	98,025	97,925	98,125	109,705	109,595	109,815
15.	4,435	4,43	4,44	4,2008	4,1958	4,2058	98,025	97,925	98,125	109,705	109,595	109,815
An Abkommen gebundene Devisen												
Zeit	Brüssel			Kopenhagen			London			Mailand / Rom		
	100 sfrs			100 dkr			1 £			1000 Lit		
	Parität 8,40 DM			Parität 60,8066 DM			Parität 11,76 DM			(Parität: 6,72097 DM *)		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1957												
Juli 1.	8,34	8,33	8,35	60,365	60,305	60,425	11,699	11,689	11,709	6,719	6,709	6,729
2.	8,339	8,329	8,349	60,36	60,30	60,42	11,685	11,675	11,695	6,718	6,708	6,728
3.	8,338	8,328	8,348	60,36	60,30	60,42	11,681	11,671	11,691	6,718	6,708	6,728
4.	8,338	8,328	8,348	60,37	60,31	60,43	11,684	11,674	11,694	6,715	6,705	6,725
5.	8,338	8,328	8,348	60,375	60,315	60,435	11,688	11,678	11,698	6,708	6,698	6,718
6.	8,338	8,328	8,348	60,36	60,30	60,42	11,68	11,67	11,69	6,711	6,701	6,721
8.	8,337	8,327	8,347	60,365	60,305	60,425	11,677	11,667	11,687	6,711	6,701	6,721
9.	8,337	8,327	8,347	60,365	60,305	60,425	11,676	11,666	11,686	6,713	6,703	6,723
10.	8,339	8,329	8,349	60,41	60,35	60,47	11,684	11,674	11,694	6,718	6,708	6,728
11.	8,338	8,328	8,348	60,39	60,33	60,45	11,68	11,67	11,69	6,722	6,712	6,732
12.	8,338	8,328	8,348	60,39	60,33	60,45	11,68	11,67	11,69	6,723	6,713	6,733
13.	8,341	8,331	8,351	60,385	60,325	60,445	11,679	11,669	11,689	6,722	6,712	6,732
15.	8,341	8,331	8,351	60,375	60,315	60,435	11,68	11,67	11,69	6,721	6,711	6,731
16.	8,343	8,333	8,353	60,39	60,33	60,45	11,684	11,674	11,694	6,722	6,712	6,732
17.	8,341	8,331	8,351	60,37	60,31	60,43	11,68	11,67	11,69	6,722	6,712	6,732
18.	8,339	8,329	8,349	60,36	60,30	60,42	11,675	11,665	11,685	6,722	6,712	6,732
19.	8,338	8,328	8,348	60,365	60,305	60,425	11,676	11,666	11,686	6,722	6,712	6,732
20.	8,337	8,327	8,347	60,36	60,30	60,42	11,673	11,663	11,683	6,722	6,712	6,732
22.	8,338	8,328	8,348	60,37	60,31	60,43	11,674	11,664	11,684	6,722	6,712	6,732
23.	8,338	8,328	8,348	60,37	60,31	60,43	11,674	11,664	11,684	6,722	6,712	6,732
24.	8,34	8,33	8,35	60,385	60,325	60,445	11,675	11,665	11,685	6,721	6,711	6,731
25.	8,346	8,336	8,356	60,385	60,325	60,445	11,673	11,663	11,683	6,722	6,712	6,732
26.	8,366	8,356	8,376	60,395	60,335	60,455	11,673	11,663	11,683	6,719	6,709	6,729
27.	8,379	8,369	8,389	60,40	60,34	60,46	11,673	11,663	11,683	6,722	6,712	6,732
29.	8,365	8,355	8,375	60,395	60,335	60,455	11,675	11,665	11,685	6,72	6,71	6,73
30.	8,361	8,351	8,371	60,41	60,35	60,47	11,675	11,665	11,685	6,721	6,711	6,731
31.	8,362	8,352	8,372	60,39	60,33	60,45	11,674	11,664	11,684	6,721	6,711	6,731
Aug. 1.	8,362	8,352	8,372	60,40	60,34	60,46	11,676	11,666	11,686	6,722	6,712	6,732
2.	8,363	8,353	8,373	60,39	60,33	60,45	11,672	11,662	11,682	6,722	6,712	6,732
3.	8,365	8,355	8,375	60,385	60,325	60,445	11,673	11,663	11,683	6,721	6,711	6,731
5.	8,367	8,357	8,377	60,37	60,31	60,43	11,673	11,663	11,683	6,722	6,712	6,732
6.	8,365	8,355	8,375	60,375	60,315	60,435	11,674	11,664	11,684	6,721	6,711	6,731
7.	8,361	8,351	8,371	60,37	60,31	60,43	11,674	11,664	11,684	6,72	6,71	6,73
8.	8,357	8,347	8,367	60,37	60,31	60,43	11,676	11,666	11,686	6,721	6,711	6,731
9.	8,357	8,347	8,367	60,405	60,345	60,465	11,679	11,679	11,699	6,722	6,712	6,732
10.	8,36	8,35	8,37	60,40	60,34	60,46	11,688	11,678	11,698	6,722	6,712	6,732
12.	8,35	8,34	8,36	60,40	60,34	60,46	11,683	11,673	11,693	6,719	6,709	6,729
13.	8,356	8,346	8,366	60,355	60,295	60,415	11,674	11,664	11,684	6,72	6,71	6,73
14.	8,36	8,35	8,37	60,355	60,295	60,415	11,673	11,663	11,683	6,722	6,712	6,732
15.	8,369	8,359	8,379	60,36	60,30	60,42	11,673	11,663	11,683	6,721	6,711	6,731

noch: IX. Amtliche Devisenkurse an der Frankfurter Börse

Kassa-Kurse in DM

Zeit	An Abkommen gebundene Devisen														
	Oslo			Paris			Stockholm			Wien			Zürich		
	100 nkr			100 ffrs			100 skr			100 S			100 sfr		
	Parität 58,80 DM			(Parität) bis 11. 8. 57 1,20 DM *) ab 12. 8. 57 1,00 DM *)			Parität 81,1875 DM			Parität 16,154 DM			Parität 96,0479 DM		
	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief	Mittel	Geld	Brief
1957															
Juli															
1.	58,545	58,485	58,605	1,1911	1,1901	1,1921	80,945	80,865	81,025	16,155	16,135	16,175	95,785	95,685	95,885
2.	58,49	58,43	58,55	1,1911	1,1901	1,1921	80,845	80,765	80,925	16,155	16,135	16,175	95,76	95,66	95,86
3.	58,47	58,41	58,53	1,1911	1,1901	1,1921	80,77	80,69	80,85	16,154	16,134	16,174	95,715	95,615	95,815
4.	58,48	58,42	58,54	1,1911	1,1901	1,1921	80,695	80,615	80,775	16,154	16,134	16,174	95,73	95,63	95,83
5.	58,50	58,44	58,56	1,1911	1,1901	1,1921	80,645	80,565	80,725	16,154	16,134	16,174	95,745	95,645	95,845
6.	58,46	58,40	58,52	1,1910	1,1900	1,1920	80,765	80,685	80,845	16,155	16,135	16,175	95,73	95,63	95,83
8.	58,43	58,37	58,49	1,1910	1,1900	1,1920	80,72	80,64	80,80	16,154	16,134	16,174	95,735	95,635	95,835
9.	58,42	58,36	58,48	1,1911	1,1901	1,1921	80,635	80,555	80,715	16,154	16,134	16,174	95,74	95,64	95,84
10.	58,47	58,41	58,53	1,1911	1,1901	1,1921	80,72	80,64	80,80	16,155	16,135	16,175	95,765	95,665	95,865
11.	58,445	58,385	58,505	1,1911	1,1901	1,1921	80,715	80,635	80,795	16,155	16,135	16,175	95,755	95,655	95,855
12.	58,445	58,385	58,505	1,1911	1,1901	1,1921	80,73	80,65	80,81	16,155	16,135	16,175	95,755	95,655	95,855
13.	58,45	58,39	58,51	1,1910	1,1900	1,1920	80,80	80,72	80,88	16,155	16,135	16,175	95,75	95,65	95,85
15.	58,44	58,38	58,50	1,1911	1,1901	1,1921	80,79	80,71	80,87	16,155	16,135	16,175	95,75	95,65	95,85
16.	58,45	58,39	58,51	1,1914	1,1904	1,1924	80,81	80,73	80,89	16,155	16,135	16,175	95,75	95,65	95,85
17.	58,425	58,365	58,485	1,1914	1,1904	1,1924	80,815	80,735	80,895	16,155	16,135	16,175	95,74	95,64	95,84
18.	58,425	58,365	58,485	1,1913	1,1903	1,1923	80,83	80,75	80,91	16,155	16,135	16,175	95,73	95,63	95,83
19.	58,41	58,35	58,47	1,1911	1,1901	1,1921	80,885	80,805	80,965	16,155	16,135	16,175	95,725	95,625	95,825
20.	58,40	58,34	58,46	1,1910	1,1900	1,1920	80,92	80,84	81,00	16,155	16,135	16,175	95,70	95,60	95,80
22.	58,40	58,34	58,46	1,1911	1,1901	1,1921	80,925	80,845	81,005	16,155	16,135	16,175	95,725	95,625	95,825
23.	58,405	58,345	58,465	1,1911	1,1901	1,1921	80,92	80,84	81,00	16,155	16,135	16,175	95,72	95,62	95,82
24.	58,41	58,35	58,47	1,1910	1,1900	1,1920	80,93	80,85	81,01	16,155	16,135	16,175	95,735	95,635	95,835
25.	58,41	58,35	58,47	1,1910	1,1900	1,1920	80,935	80,855	81,015	16,155	16,135	16,175	95,735	95,635	95,835
26.	58,405	58,345	58,465	1,1910	1,1900	1,1920	80,97	80,89	81,05	16,155	16,135	16,175	95,75	95,65	95,85
27.	58,41	58,35	58,47	1,1910	1,1900	1,1920	80,97	80,89	81,05	16,155	16,135	16,175	95,78	95,68	95,88
29.	58,435	58,375	58,495	1,1911	1,1901	1,1921	80,98	80,90	81,06	16,155	16,135	16,175	95,795	95,695	95,895
30.	58,42	58,36	58,48	1,1911	1,1901	1,1921	80,975	80,895	81,055	16,155	16,135	16,175	95,81	95,71	95,91
31.	58,41	58,35	58,47	1,1911	1,1901	1,1921	80,97	80,89	81,05	16,155	16,135	16,175	95,805	95,705	95,905
Aug.															
1.	58,425	58,365	58,485	1,1911	1,1901	1,1921	80,95	80,87	81,03	16,155	16,135	16,175	95,82	95,72	95,92
2.	58,425	58,365	58,485	1,1910	1,1900	1,1920	80,92	80,84	81,00	16,155	16,135	16,175	95,84	95,74	95,94
3.	58,415	58,355	58,475	1,1910	1,1900	1,1920	80,91	80,83	80,99	16,155	16,135	16,175	95,87	95,77	95,97
5.	58,42	58,36	58,48	1,1911	1,1901	1,1921	80,915	80,835	80,995	16,155	16,135	16,175	95,93	95,83	96,03
6.	58,425	58,365	58,485	1,1910	1,1900	1,1920	80,885	80,805	80,965	16,155	16,135	16,175	95,905	95,805	96,005
7.	58,425	58,365	58,485	1,1911	1,1901	1,1921	80,83	80,75	80,91	16,155	16,135	16,175	95,90	95,80	96,00
8.	58,435	58,375	58,495	1,1912	1,1902	1,1922	80,795	80,715	80,875	16,154	16,134	16,174	95,91	95,81	96,01
9.	58,50	58,44	58,56	1,1911	1,1901	1,1921	80,82	80,74	80,90	16,155	16,135	16,175	95,915	95,815	96,015
10.	58,50	58,44	58,56	1,1910	1,1900	1,1920	80,88	80,80	80,96	16,155	16,135	16,175	95,955	95,855	96,055
12.	58,43	58,37	58,49	0,9925	0,9915	0,9935	80,83	80,75	80,91	16,153	16,133	16,173	95,92	95,82	96,02
13.	58,44	58,38	58,50	0,9999	0,9989	1,0009	80,97	80,89	81,05	16,154	16,134	16,174	95,965	95,865	96,065
14.	58,44	58,38	58,50	1,0002	0,9992	1,0012	81,005	80,925	81,085	16,154	16,134	16,174	96,005	95,905	96,105
15.	58,42	58,36	58,48	1,0002	0,9992	1,0012	81,055	80,975	81,135	16,154	16,134	16,174	96,01	95,91	96,11

*) Berechnungsgrundlage.

X. Diskontsätze im Ausland

Länder	%	seit	Vorheriger Satz		Länder	%	seit	Vorheriger Satz	
			%	seit				%	seit
Ägypten	3 ¹⁾	15. 11. 52	3,5 ¹⁾	5. 7. 52	Kolumbien	4	18. 7. 33	5	19. 9. 32
Argentinien	3,4	1. 10. 46	3,5 ²⁾	1. 3. 36	Luxemburg ⁴⁾	4,5	25. 7. 57	3,5	6. 12. 56
Australien ³⁾	4,75	8. 52	4,25	11. 34	Mexico	4,5	4. 6. 42	4	2. 1. 41
Belgien ⁴⁾	4,5	25. 7. 57	3,5	6. 12. 56	Neuseeland	7 ⁷⁾	18. 10. 55	6	5. 9. 55
Bolivien ⁵⁾	6	30. 9. 50	5	4. 2. 48	Nicaragua	6	1. 4. 54	5	28. 8. 53
Brasilien ⁶⁾	6	30. 12. 55	8	1. 12. 55	Niederlande	5	16. 8. 57	4,25	17. 7. 57
Bulgarien	3,5	27. 7. 48	4,5	14. 8. 46	Norwegen	3,5	14. 2. 55	2,5	9. 1. 46
Burma	3	2. 48	—	—	Österreich	5	17. 11. 55	4,5	20. 5. 55
Ceylon	2,5	11. 6. 54	3	23. 7. 53	Pakistan	3	1. 7. 48	—	—
Chile	12	1. 1. 56	9	1. 2. 55	Peru	6	13. 11. 47	5	1. 8. 40
Costa Rica	5	1. 4. 54	4	1. 2. 50	Philippinen	2	4. 57	1,5	12. 2. 54
Dänemark	5,5	23. 6. 54	4,5	23. 9. 53	Polen	6	1. 8. 47	—	—
Ecuador	10	13. 5. 48	7	8. 6. 38	Portugal	2,5	12. 1. 44	3	8. 4. 43
Finnland	6,5	19. 4. 56	5	1. 12. 54	Rumänien	5	25. 3. 48	7	15. 8. 47
Frankreich	5	12. 8. 57	4	11. 4. 57	El Salvador	4	4. 57	3	22. 3. 50
Griechenland	10	1. 5. 56	9	1. 1. 55	Schweden	5	11. 7. 57	4	22. 11. 56
Großbritannien u. Nordirland	6	7. 2. 57	5,5	16. 2. 56	Schweiz	2,5	15. 3. 57	1,5	26. 11. 36
Guatemala ⁸⁾	5	1. 1. 54	4	11. 12. 47	Spanien	5	22. 7. 57	4,25	10. 9. 56
Indien	4	16. 5. 57	3,5	15. 11. 51	Südafrikanische Union	4,5	29. 9. 55	4	27. 3. 52
Indonesien	3	1. 4. 46	—	—	Thailand ⁹⁾	7	23. 2. 45	—	—
Iran	4	23. 8. 48	5	23. 12. 47	Tschechoslowakei	2,5	28. 10. 45	3,5	1. 10. 40
Irland	5	26. 5. 56	4	19. 12. 55	Türkei	6	6. 6. 56	4,5	28. 6. 55
Island	7	2. 4. 52	6	1. 1. 48	UdSSR	4	1. 7. 36	8	22. 3. 27
Italien	4	6. 4. 50	4,5	9. 4. 49	Ungarn	5	1. 11. 47	7	1. 8. 46
Japan	8,395 ⁵⁾	8. 5. 57	7,665 ⁵⁾	20. 3. 57	USA (New York)	3,5	23. 8. 57	3	24. 8. 56
Jugoslawien	1—3	20. 8. 48	1—4	1. 1. 47	Venezuela ⁶⁾	2	8. 5. 47	2,5	4. 11. 43
Kanada ⁴⁾	4,28	30. 8. 57	4,33	23. 8. 57					

1) Handelswechsel mit Bankunterschrift. — 2) Satz für Papiere mit 90 Tagen Laufzeit und zwei Unterschriften. — 3) Überziehungssatz der Commonwealth Bank. — 4) Satz für akzeptierte Tratten, die bei einer Bank domiziliert sind und für Lagerscheine. — 5) Basis-Diskontsatz = Rediskontsatz für Handelswechsel. — 6) Flexibler, jede Woche neu bestimmter Diskontsatz. — 7) Mindestdiskontsatz. — 8) Rediskontsatz.